

DORTMUNDER SACHSTANDSBERICHT ZUWANDERUNG AUS SÜDOSTEUROPA 2026



Stadt Dortmund
Dezernat für Arbeit,
Gesundheit, Soziales,
Sport und Freizeit

INHALT

1. EINLEITUNG	5
2. ZUSAMMENFASSUNG DER WESENTLICHEN ERGEBNISSE	6
2.1 ZENTRALE STATISTISCHE BEFUNDE	6
2.2 WESENTLICHE ERGEBNISSE IM HANDLUNGSFELD FRÜHKINDLICHE BILDUNG, BERATUNG UND BETREUUNG, KINDER- UND JUGENDHILFE	7
2.3 WESENTLICHE ERGEBNISSE IM HANDLUNGSFELD KINDER UND JUGENDLICHE	8
2.4 WESENTLICHE ERGEBNISSE IM HANDLUNGSFELD SCHULISCHE UND AUßERSCHULISCHE BILDUNG FÜR SCHULPFLICHTIGE KINDER UND JUGENDLICHE	9
2.5 WESENTLICHE ERGEBNISSE IM HANDLUNGSFELD ERSTBERATUNG UND ERSTINTEGRATION	10
2.6 WESENTLICHE ERGEBNISSE IM HANDLUNGSFELD ARBEITSMARKTINTEGRATION	11
2.7 WESENTLICHE ERGEBNISSE IM HANDLUNGSFELD GESUNDHEIT	12
2.8 WESENTLICHE ERGEBNISSE IM HANDLUNGSFELD WOHNEN UND ZUSAMMENLEBEN: NACHBARSCHAFTEN UND QUARTIERE STABILISIEREN	13
2.9 WESENTLICHE ERGEBNISSE IM HANDLUNGSFELD SPRACHFÖRDERMAßNAHMEN	15
2.10 WESENTLICHE ERGEBNISSE IM HANDLUNGSFELD PARTIZIPATION, KULTUR UND EHRENAMT	15
2.11 WESENTLICHE ERGEBNISSE IM HANDLUNGSFELD BEKÄMPFUNG VON AUSBEUTUNGSSTRUKTUREN	16
2.12 WESENTLICHE ERGEBNISSE IM HANDLUNGSFELD TRANSNATIONALE KOOPERATION	17
2.13 WESENTLICHE ERGEBNISSE IM HANDLUNGSFELD GESAMTKOORDINIERUNG UND PROFESSIONALISIERUNG AUF ÖRTLICHER EBENE	18
3. FAZIT UND WEITERE SCHRITTE – ÖRTLICH UND IN RICHTUNG LANDES- UND BUNDESEBENE	19
3.1 WEITERE SCHRITTE AUF ÖRTLICHER EBENE	21
3.2 WEITERE SCHRITTE RICHTUNG LANDESEBENE	24
3.3 WEITERE SCHRITTE RICHTUNG BUNDESEBENE	26
4. STATISTISCHE BEFUNDE	28
4.1 UMFANG UND STRUKTUR DER EU2-ZUWANDERUNG IN DORTMUND UND IM BUNDESWEITEN VERGLEICH	28
4.2 BESCHÄFTIGUNG – ARBEITSLOSIGKEIT – SGB II-BEZUG	32
4.3 SELBSTSTÄNDIGE	35
4.4 EU 2-STUDIERENDE IN DORTMUND	36
ANLAGE	37
5. HANDLUNGSFELDER DER GESAMTSTRATEGIE NEUZUWANDERUNG UND SACHSTÄNDE	38
5.1 HANDLUNGSFELD FRÜHKINDLICHE BILDUNG, BERATUNG UND BETREUUNG	38
5.1.1 FABIDO Kinderstuben für zugewanderte Familien aus Südosteuropa – Kinder von 0 bis 6 Jahre	38
5.1.2 Tageseinrichtungen für Kinder des städtischen Eigenbetrieb FABIDO (Familienergänzende Bildungseinrichtungen für Kinder in Dortmund) – Kinder von 0 bis 6 Jahre	39
5.1.3 Brückenprojekte für Kinder in besonderen Lebenslagen – Kinder von 0 bis 6 Jahre	40
5.2 HANDLUNGSFELD KINDER UND JUGENDLICHE	41
5.2.1 ‚Nordtreff – Arakasamen‘ (romanes für ‚Wir treffen uns‘) – Kinder und Jugendliche ab 5 Jahre	42
5.2.2 Offener Kinder-Treff ‚Casa Copiilor‘ – für Kinder und Jugendliche von 5 bis 12 Jahren	43

5.2.3	Aufsuchende Arbeit Nordstadt – Jugendliche und junge Erwachsene ab 16 Jahre	44
5.2.4	Nordstadtliga – Jugendliche und junge Erwachsene ab 16 Jahre	45
5.2.5	Beratung von neuzugewanderten Familien und Jugendlichen	46
5.3	HANDLUNGSFELD SCHULISCHE UND AUßERSCHULISCHE BILDUNG FÜR SCHULPFLICHTIGE KINDER UND JUGENDLICHE	47
5.3.1	Beratung von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen zum Bildungssystem in Dortmund und Schulplatzvermittlung – Schulpflichtige Kinder von 6 bis 18 Jahren	48
5.3.2	Vast vasteste – Hand in Hand: Roma als Bildungsmediator*innen – Kinder und Jugendliche von 6 bis unter 16 Jahren	49
5.3.3	Bus-Infopoint – Unterstützung für Beteiligte der Nordstadt	50
5.3.4	Unterricht außerhalb des Stammschulgeländes – Kinder und Jugendliche von 10 bis unter 16 Jahren	51
5.3.5	Überbrückungsangebote für schulpflichtige, neu aus dem Ausland zugewanderte Kinder und Jugendliche bis zur Vermittlung von Schulplätzen – Kinder und Jugendliche von 6 bis unter 18 Jahren	52
5.3.6	„Integration durch Bildung“: Bildungsmaßnahmen und -projekte – Kinder und Jugendliche bis 16 Jahren sowie deren Eltern	53
5.3.7	„Mittendrin in...“: Quartiersbezogene Bildungs- und Beteiligungsangebote für Kinder und Jugendliche	54
5.4	HANDLUNGSFELD ERSTBERATUNG UND ERSTINTEGRATION	54
5.4.1	Anmeldung und Willkommensberatung für EU-Bürgerin*innen im MigraDO – Dienstleistungszentrum Migration und Integration	55
5.4.2	EhAP-Plus-Projekt „Hilfen zum Ankommen, Leben und Teilhaben – HALT“	57
5.4.3	Aufsuchende Arbeit, Lebenslagenclaring und Unterstützung bei komplexen Problemlagen: Infopoint und Backoffice der Anlaufstruktur „Willkommen Europa“	58
5.4.4	„Kommunales Integrationsmanagement“ (KIM) – MIA-DO-KI und Strategische Sozialplanung	60
5.4.5	Städtisches Integrationsnetzwerk „lokal willkommen“	62
5.4.6	„Clearing für gestrandete Unionsbürgerinnen und -bürger“ in der „Anlaufstelle Willkommen Europa!“	63
5.4.7	„Raum zum Austausch – Kleidung und mehr“ (ehemalige Kleiderkammer)	64
5.4.8	Herkunftssprachliche Familienbegleitung	65
5.4.9	„Raum vor Ort“ – Familien und Kinder von 0 bis 6 Jahre	66
5.5	HANDLUNGSFELD ARBEITSMARKTINTEGRATION	67
5.5.1	Jobcenter Dortmund: Spezialisierung auf die Zielgruppe der EU-Zugewanderten	68
5.5.2	Bundesmodellvorhaben zur Verbesserung der Erwerbsteilhabe von Unionsbürgerinnen und -bürgern	69
5.5.3	JOBWINNER DORTMUND: schrittweise zu gesellschaftlicher Teilhabe und in den Beruf – junge Erwachsene von 16 bis 27 Jahren	71
5.5.4	ESF Plus/Akti(F) Plus-Projekt „Teilhabe und Arbeit für Familien – TafF Plus“	72
5.5.5	BIWAQ V-Projekt „FC Nordstadt – faire Chance durch Teilhabe und Integration in Arbeit“ im ESF Plus-Bundesprogramm BIWAQ – junge Erwachsene ab 18 Jahre	74
5.5.6	Nähmanufaktur „Amen Juvlja Mundial“	75
5.5.7	„Jugend Stärken: Brücken in die Eigenständigkeit“	76
5.6	HANDLUNGSFELD GESUNDHEIT	77
5.6.1	Überleitung in den Krankenversicherungsschutz – Clearingstelle Gesundheit	78
5.6.2	Gesundheitskiosk	80
5.6.3	Sprechstunde für nicht krankenversicherte (schwangere) Frauen – Schwangerschaft und Geburt	81
5.6.4	Hebammen-Zentrum im Gesundheitsamt und aufsuchende Hebammenbetreuung für nicht krankenversicherte (schwangere) Frauen – Schwangerschaft und Geburt	82
5.6.5	Familienstrukturen stärken – Aufsuchende Elternberatung (AEB)	83
5.6.6	Gesundheitliche Versorgung: Sprechstunde für nicht krankenversicherte Kinder und Jugendliche – 0 bis unter 6 Jahren	84
5.6.7	Schuleingangs- und Seiteneinstiegs-Untersuchung	85
5.6.8	Behandlung von an Tuberkulose erkrankten Menschen – lebensphasenübergreifend	86
5.7	HANDLUNGSFELD WOHNEN UND ZUSAMMENLEBEN: NACHBARSCHAFTEN UND QUARTIERE STABILISIEREN	88
5.7.1	Übergreifende Reaktivierung von Problemimmobilien in der Nordstadt: Stadterneuerung, Fallmanagement Problemhäuser und Viertelwerk gGmbH	89
5.7.1.1	Maßnahmen der Stadterneuerung	89
5.7.1.2	Fallmanagement Problemhäuser	90
5.7.1.3	Maßnahmen der Viertelwerk gGmbH	91

5.7.2	Soziale Wohnraumbegleitung und -vermittlung als Wohnungszugangsstrategie für zugewanderte Familien – ab 18 Jahren	92
5.7.3	Straßensozialarbeit auf und rund um den Nordmarkt	93
5.7.4	„Mittendrin in...“ – Begegnung, Beratung und Beteiligung im Quartier	94
5.7.5	„Sport vor Ort“ – Niedrigschwellige Zugänge zu Bewegung, Begegnung und Teilhabe im Quartier	96
5.7.6	Waschcafé „Saubere Sache“ für Frauen und Kinder	96
5.7.7	Task Force Nordstadt, Kommunalen Ordnungsdienst	97
5.7.8	Anlaufstellen bei ordnungsrechtlichen Fragen	98
5.8	HANDLUNGSFELD SPRACHFÖRDERMAßNAHMEN	98
5.8.1	FerienIntensivTraining – FIT in Deutsch – Schulpflichtige von 6 bis 16 Jahren	99
5.8.2	Kommunales Handlungsprogramm Spracherwerb für Zugewanderte und Geduldete ohne Anspruch auf Integrationskurse – ab 18 Jahren	100
5.9	HANDLUNGSFELD PARTIZIPATION, KULTUR UND EHRENAMT	100
5.9.1	Fachgruppe Partizipation: „Meine Stadt – Meine Stimme“	101
5.9.2	Städtische Begegnungszentren für Menschen ab 50 Jahren	102
5.9.3	Seniorenbüros	103
5.9.4	„Haus der europäischen Roma – Romano Than e.V.“	104
5.9.5	„Djelem Djelem“ – Kulturfestival der Sinte*zze und Rom*nja	105
5.9.6	Aktivitäten der FreiwilligenAgentur	106
5.9.7	„Ehrenamt im Kontext Prävention“	107
5.10	HANDLUNGSFELD BEKÄMPFUNG VON AUSBEUTUNGSSTRUKTUREN	108
5.10.1	Fachgruppe „Bekämpfung von Menschenhandel“ – U-FG Kinder und Jugendliche und U-FG Erwachsene	109
5.10.2	Weiterentwicklung des NRW-Modellprojekt MISSIMO (Leistungsmissbrauch in Problemimmobilien) für Dortmund	110
5.11	HANDLUNGSFELD TRANSNATIONALE KOOPERATION	111
5.11.1	Fachgruppe Transnationale Kooperation	112
5.11.2	Neue Naturen – Transforming Neighbourhoods – für Jugendliche und junge Erwachsene	113
5.11.3	Wissenschaftliche Studie „Zuwanderung aus Südosteuropa – Teilhabe und Zusammenhalt auf kommunaler Ebene ermöglichen“ (ZuSudo)	114
5.11.4	Projekt „CONSOLIDATE“	115
5.12	HANDLUNGSFELD GESAMTKOORDINIERUNG, PROFESSIONALISIERUNG UND KOMMUNIKATION: ÖRTLICHE EBENE	116
5.12.1	Konzeptionierung und Beantragung fördermittelfinanzierter Projekte	117
5.12.2	Koordinierung von Fördervorhaben	118
5.12.3	Koordinierung und Steuerung der Strukturen in der „Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung“	119
5.12.4	„Innovationsteam Nord“ in der Strategischen Sozialplanung	122
5.12.5	Entwicklung des Handlungsrahmen Neuzuwanderung 2021+	123
5.12.6	Neuorganisation der Anlaufstruktur Willkommen Europa	124
5.12.7	Fördermittel des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration (ACI) für Vereine, Verbände, Migrantenorganisationen und Initiativen in Dortmund	125
5.12.8	Aktivitäten von MIA-DO-KI/Integration als Querschnittsaufgabe: Fördermittelvergabe	126
5.12.9	Aktivitäten von MIA-DO-KI/Integration als Querschnittsaufgabe: Koordinierung des Sprachmittlungspools	127
5.12.10	Dualer Studiengang „Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Migration und Diversität“ – FH Dortmund	127
5.13	HANDLUNGSFELD GESAMTKOORDINIERUNG, PROFESSIONALISIERUNG UND KOMMUNIKATION: ÜBERÖRTLICHE EBENE	129
5.13.1	Handeln über mehrere Ebenen: NRW-weite Initiativen	130
5.13.2	Handeln über mehrere Ebenen: Bundesweite Initiativen	131

1. EINLEITUNG

Die Zuwanderung aus Südosteuropa bleibt auch in den Jahren 2025/2026 ein relevantes Handlungsfeld für die Stadt Dortmund. Sie ist Ausdruck der europäischen Freizügigkeit und geht mit fortbestehenden Wanderungsbewegungen einher, die sich in den kommunalen Strukturen in unterschiedlicher Intensität abbilden. Damit verbinden sich vielfältige Chancen, aber auch Anforderungen in unterschiedlichen kommunalen Handlungsfeldern: Die bestehenden Ansätze müssen kontinuierlich weiterentwickelt und an sich verändernde Rahmenbedingungen angepasst werden. Das Management und die Gestaltung dieser Entwicklung sind zur kommunalen Daueraufgabe geworden.

Die Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung bündelt diese Aufgaben in einem integrierten Ansatz aus Beratung, Unterstützung, sozialräumlicher Arbeit sowie flankierenden ordnungsrechtlichen Maßnahmen. Im Mittelpunkt steht dabei die Zielsetzung, gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, Integration zu fördern und zugleich die Funktionsfähigkeit der kommunalen Systeme und des Zusammenlebens im Alltag dauerhaft sicherzustellen. Die Umsetzung erfolgt in enger Kooperation zwischen Verwaltung, freien Trägern und zivilgesellschaftlichen Akteuren.

Der vorliegende Sachstandsbericht fasst die Entwicklungen des vergangenen Jahres entlang der zentralen Handlungsfelder zusammen. Er zeigt, dass die aufgebauten Strukturen in vielen Bereichen wirksam und belastbar sind, zugleich jedoch weiterhin einem hohen Anpassungs- und Abstimmungsbedarf unterliegen. Dies betrifft insbesondere die Schnittstellen zwischen kommunaler Praxis und übergeordneten gesetzlichen, finanziellen und strukturellen Rahmenbedingungen.

Der Bericht versteht sich damit sowohl als Bestandsaufnahme als auch als Grundlage für die kontinuierliche Weiterentwicklung in kommunaler Steuerung. Er macht zugleich deutlich, dass nachhaltige Lösungen nur im Zusammenspiel von kommunaler Ebene, Land, Bund und europäischen Rahmenbedingungen erreicht werden können – auf Basis klarer Zuständigkeiten, verlässlicher Strukturen und dauerhaft tragfähiger Finanzierung.

Der vorgelegte Bericht schließt an den Sachstandsbericht 2024 an und greift auch dessen Struktur auf:

Kapitel 2 fasst zunächst einige zentrale statistische Befunde und wesentliche Ergebnisse der einzelnen Handlungsfelder kompakt zusammen. In Kapitel 3 schließen sich das Fazit und die Ableitung weiterer Schritte auf örtlicher Ebene und in Richtung Landes- und Bundesebene an. Kapitel 4 liefert mit dem Beitrag der Dortmunder Statistik die gewohnte ausführliche Analyse der Datenlage und die darauf beruhenden zentralen statistischen Erkenntnisse. Vertiefte Informationen über die Sachstände in den einzelnen Handlungsfeldern der Gesamtstrategie Neuzuwanderung bietet abschließend Kapitel 5 mit einem Überblick über die unterschiedlichen Dortmunder Ansätze und Angebote. Dabei sind für jeden Ansatz kompakt und systematisch die Eigenschaft als

Regel- oder Projektangebot, die umsetzenden Akteure, Umsetzungsdauer bzw. -zeitraum, Finanzierung, der konzeptionelle Ansatz, Erfolge, Herausforderungen und weitere Informationen erfasst. In diesem Kapitel finden sich auch die übergreifenden Ansätze in den Bereichen Gesundheit, Wohnen, Bekämpfung von Ausbeutungsstrukturen, Sprachfördermaßnahmen und Kultur sowie die Dortmunder Beiträge zur Koordinierung, Professionalisierung und Kommunikation über die unterschiedlichen Ebenen.

Unverändert bleibt die Grundlage des Dortmunder Ansatzes die enge Zusammenarbeit eines breiten Akteursnetzwerks aus Verwaltung, freien Trägern, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Ehrenamt und lokalen Initiativen. Diese Kooperation ist ein zentraler Erfolgsfaktor für die Stabilität und Wirksamkeit der Integrationsarbeit in Dortmund. Allen, die dazu beitragen, dass neu zuwandernde Menschen in dieser Stadt verlässliche Rahmenbedingungen vorfinden, sich orientieren können und gute Perspektiven für eine aktive Teilhabe entwickeln, gilt an dieser Stelle besonderer Dank.

2. ZUSAMMENFASSUNG DER WESENTLICHEN ERGEBNISSE

19 Jahre nach den EU-Beitritten Rumäniens und Bulgariens und zwölf Jahre nach Eintritt der vollständigen Arbeitnehmerfreizügigkeit lässt sich die Bilanz für das zurückliegende Jahr wie folgt zusammenfassen.

2.1 Zentrale Statistische Befunde¹

- Bundesweit ist die EU2-Bevölkerung seit dem Höchststand von knapp 1,347 Mio. Menschen im Dezember 2023 auf 1,342 in 2024 und 1,326 Mio. in 2025 weiter gesunken.
- Die meisten EU2-Zuwander*innen sind in München gemeldet (knapp 31.000); es folgen Duisburg und Nürnberg. Die Bevölkerungsanteile waren 2025 in Offenbach (8,0 %) am höchsten, unverändert gefolgt von Duisburg und Gelsenkirchen. Dortmund liegt weit darunter (1,9 %).
- Die Zahl der Ende 2025 in Dortmund gemeldeten EU2-Angehörigen lag bei 11.685 und damit knapp unterhalb des Niveaus des Jahres 2022 (11.720) und um 560 (-4,6 %) niedriger als Ende 2024 (12.245). Der Höchststand betrug 12.305 im Juni 2024. Dortmund ist die Stadt mit dem stärksten Rückgang.
- Auch 2025 lebte die Hälfte der EU2-Bevölkerung (50,5 %) in der Nordstadt.
- Die Zahl der Zuzüge hat sich über die Jahre kontinuierlich verringert von 2.836 im Jahr 2022 auf 1.790 im Jahr 2024. 2025 ist sie noch einmal auf 1.720 gesunken.

¹ Zur ausführlichen Analyse der statistischen Befunde: vgl. Kapitel 4.

- Die Wanderungsdynamik – als Gesamtzahl der Zuzüge und Fortzüge – hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich verringert (2014: 14.000 Zu- und Abwanderungen, 2015: 10.500, 2019–2022: durchschnittlich rund 5.000). Ab 2023 sank sie unter die 5.000er-Marke, 2025 lag sie bei 4.000.
- Die Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien ist nach wie vor jung. Ende 2025 lebten in Dortmund 1.140 unter 6-jährige Kinder mit EU2-Staatsangehörigkeit; das sind 140 weniger als zum 31.12.2024 (–10,9 %). Fast gleich geblieben ist die Zahl der 6 bis unter 15-Jährigen, die Ende 2025 bei 1.900 lag. Am stärksten zurückgegangen ist die Altersgruppe der 30- bis unter 45-Jährigen (–310). Nur 290 bulgarische oder rumänische Staatsangehörige sind 65 Jahre oder älter, ihr Anteil an der EU2-Bevölkerung liegt bei 2,5 Prozent (Gesamtbevölkerung: 20,5).
- Die Beschäftigungsquoten der EU2-Bevölkerung haben 2025 wieder leicht zugenommen auf 36,5 Prozent unter den bulgarischen und 36,2 Prozent unter den rumänischen Staatsangehörigen.
- Im Juni 2025 waren in Dortmund 8.815 EU2-Angehörige im erwerbsfähigen Alter (15- bis unter 65 Jahre) registriert; davon waren 3.755 beschäftigt, darunter 3.200 (85,2 %) sozialversicherungspflichtig und 555 (14,8 %) geringfügig.
- Ende 2025 bestanden rund 2.100 von EU2-Angehörigen geführte Betriebe mehr in Dortmund als 18 Jahre zuvor. Davon waren über 800 Betriebe bulgarisch und über 1.300 rumänisch geführt.
- Der Anteil der Arbeitslosen an den Erwerbspersonen ist leicht gestiegen und lag in Juni 2025 bei 20,7 Prozent unter den bulgarischen Staatsangehörigen, unter den rumänischen Staatsangehörigen bei 14,8 Prozent.
- Von 11.390 EU2-Bürger*innen unter 65 Jahren in Dortmund bezogen im Dezember 2025 insgesamt 5.153 Leistungen nach dem SGB II (45,2 %).
- Unter den von der Bundesagentur für Arbeit erfassten arbeitssuchenden erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II haben 5,2 Prozent der rumänischen und 5,9 Prozent der bulgarischen Staatsangehörigen einen beruflichen Abschluss.

2.2 Wesentliche Ergebnisse im Handlungsfeld Frühkindliche Bildung, Beratung und Betreuung, Kinder- und Jugendhilfe

- In den 101 FABIDO-Kindertageseinrichtungen werden 221 Kinder aus den EU2-Staaten betreut, davon 127 Kinder mit rumänischer und 94 Kinder mit bulgarischer Staatsangehörigkeit. Das sind rund 20 % der unter 6-Jährigen und 80 Kinder mehr (+43,3%) als vor zwei Jahren. Hinzu kommen Kinder mit rumänischer oder bulgarischer Staatsangehörigkeit in den Kindertageseinrichtungen anderer Träger; die Zahlen dazu liegen aber nicht vor.
- Die drei ‚SOE-Kinderstuben‘ verfügen insgesamt über 27 Betreuungsplätze und sind Brücke in weiterführende Bildungsinstitutionen. 2025 verließen insgesamt 18 Kinder die Kinderstuben. Davon wechselten 12 Kinder (66,7 %) in eine FABIDO-Kindertageseinrichtung, 3 (16,7 %) in die Grundschule.

Die Angebote der Frühkindlichen Bildung werden gut angenommen und tragen dazu bei, Kinder und Familien frühzeitig an Regelsysteme heranzuführen, Vertrauen in diese Strukturen

aufzubauen und Bildungsübergänge zu stabilisieren. Risiken sozialer Ausgrenzung und späterer Problemlagen können frühzeitig erkannt und reduziert werden. Die städtische Gesamtstrategie wirkt insbesondere dort positiv, wo niedrigschwellige Ansprache, frühe Förderung und verbindliche Übergänge miteinander verbunden werden. Gleichzeitig bleiben stabile Wohnverhältnisse, ausreichende Kita-Kapazitäten sowie intensive Elternarbeit zentrale Voraussetzungen für nachhaltige Integration.

2.3 Wesentliche Ergebnisse im Handlungsfeld Kinder und Jugendliche

- Der ‚Nordtreff – Arakasamen‘ bietet pädagogische und Bildungsangebote zur Stärkung von Resilienz, Selbstvertrauen, Grenzempfinden und sozialer Kompetenz für junge Rom*nja im Alter zwischen 5 und 16 Jahren. 2025 wurden wöchentlich insgesamt rund 100 Kinder und Jugendliche erreicht. Der Großteil lebt in der Nordstadt und in Eving.
- Im Offenen Treff ‚Casa Copiilor‘ bieten Frauen mit Zuwanderungsgeschichte Unterstützung bei den Hausaufgaben und sprachliche Bildung, die Freizeitangebote zielen auf respektvollen Umgang miteinander. Der Treff wird regelmäßig von rund 70 aus unterschiedlichen Ländern zugewanderten Kindern genutzt, etwa 70 % davon stammen aus Südosteuropa.
- Das Team ‚Aufsuchende Arbeit Nordstadt‘ unterstützt seit 2016 Kinder und Jugendliche in ihrem Lebensumfeld, darunter junge Menschen aus Südosteuropa und neu zugewanderte Familien. Die Jugendlichen beteiligen sich zunehmend aktiv an der Gestaltung ihres Sozialraums. Angeleitete Graffiti- und Streetart-Projekte fördern Beteiligung, Verantwortungsübernahme und soziale Bindung im und an das Quartier.
- Im Sportbereich sind in der ‚Nordstadtliga‘ der ‚FC Roma‘ und der ‚FC Bulgarien‘ seit Jahren feste, von den jungen Zugewanderten organisierte Teams, mit denen die Jugendlichen ihre Community repräsentieren.
- In der bei MigraDo angedockten niedrigschwelligen, bedarfsorientierten Beratung von Familien und Jugendlichen fanden im Zeitraum März bis Dezember 2025 insgesamt 629 Beratungen zu Erziehungsfragen, familiären Hilfen und passenden Unterstützungsangeboten statt.

Im Handlungsfeld Kinder und Jugendliche erfüllen die Angebote nicht nur eine Freizeitfunktion. Sie eröffnen Fachkräften auch die Möglichkeit, Kinder, Jugendliche und Familien zu erreichen, die in klassischen Unterstützungsstrukturen nicht ankommen. Das ermöglicht auch, sie an Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungsangebote heranzuführen. Die entstehenden Kontakte und Vertrauensverhältnisse sind tragfähig und wirken langfristig präventiv. Teilhabe- und Selbstorganisation gelingen zunehmend. Gleichzeitig wird deutlich, dass junge Menschen aus Südosteuropa nicht nur Unterstützungsbedarfe haben, sondern sich zunehmend aktiv einbringen, Verantwortung übernehmen und ihren Sozialraum mitgestalten. Niedrigschwellige Freizeit- und Beteiligungsangebote leisten damit einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration und zur Vermeidung von Ausgrenzung. Besonders wirksam sind Angebote, die auf Teilhabe, Selbstorganisation und aktive Mitgestaltung ausgerichtet sind.

2.4 Wesentliche Ergebnisse im Handlungsfeld schulische und außerschulische Bildung für schulpflichtige Kinder und Jugendliche

- 2025 meldeten sich 1.493 Schülerinnen und Schüler im Alter von 6 bis 18 Jahren im Dienstleistungszentrum Bildung (DLZB) für einen Schulplatz an. Gegenüber 2024 (1.738) ist das ein Rückgang um 245 Anmeldungen. 213 der neuangemeldeten Kinder und Jugendliche stammten aus Rumänien oder Bulgarien (14,3 %).
- Seit Februar 2025 ist das DLZB außerdem im MigraDo vertreten, so dass Schulanmeldungen nun zusätzlich in der Berswordthalle möglich sind. Dadurch konnten Zugänge vereinfacht und Verwaltungsprozesse stärker gebündelt werden.
- Der verstetigte Mediationsansatz „Vast Vasteste“ wird an acht Dortmunder Schulen umgesetzt. Menschen aus den Roma-Communities werden zu Mediatorinnen und Mediatoren ausgebildet und an den Schulen eingesetzt, um Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern zu aktivieren und die Vermittlungs- und Vertrauensstrukturen innerhalb der Schulen zu stärken. Beides gelingt zunehmend. Insgesamt wurden 243 Familien erreicht.
- Der „Bus-Infopoint“ unterstützt neu zugewanderte Grundschulkinder aus der Nordstadt und ihre Familien beim Schülerspezialverkehr zu Schulen außerhalb des Quartiers. Durch Beratung, Vernetzung, Sprachmittlung und niedrigschwellige Elternangebote stärkt er die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus und trägt zur Sicherung der Bildungsteilhabe bei. Im Schuljahr 2025/2026 wurden rund 400 Schüler*innen in 21 Schülerspezialverkehren in Dortmunder Grundschulen gebracht
- An zwei externen Standorten werden derzeit rund 160 neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler des Stadtgymnasiums, des Käthe-Kollwitz-Gymnasiums und der Marie-Reinders-Realschule beschult. Neben intensiver Sprachförderung profitieren sie von einer geschützten Lernumgebung, individueller Begleitung sowie ergänzenden Integrationsangeboten in den Bereichen Sport, Kultur und Freizeit.
- 530 zugewanderte Kinder und Jugendliche wurden während der Wartezeit auf einen Schulplatz in Überbrückungsangeboten auf den späteren Schulbesuch vorbereitet.
- Im Rahmen des „Aktionsplan Soziale Stadt“ erreichen auch die „Mittendrin in ...“-Standorte junge Menschen in den Aktionsräumen. Als außerschulische Bildungsangebote bieten sie ihnen, unter anderem in Eving und Hörde, Lernräume im unmittelbaren Lebensumfeld und unterstützen ihre schulische Integration. 2025 wurden in 12 der 13 Aktionsräume und -quartiere insgesamt 24 quartiersbezogene Bildungs- und Beteiligungsangebote umgesetzt und weiterentwickelt. Daran waren neun Schulen beteiligt.

Niedrigschwellige Zugänge, passgenaue Vermittlungsstrukturen, gezielte Sprachförderung und außerschulische Bildungs- und Beteiligungsangebote verbessern die Bildungs- und Teilhabechancen neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher spürbar. Besonders die positiven Erfahrungen mit dem Mediationsansatz, den Überbrückungsangeboten und den quartiersbezogenen Unterstützungsstrukturen verdeutlichen, dass Integration vor allem dort gelingt, wo passgenaue Bildungsformate, Brückenangebote und Unterstützung im direkten Lebensumfeld

ineinandergreifen, Vertrauen aufgebaut und individuelle Begleitung ermöglicht wird. Dieser Ansatz stabilisiert Bildungswege frühzeitig und verhindert effektiv Schulabbrüche und soziale Ausgrenzung.

2.5 Wesentliche Ergebnisse im Handlungsfeld Erstberatung und Erstintegration

- MigraDo lenkt als organisationen- und ressortübergreifende One-Stop-Agency den Zugang in die örtlichen Strukturen. Ausgehend von der melderechtlichen Erfassung beginnt durch mehrsprachige Erstberatung zu Sprache, Arbeit, Bildung, Gesundheit, Pflichten und Wege im neuen Umfeld sofort die gezielte Aktivierung der Zuwandernden. 2025 wurden insgesamt 9.652 Beratungen durchgeführt, davon entfielen 1.715 Beratungen auf EU-Staatsangehörige.
- Über das EhAP-Plus-Projekt ‚Hilfen zum Ankommen, Leben und Teilhaben – HALT‘ wurden 2025 insgesamt 541 EU-Bürgerinnen und Bürger aufgesucht, die zu einem Großteil noch nicht in Hilfe- und oder Aktivierungsstrukturen angekommen waren. 91,1 % davon waren Unionsbürgerinnen und Bürger. Sie wurden an MigraDo, ‚Willkommen Europa‘ oder das Kommunale Integrationsmanagement (KIM) weitergeleitet. 125 Teilnehmende waren minderjährig, 155 Teilnehmende im Alter zwischen 18 und 29 Jahren.
- ‚Willkommen Europa‘ bündelt das Know-how zur Klärung der Bedarfe von EU-Staatsangehörigen, zur Stabilisierung ihrer Lebenslage und zur Initiierung und Aktivierung konkreter Integrations-schritte in zentralen gesellschaftlichen Teilhabebereichen. 2025 registrierte ‚Willkommen Europa‘ in der zentralen Anlaufstelle (bis 03/2026: Braunschweiger Straße) und an den weiteren dezentralen Standorten in der Nordstadt insgesamt rund 8.000 Beratungskontakte.
- 2025 wurden 61 Personen (11 Frauen, 50 Männer) in das ‚Clearing für Gestrandete‘ aufgenommen, insgesamt 52 stammten aus Rumänien, Polen und Bulgarien. 55 Menschen wurden zu Rückkehrmöglichkeiten beraten, 50 bei der eigenständigen Rückkehr unterstützt.
- Die Kooperation mit wohn- und lebensunterstützenden Angeboten in den Herkunftsländern, etwa der Stiftung ‚Dom Ojca‘ in Polen, trägt zur nachhaltigen Wiedereingliederung bei. Für 2026 ist der Ausbau der Kooperationen mit Akteuren in weiteren EU-Staaten geplant.
- Das ursprünglich auf Drittstaatsangehörige ausgerichtete Kommunale Integrationsmanagement (KIM) wird zunehmend auch auf EU-Staatsangehörige ausgerichtet. Im KIM-Case Managements wurden 2025 insgesamt 9.245 Beratungen durchgeführt. Rund 5 Prozent der Ratsuchenden im KIM waren EU-Staatsangehörige. Auch bei ‚lokal willkommen‘ wurden aus der EU zugewanderte Menschen beraten.
- Niedrigschwellige sozialräumliche Angebote leisten Beiträge zur Alltagsstabilisierung. So werden über den ‚Raum zum Austausch‘ jährlich rund 350 Familien mit Kleidung, Schuhen und Spielzeug versorgt; zudem werden etwa 50 Schultornister ausgegeben.
- Die herkunftssprachliche Familienbegleitung erreichte im vergangenen Jahr 117 Familien mit insgesamt 345 Kindern. Schwerpunkte waren Existenzsicherung und Schulden, unsichere Wohnsituationen und Mietverhältnisse, Energieversorgung, Bildungszugänge und gesundheitliche Fragestellungen.

- Der ‚Raum vor Ort‘ leistet rund 30 Angebote pro Woche, insbesondere im Bildungsbereich.

Das eng verzahnte System aus Erstberatung, aufsuchender Arbeit, Case Management und sozialräumlichen Unterstützungsangeboten erreicht jährlich mehrere Tausend Menschen. So gelingt die frühzeitige Aktivierung und Überleitung in unterschiedliche Regelstrukturen bei Stadt, Trägern und Arbeitsverwaltung. Ausgehend von der zentralen Steuerung durch MigraDo setzen dezentrale Unterstützungsstrukturen die Begleitung der Zugewanderten sozialräumlich fort. Beratung, Stabilisierung und Vermittlung greifen unmittelbar ineinander. Muttersprachliche, aufsuchende und niedrigschwellige Angebote aktivieren die Eigeninitiative der Menschen im direkten Lebensumfeld, ermöglichen die Überleitung in zentrale Regelstrukturen und bauen zugleich Vertrauen in institutionelle Strukturen auf. Die Kombination aus intensiver Einzelfallarbeit (Case Management, Clearing), aufsuchenden Zugängen und stabilisierenden Angeboten im Quartier ermöglicht sowohl kurzfristige Krisenintervention als auch längerfristige Integration. So werden prekäre Lebenslagen und soziale Entkopplungen erkannt und verhindert. Soziale Folgekosten und Konflikte im Zusammenleben werden verringert.

2.6 Wesentliche Ergebnisse im Handlungsfeld Arbeitsmarktintegration

- Im EU-Team des Dortmunder Jobcenters werden aktuell in der Arbeitsvermittlung 1.851 EU-Staatsangehörige (inkl. beschäftigungsorientiertem Fallmanagement) und in der Leistungsgewährung 1.220 Bedarfsgemeinschaften mit EU-Staatsangehörigkeit betreut.
- Seit 2014/15 gelangen über landes- und bundesmittelfinanzierte Arbeitsmarktintegrationsprojekte im Schnitt jährlich rund 330 Integrationen von EU-Staatsangehörigen in Arbeit, insgesamt waren es bis Ende 2022 etwa 2.800 Vermittlungen. Seitdem haben sich Zahl und Ausstattung der Projekte auf wenige und sehr kurz befristete Ansätze mit geringen Personalressourcen verringert. Allerdings funktionieren Kooperationsroutinen bei der Erwerbsintegration zunehmend besser, so dass 2025 rund 360 Integrationen in Arbeit und damit mehr als in den Vorjahren gelungen sind.
- Seit September 2023 setzt die Agentur für Arbeit ein Bundesmodellvorhaben um, mit dem sie EU-Staatsangehörige gezielter bei der Erwerbsintegration unterstützt. Umgesetzt wird der Ansatz in der One-Stop-Agency MigraDo, bei Willkommen Europa und weiteren Angeboten. Bisher wurden 425 Menschen beraten, 283 erfüllten die Voraussetzungen, in das Modellvorhaben aufgenommen zu werden. Der Großteil kam aus den EU2-Staaten, Polen und Spanien. Bei mehr als 33 % gelang die Arbeitsmarktintegration bereits, knapp 93 % davon in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Ein Großteil hatte nur geringe schulische Qualifikationen. Weitere Teilnehmende nehmen an Sprachkursen und Qualifizierungen teil.
- Der bundesfinanzierte ‚Akti(F) Plus‘-Ansatz ‚TAff‘ stabilisiert die Lebenssituation von Familien, die Anspruch auf SGB II-Leistungen haben oder diese bereits beziehen. Seit September 2023 wurden 374 Familien beraten und begleitet. 141 zu Projektbeginn arbeitslose Teilnehmende wurden in Arbeit vermittelt, 100 davon in sozialversicherungspflichtige-Beschäftigung (47 in Vollzeit, 53 in Teilzeit), 41 in Minijobs (geringfügig entlohnte Beschäftigungsverhältnisse). Bei 65

Teilnehmenden wurde das bestehende Arbeitsverhältnis stabilisiert. Darunter waren 35 entfristete Arbeitsverträge.

- 2025 wurden über ‚JOBWINNER DORTMUND‘ 51 ‚entkoppelte‘ Jugendliche gecoacht. Ergebnis sind 8 Arbeitsmarktintegrationen, 5 Praktika, 1 Qualifizierung, 28 Vermittlungen in Jobcenter-Maßnahmen und 12 Vermittlungen in Sprachkurse. 2 Teilnehmende nahmen erneut einen Schulbesuch auf, 17 wurden in eine Wohnung vermittelt. Bei allen stiegen die Handlungs- und Sozialkompetenz und die Motivation zur Arbeitsmarktintegration.
- In der Nähmanufaktur ‚FABRIC!‘ sind Qualifizierung und soziale Stabilisierung eng verknüpft. Hier arbeiten 7 langjährige Mitarbeiterinnen aus dem Rom*nja-Kulturkreis gemeinsam mit jungen Frauen, die an den Arbeitsmarkt herangeführt werden.
- Das BIWAQ-Projekt ‚FC Nordstadt – faire Chance durch Teilhabe und Integration in Arbeit‘ ist neben dem oben genannten Bundesmodellvorhaben einer der wenigen Ansätze, der EU-Zugewanderte auch ohne Leistungsbezug aufnehmen kann. Aufgrund der geringen Ressourcen kann es den SGB-II-Leistungsausschluss aber nur zu einem geringen Teil ausgleichen. 2025 wurden insgesamt 280 Teilnehmende qualifiziert.
- Über das KIM-Case Management wurden über den neu gestarteten Ansatz NRW.*integrativ* insgesamt gut 100 Arbeitsmarktintegrationen erreicht.

Bei gleichzeitig weiterhin überdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten und hohen Anteilen gering qualifizierter oder nicht anerkannter Abschlüsse zeigt die Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten aus Bulgarien und Rumänien trotz weggefallener Förderungen weiterhin messbare Fortschritte. Insgesamt hängen die erreichten Fortschritte wesentlich von einer frühzeitigen und verlässlichen, regelbasierten und ausreichend ausgestatteten Anbindung an die Systeme des SGB II und SGB III ab. Projektförmige Ansätze können diese Funktion lediglich flankieren, nicht jedoch ersetzen.

Nachhaltige Arbeitsmarktintegration funktioniert, wo integrierte, systematische Förderketten umgesetzt werden. Bausteine sind Maßnahmen zur Sprachförderung, Kompetenzfeststellung und Qualifizierung einerseits und flankierende Maßnahmen des Akteursverbundes der Gesamtstrategie Neuzuwanderung zur Motivierung, Aktivierung und Stabilisierung der Lebenslage der Familie andererseits. Die Kooperation der Akteure in der reduzierten Angebotsstruktur leistet dabei wirksame Integrationsergebnisse. Allerdings wirkt die Kombination aus arbeitsmarktpolitischer Förderung und flankierender Alltags- und Lebenslagenstabilisierung vor allem, wenn sie systematisch in die Regelstrukturen von Jobcenter und Agentur für Arbeit überführt bzw. – verlässlich finanziert – in Kooperation mit weiteren Trägern erbracht und an die Regelstrukturen angebunden wird. Wo diese Verknüpfung fehlt, bleiben Ansätze in ihrer Reichweite begrenzt und Integrationspotenziale ungenutzt. Prekäre Lebens- und Erwerbssituationen verfestigen sich – Ausbeutungsstrukturen finden hier ihr Betätigungsfeld.

2.7 Wesentliche Ergebnisse im Handlungsfeld Gesundheit

- Die Clearingstelle Gesundheit hat im letzten Jahr 1.683 Beratungskontakte registriert. Darüber wurden 1.525 Kinder erreicht. Die Überleitung in einen Krankenversicherungsschutz konnte in

1.048 Fällen erreicht werden. Mit 50 % bildeten Rumän*innen die größte Gruppe der Ratsuchenden. An zweiter Stelle folgten Menschen aus Bulgarien mit 30 %. Seit Mitte 2016 summieren sich die Beratungskontakte auf 10.536 mit insgesamt 8.316 Kindern und 4.127 Überleitungen in eine Krankenversicherung.

- Die Sprechstunde für nicht krankenversicherte (schwängere) Frauen im Gesundheitsamt versorgte 2025 insgesamt 846 Frauen; 2024 waren es 728.
- Von insgesamt 15 telefonischen Beratungen über das Hebammen-Zentrum konnten 12 Familien an ein anderes Angebot der Maßnahme ‚Werdende Eltern – informiert von Anfang an‘ vermittelt werden. Über dieses Angebot, die Hebammen-Hotline, wurden sie erfolgreich in eine reguläre Hebammenbetreuung überführt. Da das Hebammen-Zentrum über die Bundesstiftung Frühe Hilfen nicht mehr förderfähig ist und zunehmend weniger in Anspruch genommen wurde, ruht die individuelle Terminvereinbarung dafür seit Anfang 2025. Zum 01.01.2026 wurde das Projekt eingestellt.
- Die Aufsuchende Elternberatung erreichte im vergangenen Jahr 96 Familien in belasteten Lebenssituationen bereits zu Beginn der Schwangerschaft und führte insgesamt 2.503 Hausbesuche durch.
- Die Sprechstunde für nicht krankenversicherte Kinder wurde 2025 insgesamt 892 mal genutzt (2024: 1.045 Kontakte). Alles in allem fanden 1.071 Schuleingangsuntersuchungen für quereinsteigende Schülerinnen und Schüler statt, darunter 137 Kinder mit EU2-Staatsangehörigkeit.
- Im Bereich des Infektionsschutzes ergaben sich aus 75 gemeldeten Tuberkulose-Verdachtsfällen 47 meldepflichtige Erkrankungen, darunter waren 11 Erkrankte aus Südosteuropa.

Die hohe Zahl an Beratungen und erfolgreichen Überleitungen in einen Krankenversicherungsschutz belegen, dass bestehende Versorgungslücken schrittweise geschlossen werden. Dabei zeigt die Entwicklung im Bereich der Hebammenversorgung beispielhaft, dass Familien erfolgreich in bestehende Regelsysteme integriert werden können.

Niedrigschwellige, aufsuchende und eng vernetzte Unterstützungsangebote ermöglichen einen frühzeitigen Zugang zu Gesundheitsleistungen, stärken die Gesundheitskompetenz von Familien und tragen dazu bei, gesundheitliche Risiken frühzeitig zu erkennen und zu begrenzen. Gleichzeitig fördern sie die Anbindung an weitere Unterstützungs- und Hilfesysteme und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur sozialen Stabilisierung und gesellschaftlichen Teilhabe. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre unterstreichen daher die Bedeutung einer dauerhaft verlässlichen und niedrigschwelligen Gesundheitsinfrastruktur als Voraussetzung für Chancengleichheit, Prävention und den Schutz der öffentlichen Gesundheit.

2.8 Wesentliche Ergebnisse im Handlungsfeld Wohnen und Zusammenleben: Nachbarschaften und Quartiere stabilisieren

- Familien, die aus Südosteuropa nach Dortmund zugewandert sind, sind zunehmend bereit, sich aus den bisher gewohnten Quartiersstrukturen zu lösen und in andere Stadtteile zu ziehen. Das führt Schritt für Schritt zu Vermittlungserfolgen.

- Seit 2016 wurden durch die Stadterneuerung insgesamt 156 Problemimmobilien erfasst. Bis Ende 2025 sind 100 davon durch Sanierung, Eigentümeraktivierung und begleitende Maßnahmen auf einen positiven Entwicklungspfad gebracht worden, 56 galten noch als problematisch.
- Ergänzend wurden 2025 durch das ‚Fallmanagement Problemhäuser‘ 119 Hauskontrollen in 113 Immobilien durchgeführt. Dabei wurden 485 Missstände verschiedener Zuständigkeiten festgestellt und an die zuständigen Fachbereiche weitergeleitet.
- Durch die ‚Viertelwerk gGmbH‘ wurden bis Ende 2025 4 Mehrfamilienhäuser vollständig saniert und mit insgesamt 38 Wohneinheiten voll vermietet. Zusätzlich wurde Räume für soziale Wohnraumbegleitung, eine zweizügige FABIDO-Kindertagesstätte und einen Standort des Ordnungsamtes geschaffen.
- Über die ‚Wohnraumzugangsstrategie‘ wurden zudem 25 Familien bei der Vermittlung in Wohnraum unterstützt; bei weiteren 40 Familien konnten bestehende Mietverhältnisse stabilisiert werden.
- Als Reaktion auf Veränderungen am Nordmarkt wurde die aufsuchende Straßensozialarbeit sprachlich und kulturell erweitert. Durch Beziehungsarbeit vor Ort, niedrigschwellige Erstberatung, Vermittlung in Hilfesysteme und Beschäftigungsangebote werden selbst schwer erreichbare Menschen aktiviert. Von den 2025 erreichten 296 Personen kamen 201 aus einem EU-Land (v.a. Rumänien und Bulgarien). Mit der Etablierung der Straßensozialarbeiter konnten ‚illegale‘ Beratungsangebote verdrängt werden.
- Das Beratungs- und Begegnungsangebot ‚Mittendrin in...‘ wird mit individuell auf den jeweiligen Sozialraum zugeschnittenen Angeboten im Rahmen des ‚Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund‘ mittlerweile in fünf Aktionsräumen umgesetzt. Ein weiterer Standort direkt am Nordmarkt befindet sich in Planung.
- ‚Sport vor Ort‘ wird in Kooperation des ‚Aktionsplan Soziale Stadt‘ mit dem StadtSportBund, dem Netzwerk InFamilie und lokalen Sportvereinen umgesetzt. Über das Angebot wurden an mehr als 26 Standorten rund 10.000 Teilnehmende erreicht.
- Das niedrigschwellige ‚Waschcafé‘ wurde 2025 regelmäßig von 39 Frauen und 6 Kindern genutzt, rund 70 % der Nutzerinnen haben einen Migrationshintergrund.
- Gleichzeitig bleibt die ordnungsrechtliche Belastung in einzelnen Quartieren hoch: Der Kommunale Ordnungsdienst sprach in der Nordstadt insgesamt 2.255 Platzverweise aus und leitete 5.061 Ordnungswidrigkeitenverfahren ein. Der Service- und Präsenzdienst übermittelte darüber hinaus mehr als 10.500 Hinweise zu unterschiedlichen Missständen an die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung.

Die Entwicklung der vergangenen Jahre zeigt, dass die Kombination aus Stadterneuerung, Wohnungsmarktinterventionen, aufsuchender Sozialarbeit und ordnungsrechtlichem Handeln wirksam zu Stabilisierung, Sicherheit und gesellschaftlicher Teilhabe im Quartier beiträgt. Besonders die Reduzierung problematischer Immobilien, Fortschritte bei der Wohnraumvermittlung und die aktivierende Straßensozialarbeit belegen positive Veränderungsprozesse auch in langjährig belasteten Strukturen. Gleichzeitig verdeutlichen die weiterhin hohe Zahl festgestellter Missstände und die intensive ordnungsrechtliche Inanspruchnahme einzelner Quartiere, dass die sozialen

und strukturellen Problemlagen weiterhin erheblich sind. Die bisherigen Erfolge sind daher fragil und nur durch ein dauerhaft eng verzahntes und ressourcenintensives Vorgehen zu sichern.

2.9 Wesentliche Ergebnisse im Handlungsfeld Sprachfördermaßnahmen

- Im Jahr 2025 wurden im Rahmen des FerienIntensivTrainings (FIT in Deutsch) in Oster-, Sommer- und Herbstferien an insgesamt 45 Standorten, Sprachfördermaßnahmen für Grundschülerinnen und -schüler sowie für Lernende der Sekundarstufen I und II durchgeführt. Teilnehmende waren auch Schülerinnen und Schüler, die mit ihren Familien aus Südosteuropa zugewandert sind. Insgesamt haben an diesen Sprachfördermaßnahmen rund 660 Schüler*innen teilgenommen.
- Ergänzend fanden im Rahmen des kommunalen Handlungsprogramms zum Spracherwerb für Zugewanderte und Geduldete ohne Anspruch auf Integrationskurse neun Kurse mit insgesamt 5.400 Unterrichtseinheiten statt, die von 153 Teilnehmenden genutzt wurden.

Sprachförderung ist die wesentliche Voraussetzung für Integration und gesellschaftliche Teilhabe und für die Wirksamkeit von Integrationsmaßnahmen in den Bereichen Bildung, Arbeit, Gesundheit und sozialer Integration von besonderer Bedeutung. Umso kritischer ist die Tatsache zu bewerten, dass der erschwerte Zugang von EU-Staatsangehörigen zu den Integrationskursen des Bundes bestehende Versorgungslücken verschärft. Kommunale niedrigschwellige, flexible und zielgruppenspezifische Sprachförderangebote kompensieren diese Lücken, insbesondere wenn der Zugang zu Regelkursen fehlt oder kurzfristiger Förderbedarf besteht. Sie verbessern die Voraussetzungen für schulischen Erfolg, erleichtern die Alltagsorientierung und schaffen die Grundlage für Ausbildung, Beschäftigung und Teilhabe. Besonders in Übergangssituationen unterstützen sie die sprachliche und schulische Integration von Kindern und Jugendlichen und wirken damit ergänzend zu den bestehenden Regelsystemen.

2.10 Wesentliche Ergebnisse im Handlungsfeld Partizipation, Kultur und Ehrenamt

- Im Rahmen der Fachgruppe Partizipation der Gesamtstrategie Neuzuwanderung wurden Informationsvideos in 14 Sprachen produziert, die über Wahlmöglichkeiten und Wahlmotive informieren. Über Social Media konnten damit rund 50.000 Personen erreicht werden; zusätzlich wurden 200 Jugendliche aktiv in die Entwicklung der Inhalte eingebunden.
- Mit dem Verein Romano Than besteht seit zehn Jahren eine zentrale Selbstorganisation der in sich vielfältigen Roma- und Sinti-Communities mit rund 6.000 vertretenen Mitgliedern. Der Verein führt jährlich etwa 4.500 Beratungen durch und wird von rund 60 ehrenamtlich Engagierten getragen.
- Das Kulturfestival ‚Djelem Djelem‘ hat sich als größtes Roma-Kulturfestival in Deutschland etabliert. Im Jahr 2025 fanden 12 Veranstaltungen mit insgesamt über 12.000 Teilnehmenden statt,

die wesentlich zur Sichtbarkeit, kulturellen Teilhabe und interkulturellen Verständigung beigetragen haben.

- Über die Freiwilligenagentur wurden im Rahmen der Gewinnung und Aktivierung von Ehrenamtlichen 130 Anträge gestellt und bewilligt.²

Die Aktivitäten unterstreichen die zentrale Bedeutung von Partizipation, kultureller Teilhabe und bürgerschaftlichem Engagement für Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt in Dortmund. Die hohe Reichweite mehrsprachiger Informationsformate, die kontinuierliche Arbeit von Selbstorganisationen sowie die starke Resonanz auf kulturelle Veranstaltungen zeigen, dass Menschen zunehmend erreicht und in gesellschaftliche Prozesse eingebunden werden. Dabei ist Partizipation nicht nur Ziel, sondern wesentliche Voraussetzung gelingender Integration: Wo Mitgestaltung ermöglicht und gesellschaftliche Anerkennung erfahren werden, steigt die Bereitschaft zur aktiven Teilhabe in Nachbarschaften, Bildungs- und Engagementstrukturen.

Selbstorganisationen, Kulturangebote und ehrenamtliches Engagement schaffen Räume für Begegnung, fördern Zugehörigkeit und stärken den Dialog zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen. Sie tragen damit wesentlich zum Abbau von Vorbehalten, zur Stärkung demokratischer Bindungen und zur sozialen Stabilisierung in einer vielfältigen Stadtgesellschaft bei.

2.11 Wesentliche Ergebnisse im Handlungsfeld Bekämpfung von Ausbeutungsstrukturen

- 2025 wurden mit dem Ziel des Schutzes vor sexueller Ausbeutung, Zwangsprostitution und weiteren Formen von Menschenhandel wichtige Schritte zur Verbesserung der behördenübergreifenden Zusammenarbeit unternommen. Es konnten feste Ansprechpartner*innen bei Polizei und Zoll etabliert werden.
- Zudem wurde der Entwurf für einen Handlungsleitfaden zum Schutz vor Menschenhandel erarbeitet, der die Kooperation und Interventionsfähigkeit der beteiligten Stellen stärkt.

Im Handlungsfeld der Bekämpfung von Ausbeutungsstrukturen standen 2025 der Ausbau behördenübergreifender Kooperationen und die Stärkung von Prävention, Früherkennung und Intervention im Mittelpunkt. Dadurch wurden wichtige Voraussetzungen geschaffen, um Verdachtsfälle schneller zu identifizieren, Informationen gezielt auszutauschen und abgestimmte Maßnahmen einzuleiten. Das ermöglicht sowohl eine wirksamere Bekämpfung entsprechender Strukturen als auch einen verbesserten Schutz der Betroffenen.

Der Schutz von Menschen vor sexueller Ausbeutung, Zwangsprostitution und Menschenhandel erfordert das eng abgestimmte Zusammenwirken von Sicherheitsbehörden, Ordnungsverwaltung, sozialer Fachberatung und weiteren Unterstützungssystemen. Gerade bei verdeckten und

² Die Angebote des MIA-DO-KI und der Freiwilligenagentur beziehen sich nicht ausschließlich auf EU-Bürgerinnen und -Bürger, sondern auf alle zugewanderten Gruppen.

organisierten Ausbeutungsformen sind klare Zuständigkeiten und verlässliche Kooperationswege entscheidend, um frühzeitig reagieren und Betroffene wirksam schützen zu können.

2.12 Wesentliche Ergebnisse im Handlungsfeld Transnationale Kooperation

- Im Rahmen der Fachgruppe Transnationale Kooperation wurden Kooperationen mit nicht-staatlichen und staatlichen Akteuren in den EU2-Staaten und Staaten der Westbalkanerweiterung aufgebaut und vertieft. Das verbessert die Informations- und Kooperationsstrukturen entlang zentraler Migrations- und Mobilitätsrouten.
- In dem trinationalen Projekt ‚Neue Naturen – Transforming Neighbourhoods‘ werden Teilhabe und Selbstwirksamkeit benachteiligter junger Menschen aus Deutschland, Bulgarien und Rumänien durch internationale Begegnungen und gemeinsame Umweltprojekte gestärkt. Das Projekt wurde 2025 erfolgreich umgesetzt; für April 2026 ist ein weiterer Austausch mit 45 Teilnehmenden in Plovdiv geplant.
- Die Auswertung der Ergebnisse der RUB-Studie ‚ZuSudo‘ wurden 2025 systematisch in die Weiterentwicklung der kommunalen Praxis überführt. Daraus folgt eine stärker prospektive, wissenschaftlich fundierte und sozialräumlich differenzierte Ausrichtung der Angebote. Kommunale Maßnahmen können damit flexibler an unterschiedliche Lebenslagen, Mobilitätsverläufe und dynamische Entwicklungen angepasst werden.
- Im Rahmen des COSOLIDATE-Ansatzes wurden im Themenfeld ‚Wohnen‘ und ‚Flucht‘ konkrete Handlungsempfehlungen in einen Maßnahmenkatalog überführt, dessen Umsetzung für 2026 vorgesehen ist. Die Verbindung zwischen Analyse, Strategieentwicklung und operativer Umsetzung wird so weiter gestärkt.
- Im EhAP-Plus hat der Dortmunder Projektverbund den Austausch mit dem bulgarischen Bildungsministerium intensiviert und Lösungen für zentrale Fragestellungen erarbeitet, die im EhAP-Plus-Netzwerktreffens in Berlin vorgestellt wurden. Die Kooperationen werden 2026 vertieft.
- Für 2026 ist der Vor-Ort-Austausch mit einem Wohnungslosenzentrums in Bulgarien geplant, zu dem bereits Kontakt besteht und mit dem eine Zusammenarbeit begonnen wurde.

Kommunale Integrationspolitik steht zunehmend im Kontext europäischer und transnationaler Zusammenhänge. Kooperations- und Unterstützungsstrukturen mit und in den Herkunftsstaaten sind daher unverzichtbar. Sie erweitern die kommunalen Handlungsmöglichkeiten und stärken die Fähigkeit der Stadt Dortmund, auf dynamische Migrations- und Mobilitätsprozesse vorausschauend und flexibel zu reagieren. Der Austausch mit internationalen Partnern ermöglicht dabei die bessere Einordnung von Entwicklungen und die passgenauere Ausrichtung kommunaler Angebote.

Ergänzend schaffen wissenschaftliche Studien und transnational ausgerichtete Untersuchungen systematische Erkenntnisse über Migrations- und Mobilitätsprozesse und tragen damit zur evidenzbasierten Steuerung bei. Sie sind damit wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung der kommunalen Praxis.

2.13 Wesentliche Ergebnisse im Handlungsfeld Gesamtkoordinierung und Professionalisierung auf örtlicher Ebene

- Ein Teil der Handlungsansätze im Handlungsfeld Neuzuwanderung ist für die Funktionsfähigkeit der aufgebauten Strukturen unerlässlich, aus kommunalen Budgets aber nicht finanzierbar. Für die Finanzierung aus unterschiedlichen Landes- und Bundesprogrammen konnten seit der letzten Berichterstattung knapp 6,6 Mio. Euro eingeworben werden. Seit 2012 summieren sich die im Trägerverbund akquirierten Fördermittel damit auf insgesamt knapp 46,3 Mio. Euro.
- In der Gesamtstrategie Neuzuwanderung bewegen sich die Handlungsansätze in einer Balance aus ordnungsrechtlichen Maßnahmen einerseits und aktivierenden Unterstützungsangeboten andererseits. Das Ordnungsamt arbeitet von Beginn an in den Strukturen der Gesamtstrategie mit. Seit Anfang 2026 beteiligt sich das Dezernat 3 auch an der Gesamtkoordination der kommunalen Gesamtstrategie Neuzuwanderung. Damit wird die strategische Steuerung auf Verwaltungsebene weiter konsolidiert.
- Auf Grundlage des 2023 abgestimmten ‚Handlungsrahmen Neuzuwanderung‘ haben die Koordinationsteams der Gesamtstrategie für alle Handlungsfelder konkrete Handlungsprogramme entwickelt. Seit 2024 erfolgt deren Umsetzung und kontinuierliche Weiterentwicklung in den Fachgruppen. Für die wirkungsorientierte Steuerung werden 2026/27 handlungsfeldbezogene Indikatoren zur Messung der Zielerreichung entwickelt.
- Im ‚Innovationsteam Nord‘ setzt die Strategische Sozialplanung einen beteiligungsorientierten Ansatz um, der die operative Beteiligungsarbeit im Quartier mit strategischer Planung verbindet. Bisher wenig erreichte Menschen werden direkt angesprochen, aktiviert und in ihrer Selbstwirksamkeit gestärkt. Damit werden ihre Bedarfe unmittelbar in Planungsprozesse eingebracht und ihre Mitarbeit an (sozial-)planerischen Prozessen ermöglicht.
- Die konzeptionelle Entwicklung des Infopoint ‚Willkommen Europa‘ als Frontoffice am Nordmarkt und die Nutzung der vorhandenen Projekt- und Regelstrukturen als fachlich hochkompetentes Backoffice hat die Strukturen ‚entschlackt‘ und ermöglicht gleichzeitig die nachhaltige Umsetzung einer tragfähigen Beratungsstruktur für EU-Bürgerinnen und -Bürger.
- Der Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration (ACI) unterstützt die aufgebauten Strukturen. 2025 förderte er rund 28 Projekte in den Bereichen Veranstaltungen, Fachtagungen, Kultur- und Sportangebote. MIADOKI förderte im Rahmen des Masterplans Migration/Integration fünf Projekte.
- Für die Beratungsstrukturen in unterschiedlichen Angeboten sind trotz der breiten muttersprachlichen Kompetenzen ergänzende Dolmetschertätigkeiten notwendig. Der Pool aus Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern wurde 2025 von rund 2.500 Personen in Anspruch genommen. Die 100 ehrenamtlichen Sprachmittelnden decken über 35 Sprachen und Dialekte ab und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur interkulturellen Verständigung und zum Zugang zu kommunalen Angeboten.
- Der duale Studiengang ‚Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Migration und Diversität‘ an der FH Dortmund wurde in einem Kooperationsprozess der FH mit dem Sozialdezernat zur langfristigen Fachkräftesicherung und zur Professionalisierung der Sozialen Arbeit mit schwierig zu erreichenden Zielgruppen konzipiert. Seit seinem Start zum Wintersemester 2014/15 bis zum

Wintersemester 2025/26 haben insgesamt 437 Studierende das Studium aufgenommen. Von insgesamt 281 Absolvent*innen, die in ganz NRW und darüber hinaus eingesetzt sind, sind 118 (27 %) bei Dortmunder Trägern beschäftigt.

Das Handlungsfeld der Gesamtkoordinierung ist das strukturelle Fundament der Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung. Die Ergebnisse zeigen, dass die aufgebauten Steuerungs-, Beratungs- und Unterstützungsstrukturen in den vergangenen Jahren weiter institutionell verankert und ausdifferenziert werden konnten. Besonders hervorzuheben sind die erfolgreiche Einwerbung erheblicher Drittmittel, die stärkere verwaltungsinterne Verzahnung, der Ausbau niedrigschwelliger Beratungsangebote sowie die kontinuierliche Professionalisierung der Fachkräftebasis. Auf Grundlage des ‚Handlungsrahmen Neuzuwanderung‘ wurden die Handlungsfelder systematisch in konkrete Umsetzungsprogramme überführt, priorisierte Maßnahmen festgelegt und die Grundlage für eine künftig wirkungsorientierte Steuerung durch geeignete Indikatoren geschaffen. Damit wird die strategische Ausrichtung der Gesamtstrategie weiter geschärft und die Steuerungsfähigkeit verbessert. Die bisherigen Entwicklungen belegen insgesamt, dass integrierte, fachübergreifende und langfristig angelegte Strukturen wesentliche Voraussetzung für eine wirksame Steuerung der Neuzuwanderung und die erfolgreiche Umsetzung der Gesamtstrategie sind.

Zugleich bleibt die nachhaltige Finanzierung zentraler kommunaler Integrations- und Unterstützungsleistungen eine strukturelle Herausforderung, insbesondere bei Beratungs-, Sprachmittlungs- und aufsuchenden Angeboten sowie bei der Sicherung qualifizierter Fachkräfte. Dies erfordert weiterhin abgestimmte Lösungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene.

3. FAZIT UND WEITERE SCHRITTE – ÖRTLICH UND IN RICHTUNG LANDES- UND BUNDESEBENE

Regelmäßig weist die Stadt Dortmund darauf hin, dass ein erheblicher Teil der zuwandernden Menschen bleiben wird. Der Großteil bringt Ressourcen, Erfahrungen und Fähigkeiten mit – dies gilt auch für EU-Staatsangehörige. Werden diese Potenziale frühzeitig erkannt und genutzt, kann in der Regel auch eine zügige Integration in den Arbeitsmarkt und damit in die Stadtgesellschaft gelingen. Der Arbeitsmarkt wirkt dabei als zentraler Integrationsmotor für die gesamte Familie: Erwerbsarbeit sichert den Lebensunterhalt, stärkt die Selbstwirksamkeit und ermöglicht aktive Teilhabe. Auch Kinder profitieren davon, wenn ihre Eltern als Menschen wahrgenommen werden, die ihre Potenziale in die Stadtgesellschaft einbringen und Verantwortung übernehmen.

Voraussetzung für eine gelingende Integration sind dabei sowohl individuelle als auch strukturelle Voraussetzungen. Zu den individuellen Voraussetzungen zählen neben schulischen und beruflichen Qualifikationen und Sprachkenntnissen ausdrücklich auch nonformal erworbene Kompetenzen und Erfahrungen sowie Motivation, Lern- und Veränderungsbereitschaft und die Bereitschaft, vorhandene Potenziale einzubringen und weiterzuentwickeln. Zugleich müssen die strukturellen Rahmenbedingungen und tatsächlichen Zugänge gegeben sein, damit diese individuellen Ressourcen wirksam werden können. Dazu gehören insbesondere erreichbare Zugänge zu

Bildung und Ausbildung, Arbeit, Wohnraum und weiteren zentralen Lebensbereichen sowie zu den jeweils erforderlichen Qualifikationen, Kompetenzen und Skills. Integration ist damit nicht allein eine Frage individueller Voraussetzungen, sondern entsteht im Zusammenspiel von vorhandenen Potenzialen und den gesellschaftlichen Strukturen und Zugängen, die ihre Entfaltung ermöglichen.

Ein solches Verständnis von Integration wirkt nicht nur integrationspolitisch, sondern auch ordnungs- und sozialpolitisch stabilisierend, weil es Ausbeutung präventiv verhindert, Teilhabe ermöglicht und Wege aus informellen und ausbeuterischen Beschäftigungsstrukturen eröffnet.

Wie wichtig dabei das Zusammenspiel individueller Potenziale und struktureller Rahmenbedingungen ist, zeigen auch die Ergebnisse der Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung: Das vorangegangene Kapitel macht deutlich, welche Ergebnisse in diesem Rahmen gemeinsam erreicht werden konnten. Sie reichen von weit über 300 erfolgreichen Erwerbsintegrationen jährlich, der weit überwiegende Teil davon in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, über die Verbesserung von Bildungs- und Teilhabechancen, die Stabilisierung belasteter Nachbarschaften und ihrer Quartiere bis hin zur Bekämpfung von Ausbeutungsstrukturen. Allein seit der letzten Berichterstattung 2024 konnten im Verbund Fördermittel in Höhe von rund 6,7 Mio. Euro eingeworben werden; seit 2012 summiert sich das im Rahmen der Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung zusätzlich für Dortmund mobilisierte Fördervolumen damit auf knapp 46,4 Mio. Euro.

Diese Erfolge sind das Ergebnis des Zusammenwirkens von Stadtverwaltung, Arbeitsverwaltung, Wohlfahrtsverbänden, Vereinen, Selbstorganisationen, Stiftungen, Unternehmen, Ehrenamtlichen und vielen weiteren Partnerinnen und Partnern. Die Dortmunder Gesamtstrategie hat hierfür einen Rahmen geschaffen, in dem unterschiedliche Ressourcen, Fachkompetenzen und Handlungsmöglichkeiten gebündelt, gemeinsame Ziele entwickelt und passgenaue Lösungen umgesetzt werden konnten. Gerade die Balance aus ordnungsrechtlichen, sozialen, bildungsbezogenen, arbeitsmarktpolitischen und städtebaulichen Ansätzen hat sich dabei als wesentliche Voraussetzung für nachhaltige Wirkungen erwiesen.

Dass sich die Investitionen auch volkswirtschaftlich auszahlen, verdeutlicht eine Berechnung des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM): Für jede Person, die erfolgreich in Arbeit integriert wird, ergibt sich nach dortiger Einschätzung ein positiver Effekt für die öffentliche Hand von durchschnittlich rund 30.000 Euro pro Jahr. Dieser setzt sich, vereinfacht dargestellt, aus eingesparten Transferleistungen in Höhe von durchschnittlich rund 15.000 Euro sowie zusätzlichen Steuer- und Sozialversicherungseinnahmen von ebenfalls im Schnitt rund 15.000 Euro zusammen. Weitere positive Effekte – etwa durch höhere Kaufkraft, gesellschaftliche Teilhabe, geringere Folgekosten sozialer Problemlagen oder die langfristige Fachkräftesicherung – sind dabei noch nicht berücksichtigt.

Gleichzeitig zeigt die Entwicklung der vergangenen Jahre, dass die Tragfähigkeit dieses Erfolgsmodells nicht selbstverständlich ist.

Die aufgebauten Strukturen sind in erheblichem Maße Ergebnis der Zusammenarbeit der Wohlfahrtsverbände, Initiativen, Ehrenamtlichen, der Stadt Dortmund, der Arbeitsverwaltung und

weiterer Stellen. Das Engagement der beteiligten Akteure, ihre Kooperationsbereitschaft und die in diesem Zusammenwirken gebündelte fachliche Expertise sind herausragend und finden bundesweit Beachtung. Ebenso wesentlich sind die Bereitschaft, aber auch die Fähigkeit der Träger, fortlaufend neue Fördermittel zu erschließen und trotz begrenzter wirtschaftlicher Spielräume eigene Ressourcen zur Umsetzung bewilligter Projekte einzubringen. Dieses hohe Maß an Eigenengagement hat maßgeblich dazu beigetragen, innovative Ansätze zu entwickeln, zu erproben und tragfähige Kooperationsstrukturen aufzubauen.

Aus Sicht des Trägerverbundes stellt sich zugleich die Frage, wie die aufgebauten Strukturen unter den bestehenden finanziellen Rahmenbedingungen dauerhaft gesichert werden können. Die beteiligten Akteure stoßen dabei zunehmend an ihre Belastungsgrenzen. Die verfügbaren Fördermittel reichen häufig nicht aus, um die tatsächlichen Projektkosten zu decken. Die Möglichkeit, entstehende Finanzierungslücken durch kommunale Mittel auszugleichen, ist begrenzt. Der kommunale Haushalt steht selbst vor erheblichen finanziellen Herausforderungen, sodass zusätzliche dauerhafte Ausgleichsleistungen nur in einem sehr eingeschränkten Umfang möglich sind. Die zum Teil erheblichen Finanzierungslücken werden bislang vielfach durch Eigenmittel der Träger ausgeglichen. Steigende Personal- und Sachkosten und rückläufige öffentliche Fördermittel verschärfen die finanzielle Situation. Besonders betroffen sind diejenigen Träger und Akteure, die die Gesamtstrategie über viele Jahre aufgebaut und kontinuierlich weiterentwickelt haben: Ihr langjähriges Engagement, verbunden mit der dauerhaften Notwendigkeit, neue Fördermittel einzuwerben und Finanzierungslücken zu kompensieren, führt zunehmend zu personellen und organisatorischen Belastungen. Ohne verlässliche Finanzierungsstrukturen besteht das Risiko, dass sich einzelne Träger aus dem Handlungsfeld zurückziehen oder ihr Engagement reduzieren müssen. Dies würde den Erhalt der in den vergangenen Jahren aufgebauten Netzwerke und Unterstützungsstrukturen erheblich gefährden.

Gerade vor diesem Hintergrund bleibt es auch unter den Bedingungen begrenzter finanzieller Ressourcen das gemeinsame Ziel, Menschen gute Voraussetzungen für eine gelingende Integration zu eröffnen und ihre Ressourcen zu Potenzialen zu entwickeln. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des steigenden Fachkräftebedarfs kommt ihrer gesellschaftlichen und beruflichen Teilhabe eine wachsende Bedeutung zu. Die Sicherung der erreichten Erfolge wird deshalb maßgeblich davon abhängen, ob es gelingt, bewährte Ansätze dauerhaft in die Regelstrukturen zu überführen und hierfür auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene verlässliche finanzielle und rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Nur so können die in den vergangenen Jahren aufgebauten Strukturen erhalten, weiterentwickelt und ihre Wirkung langfristig gesichert werden.

Geplant sind folgende Schritte:

3.1 Weitere Schritte auf örtlicher Ebene

Die Ergebnisse der Berichtsperiode zeigen, dass die Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung über tragfähige und wirksame Strukturen verfügt. Gleichzeitig verändern sich Migrations-

und Mobilitätsdynamiken, rechtliche Rahmenbedingungen und individuelle Voraussetzungen der Zugewanderten kontinuierlich. Die weitere Entwicklung der Gesamtstrategie muss daher gleichermaßen auf die Sicherung bewährter Strukturen, ihre wirkungsorientierte Weiterentwicklung sowie die Anpassung an neue Herausforderungen ausgerichtet sein.

Balance aus Intervention und Hilfe umsetzen

Ein zentraler Ansatzpunkt bleibt die konsequente Weiterentwicklung der Ausgewogenheit zwischen ordnungsrechtlichen, intervenierenden und präventiv-unterstützenden Handlungsansätzen. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass nachhaltige Wirkungen insbesondere dort erzielt werden, wo ordnungsrechtliches Handeln, soziale Unterstützung, Beratung, Bildung, Arbeitsmarktintegration und Quartiersentwicklung aufeinander abgestimmt erfolgen. Die weitere Verzahnung der beteiligten Akteure und Maßnahmen soll daher fortgesetzt und in den einzelnen Handlungsfeldern systematisch weiterentwickelt werden. Dafür engagiert sich das Ordnungsamt seit 2016 in der Gesamtstrategie Neuzuwanderung. Seit Anfang 2026 ist das Ordnungsdezernat Kooperationspartner in der Gesamtkoordinierung der Gesamtstrategie.

Angebotsstruktur stetig anpassen – ‚Handlungsrahmen Neuzuwanderung‘ weiterentwickeln

Zugleich wird der 2023 verabschiedete Handlungsrahmen Neuzuwanderung als strategische Grundlage der Gesamtstrategie wirkungsorientiert fortgeschrieben werden. Die Fachgruppen werden die Strukturen und Angebote in ihrem jeweiligen Handlungsfeld (vgl. Kapitel 5) weiterentwickeln, indem sie Zielsysteme, Maßnahmen und Indikatoren weiter schärfen, Wirkungen systematischer erfassen, bewerten und steuern. Die Entwicklung handlungsfeldbezogener Indikatoren ist hierfür ein wichtiger Baustein.

MigraDo als One-Stop-Agency für kommunale Integrations- und Teilhabestrukturen verankern

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Weiterentwicklung des MigraDo als zentrale One-Stop-Agency der kommunalen Integrations- und Teilhabestrukturen. Die Bündelung von Beratungs-, Vermittlungs- und Steuerungsfunktionen hat sich bewährt und soll weiter ausgebaut werden. Ziel ist es, Zugänge weiter zu vereinfachen, Verwaltungsabläufe effizienter zu gestalten und gleichzeitig eine belastbare Datengrundlage für die kommunale Steuerung zu schaffen. Darüber hinaus soll MigraDo auch entsprechend der Vorgaben der Sozialstaatsreform weiterentwickelt werden.

Handlungsfeldes Erstintegration neu ausrichten

Im Handlungsfeld Erstintegration hat sich der Schwerpunkt der kommunalen Aufgabenstellung deutlich verschoben. Während in den vergangenen Jahren der Aufbau passgenauer Beratungs-, Orientierungs- und Unterstützungsangebote im Vordergrund stand, geht es heute zunehmend darum, die aufgebauten Strukturen dauerhaft zu sichern, ihre Funktion als Motor gesellschaftlicher Teilhabe und Aktivierung weiter auszubauen, ihre Anbindung an Regelsysteme zu stärken und sie an sich wandelnde Zielgruppen und Bedarfslagen anzupassen. Um diesem wandelnden Anforderungsprofil konsequent zu entsprechen, wurde das bisherige Handlungsfeld „Erstintegration“ strukturell und inhaltlich neu ausgerichtet und in „Innovation und Kompetenz“ umbenannt. Die Neubenennung reflektiert dabei den Anspruch, über die reine Integrationsarbeit hinaus als querschnittsorientierter Impulsgeber innerhalb der Gesamtstrategie Neuzuwanderung zu

fungieren. Kern dieser strategischen Transformation ist eine eng mit der Prozesskoordination verzahnte Arbeitsweise, die sich in zwei zentralen Fachgruppen manifestiert:

- Das ‚Zukunftslabor‘ agiert als strategischer Sensor: Durch die systematische Analyse von Trends, Daten und wissenschaftlichen Erkenntnissen antizipiert diese Gruppe künftige Herausforderungen auf lokaler sowie überregionaler Ebene und erarbeitet fundierte, innovative Handlungsempfehlungen.
- Die ‚Kompetenzschmiede‘ fungiert als operative Schnittstelle: Sie stellt die systematische Erfassung aktueller Bedarfe sicher, bereitet diese Erkenntnisse auf und entwickelt praxisorientierte Lösungsansätze. Der Fokus liegt hierbei auf dem Wissenstransfer, einer zielgerichteten Kompetenzentwicklung sowie dem effizienten Einsatz vorhandener Ressourcen zur Stärkung der gesellschaftlichen Teilhabe.

Durch diese proaktive Ausrichtung – gestützt durch einen regelmäßigen, vernetzten Austausch zwischen den Akteuren – wird die Dauerhaftigkeit und Nachhaltigkeit der Dortmunder Gesamtstrategie gesichert. Das Handlungsfeld ermöglicht es so, Bedarfe frühzeitig zu erkennen, bevor sich diese als akute Problemlagen manifestieren, und bietet damit die nötige Flexibilität, um auf sich wandelnde gesellschaftliche Dynamiken agil zu reagieren.

Steuerungspotenziale der Dortmunder Gesamtstrategie weiterentwickeln

Die Gesamtsteuerung der Dortmunder Gesamtstrategie soll weiter geschärft und systematisch fortentwickelt werden. Ziel ist es, die Handlungsfähigkeit der beteiligten Akteurgemeinschaft insgesamt zu stärken und die Voraussetzungen für eine vorausschauendere, datenbasierte Steuerung zu schaffen. Hierzu soll ein handlungsfeldübergreifendes, prospektives Datenmonitoring aufgebaut werden, das Wanderungsentwicklungen frühzeitig sichtbar macht und eine passgenaue Weiterentwicklung der kommunalen Angebots- und Unterstützungsstrukturen im Hinblick auf sich verändernde Zuwanderungs- und Mobilitätsdynamiken ermöglicht. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse sollen künftig noch konsequenter in Planungs-, Steuerungs- und Ressourcenentscheidungen integriert werden. Ergänzend soll die fachliche und wissenschaftliche Fundierung der Gesamtstrategie weiter ausgebaut werden. Die bestehende Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen, die Nutzung wissenschaftlicher Studien und Begleitforschungen und die aktive Beteiligung am fachlichen und wissenschaftlichen Diskurs leisten bereits heute einen zentralen Beitrag zur Qualitätsentwicklung. Dieser Ansatz soll konsequent fortgeführt und vertieft werden, um die kommunale Praxis evidenzbasiert weiterzuentwickeln und neue Entwicklungen sowie Herausforderungen frühzeitig zu identifizieren.

Verantwortungsgemeinschaft über die Ebenen vorantreiben

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre, Erkenntnisse im interkommunalen Vergleich quer durch Deutschland und wissenschaftliche Einschätzungen renommierter Forschungseinrichtungen belegen, dass Dortmund gut aufgestellt ist. Dennoch gelingen einige Ansätze nicht im Alleingang. Die erfolgreiche Gestaltung von Neuzuwanderung kann nur im Rahmen einer Verantwortungsgemeinschaft gelingen. Die unterschiedlichen Handlungsmöglichkeiten, Ressourcen und Zuständigkeiten von Kommunen, Ländern, Bund, Europäischen Institutionen sowie zivilgesellschaftlichen und weiteren Akteuren müssen dabei stärker als bislang auf gemeinsame Ziele ausgerichtet

werden. Nur wenn Expertise, Strukturressourcen und Handlungsmöglichkeiten aller Ebenen systematisch zusammengeführt werden, können die Herausforderungen der Neuzuwanderung wirksam bearbeitet und vorhandene Potenziale umfassend genutzt werden.

3.2 Weitere Schritte Richtung Landesebene

Passgenaue Instrumente zur Arbeitsmarktintegration ermöglichen

Solange für Teile der zugewanderten EU-Bürgerinnen und -Bürger keine bedarfsgerechten Zugänge zu den bestehenden Förderinstrumenten bestehen, sollte das Land den Kommunen flexible und passgenau einsetzbare Fördermöglichkeiten zur Verfügung stellen. Ziel muss es sein, bestehende Versorgungslücken zu schließen und die schrittweise Heranführung an die Regelsysteme der Arbeitsförderung zu unterstützen. Hierfür sollten insbesondere die Mittel des Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) sowie ergänzende Landesmittel stärker für kommunale Ansätze geöffnet und bürokratiearm nutzbar gemacht werden. Erfolgreich erprobte lokale Ansätze sollten verstetigt und gleichzeitig Raum für innovative Modelle geschaffen werden. Förderfähig sein sollten insbesondere arbeitsmarktbezogene Aktivierungs- und Teilhabeangebote mit Sprachförderung, Qualifizierung und Kompetenzfeststellung, sozialräumliche Brückenstrukturen in die Regelsysteme, integrierte Ansätze zur Überwindung von Abhängigkeits- und Ausbeutungsstrukturen sowie zusätzliche Beschäftigungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten in Kooperation mit den Arbeitsmarktakteuren. Um dies zu erreichen, werden aus der Gesamtstrategie heraus auch im kommenden Jahr Ergebnisse und Learnings in die entsprechenden Austauschformate mit dem Land getragen.

Integrierte Quartiersentwicklung und Stabilisierung belasteter Wohnquartiere unterstützen

Dortmund setzt sich gemeinsam mit anderen nordrhein-westfälischen Kommunen dafür ein, die Unterstützung des Landes für die Stabilisierung besonders belasteter Wohnquartiere auszubauen. Das Land soll integrierte Quartiersansätze gezielt fördern und Kommunen bei der Umsetzung quartiersbezogener Strategien unterstützen, die ordnungsrechtliche Maßnahmen, sozialräumliche Unterstützung, Wohnraumentwicklung und Städtebauförderung eng miteinander verzahnen. Dazu gehören insbesondere die Finanzierung niedrigschwelliger und aufsuchender Unterstützungsangebote, die Stärkung von Konfliktmanagement- und Mediationsansätzen, die Unterstützung beim Ankauf und der Entwicklung von Problemimmobilien sowie die Förderung von Maßnahmen zur Integration in reguläre Mietverhältnisse. Darüber hinaus sollte geprüft werden, wie Instrumente der Städtebauförderung, der sozialen Quartiersentwicklung und der Wohnungsmarktpolitik stärker miteinander verknüpft werden können. Ziel muss es sein, problematische Wohn- und Ausbeutungsstrukturen zurückzudrängen, soziale Spannungen abzubauen und die langfristige Stabilisierung der betroffenen Quartiere zu sichern.

Bildungsteilhabe von Kindern und Jugendlichen nachhaltig stärken

Dortmund setzt sich gemeinsam mit anderen nordrhein-westfälischen Kommunen dafür ein, die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen aus zugewanderten Familien entlang der

gesamten Bildungskette deutlich zu verbessern. Dazu muss das Land die kommunalen Handlungsspielräume erweitern und die Finanzierung bedarfsgerechter, flexibler und niedrigschwelliger Unterstützungsstrukturen dauerhaft sicherstellen. Erforderlich ist insbesondere eine verlässliche und früh einsetzende Sprachförderung in Kita, Schule und Übergangsbereichen, die auch neu zugewanderte Kinder mit erhöhtem Förderbedarf systematisch erreicht. Ebenso müssen bewährte Ansätze wie Schulsozialarbeit, Bildungsmediation, Lotsenprogramme, herkunftssprachliche Elternarbeit, multiprofessionelle Teams sowie Kooperationen mit Migrant*innen-Selbstorganisationen verstetigt und ausgebaut werden. Das Land wird auch aufgefordert, erfolgreiche Programme zur diskriminierungsfreien Bildungsintegration – wie etwa ‚Vast Vasteste‘ – dauerhaft abzusichern und in die Regelstrukturen zu überführen. Darüber hinaus sind Kommunen bei der Sicherstellung stabiler Bildungsbiografien stärker zu unterstützen, insbesondere durch eine konsequente Begleitung von Übergängen, niedrigschwellige Familienunterstützung und eine eng verzahnte Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe und Schulaufsicht.

Gesundheitsversorgung sicherstellen – Clearingstellen dauerhaft absichern und ausbauen

Solange der Zugang zum regulären System der gesetzlichen Krankenversicherung nicht durchgängig gewährleistet ist und die Krankenkassen ihre Aufgaben als Träger der Sicherstellung nach dem SGB V in diesen Fallkonstellationen nicht vollumfänglich wahrnehmen, setzt sich Dortmund gemeinsam mit anderen Kommunen in NRW dafür ein, dass das Land die bestehenden ‚Clearingstellen Gesundheit‘ dauerhaft finanziell absichert und deren Arbeit systematisch weiterentwickelt. Ziel muss es sein, den faktischen Zugang zum Gesundheitssystem verlässlich zu gewährleisten und bestehende Versorgungslücken nachhaltig zu schließen. Wirksame Effekte, wie sie von Gesundheitskiosken wie in Dortmund erreicht werden, müssen in diesem Zusammenhang anerkannt und durch eine kooperative Finanzierung unter Beteiligung auch der Krankenkassen fortgesetzt werden. Darüber hinaus sollte das Land den Ausbau gesundheitsbezogener Kultur- und Integrationsmittlung fördern, um Verständigungshürden abzubauen und Zugänge zu medizinischer Versorgung zu verbessern. Verstetigung und strukturelle Einbindung dieser Unterstützungsleistungen sind dafür ebenso erforderlich, wie eine auskömmliche Finanzierung.

Förderprogramme verstetigen und Angebotslücken schließen: Kommunale Teilhabe strukturell absichern

Dortmund setzt sich deshalb gemeinsam mit den NRW-Kommunen dafür ein, dass das Land verlässliche und langfristige Rahmenbedingungen schafft, um Teilhabeangebote nachhaltig abzusichern. Dazu gehört insbesondere:

- die dauerhafte Fortführung und Finanzierung des Förderprogramms Südosteuropa über 2027 hinaus oder alternativ die Erweiterung des Kommunalen Integrationsmanagements (KIM) um einen flexiblen Baustein für bedarfsgerechte kommunale Mittelverwendung,
- die kurzfristige Schließung bestehender Angebotslücken durch gezielte Einzelprojektförderung, solange strukturelle Lösungen noch nicht umgesetzt sind
- sowie die Einrichtung eines verbindlichen gemeinsamen Arbeitsprozesses der fachlich zuständigen Ministerien mit den Kommunen, um Handlungserfordernisse systematisch zu

identifizieren, in einer interministeriellen Struktur zu bündeln und in ein abgestimmtes Gesamtstrategisches Handlungsprogramm zu überführen.

Die im Teilhabe- und Integrationsgesetz (TIntG) geforderte umfassende gesellschaftliche Teilhabe muss auch für EU-Zugewanderte in der kommunalen Praxis wirksam werden. Eine temporäre Wiederaufnahme des Förderprogramms Südosteuropa ab 2026 greift zu kurz und verschiebt bestehende Angebotslücken lediglich in die Zukunft.

3.3 Weitere Schritte Richtung Bundesebene

Bundeseinheitliche Rahmenbedingungen für Freizügigkeit, Integration und Missbrauchsbekämpfung schaffen

Die Erfahrungen der vergangenen Jahre zeigen, dass es im Kontext der europäischen Freizügigkeit weiterhin an bundesweit einheitlichen und verlässlichen Rahmenbedingungen für den Umgang mit komplexen Zuwanderungslagen fehlt. Dies erschwert nicht nur die kommunale Steuerung, sondern begünstigt auch eine oftmals verkürzte öffentliche Debatte, in der unterschiedliche Problemlagen – von Integrationsherausforderungen über Armutslagen bis hin zu organisierter Ausbeutung – nicht ausreichend voneinander abgegrenzt werden. Vor diesem Hintergrund wird Dortmund sich gemeinsam mit weiteren Kommunen Richtung Bund dafür einsetzen, eine stärkere Vereinheitlichung von Zuständigkeiten, Verfahren und Unterstützungsstrukturen zu erreichen, um durch klare, verlässliche Rahmenbedingungen die kommunale Handlungsfähigkeit zu stärken, integrationspolitische Herausforderungen sachgerecht zu bearbeiten und die öffentliche Diskussion stärker auf Fakten und tatsächliche Handlungsbedarfe zu stützen.

Regelsysteme der Arbeitsförderung bedarfsgerecht ausrichten

Dortmund wird sich gemeinsam mit anderen besonders betroffenen Städten weiterhin dafür einsetzen, die Arbeitsmarktintegration von EU-Zugewanderten konsequent in den Regelsystemen des SGB II und SGB III zu verankern und entsprechend weiterzuentwickeln. Dabei kommt dem in Dortmund als einer von bundesweit fünf Modellkommunen umgesetzten Bundesmodellvorhaben zur Verbesserung der Erwerbsintegration von Unionsbürgerinnen und Unionsbürgern eine besondere Bedeutung zu. Die dort gewonnenen Erkenntnisse sollen systematisch genutzt werden, um erfolgreiche Ansätze in die Regelstrukturen der Bundesagentur für Arbeit und der Jobcenter zu überführen und die hierfür erforderlichen personellen, finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen bundesweit zu stärken. Der Bund soll auch aufgefordert werden, die örtlichen Agenturen und die Jobcenter so auszustatten und weiterzuentwickeln, dass EU-Zugewanderte frühzeitig erreicht, ihre Kompetenzen systematisch erfasst und sie entlang individueller Integrationsverläufe verbindlich begleitet werden können. Hierzu gehören insbesondere der Ausbau von Sprachförderung und Qualifizierung, die Weiterentwicklung der Anerkennung non-formal erworbener Kompetenzen sowie der verbesserte Zugang zu qualifizierenden Abschlüssen. Ziel ist es, vorhandene Potenziale konsequent zu erschließen, die eigenständige Existenzsicherung zu stärken und zugleich Ausbeutungs- und Abhängigkeitsstrukturen wirksam zu verhindern.

Konsens für eine ressortübergreifende Integrationsstrategie auf Bundesebene schaffen

Dortmund setzt sich gemeinsam mit anderen besonders belasteten Kommunen dafür ein, dass der Bund die soziale und bildungsbezogene Integration von zugewanderten Kindern und Familien in einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie verbindlich regelt und die Bildungs-, Sozial- und Integrationspolitik gemeinsam entwickelt. Die AG Zuwanderung des Deutschen Städtetages (DST-AG) und ein gemeinsam mit der EU-Gleichbehandlungsstelle begonnener Arbeitsprozess sollen gezielt dafür genutzt werden, kommunale Erfahrungen systematisch einzubringen und in bundespolitische Weiterentwicklungen zu überführen. Darüber hinaus wird ein bundesweiter finanzieller Belastungsausgleich für Kommunen mit hoher Zuwanderung gefordert, der sich an objektiven Indikatoren wie Sozialstruktur und Zuwanderungszahlen orientiert und eine auskömmliche Ressourcenausstattung sicherstellt. Statt projektbezogener und kurzfristiger Förderlogiken braucht es dauerhaft angelegte Bundesförderstrukturen, die Kommunen verlässliche Handlungsspielräume eröffnen und eine nachhaltige Umsetzung integrativer Bildungs- und Unterstützungsangebote ermöglichen.

Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung für EU-Zugewanderte sicherstellen

Dortmund setzt sich gemeinsam mit anderen Kommunen außerdem dafür ein, dass der Bund den Zugang zur gesetzlichen Krankenversicherung für EU-Zugewanderte strukturell absichert. Er ist aufgefordert, die Krankenkassen, zu deren Aufgaben auch die proaktive Unterstützung bei der Klärung von Versicherungsverhältnissen und der Aufbau verlässlicher Beratungs- und Unterstützungsstrukturen gehören, im Rahmen des SGB V konsequent in die Verantwortung zu nehmen. Zur Absicherung akuter Versorgungslagen wird die Einrichtung eines bundesweiten Fonds für Notfallbehandlungen nicht versicherter Kinder und Schwangerer gefordert, finanziert durch die Krankenversicherungen. In einem zentralen bundesweiten Informations- und Wissenspool sollen außerdem die Erfahrungen kommunaler Clearingstellen systematisch gebündelt und für die Praxis nutzbar gemacht werden. Der Bund soll auch den Dialog mit den Herkunftsstaaten unter Einbindung der EU-Gleichbehandlungsstelle intensivieren, um Zugangsbarrieren abzubauen und versicherungsrechtliche Hürden – insbesondere Anforderungen an Versicherungszeiten im Herkunftsland – so zu überprüfen und anzupassen, dass sie den tatsächlichen Zugang zur Krankenversicherung nicht behindern.

4. STATISTISCHE BEFUNDE ³

Wie schon denen der Vorjahre, sind auch dem aktuellen Sachstandsbericht einige statistische Befunde vorangestellt. Dabei liegt der Schwerpunkt der Betrachtung auf der Entwicklung im Jahr 2025.

Im ersten Abschnitt werden die Dortmunder Bestandszahlen im Vergleich zum Bund und zu anderen Städten mit einer hohen Konzentration von EU2-Bevölkerung sowie die gesamtstädtische Verteilung beschrieben. Diese Daten liegen zum Jahresende 2025 vor.

Der zweite Abschnitt beleuchtet die Frage, inwieweit die bulgarische und rumänische Bevölkerung in Dortmund in den Arbeitsmarkt integriert bzw. von SGB II-Leistungen abhängig ist. Der Datenstand ist hier sehr unterschiedlich, vom Dezember 2025 (Arbeitssuchende nach Qualifikation und SGBII-Bezug) über Juni 2025 (Beschäftigte) bis hin zum Jahresdurchschnitt 2025 (Arbeitslosenzahlen). Am Ende stehen Auswertungen der Gewerbeanzeigen und der Studierenden (WiSe 2024/25) in Dortmund.

Datenbasis sind im Wesentlichen die bei den kommunalen Meldebehörden bzw. bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Personen. Nach wie vor ist davon auszugehen, dass ein Teil der EU2-Zuwander*innen nicht in diesen Systemen ankommt und somit eine faktische Untererfassung vorliegt. Hinzu kommen die Gewerbeanzeigen beim Ordnungsamt der Stadt Dortmund und die Hochschulstatistik von Information und Technik Nordrhein-Westfalen (IT.NRW).

4.1 Umfang und Struktur der EU2-Zuwanderung in Dortmund und im bundesweiten Vergleich

2025: Erstmals Bevölkerungsrückgang der EU2-Bevölkerung

Seit dem EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien (EU2) Anfang 2007 ist die Zahl der Menschen aus diesen beiden Ländern, die in Dortmund leben, gestiegen. Das gilt in besonderem Maße für das Beitrittsjahr und für die Jahre 2012 bis 2015. 2016 war der Saldo praktisch ausgeglichen, 2017 bis 2024 sind moderate Anstiege zu verzeichnen. 2025 sinkt die Zahl der EU2-Bevölkerung in Dortmund erstmals seit 20 Jahren. In Deutschland beginnt der Bevölkerungsrückgang bereits ein Jahr eher (vgl. Abb. 1: Entwicklung der EU2-Bevölkerung in Deutschland und Dortmund, 2007–2025).

Ende Dezember 2025 waren in Dortmund 560 EU2-Angehörige weniger gemeldet als Ende 2024, das entspricht einem Rückgang um 4,6 Prozent im Jahr 2025 nach der geringen Zunahme um 1,7 Prozent im Jahr 2024 (zum Vergleich: 2014 ist die Zahl um über 2.000 bzw. fast 50,0 Prozent gestiegen). Damit waren Ende 2025 insgesamt 11.685 EU2-Bürger*innen offiziell in Dortmund gemeldet, darunter 4.975 mit bulgarischer und 6.710 mit rumänischer Staatsangehörigkeit.

³ Das vierte Kapitel ist ein Beitrag der Dortmunder Statistik.

Der Anteil der EU2-Bürger*innen an der Dortmunder Gesamtbevölkerung lag Ende 2025 bei 1,9 Prozent (2024: 2,0). Sowohl die rumänische (-285/ -4,1 Prozent), als auch die bulgarische (-270/ -5,1 Prozent) Bevölkerung verzeichnen im Jahr 2025 deutliche Rückgänge (Abb. 1). Ein Grund für diese Rückgänge sind Registerbereinigungen nach der Kommunalwahl.

Abb. 1 Entwicklung der EU2-Bevölkerung in Deutschland und Dortmund, 2007-2025

Deutschland – Entwicklung der EU2-Bevölkerung 2007 bis 2025 (in 1.000)

	2007	2012	2014	2016	2018	2020	2022	2023	2024	2025*
Bulgarien	46,8	124,2	185,2	257,0	337,0	388,7	429,7	436,9	432,1	421,9
Rumänien	84,6	206,5	345,8	507,1	696,3	799,2	883,7	909,8	909,8	903,8
EU2 gesamt	131,4	330,7	531,0	764,1	1.033,3	1.187,9	1.313,3	1.346,7	1.341,8	1.325,7
Vgl. Vorjahr	19,0	75,8	123,3	91,1	156,4	79,5	57,9	33,3	-4,8	-16,2
Vgl. Vorjahr (%)	16,9%	29,7%	30,2%	13,5%	17,8%	7,2%	4,6%	2,5%	-0,4%	-1,2%

*) Rohdatenauszahlung: Die endgültigen Ergebnisse können abweichen

Quelle: Statistisches Bundesamt (bis 2017) bzw. Ausländerzentralregister (AZR) ab 2018

Dortmund – Entwicklung der EU2-Bevölkerung 2007 bis 2025

	2007	2012	2014	2016	2018	2020	2022	2023	2024	2025
Bulgarien	970	1.470	2.470	3.415	3.925	4.660	5.105	5.205	5.245	4.975
Rumänien	625	1.640	4.110	4.560	5.115	5.830	6.615	6.835	6.995	6.710
EU2 gesamt	1.595	3.110	6.580	7.975	9.040	10.490	11.720	12.040	12.245	11.685
Vgl. Vorjahr	1.020	585	2.110	75	525	665	790	320	205	-560
Vgl. Vorjahr (%)	178,2%	23,2%	47,2%	1,0%	6,2%	6,8%	7,2%	2,7%	1,7%	-4,6%

Quelle: Dortmunder Statistik auf Basis des Melderegisters

Ende 2006, vor dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur EU, lebten in Deutschland 112.406 bulgarische und rumänische Staatsangehörige, davon 573 oder 0,5 Prozent in Dortmund. Seither waren die Zuwächse in Dortmund prozentual zunächst in vielen Jahren höher als im Bund. Das gilt insbesondere für die Jahre 2007, 2013, 2014, 2019 und 2022 bis 2024. Ende 2014 lebten im Ergebnis 1,2 Prozent der in Deutschland registrierten EU2-Bürger*innen in Dortmund. Zum Vergleich: insgesamt lebten 0,7 Prozent der Gesamtbevölkerung in Dortmund. In den Jahren 2015 bis 2018 war dieser Trend umgekehrt: Die Steigerungsrate im Bund lag in diesem Zeitraum deutlich höher (+73 Prozent) als in Dortmund (+34 Prozent). Der Dortmunder Anteil an der bundesweit registrierten EU2-Bevölkerung ist bis 2018 auf 0,9 Prozent gesunken und ist seitdem unverändert.

Abb. 2 Entwicklung der EU2-Bevölkerung im Städtevergleich, 2024/25

	2024						2025					
	Bulgarien	Rumänien	EU2 gesamt	EU2: Vgl. 2023	EU2: Vgl. 2023 (%)	Bevölkerungsanteil (%)	Bulgarien	Rumänien	EU2 gesamt	EU2: Vgl. 2024	EU2: Vgl. 2024 (%)	Bevölkerungsanteil (%)
Dortmund	5.245	6.995	12.240	200	1,7	2,0	4.975	6.710	11.685	-555	-4,5	1,9
Duisburg	16.317	9.930	26.247	-186	-0,7	5,2	15.933	9.830	25.763	-484	-1,8	5,1
Gelsenkirchen	4.701	7.890	12.591	429	3,5	4,6	4.395	7.685	12.080	-511	-4,1	4,5
Hannover	4.983	4.034	9.017	305	3,5	1,6	4.928	4.108	9.036	19	0,2	1,6
Offenbach	5.235	6.740	11.975	1.145	10,6	8,2	5.168	6.529	11.697	-278	-2,3	8,0
Nürnberg	6.723	15.775	22.498	-707	-3,0	4,1	6.410	15.640	22.050	-448	-2,0	4,0
München	14.561	16.793	31.354	336	1,1	2,0	14.345	16.353	30.698	-656	-2,1	1,9

Auch die Dynamik ist in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen. Gab es in Summe 2014 noch 14.000 und 2015 noch 10.500 Zu- und Abwanderungen, ist diese Zahl bis 2019 auf knapp über 5.000 zurückgegangen und seitdem weiter gesunken auf 4.000 Zu- und Abwanderungen im Jahr 2025.

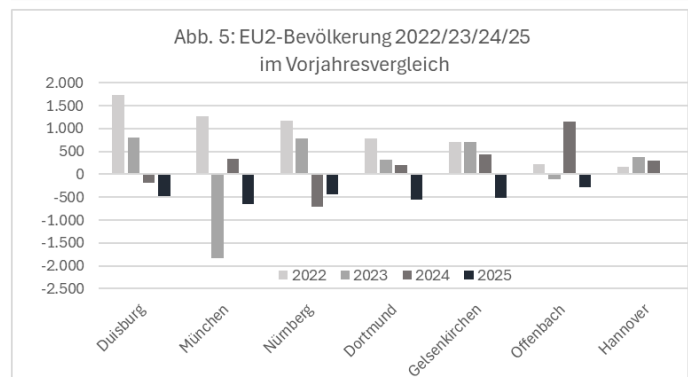
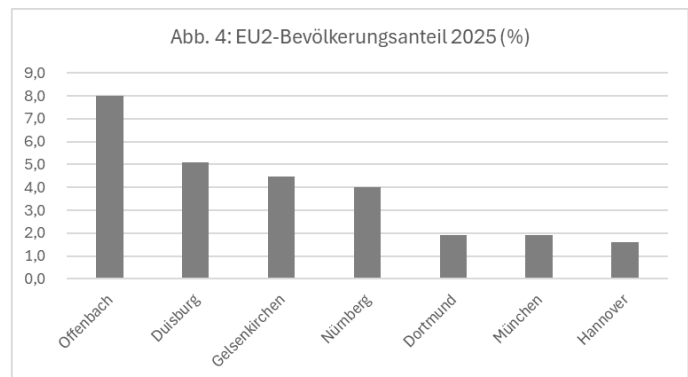
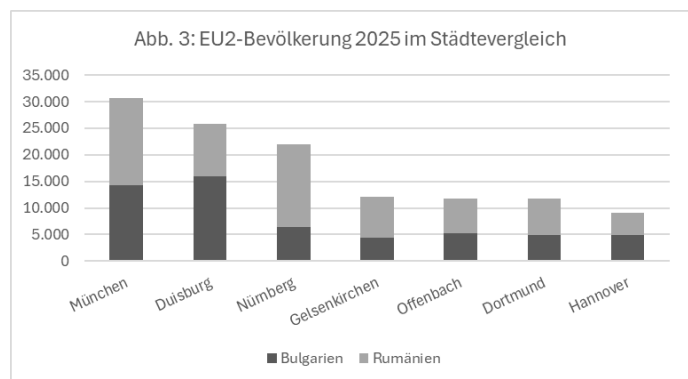
Bis auf Hannover überall deutliche Rückgänge

In der AG ‚Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien‘ des Deutschen Städtetages sind unter anderem die Städte München, Dortmund, Hannover, Nürnberg, Duisburg, Gelsenkirchen und Offenbach vertreten. Für diese Städte liegen – wie in den Vorjahren – aktuelle Zahlen zur EU2-Bevölkerung vor.

Der Vergleich der absoluten Bestandszahlen zeigt, dass insbesondere in München, aber auch in Duisburg und Nürnberg, deutlich mehr Menschen aus den beiden Herkunftsstaaten leben als in Dortmund. In München sind mehr als 30.000, in Duisburg mehr als 25.000 und in Nürnberg mehr als 22.000 bulgarische und rumänische Staatsangehörige gemeldet. Der Bestand in Dortmund ist mit 11.685 mittlerweile niedriger als in Gelsenkirchen und Offenbach (vgl. Abb. 2 und 3). Das Verhältnis der beiden Gruppen ist unterschiedlich in den Städten: In Duisburg und Hannover sind bulgarische Staatsbürger*innen häufiger vertreten, in den anderen Städten überwiegen Rumän*innen, am deutlichsten in Nürnberg mit über 70 Prozent.

In Relation zur Gesamtbevölkerung der jeweiligen Städte verschieben sich im Vergleich zu den absoluten Zahlen die Gewichte: Danach leben die relativ meisten EU2-Bürger*innen in Offenbach, der Anteil an der Bevölkerung beträgt 8,0 Prozent. Es folgen Duisburg mit 5,1 Prozent und Gelsenkirchen sowie Nürnberg mit 4,5 und 4,0 Prozent. In Dortmund ist der Anteil mit 1,9 Prozent so hoch wie in München. Nur Hannover hat mit 1,6 Prozent einen geringeren Anteil (vgl. Abb. 4).

Insgesamt ist der Rückgang der EU2-Angehörigen in den Berichtsstädten 2025 (–2.913) so hoch wie noch nie in den vergangenen zehn Jahren (2024/ +1.522). Die Entwicklung ist in den Städten aber sehr unterschiedlich. Neben einer stabilen Entwicklung (+0,2 Prozent) in Hannover verzeichnen alle anderen Städte deutliche Rückgänge. Dortmund hat mit –4,5 Prozent (–555) den stärksten Rückgang gefolgt von Gelsenkirchen mit –4,1 Prozent (–511). In Duisburg, Offenbach, Nürnberg und München liegt der Rückgang bei ca. 2 Prozent.

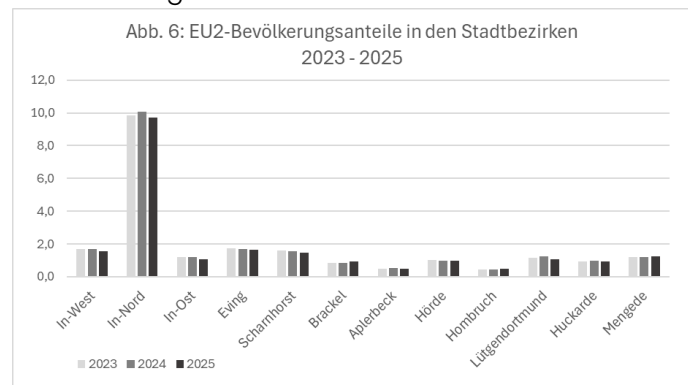


Quelle: Angaben der Städte, eigene Berechnungen

Konzentration auf den Stadtbezirk Innenstadt-Nord hält an

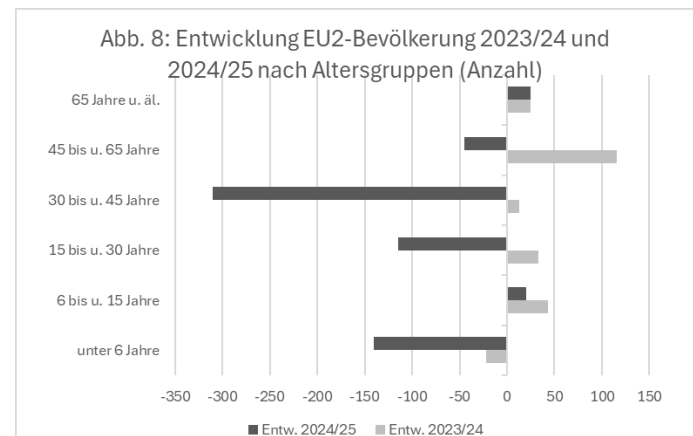
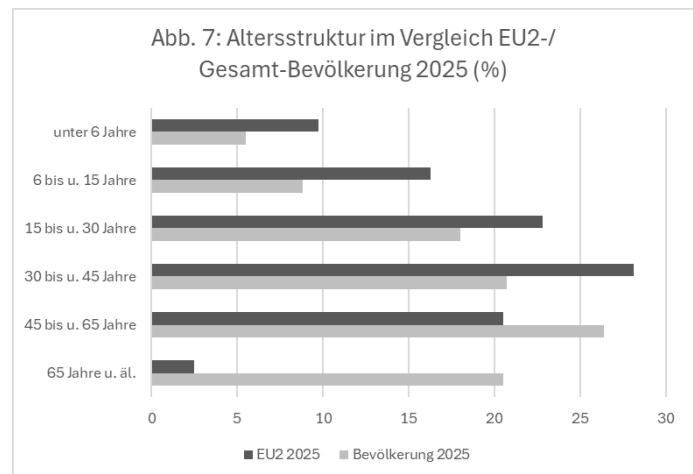
Der gesamtstädtisch vergleichsweise geringe Bevölkerungsanteil bulgarischer und rumänischer Staatsangehöriger von insgesamt 1,9 Prozent verdeckt die ungleiche Verteilung innerhalb der Stadt. Auffällig bleibt die starke Konzentration auf den Stadtbezirk Innenstadt-Nord; hier lag der EU2-Bevölkerungsanteil 2025 bei 9,7 Prozent und damit um 0,4 Prozentpunkte niedriger als 2024.

Weiterhin lebt die Hälfte der EU2-Bevölkerung (50,5 Prozent) in der Nordstadt. 2025 waren hier insgesamt 5.900 EU2-Bürger*innen gemeldet, davon mehr als 3.100 im Bereich Nordmarkt. Alle anderen Stadtbezirke fallen dahinter weit zurück. Entgegen des gesamtstädtischen Rückgangs an EU2-Bevölkerung nimmt die Zahl der Menschen mit bulgarischer oder rumänischer Staatsangehörigkeit in Mengede und Hombruch (jew. +10) leicht zu und in Brackel deutlich mit +45 Personen (+9,3 Prozent). Alle anderen Stadtbezirke verzeichnen einen Rückgang von EU2-Bürger*innen. Absolut am stärksten in der Innenstadt-Nord (-325), relativ am deutlichsten in Lütgendortmund -13,3 Prozent (-80) und der Innenstadt-West -10,3 Prozent (-95; vgl. Abb. 6).



Junge EU2-Bevölkerung, stärkster Rückgang bei den 30- bis unter 45-Jährigen

Der Vergleich des Altersaufbaus der EU2-Bevölkerung und der Gesamtbevölkerung Dortmunds bestätigt den vielfach erwähnten günstigen Einfluss der Zuwanderung auf die Altersstruktur (vgl. Abb. 7). Der Anteil der unter 15-Jährigen aus Bulgarien und Rumänien ist fast doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Auch bei den 15- bis unter 45-Jährigen liegt der Anteil der EU2-Angehörigen 12 Prozentpunkte über dem der Gesamtbevölkerung. Entsprechend deutlich unterdurchschnittlich sind die EU2-Anteile bei den 45-Jährigen und Älteren. Nur 290 bulgarische oder rumänische Staatsangehörige sind 65 Jahre oder älter, das entspricht einem Anteil von lediglich 2,5 Prozent der EU2-Bevölkerung (Gesamtbevölkerung: 20,5).



Die Relationen waren über die Jahre vergleichsweise stabil. Im letzten Jahr hat sich die Zahl der EU2-Bürger*innen in den

Altersklassen aber unterschiedlich entwickelt (vgl. Abb. 8). Im Vergleich zum Vorjahr gibt es eine Zunahme nur noch in den Altersgruppen 6 bis unter 15 Jahre und 65 Jahre und älter. Die Altersgruppe der unter 6-Jährigen, die bereits im Vorjahr eine negative Entwicklung hatte (-20), schrumpft um weitere 140 Personen. Am größten ist der Rückgang bei den 30- bis unter 45-Jährigen mit -310. Im Vergleich zum Vorjahr gibt es eine Zunahme nur noch in den Altersgruppen 6 bis unter 15 Jahre und 65 Jahre und älter. Die Altersgruppe der unter 6-Jährigen, die bereits im Vorjahr eine negative Entwicklung hatte (-20), schrumpft um weitere 140 Personen. Am größten ist der Rückgang bei den 30- bis unter 45-Jährigen mit -310.

4.2 Beschäftigung – Arbeitslosigkeit – SGB II-Bezug

Der Schwerpunkt in diesem Kapitel liegt auf der vergleichenden Analyse der Entwicklung von Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und SGB II-Bezug von deutschen, ausländischen und darunter bulgarischen und rumänischen Staatsangehörigen in Dortmund. Die Daten wurden von der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung gestellt und liegen in der Regel seit 2010 vor. Bezugsgröße bei Beschäftigung und Arbeitslosigkeit ist die erwerbsfähige Bevölkerung (15- bis unter 65 Jahre), beim SGB II-Bezug die leistungsberechtigte Bevölkerung (0 bis unter 65 Jahre).

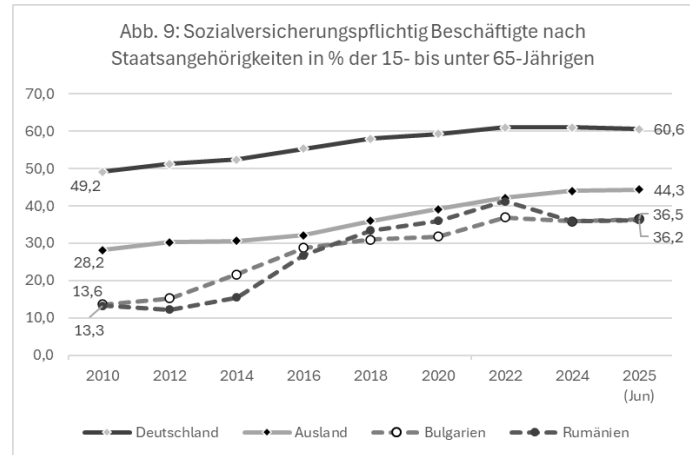
Die Beschäftigungsquoten der EU2-Bevölkerung nehmen wieder leicht zu

Insgesamt waren im Juni 2025 von 8.815 EU2-Angehörigen im erwerbsfähigen Alter (15- bis unter 65 Jahre) in Dortmund 3.755 beschäftigt, davon 3.200 sozialversicherungspflichtig und 555 geringfügig. Die zusammengefasste Beschäftigungsquote ist mit 42,6 Prozent deutlich niedriger als die der deutschen Bevölkerung (66,5 Prozent). Bis 2022 sind die Quoten der bulgarischen und rumänischen sowie der ausländischen Beschäftigten gestiegen bzw. haben sich weiter angeglichen. Ab 2023 haben die ausländischen Quoten leicht zugenommen auf über 50 Prozent, während die EU2-Quoten bis 2024 zurückgegangen sind. Im ersten Halbjahr 2025 sind die Quoten der bulgarischen und rumänischen Beschäftigten leicht angestiegen auf 43,7 und 41,7 Prozent. Die Beschäftigungsquote der deutschen Bevölkerung ist nach ihrem Höchststand 2022 (67,4 Prozent) ebenfalls leicht zurückgegangen auf 66,5 Prozent (Jun 2025).

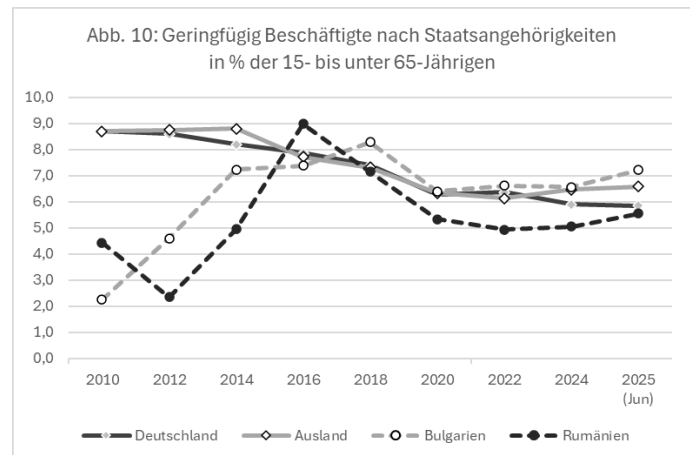
Im Ergebnis ist der Abstand der EU2-Beschäftigungsquote (42,6 Prozent) zur Quote der ausländischen Bevölkerung (50,9 Prozent) erneut groß (8,3 Prozentpunkte), nachdem sie sich im Jahr 2022 bis auf 3,3 Prozentpunkte angenähert hatten. Insgesamt liegt die Beschäftigungsquote der EU2-Bevölkerung in Dortmund weiterhin deutlich unter dem Bundeswert von 65,4 Prozent (Dezember 2025)⁴.

⁴ Die bundesweiten Quoten in diesem Abschnitt stammen aus dem IAB-Zuwanderungsmonitor Februar 2026, S. 4.

Abbildung 9 zeigt nur die Teilmenge der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, das sind mehr als 85 Prozent aller Beschäftigten. Dabei bestätigt sich die vergleichsweise hohe Quote bei den deutschen Staatsangehörigen mit 60,6 Prozent (der 15- bis unter 65-Jährigen) im Vergleich zur nicht-deutschen Bevölkerung mit 44,3 Prozent. Im ersten Halbjahr 2025 verzeichnen die Quoten unterschiedliche Verläufe. Während die Quoten der Nicht-Deutschen und der Bulgar*innen und Rumän*innen weiter zunehmen (+0,3/ +0,4 Prozentpunkte), nimmt die Quote der Deutschen ab (-0,5 Prozentpunkte). Nach den Verwerfungen der Corona-Jahre scheint die wirtschaftliche Stagnation der letzten Jahre eine erneute Annäherung von EU2- und ausländischer Quote zu behindern.

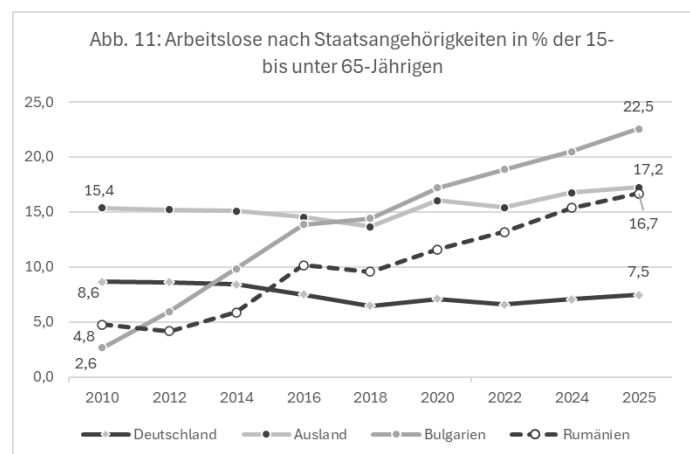


Die Quoten geringfügiger Beschäftigung liegen sehr viel näher beieinander (vgl. Abb. 10). Seit 2010 haben sich die Quoten der bulgarischen und der rumänischen Beschäftigten immer stärker an die der deutschen und ausländischen Beschäftigten angeglichen. Im Juni 2025 liegen die Quoten aller Gruppen in einem Bereich von 5,5 bis 7,2 Prozent. Die Quoten der deutschen und rumänischen geringfügig Beschäftigten liegen bei unter 6 Prozent, die Quoten der Nicht-Deutschen und Bulgar*innen liegen darüber. Insgesamt scheint sich die EU2-Bevölkerung in den vergangenen 15 Jahren in den Arbeitsmarkt integriert zu haben.



Alle Arbeitslosenquoten in den letzten Jahren gestiegen

Anders als bei der Beschäftigung ist das Niveau der Arbeitslosigkeit bei der ausländischen Bevölkerung mit 17,2 Prozent der 15- bis unter 65-Jährigen mehr als doppelt so hoch wie bei der deutschen mit 7,5 Prozent. Seit 2018 sind alle Quoten gestiegen (vgl. Abb. 11). Bei den EU2-Angehörigen sind die Anteile der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung seit dem Beginn der vollen Freizügigkeit 2014 gestiegen und haben sich von 2016 bis 2018 stabilisiert. Seit 2018 haben

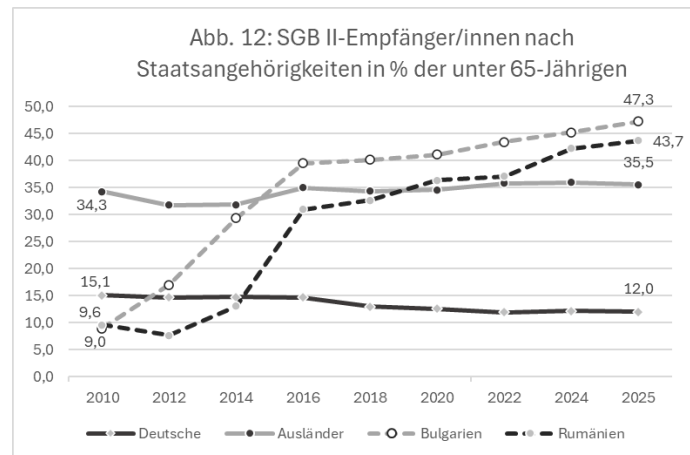


die Quoten der EU2-Bevölkerung um 7,1/ 8,1 Prozentpunkte zugenommen. Im gleichen Zeitraum hat die Quote der Deutschen nur um 1,0 und die der Nicht-Deutschen um 3,6 Prozentpunkte zugenommen. Die bundesweit vergleichsweise hohe Beschäftigungsquote der EU2-Bevölkerung korrespondiert mit einer mit 10,9 Prozent (Stand: Dezember 2025) viel niedrigeren Arbeitslosenquote als in Dortmund.

Neben der unter ‚Methodische Hinweise‘ (vgl. S. 28) bereits erwähnten möglichen statistischen Untererfassung ist zu berücksichtigen, dass ein Teil der abhängig Beschäftigten lediglich geringfügig beschäftigt ist. Es bleibt daher abzuwarten, in welchem Maße sich die Entwicklungen in Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und SGB II-Bezug zukünftig auswirken werden.

SGB II-Bezug: Steigende Quoten bei der EU2-Bevölkerung, deutsche Quote stabil

Von 11.390 EU2-Bürger*innen unter 65 Jahren in Dortmund bezogen im Dezember 2025 insgesamt 5.153 Leistungen nach dem SGB II. Das entspricht einem Anteil von 45,2 Prozent, wobei die Quote bei der bulgarischen Bevölkerung mit 47,3 Prozent deutlich über der der rumänischen Bevölkerung (43,7 Prozent) liegt (vgl. Abb. 12). Auch hier ist die bundesweite Quote mit 14,0 Prozent (Dezember 2025) nur ein Drittel so hoch wie in Dortmund. Die Quote der ausländischen

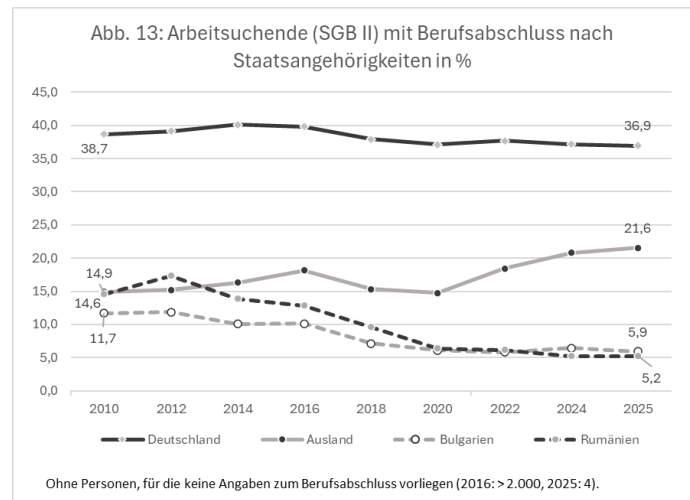


Bevölkerung insgesamt liegt mit 35,5 Prozent deutlich unter den Rumän*innen und ist mehr als 11 Prozentpunkte von der Quote der Bulgar*innen entfernt. Der Anteil der deutschen SGB II-Bezieher*innen entwickelt sich seit 2010 konstant leicht rückläufig und liegt in den vergangenen Jahren stabil bei 12 Prozent. Die Quote der ausländischen SGBII-Bezieher war seit 2017 ebenfalls leicht rückläufig, hat aber seit 2022 zugenommen auf über 36 Prozent. Dies liegt wahrscheinlich an der starken Zuwanderung ukrainischer Bevölkerung seit dem Jahr 2022, die ab dem 1. Juni 2022 Anspruch auf SGBII-Leistungen haben. Seit 2024 ist die Quote erneut leicht rückläufig.

Nur jede*r siebzehnte Arbeitsuchende im SGB II-Bezug aus Bulgarien und Rumänien hat einen anerkannten Berufsabschluss

Verlässliche Zahlen zur schulischen und beruflichen Qualifikation für alle EU2-Zuwander*innen liegen nicht vor. Nach wie vor werden lediglich für Teilgruppen entsprechende Angaben erhoben, und das zum Teil noch sehr unvollständig. Das gilt insbesondere für die Beschäftigtenstatistik, wo nach den Angaben der Bundesagentur für Arbeit nur für rund die Hälfte der bulgarischen und rumänischen Staatsangehörigen Angaben zum beruflichen Abschluss gemacht werden können. Bessere Angaben liegen in der Statistik der Bundesagentur für arbeitssuchende erwerbsfähige Leistungsberechtigte im SGB II vor. Hier hat sich die Datenlage wesentlich verbessert, so dass für alle Arbeitssuchenden mit ganz wenigen Ausnahmen Angaben zur beruflichen Qualifikation gemacht werden können.

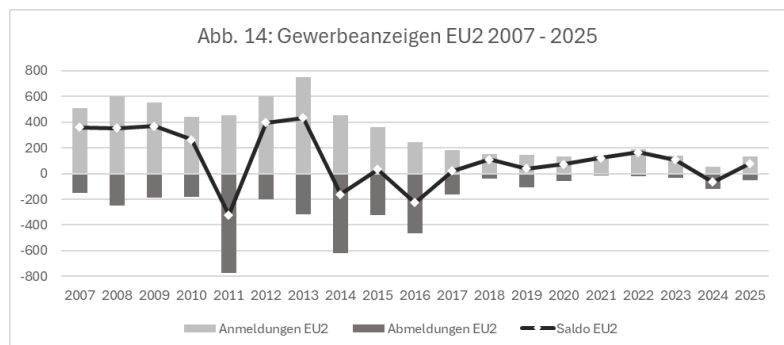
Allerdings ist damit jeweils nur ein vergleichsweise kleiner Teil der Bevölkerung (bei EU2-Staatsangehörigen knapp 26,3 Prozent) abgebildet, so dass die Ergebnisse nach wie vor nicht repräsentativ für die Gesamtheit sind.⁵ Im Ergebnis zeigt sich, dass die formale Qualifikation der deutschen Arbeitsuchenden deutlich besser ist als die der übrigen betrachteten Gruppen. 36,9 Prozent der deutschen Arbeitsuchenden haben einen beruflichen Abschluss, bei den ausländischen Arbeitsuchenden sind es nur 21,6 Prozent, bei den EU2-Staatsangehörigen noch deutlich weniger (Rumänien 5,2 Prozent, Bulgarien 5,9 Prozent, vgl. Abb. 13). Die Entwicklung des Qualifikationsniveaus ist, gemessen am Anteil Arbeitsuchender mit Berufsabschluss, seit 2010 bei den einzelnen Teilgruppen unterschiedlich verlaufen. Bei den Deutschen insgesamt liegt der Anteil nach einem zwischenzeitlichen Anstieg inzwischen unter dem Ausgangsniveau von 2010, in der Gruppe der Ausländer*innen war die Entwicklung bis 2021 ähnlich. Im Jahr 2022 gab es einen deutlichen Anstieg um 4,3 Prozentpunkte auf 18,5 Prozent und in den Folgejahren einen weiter positiven Verlauf auf 21,6 Prozent. Hier wird die starke ukrainische Zuwanderung sichtbar. Der Anteil der rumänischen und bulgarischen Staatsangehörigen ist, nach geringen Zunahmen in den ersten Jahren, im Anschluss deutlich gesunken bzw. in den letzten Jahren weiter leicht rückläufig bei Werten unter 6 Prozent.



4.3 Selbstständige

Der Saldo der Gewerbeanzeigen entwickelte sich von einem Höchststand der letzten zehn Jahre im Jahr 2022 (+166) rückläufig (2023 = +106) und lag im Jahr 2024 im negativen Bereich (-67). 2025 ist der Saldo erneut positiv (+80) bei 131 Gewerbeanmeldungen und 51 Gewerbeabmeldungen.

Vollständige Daten zum Ausmaß der Selbstständigkeit bei den EU2-Angehörigen liegen weiterhin nicht vor. Als Indikator kann lediglich die kommunale Gewerbeanzeigenstatistik herangezogen werden. Danach sind



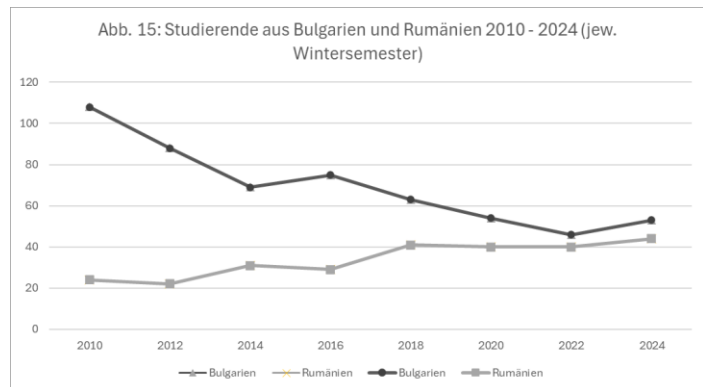
⁵ Die Bundesagentur weist zudem darauf hin, dass möglicherweise eine Untererfassung vorliegt, da fehlende Nachweise oder noch laufende Anerkennungsverfahren zunächst zur Einstufung ‚ohne formalen Berufsabschluss‘ führen.

von EU2-Angehörigen im Zeitraum 2007 bis 2025 (vor 2007 gab es nur sehr wenige Anzeigen) insgesamt über 6.200 Gewerbeanmeldungen angezeigt worden. Gleichzeitig sind 4.000 Gewerbeabmeldungen erfolgt, so dass rechnerisch heute über 2.100 von EU2-Angehörigen geführte Betriebe mehr in Dortmund existieren als vor 18 Jahren. Davon sind über 800 bulgarische und über 1.300 rumänische Betriebe. Ihren Höhepunkt erreichten die Gewerbeanmeldungen im Jahr 2013, als allein 458 rumänische Staatsangehörige ein Gewerbe aufgenommen haben. Auch der Saldo aus An- und Abmeldungen erreicht in diesem Jahr hier mit +433 sein Maximum. Seither haben die Gewerbeanmeldungen von EU2-Bürger*innen kontinuierlich abgenommen bis 2020 und stabilisierten sich bei 130-140 Gewerbeanmeldungen von EU2-Bürger*innen (2020, 2021, 2023 und 2025). Im Coronajahr 2022 gab es eine leichte Zunahme auf fast 190 Anmeldungen und im Jahr 2024 einen deutlichen Rückgang auf nur 50 Anmeldungen. Die Abmeldungen lagen in den Jahren 2021 bis 2023 bei weniger als 50 auf einem sehr niedrigen Niveau. 2024 gab es eine Zunahme auf 117 Abmeldungen und im Vorjahr einen erneuten Rückgang auf 51 Gewerbeabmeldungen.

4.4 EU 2-Studierende in Dortmund

Die Anzahl von Studierenden aus Bulgarien und Rumänien nimmt leicht zu

Die sinkende Zahl bulgarischer und rumänischer Staatsbürger*innen in Dortmund (-560) spiegelt sich in den Studierendenzahlen an der Technischen Universität und der Fachhochschule Dortmund nicht wider. Seit 2012 lag die Zahl der bulgarischen und rumänischen Studierenden bei leichten jährlichen Schwankungen relativ konstant zwischen 94 und 110.



Im Wintersemester 2024/25 gibt es mit 97 Studierenden wieder mehr EU2-Studierende an Dortmunder Hochschulen. Seit 2010 geht die Zahl bulgarischer Studierender in der Tendenz zurück, von 108 (2010) auf 45 (2023). Im letzten Jahr (WiSe 2024/25) gibt es eine leichte Zunahme auf 53 bulgarische Studierende. Die Zahl rumänischer Studierender steigt seit Jahren auf niedrigem Niveau langsam an (von 24 auf 44, vgl. Abb. 15). In Relation zur ansässigen Bevölkerung ist der Studierendenanteil für beide Staaten sehr niedrig.

ANLAGE

5. HANDLUNGSFELDER DER GESAMTSTRATEGIE NEUZUWANDE- RUNG UND SACHSTÄNDE

Kapitel 0 bietet einen strukturierten Überblick über die in den einzelnen Handlungsfeldern der Gesamtstrategie Neuzuwanderung erreichten Sachstände zum Stichtag 31.12.2025. Grundlage hierfür sind die Beiträge der beteiligten Akteure, die systematisch entlang der definierten Handlungsfelder geordnet sind. Jedes Handlungsfeld wird durch eine kurze einführende Einordnung eröffnet.

5.1 HANDLUNGSFELD FRÜHKINDLICHE BILDUNG, BERATUNG UND BETREUUNG

Im Dezember 2025 lebten in Dortmund 1.140 Kinder mit bulgarischer oder rumänischer Staatsangehörigkeit im Alter von 0 bis unter sechs Jahren. Gegenüber Dezember 2023 entspricht dies einem Rückgang um 165 Kinder (-12,6 %). Der überwiegende Teil dieser Kinder lebt weiterhin im Stadtbezirk Innenstadt-Nord.

Die Erfahrungen des Jahres 2025 bestätigen die Befunde der Vorjahre: Das Aufwachsen in mehrsprachigen und interkulturellen Lebenskontexten ist einerseits als wertvolle Ressource zu bewerten, kann andererseits jedoch mit erhöhten Anforderungen für Kinder und ihre Familien verbunden sein. Denn gleichzeitig verfügen Eltern aus zugewanderten Familien aus Rumänien und Bulgarien häufig über einen vergleichsweise niedrigen formalen Bildungsabschluss und leben überproportional oft in sozial belasteten Quartieren. In der Folge kumulieren vielfach Risikofaktoren, die sich nachteilig auf die kindliche Entwicklung auswirken können.

5.1.1 FABIDO Kinderstuben für zugewanderte Familien aus Südosteuropa – Kinder von 0 bis 6 Jahre

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund – EG FABIDO Geschäftsbereich Kindertagespflege
Umsetzung	Dauerhaft
Finanzierung	Landesmittel (Brückenprojekte) und städt. Finanzierung
Konzeptioneller Ansatz	Kinderstuben, die aktuell als Brückenprojekt des Landes NRW gefördert werden, verstehen sich als Brücke in die nachfolgenden Bildungsinstitutionen. Um dies bestmöglich abzusichern, garantiert FABIDO den Kindern aus Kinderstuben einen sich anschließenden Betreuungsplatz in einer FABIDO TEK im Bezirk. Die Kinderstuben sind ein frühkindliches Bildungs- und Betreuungsangebot für Kinder mit intensivem Anteil an Elternarbeit, um Familien mit Flucht- oder EU-Migrationshintergrund oder aus vergleichbaren Lebenslagen einen niedrigschwelligen und begleiteten Start ins hiesige Bildungssystem zu ermöglichen mit garantierter Überleitung ins Regelsystem. Die drei SOE-Kinderstuben sind ein

	Bildungsangebot im Rahmen der Kindertagespflege von FABIDO und in der Dortmunder Nordstadt angesiedelt. Grundsätzlich werden hier Kinder aufgenommen, die bislang keinen Zugang zu regulären frühkindlichen Bildungsangeboten gefunden haben, die eine herausfordernde Migrationserfahrung haben, noch nicht lange in Deutschland/Dortmund leben und/oder in einer Familie aufwachsen, die niedrigschwellige Unterstützungsmöglichkeiten aufgrund unterschiedlicher sozialer Herausforderungen benötigt. Überwiegend sind es Kinder mit rumänischer, bulgarischer und spanischer Herkunft, aber auch Kinder mit familiären Wurzeln in Afghanistan, dem Irak Somalia, dem Senegal. Die Aufnahme der Kinder erfolgt nach wie vor in Kooperation mit Netzwerkpartner*innen aus der Jugendhilfe, den Familienbegleiter*innen, verschiedenen Beratungsstellen, sowie weiteren Akteuren im Stadtteil Innenstadt Nord. Darüber hinaus werden Kinder aufgenommen, deren Eltern selbstständig den Kontakt zur Kinderstube aufgenommen haben und die zur Zielgruppe passen.
Erfolge	Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Lebens- und Problemlagen der Familien verfolgen die Kinderstuben einen umfassenden Ansatz, um als Brückenangebot im Sinne der Brückenprojekte zu wirken. Diese Funktion umfasst nicht nur den Übergang in die nächste Bildungsinstitution der Kinder, sondern auch die Vermittlung in weitere Unterstützungs- und Hilfesysteme, etwa im Gesundheitswesen oder in andere Beratungsangebote im Rahmen einer Lotsenfunktion. Schwerpunkte bleiben die Betreuung der Kinder, intensive Elternarbeit und die Gestaltung von Übergängen entlang der Bildungskette ins jeweils nächste Bildungssystem.
Herausforderungen	Herausfordernd im Alltag der Kinderstuben ist eine hohe Fluktuation, etwa wenn Familien in andere Länder weiterziehen oder Kinder unangekündigt nicht mehr erscheinen. Dies führt wiederholt zu Beziehungsabbrüchen sowohl bei den Kindern als auch bei den Eltern und den pädagogischen Fachkräften. Die kontinuierliche Bindung der Familien an die Kinderstuben erfordert daher einen erhöhten Aufwand, um die Kinder trotz belastender Lebenslagen zu erreichen und den Übergang in weiterführende Bildungsangebote (Kindertageseinrichtung oder Grundschule) bestmöglich vorzubereiten und zu begleiten. Eine besondere Herausforderung ergibt sich auch aus dem Spannungsfeld zwischen den Bedarfen der Familien und den strukturellen sowie rechtlichen Vorgaben der Kindertagespflege, insbesondere der höchstpersönlichen Zuordnung von pädagogischem Personal und Kindern.
Daten und Fakten 2025	▪ Jede Kinderstube verfügt über 9 Betreuungsplätze und ist im pädagogischen Bereich mit 3 Kindertagespflegepersonen in Vollzeit ausgestattet. Die täglichen Betreuungszeiten liegen zwischen 8:00 und 14:00 Uhr (30 Stunden pro Woche). ▪ 2025 verließen insgesamt 18 Kinder die Kinderstuben. Davon wurden 12 in eine Kindertageseinrichtung von FABIDO vermittelt, 3 Kinder wechselten in eine Grundschule. 1 Kind wurde abgemeldet, da die Familie in ein anderes Land verzog. 2 Abmeldungen erfolgten nach angemessener Wartezeit und erfolglosen Kontaktversuchen (telefonisch und durch Hausbesuche), da die Kinder nicht mehr erschienen und eine Rückkehr der Familien nicht zu erwarten war.

5.1.2 **Tageseinrichtungen für Kinder des städtischen Eigenbetrieb FABIDO (Familienergänzende Bildungseinrichtungen für Kinder in Dortmund) – Kinder von 0 bis 6 Jahre**

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund /EB FABIDO

Umsetzung	Dauerhaft
Finanzierung	Kinderbildungsgesetz (KiBiZ) Land
Konzeptioneller Ansatz	FABIDO steht für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Alle Kindertageseinrichtungen spiegeln dies wider. Es wird möglichst barrierefrei vielen verschiedenen Familien(-kulturen) ein Zugang ermöglicht. Durch die gute Kooperation mit den FABIDO Kinderstuben im Dortmunder Norden finden auch die dort betreuten Kinder aus Südosteuropa übergangslos einen anschließenden Betreuungsplatz in einer FABIDO Kindertageseinrichtung im Stadtbezirk. Viele Familien finden inzwischen aufgrund der guten Netzwerke und Unterstützung den direkten Weg zur Anmeldung in die Kindertageseinrichtungen. Die Kinder und Familien werden individuell begleitet und unterstützt. Insbesondere können die FABIDO-Familienzentren über die Bildung und Betreuung hinaus passgenaue und niedrigschwellige Angebote bieten, z.B. Beratungen zu Gesundheitsfragen, Unterstützung bei Anträgen, Bewegungsangebote für Geschwisterkinder etc. Bei Elterngesprächen stehen den Fachkräften, wenn nötig, Dolmetscher zur Verfügung.
Erfolge	Die vertrauensvolle und kooperative Zusammenarbeit mit den Familien ermöglicht vielfältige Unterstützungsangebote und Zugänge zu niederschweligen Angeboten. Der Übergang in die Grundschule kann ebenso unterstützend begleitet werden. Der Übergang von den Kinderstuben in die FABIDO Kindertageseinrichtungen verläuft in der Regel fließend und unproblematisch. Hier wird auch die gute Kooperation der verschiedenen Fachbereiche deutlich.
Herausforderungen	Die FABIDO Kindertageseinrichtungen stellen sich täglich vielen Herausforderungen, diese lassen sich nicht auf eine bestimmte kulturelle Gruppe reduzieren. Als Herausforderungen der Familien sehen die Fachkräfte unter anderem die soziale Lage, bedingt durch fehlende gesundheitliche und finanzielle Absicherung, problematische Wohnsituationen, unsichere Arbeitssituationen und auch die Vielzahl verschiedener Betreuungssituationen innerhalb der Familien. Das erfordert eine sehr armuts- und kultursensible Zusammenarbeit mit den Familien. Hier ist es wichtig, andere Familienkulturen zu verstehen, Vertrauen aufzubauen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu etablieren.
Daten und Fakten 2025	- Im gesamten Stadtgebiet Dortmunds werden in ca. 101 Tageseinrichtungen für Kinder des städtischen Eigenbetrieb FABIDO (Familienergänzende Bildungseinrichtungen für Kinder in Dortmund) ca. 7.997 Kinder im Alter von 8 Wochen bis 6 Jahren betreut. - Zurzeit werden in allen 101 FABIDO Kindertageseinrichtungen 127 Kinder mit rumänischer Staatsangehörigkeit und 94 Kinder mit bulgarischer Staatsangehörigkeit betreut (laut Angaben der Eltern). - Dabei werden rumänische und bulgarische Kinder grundsätzlich in allen Kindertageseinrichtungen stadtweit betreut. Proportional betrachtet besuchen aber mehr Kinder die TEK im Dortmunder Norden.

5.1.3 Brückenprojekte für Kinder in besonderen Lebenslagen – Kinder von 0 bis 6 Jahre

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Jugendamt – Frühkindliche Bildung in TEK, Jüdische Kultusgemeinde Groß-Dortmund KdöR, dobeq gGmbH, Ev. Kirchenkreis, Jugendhilfe St. Elisabeth, Planerladen gGmbH, Stadtteil-Schule Dortmund e. V., Westfalia Bildungszentrum e. V., Diakonisches Werk Dortmund und Lünen gGmbH – Soziale Dienste, KLC e. V.
Umsetzung	Seit 2015 fortlaufend
Finanzierung	Landesfördermittel

Konzeptioneller Ansatz	Das Ankommen und die Integration zugewanderter Familien stellen eine besondere Herausforderung dar, insbesondere wenn die Menschen vor Krieg und Verfolgung geflohen sind oder große Armut und gesellschaftliche Ausgrenzung erfahren haben. Ein bedeutender Anteil der Zugewanderten sind Kinder und Jugendliche. Die frühkindliche Bildung ist dabei ein wesentlicher Baustein für eine gelingende Integration und entscheidend für die zukünftige Bildungsbiografie. Bildungs- und Betreuungsplätze in Kindertageseinrichtungen können in Dortmund aktuell jedoch nicht flächendeckend entsprechend dem Bedarf bereitgestellt werden. Vor diesem Hintergrund wurden im Rahmen einer Landesförderung seit 2015 sogenannte „Brückenprojekte“ als niedrigschwellige Bildungs- und Betreuungsangebote etabliert, die in Kooperation mit freien Trägern umgesetzt werden. Sie dienen als ergänzendes Angebot und als Brücke zum Regelsystem, können dieses jedoch nicht ersetzen. Vorrangig bleibt weiterhin die Bereitstellung von Plätzen in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege. Eine Fachkoordination der Brückenprojekte ist für den Aufbau und die Pflege von Netzwerkstrukturen sowie für die qualitative Weiterentwicklung der Angebote verantwortlich.
Erfolge	Die Brückenprojekte haben sich in den vergangenen Jahren als fester Bestandteil der frühkindlichen Bildungslandschaft in Dortmund etabliert. Sie sind integrativ ausgerichtet und arbeiten nach unterschiedlichen Konzepten, wobei die spielerische Sprachentwicklung stets im Mittelpunkt steht. Durch den erfolgreichen Ausbau von Betreuungsplätzen, besteht in einigen Sozialräumen erstmals ausreichend Kapazität in Kita und Kindertagespflege, wodurch Kapazitäten in den Maßnahmen der Brückenprojekte abgebaut bzw. umstrukturiert werden können und die Überleitung ins Regelsystem noch zuverlässiger und schneller gewährleistet werden kann.
Herausforderungen	Die Träger*innen der Brückenprojekte haben einen Eigenanteil zur Landesförderung zu leisten, sodass durch allgemeine Preissteigerungen die Finanzierung schwieriger werden kann. Aufgrund fehlender institutioneller Bildungs- und Betreuungsplätze gestalten die Brückenprojekte nicht immer den Übergang in die Kita, sondern auch in die Grundschule.

5.2 HANDLUNGSFELD KINDER UND JUGENDLICHE

Zum Stichtag 31.12.2025 lebten in Dortmund insgesamt 1.900 Kinder und Jugendliche mit bulgarischer oder rumänischer Staatsangehörigkeit im Alter von sechs bis unter 15 Jahren. Dies entspricht einem Anstieg um 65 Personen (+3,5 %) gegenüber Dezember 2023. Damit hat sich das Wachstum im Vergleich zum Vorjahreszeitraum deutlich verlangsamt (2022–2023: +111 bzw. +6,4 %). Die Erfahrungen der Dortmunder Angebote zeigen auch für das Jahr 2025, dass die jungen Menschen vielfach intersektional benachteiligt sind.

Ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen lebt in Familien, deren Lebenslagen durch vielfältige Problemlagen geprägt sind. Dazu zählen Sozialleistungsausschluss, fehlende oder unzureichende Familieneinkommen und Verschuldung, fehlender Krankenversicherungsschutz, ausgeprägte Bildungsferne, sehr prekäre Wohnverhältnisse in stark überbelegten Wohnungen bis hin zu fehlender Versorgung mit Strom, Wasser oder Heizung sowie drohende oder bereits bestehende Wohnungslosigkeit. Hinzu kommen im Alltag erlebte, kaum reflektierte Diskriminierung und Rassismuserfahrungen (vgl. hierzu auch Kapitel 0). Diese Lebensumstände gehen mit hoher

Unsicherheit im Alltag der Kinder und Jugendlichen und damit verbundenen erheblichen Bewältigungsanforderungen einher. Unterschiedliche Unterstützungsangebote zielen daher darauf ab, diese Belastungen abzufedern und auszugleichen.

5.2.1 **„Nordtreff – Arakasamen‘ (romanes für ‚Wir treffen uns‘) – Kinder und Jugendliche ab 5 Jahre**

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	GrünBau gGmbH
Umsetzung	Seit 2019 dauerhaft
Finanzierung	2025: Landesmittel, Einzelprojektförderung Kinder- und Jugendförderplan; Spendenmittel, Projektförderung des Jugendamtes der Stadt Dortmund
Konzeptioneller Ansatz	Zielgruppe des Nordtreffs sind Kinder und Jugendliche ab 5 Jahren, insbesondere mit familiären Bezügen nach Südosteuropa. Das Konzept des Nordtreffs basiert auf zwei zentralen Modulen. Zum einen bietet der Treff einen geschützten, diskriminierungsarmen Raum, der jungen Rom*nja, die häufig von gesellschaftlicher Marginalisierung betroffen sind, als verlässlicher Erholungs-, Begegnungs- und Rückzugsort dient. Zum anderen eröffnet der Nordtreff Zugänge in die Lebenswelten und Strukturen der Mehrheitsgesellschaft und unterstützt die Kinder und Jugendlichen dabei, Orientierung, Sicherheit und Teilhabe im Sozialraum zu entwickeln. Der Nordtreff richtet sich insbesondere an junge Menschen mit Rom*nja-Hintergrund, die mit ihren Familien nach Dortmund zugewandert sind und häufig Erfahrungen von Diskriminierung, Rassismus und sozialer Unsicherheit mitbringen. Um personale und soziale Schutzfaktoren zu stärken, stellt der Nordtreff einen geschützten Raum in unmittelbarer Nähe des Wohnumfeldes zur Verfügung. Ausgehend von den rund 200 Quadratmeter umfassenden Räumlichkeiten wird gezielt die Resilienz der Kinder und Jugendlichen gefördert. Die Kinder und Jugendlichen sollen sich sicher fühlen, ernst genommen werden und wissen, an wen sie sich wenden können. Die pädagogische Arbeit im Nordtreff ist geprägt von verlässlicher Beziehungsarbeit, kontinuierlicher Präsenz und einem hohen Maß an Zuwendung. Unterstützende und stabile soziale Beziehungen stehen im Mittelpunkt des pädagogischen Handelns. Die Zusammenarbeit mit der lokalen Rom*nja-Selbstorganisation Romano Than e.V. unterstützt eine kultursensible Ausrichtung der Angebote und trägt zur Vertrauensbildung mit den Familien bei. Inhaltlich setzen sich die Gruppenangebote aus einer Kombination kunst- und erlebnispädagogischer Methoden, regelmäßiger Kochangebote sowie non-formaler und informeller Bildungsangebote zusammen. Ergänzt werden diese durch Ausflüge und Aktivitäten im Sozialraum, deren Inhalte und Ziele von den Kindern und Jugendlichen maßgeblich mitbestimmt werden. Partizipation, Verlässlichkeit und Empowerment bilden die leitenden Prinzipien der Arbeit im Nordtreff.
Erfolge	Viele der Kinder und Jugendlichen nehmen das Angebot des Nordtreffs bereits seit mehreren Jahren sehr regelmäßig wahr. Sie stammen überwiegend aus Großfamilien mit fünf bis zehn Geschwisterkindern und leben größtenteils im Quartier rund um den Nordmarkt. Weitere Herkunftsgebiete sind die Quartiere Hafen und Borsigplatz sowie der Stadtteil Eving. Alle Kinder und Jugendlichen sind in den vergangenen Jahren nach Dortmund zugewandert. Für viele von ihnen stellt der Nordtreff die erste Anlaufstelle dar, insbesondere für Kinder, die neu in Deutschland angekommen sind und häufig von anderen Kindern, die das Angebot bereits kennen, in den Treff mitgebracht werden.

Herausforderungen	Die Nachfrage nach dem Angebot des Nordtreffs ist durchgängig sehr hoch. Aufgrund der begrenzten räumlichen Kapazitäten und der Notwendigkeit, einen angemessenen Betreuungsschlüssel sicherzustellen, können zeitweise nicht alle Kinder aufgenommen werden. Ein Teil der Kinder und Jugendlichen lebt in sehr prekären familiären Lebenslagen, ist von Armut betroffen und wächst häufig auf engem Raum unter belastenden Wohnbedingungen auf. Viele verbringen daher einen Großteil ihrer Zeit im öffentlichen Raum. Diese Lebensumstände wirken sich auf das Verhalten, die gesundheitliche Situation und das soziale Miteinander der Kinder und Jugendlichen aus und können sich unter anderem in Konflikten, erhöhtem Unterstützungsbedarf sowie in Fragen der Grundversorgung, etwa unzureichender Ernährung, zeigen. Für die pädagogische Arbeit im Nordtreff ergeben sich daraus tägliche Herausforderungen. Aspekte des Kinder- und Jugendschutzes spielen hierbei eine wichtige Rolle und sind als Querschnittsaufgabe in den Alltag integriert, insbesondere durch verlässliche Ansprechstrukturen, aufmerksame Beobachtung und eine klare pädagogische Haltung. Unterschiedliche familiäre Prägungen, traditionelle Lebensweisen sowie religiöse Überzeugungen führen mitunter zu pädagogisch anspruchsvollen Situationen, die eine sensible, kulturbewusste und professionelle Begleitung durch die Fachkräfte erfordern.
Daten und Fakten 2025	2025 wurden im Nordtreff folgende Gruppenangebote wöchentlich durchgeführt: ▪ Jungengruppe ab 8 Jahren ▪ Mädchengruppe ab 8 Jahren ▪ Kindergruppe ab 5 Jahren ▪ niedrigschwelliges Lernförderangebot ab 8 Jahren ▪ Schwimmunterricht ▪ Offener Treff ab 10 Jahren Wöchentlich wurden 2025 insgesamt rund 100 weibliche und männliche Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 5 und 16 Jahren aus der Rom*nja-Community erreicht.

5.2.2 Offener Kinder-Treff ‚Casa Copiilor‘ – für Kinder und Jugendliche von 5 bis 12 Jahren

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	Diakonisches Werk Dortmund und Lünen gGmbH – Soziale Dienste
Umsetzung	dauerhaft
Finanzierung	Städtische Mittel, Jugendamt, und Spendenmittel
Konzeptioneller Ansatz	Der Kindertreff ‚Casa Copiilor‘ ist ein niedrigschwelliges und offenes Spiel- und Freizeitangebot für Kinder, die im Sozialraum Nordmarkt leben. Es bietet für Kinder im Alter von 5 bis 12 Jahren einen repressionsfreien Raum, in dem sie Spiel- und Bewegungsangebote nutzen sowie Unterstützung bei den Hausaufgaben und sprachliche Bildung ihren Bedürfnissen entsprechend erfahren können. Ein zentraler Baustein dieses Angebotes ist die gemeinsame Mahlzeit um 15:30 Uhr. Das pädagogische Team besteht aus Frauen mit Zuwanderungsgeschichte, neben Deutsch wird auch Romanes, Bulgarisch, Rumänisch und Russisch gesprochen. Das Team führt vormittags im Auftrag des Evangelischen Bildungswerks Eltern-Kind-Angebote für Frauen und junge Mütter in einem divers-kulturellen Format durch. Ergänzend bietet die herkunftssprachliche Familienbegleitung der Anlaufstelle ‚Willkommen Europa!‘ in den Räumen Sprechstunden für Anliegen der Eltern an und unterstützt Eltern und Kinder in familiären Krisensituationen. Hilfreich und wichtig ist hierbei die fachliche Expertise der Kinderschutz-Fachkraft der Familienbegleitung, die auch das pädagogische Team von Casa Copiilor fachlich begleitet. Gemeinsam organisierte und regelmäßig durchgeführte Aktivitäten zu externen Freizeit- und Bildungsangeboten außerhalb der Nordstadt erweitern das Lebensumfeld der teilnehmenden Familien aus beiden Arbeitsbereichen. Neben

	rumänischen und bulgarischen Kindern haben im Laufe der letzten drei Jahre sowohl immer mehr Kinder ohne Migrationsbiografie als auch Kinder aus anderen Ländern das Angebot aufgesucht. Gemeinsamkeit der divers strukturierten Gruppe ist ein Leben in Familien mit Transferleistungsbezug. Die Vermittlung und das Einüben von Akzeptanz und respektvollem und diskriminierungssensiblen Umgang miteinander sind im täglichen Zusammensein der Kinder, aber auch für deren Eltern, eine wichtige Aufgabe und ständiges Lernfeld.
Erfolge	Durch den Einsatz von Mitarbeiterinnen mit Zuwanderungsgeschichte, die seit vielen Jahren das Angebot kontinuierlich umsetzen und begleiten, werden das Angebot für Kinder, aber auch die flankierenden Bildungsmaßnahmen mit herkunftssprachlichem Ansatz sehr gut und kontinuierlich von den Müttern angenommen. Selbst wenn Familien den Nordmarkt verlassen und in andere Stadtteile ziehen, wird das offene Angebot von Casa Copiilor von vielen Kindern und deren Eltern weiterhin genutzt und geschätzt. Für sie ist es ein Ort des Austausches, ein externes ‚Wohn- und Kinderzimmer‘ und ein sicherer und verlässlicher Treffpunkt für Kontakte und Informationen. Trotz der engen Personalausstattung ist es gelungen, auch in 2025 wieder an wesentlichen Festen und Veranstaltungen teilzunehmen und als sozialer Akteur im Netzwerk der Nordstadt aktiv mitzuwirken.
Herausforderungen	Aufgrund der räumlichen Gegebenheiten können sich nur maximal 20 Kinder in den Räumlichkeiten aufhalten.
Daten und Fakten 2025	- Die regelmäßig teilnehmende Kindergruppe umfasst 70 Kinder, davon sind mehr als 50 Prozent unter 10 Jahre alt. - Rund 70 Prozent der Kinder haben einen familiären Hintergrund aus Südosteuropa, die restlichen Jungen und Mädchen sind Teil von Familien aus Drittstaaten mit bzw. ohne Fluchthintergrund und Kinder aus Familien ohne Migrationshintergrund. - Casa Copiilor ist werktags von 14:00 bis 17:00 Uhr geöffnet.

5.2.3 **Aufsuchende Arbeit Nordstadt – Jugendliche und junge Erwachsene ab 16 Jahre**

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund – Jugendamt, Team Aufsuchende Arbeit Nordstadt
Umsetzung	Seit 2016 dauerhaft
Finanzierung	Städtische Mittel
Konzeptioneller Ansatz	Das Team ‚Aufsuchende Arbeit Nordstadt‘ ist ein integraler Bestandteil der Kinder- und Jugendförderung des Jugendamtes der Stadt Dortmund. Seit seiner Gründung im Jahr 2016 verfolgt es konsequent den lebens- und sozialraumorientierten Ansatz der aufsuchenden Arbeit. Neben anderen Zielgruppen liegt der Fokus hier immer wieder auf der Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus Südosteuropa, wobei auch neu zugewanderte Personen seit einigen Jahren Unterstützung durch das Team erfahren. Das Hauptanliegen des Teams Nordstadt besteht darin, ein breites und differenziertes, antidiskriminierendes und antirassistisches Hilfs- und Freizeitangebot anzubieten und gemeinsam mit den jungen Menschen zu entwickeln. Dank zielgruppenrelevanter Sprachkenntnisse, partizipativer Ansätze und Vermittlungsfunktionen werden die Ideen der jungen Neuzuwanderer*innen aufgegriffen und sie bei deren Realisierung unterstützt. Der Aufbau tragfähiger Vertrauensbeziehungen ist eine grundlegende Voraussetzung für den Erfolg der aufsuchenden Arbeit.

	Das Jahr 2025 zeichnete sich für das Team Nordstadt durch eine außergewöhnlich hohe Dichte an Projekten und pädagogischen Angeboten aus. Ein zentraler Pfeiler war die Förderung der kreativen Selbstwirksamkeit: Durch gezielte Graffiti- und Streetart-Projekte erhielten die Jugendlichen die Möglichkeit, ihren unmittelbaren Sozialraum nicht nur zu nutzen, sondern ihn aktiv und gestalterisch zu prägen. Parallel dazu wurde der Aktionsradius der Teilnehmenden durch Exkursionen innerhalb und außerhalb des Stadtgebiets sowie durch die logistische Vorbereitung internationaler Austauschprogramme nachhaltig erweitert. Ergänzt wurde dieses Portfolio durch vielfältige freizeitpädagogische Erlebnisse – darunter Kinobesuche, Ausflüge in Indoorspielplätze und Freizeitparks –, die den sozialen Zusammenhalt stärkten. Für den notwendigen physischen Ausgleich und die Förderung von Teamgeist sorgten zudem die kontinuierlich angebotenen Fußballzeiten in der Halle. Besonders hervorzuheben ist die rumänisch sprechende Mitarbeiterin des Teams, die intensive Kontakte zur Community pflegt, Sprechzeiten anbietet und Termine nach Absprache vereinbart. Sie leistet wichtige Unterstützung bei Behördenangelegenheiten sowie Alltagsproblemen und ist eine wichtige Anlaufstelle für die Zielgruppe. Durch das vielfältige Angebot an Hilfs- und Freizeitaktivitäten und den Aufbau von Vertrauensbeziehungen leistet das Team Nordstadt einen wertvollen Beitrag zur Förderung und Unterstützung der Kinder und Jugendlichen aus Südosteuropa und zur Integration und Stärkung der jungen Menschen in der Stadtgesellschaft.
Erfolge	Die wachsende Wertschätzung der Angebote durch die Zielgruppe kann für das vergangene Jahr an der hohen Partizipationsrate abgelesen werden. Speziell bei der Gruppe der südosteuropäischen Neuzuwanderer konnte durch gezielte pädagogische Interventionen Vertrauen aufgebaut werden, wodurch die soziale Teilhabe und die psychische Stabilisierung der Jugendlichen maßgeblich begünstigt wurden. Dank einer synergetischen Zusammenarbeit mit lokalen Ämtern und relevanten Akteuren war es möglich, passgenaue Lösungen für Einzelfallbedarfe zu entwickeln und diese in ein nachhaltiges Hilfesystem zu überführen.
Herausforderungen	Die pädagogische Arbeit des Teams Nordstadt sieht sich mit einem zunehmend komplexen Anforderungsprofil konfrontiert. Neben den fortwährenden Herausforderungen durch kulturelle Differenzen sowie die prekäre sozioökonomische Lage vieler Familien rückt eine spürbare Verschärfung des allgemeinen Gewaltpotenzials in den Fokus. Diese Entwicklung ist sowohl objektiv als auch subjektiv wahrnehmbar, ohne dabei an spezifische Gruppen gebunden zu sein. In der täglichen Praxis bedeutet dies, dass das Team regelmäßig die Auswirkungen von Gewalttaten im Quartier auffangen muss oder unmittelbar mit Bedrohungssituationen und physischer Gewalt konfrontiert wird. Um diesem belastenden Umfeld effektiv zu begegnen und die Integration der Zielgruppe nachhaltig zu sichern, wird ein konsequent ganzheitlicher Ansatz verfolgt. Zur psychischen Entlastung und Qualitätssicherung nimmt das Team regelmäßig Supervisionstermine wahr.

5.2.4 Nordstadtliga – Jugendliche und junge Erwachsene ab 16 Jahre

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund – Jugendamt, AWO Dortmund, Fan-Projekt e. V.
Umsetzung	dauerhaft seit 2001
Finanzierung	Dauerhaft aus städtischen Mitteln

Konzeptioneller Ansatz	Die Nordstadtliga verbindet Kinder und Jugendliche durch Fußballangebote miteinander. Seit ihrer Gründung hat sie sich als wichtiger Bestandteil der Jugendarbeit in der Nordstadt etabliert. Sie organisiert Trainingseinheiten und Turniere, die nicht nur sportliche Aktivitäten fördern, sondern auch ein respektvolles und antirassistisches Miteinander unter den Teilnehmer*innen unterstützen. Die Zielgruppe, bestehend aus Kindern und Jugendlichen aller Altersstufen, nimmt begeistert an den Angeboten der Nordstadtliga teil. Der Ansatz bietet den Jugendlichen ein starkes Zugehörigkeitsgefühl und die Möglichkeit, sich durch ihren sportlichen Einsatz zu präsentieren. Dies spiegelt sich unter anderem in Teams wie dem ‚FC Roma‘ und dem ‚FC Bulgarien‘ wider. Der pädagogische Ansatz der Nordstadtliga basiert auf Empowerment, um den Jugendlichen Selbstbewusstsein und Eigenverantwortung zu vermitteln.
Erfolge	Wie bereits in den Vorjahren verzeichnete die Nordstadtliga einen regen Zulauf, was die anhaltende Wirksamkeit ihres Konzepts bestätigt. Das große Interesse der Zielgruppe belegt, dass die Angebote passgenau auf die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen in der Nordstadt zugeschnitten sind. Dabei reagiert die Liga insbesondere auch auf die Zuwanderung aus Südosteuropa und schafft einen Raum für Teilhabe. Ein eindrucksvolles Zeichen für die tiefe Identifikation mit dem Projekt ist die Eigeninitiative der jungen Menschen, die eigene Teams – wie beispielhaft den ‚FC Roma‘ – gründen und diese mit sichtbarem Stolz repräsentieren. Durch die Teilnahme an Turnieren und den organisierten Spielbetrieb werden so nicht nur sportliche Ambitionen bedient, sondern auch wichtige Werte vermittelt. Das Projekt leistet einen unverzichtbaren Beitrag zur Förderung des Miteinanders und zur Stärkung der sozialen Kompetenzen im Quartier. Hierbei zeigt sich deutlich, dass Fußball weit mehr als ein Sport ist: Er dient als Medium zur Gemeinschaftsbildung, zur kulturellen Brückenbildung und als Plattform für die persönliche Entwicklung jedes Einzelnen.
Herausforderungen	Konfliktmediation und Motivationsarbeit sind zentrale Bestandteile, um ein sicheres Umfeld für sportliche und persönliche Entwicklung zu gewährleisten. Für die langfristige Nachhaltigkeit setzt die Nordstadtliga auf stetiges Engagement sowie die enge Zusammenarbeit mit Partnern im Quartier.

5.2.5 Beratung von neuzugewanderten Familien und Jugendlichen

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, FB Jugendamt, Beratung im MigraDo
Umsetzung	Zunächst befristet bis 30. Juni 2027
Finanzierung	EU-Mittel (AMIF) + Eigenanteil aus kommunalen Mitteln
Konzeptioneller Ansatz	Der konzeptionelle Ansatz umfasst eine niedrigschwellige und bedarfsorientierte Beratung von Familien und Jugendlichen. Im Mittelpunkt stehen Fragen rund um Familie und Jugend sowie die Unterstützung bei Erziehungsfragen, familiären Hilfen und Anliegen von Alleinerziehenden. Ergänzend werden Ratsuchende über geeignete Angebote der Jugendhilfe und Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche informiert. Dabei werden unterschiedliche Lebenssituationen und individuelle Unterstützungsbedarfe berücksichtigt.
Erfolge	Die Zielgruppe wird bedarfsgerecht beraten.

Herausforderungen	Eine Herausforderung besteht insbesondere beim Nachweis des Familienstatus. Bei Personen aus bestimmten Herkunftsländern können die vorgelegten Dokumente aus dem Herkunftsland nicht unmittelbar anerkannt werden, sodass gegebenenfalls weitere Nachweise erforderlich sind. Dies kann die Bearbeitung durch das Einwohnermeldeamt erschweren und zu einem erhöhten Beratungs- und Klärungsbedarf führen.
Daten und Fakten 2025	Im Zeitraum 03/2025 bis 12/2025 wurden insgesamt 629 Beratungen durchgeführt.

5.3 HANDLUNGSFELD SCHULISCHE UND AUßERSCHULISCHE BILDUNG FÜR SCHULPFLICHTIGE KINDER UND JUGENDLICHE

Im Primarbereich machen Schulen weiterhin die Erfahrung, dass insbesondere Kinder, deren Familie aus Rumänien und Bulgarien neuzugewandert ist, häufig ohne Kita-Erfahrungen und damit ohne Erfahrungen im Bereich der frühen Bildung eingeschult werden. Dabei wird der fehlende KiTa-Besuch oft nicht durch Familienaktivitäten kompensiert. Das hat zur Folge, dass neben den Deutschkenntnissen oft Basiskompetenzen fehlen, über die gleichaltrige Kinder mit KiTa-Erfahrungen verfügen. Ein Teil der Kinder benötigt daher eine Verlängerung der Schuleingangsphase, um einen Teil dieser Basiskompetenzen aufholen zu können. Grundschulen, gerade in der Nordstadt, bemühen sich aus diesem Grund besonders um Brückenprojekte im Übergang.

Herausforderung bleibt die Beschulung von Grundschulkindern in der Nordstadt, wo ein Großteil der neuzuwandernden Familien ankommt (vgl. Ziff. 0). Demzufolge ist hier auch der Zuzug von schulpflichtigen Kindern höher als im übrigen Stadtgebiet. Da die Grundschulen der Nordstadt in der Regel ihre Kapazitätsgrenzen überschreiten, müssen viele Kinder, die unterjährig nach Dortmund ziehen, mit dem Bus in andere Stadtbezirke gefahren werden. Doch auch dort sind die Kapazitäten vielfach ausgeschöpft, sodass diese Kinder häufig länger auf einen Schulplatz warten müssen.

Auf Grundlage eines Ratsbeschlusses (DS-Nr.: 25390-22) hat der Fachbereich Schule daher zusätzliche Standorte zur Beschulung zugewanderter Kinder und Jugendlicher eingerichtet. Mittels eines weiteren Ratsbeschlusses (DS-Nr.: 31808-23/2) wurden finanzielle Mittel für schulvorbereitende Überbrückungsangebote zur Verfügung gestellt und in der Praxis umgesetzt.

Eine weitere Herausforderung für das Schulsystem bleiben die Kinder und Jugendlichen in der Sekundarstufe I und im Berufskolleg, die nicht oder in einer anderen als der lateinischen Schrift alphabetisiert sind. Derzeit bestehen 11 Alphabetisierungsgruppen an unterschiedlichen Schulformen der Sekundarstufe I (ab dem 01.02.2026 eine weitere Gruppe) und 2 in der Sekundarstufe II bzw. an Berufskollegs (ab dem 01.02.2026 eine weitere Gruppe).

5.3.1 Beratung von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen zum Bildungssystem in Dortmund und Schulplatzvermittlung – Schulpflichtige Kinder von 6 bis 18 Jahren

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, FB Schule, Dienstleistungszentrum Bildung – DLZB, in enger Abstimmung mit dem Schulamt für die Stadt Dortmund
Umsetzung	Dauerhaft
Finanzierung	Städtische Mittel
Konzeptioneller Ansatz	Die Anmeldung zugewanderter Kinder und Jugendlicher für einen Schulplatz erfolgt – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus – im Dienstleistungszentrum Bildung (DLZB) des Fachbereichs Schule. Seit dem 28.02.2025 beteiligt sich das DLZB im Akteursverbund des MigraDO, so dass die Schulanmeldung an zwei Standorten (Königswall 25-27 und Berswordthalle) möglich ist. Neu zugewanderte Schulpflichtige mit Deutschförderbedarf im Sinne des Erlasses 13.63 Nr.3 und deren Erziehungsberechtigte erhalten im DLZB Informationen zum Schulsystem in Dortmund und im Anschluss an ein Beratungsgespräch Schulplätze an Dortmunder Schulen. Eine Schulpflicht besteht bis zum Ende des Schuljahres, in dem ein Schüler bzw. eine Schülerin das 18. Lebensjahr erreicht hat. Klassen speziell für Kinder und Jugendliche aus Südosteuropa gibt es nicht. Die Beschulung von Schulpflichtigen mit Zuwanderungsgeschichte regelt der Erlass ‚Integration und Deutschförderung neu zugewanderter Schülerinnen und Schüler‘ des Ministeriums für Schule und Bildung (MSB NRW). Der Erlass lässt den Schulen die Wahl zwischen drei Organisationsformen: 1. <u>Vollständige äußere Differenzierung</u> Schulen haben die Möglichkeit, externe Klassen zur Deutschförderung einzurichten – die Deutschförderung beträgt mindestens zehn bis zwölf Stunden. 2. <u>Teilweise äußere Differenzierung (Deutschfördergruppen)</u> Die Schülerinnen und Schüler besuchen die Regelklasse und erhalten zeitweise Deutschförderung in einer eigenen Lerngruppe (10 – 12 Stunden) 3. <u>Innere Differenzierung (integratives Modell)</u> Die Schülerinnen und Schüler nehmen vollständig am Regelunterricht teil und erhalten im Rahmen dessen Deutschförderung. Grundsätzlich sind die Kinder und Jugendlichen bei allen Organisationsformen Schülerinnen und Schüler der jeweiligen Schule und erhalten Unterricht im Rahmen des Gesamtumfangs der für die Schulform und Jahrgangsstufe geltenden Stundentafel. Sie sind aber nicht dem Bildungsgang der besuchten Schulform zugeordnet. Welches Beschulungsmodell gewählt wird, entscheidet die Schulleitung der jeweiligen Schule. Nach etwa zwei Jahren Deutschförderung erfolgt die Zuordnung der Schülerinnen und Schüler zu einem Bildungsgang, das bedeutet unter Umständen einen Schulformwechsel. Neuzugewanderte Jugendliche, die der Berufsschulpflicht unterliegen, werden zur Sprachförderung in ‚Internationale Förderklassen‘ (IFK) an einem Berufskolleg aufgenommen.
Erfolge	Die Zielgruppe wird bedarfsgerecht beraten und mit Schulplätzen versorgt.
Herausforderungen	Die zeitnahe Schulplatzvermittlung ist aktuell schwer umzusetzen, da Schulplätze, bedingt durch die hohe Anzahl der Anmeldungen, kaum noch vorhanden sind.

Daten und Fakten 2025	Die Anmeldezahlen sind konstant hoch, wenn auch ein Rückgang zu verzeichnen ist. ▪ 2025 meldeten sich 1.493 Schülerinnen und Schüler im Alter von 6 bis 18 Jahren im DLZB für einen Schulplatz an. 2024 waren es insgesamt 1.738 Kinder und Jugendliche. Das entspricht einem Rückgang um 245 im Vergleich zum Vorjahr. ▪ Durchschnittlich fanden im Jahr 2025 rund 125 Neuanmeldungen je Monat im DLZB statt. 2024 waren es durchschnittlich 145.
------------------------------	--

5.3.2 **Vast vasteste – Hand in Hand: Roma als Bildungsmediator*innen – Kinder und Jugendliche von 6 bis unter 16 Jahren**

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, FB Schule in Kooperation mit dem Ministerium für Schule und Bildung NRW dobeq GmbH, AWO UB Dortmund und GrünBau gGmbH (Trägerschaft)
Umsetzung	01.08.2023 bis 31.07.2027
Finanzierung	Städtische Mittel (Ratsbeschluss 2022), ergänzende Landesmittel
Konzeptioneller Ansatz	„Vast vasteste – Hand in Hand: Roma als Bildungsmediator*innen“ richtet sich explizit, aber nicht exklusiv an Angehörige der Roma-Minderheit. Roma-Bildungsmediatorinnen und -mediatoren arbeiten als Teil der multiprofessionellen Teams an insgesamt acht Dortmunder Schulen, um Teilhabechancen zu verbessern. Auf Grundlage eines Ratsbeschlusses (DS: 23354-22) wurde „Vast vasteste“ nach Abschluss eines vierjährigen Pilotprojektes für die Laufzeit 2023 bis 2027 an eine Trägergemeinschaft (dobeq, AWO, GrünBau) vergeben und neun halbe Stellen für die Roma-Bildungsmediation und eine Koordination kommunal finanziert. Außerdem wurde im Regionalen Bildungsbüro des Fachbereichs Schule eine Koordinierungsstelle zur Stärkung der Bildungsteilhabe von Neuzugewanderten aus Südosteuropa eingerichtet. Die Stellen für die abgeordneten Lehrkräfte werden vom Ministerium für Schule und Bildung NRW finanziert. In „Vast vasteste“ ist die Roma-Bildungsmediation an insgesamt acht Dortmunder Schulen Teil des multiprofessionellen Teams in enger Zusammenarbeit mit einer schulischen Tandemperson. Die Maßnahme verbindet Antidiskriminierungsarbeit und Bildungsförderung. Zentrale Aufgabe der Roma-Bildungsmediation sind der Aufbau und die Unterstützung vertrauensvoller Beziehungen zwischen Schule und Familien, etwa durch die Unterstützung der Kommunikation (Hausbesuche, Vermittlung, Sprachmittlung, Elternsprechtag, etc.) und individuelle Unterstützung der Kinder und Jugendlichen (z.B. Unterstützung im Unterricht, Mikroprojekte an der Schule, Konfliktlösung, etc.). Als fester Teil der multiprofessionellen Teams an den Schulen nehmen die Mediatorinnen und Mediatoren an schulischen Gremien teil und vernetzen sich mit anderen wichtigen Akteuren im Quartier. Ziele von „Vast vasteste“ sind: ▪ Schulische und sozialräumliche Förderung zugewanderter Kinder und Jugendlicher aus Rom*nja-Familien sowie Kinder und Jugendlicher in vergleichbaren Lebenslagen ▪ Verbesserung der sozialen und schulischen Teilhabe der Schülerinnen und Schüler und Abbau von Zugangsbarrieren im Bildungssystem ▪ Verbesserung der Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zwischen Erziehungsberechtigten und der Schule ▪ Unterstützung der Schulen in ihrer diskriminierungssensiblen Schulentwicklung ▪ Entwicklung von nachhaltigen Beratungs- und Unterstützungsstrukturen an den Schulen

	▪ Empowerment-orientierte Unterstützung und Weiterqualifizierung der Roma-Bildungsmediatorinnen und -mediatoren. Für die multiprofessionellen Teams, insbesondere für die Tandemlehrkräfte finden verschiedene Qualifizierungen u.a. zur Sensibilisierung für Rassismus gegen Rom*nja statt. Neben den pädagogischen Fachkräften werden auch die Mediatorinnen und Mediatoren projektbegleitend weitergebildet und bestärkt, individuelle berufliche Perspektiven zu entwickeln. Teilnehmende Schulen: Diesterweg-Grundschule, Freiligrath-Grundschule, Funke-Grundschule, Nordmarkt-Grundschule, Oesterholz-Grundschule, Schragmüller-Grundschule, Anne-Frank-Gesamtschule, Kielhornschule 'Vast vasteste' Dortmund ist Teil des Landesprogramms 'Vast vasteste – Hand in Hand in NRW'. Das Landesprogramm wird in mehreren Kommunen in NRW umgesetzt, mit denen ein regelmäßiger interkommunaler Austausch stattfindet. Ein umfassender Bericht zum Pilotprojekt (2019–2023) ist abrufbar unter: https://www.dortmund.de/themen/bildung/schulische-bildung/regionales-bildungsbuero/vast-vasteste/
Erfolge	Die konstante Präsenz und Unterstützung der Mediatorinnen und Mediatoren an den Schulen, die durch Beziehungsaufbau langfristiges Vertrauen schaffen, verbessert die Anwesenheit und Teilhabe der Kinder und Jugendlichen im Unterricht und die Einbindung der Eltern in den Schulalltag. Aus Sicht der Kinder und Jugendlichen hat 'Vast vasteste – Hand in Hand' Wirkungen in folgenden Bereichen: ▪ auf der fachlich schulischen Ebene durch Unterstützung beim Lernen ▪ Stärkung der Sozialkontakte durch das Zusammenbringen der Kinder und Jugendlichen an den Schulen ▪ Mediator*innen als Vertrauenspersonen bei persönlichen Themen, ▪ Entlastung der Kinder und Jugendlichen durch Unterstützung der Eltern.
Herausforderungen	Schon im Verlauf der Pilotphase hat sich gezeigt, dass der Bedarf an Roma-Bildungsmediation sowohl an den beteiligten Schulen, aber auch darüber hinaus, sehr groß ist und durch die zur Verfügung stehenden Stellenanteile nicht ausreichend gedeckt werden kann. Insbesondere in weiterführenden Schulen, die nicht Teil des Landesprogramms 'Vast vasteste – Hand in Hand in NRW' sind, zeichnen sich große Bedarfe ab. Die strukturierte Begleitung und Einbettung in Hilfesysteme ist auch für die Mediatorinnen und Mediatoren wichtig, da auch sie im Alltag mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert sind, die den Familien an den Schulen begegnen.
Daten und Fakten 2025	▪ ‚Vast Vasteste‘ wurde nach Abschluss der Testphase (bis Ende 2023) vestetigt. ▪ Umsetzung an acht Dortmunder Schulen: Diesterweg-Grundschule, Freiligrath-Grundschule, Funke-Grundschule, Nordmarkt-Grundschule, Oesterholz-Grundschule, Schragmüller-Grundschule, Kielhorn Förderschule, Anne-Frank-Gesamtschule ▪ Insgesamt wurden 243 Familien erreicht

5.3.3 Bus-Infopoint – Unterstützung für Beteiligte der Nordstadt

Art	Projekt Bus-Infopoint
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund – Fachbereich Schule – Dienstleistungszentrum Bildung
Umsetzung	10.05.2024 – 31.12.2027
Finanzierung	Städtische Mittel

Konzeptioneller Ansatz	Der Bus-Infopoint fungiert als zentrale Koordinierungs- und Anlaufstelle für Grundschulen, Erziehungsberechtigte, Schüler*innen und Netzwerkpartner*innen im Kontext Schülerspezialverkehr für neu zugewanderte Grundschüler*innen aus der Innenstadt-Nord. Ziel ist es, Herausforderungen durch die Schulplatzvermittlung außerhalb des Sozialraums zu identifizieren, bedarfsgerechte Unterstützungsangebote zu entwickeln und die Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus zu stärken. Durch Beratung, Vernetzung und das begleitende Eltern-Café sollen Schulen entlastet, Partizipationsmöglichkeiten von Eltern gefördert und Bildungschancen der Kinder gesichert werden.																		
Erfolge	Strukturelle Verbesserungen im Schulbusverkehr (Ausschilderung von Bussen und Haltestellen, Erstellung von Fahrplänen), Einrichtung eines Beschwerdemanagements sowie Aufbau niederwertiger Unterstützungsangebote für Eltern (Eltern-Café, Sprachmittlung, Informationsangebote). Begleitung von Elterngesprächen u. a. zu Schulabsentismus, Unterstützung bei der Umsetzung des „Dortmunder Modells“ sowie Stärkung der Vernetzung zwischen Schulen und Familien in der Nordstadt.																		
Herausforderungen	Eine zentrale Herausforderung stellen die begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen dar. Aufgrund der eingeschränkten Mittel konnte bislang keine pädagogische Busbegleitung eingerichtet werden. Zudem führen die vorhandenen Personalkapazitäten dazu, dass geplante Maßnahmen und Unterstützungsangebote nicht immer zeitnah umgesetzt und durchgeführt werden können.																		
Daten und Fakten 2025	- Die Erfassung von Daten und Fallzahlen ist im Arbeitsbereich des Bus-Infopoints nur eingeschränkt möglich, da Angebote freiwillig genutzt werden und Beschwerden bzw. Rückmeldungen teilweise direkt bei Schulen, Schulleitungen oder der Schülerbeförderung eingehen. - Die folgenden Zahlen beziehen sich daher ausschließlich auf die beim Bus-Infopoint erfassten bzw. bearbeiteten Fälle und Angebote. Schuljahr 2025/2026 <table border="1"> <thead> <tr> <th>Bereich</th><th>Anzahl</th></tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Erstellte Konzepte und Schulungsunterlagen</td><td>3</td></tr> <tr> <td>Begleitete Busfahrten durch die Projektleitung</td><td>18</td></tr> <tr> <td>Eingegangene Beschwerden</td><td>15</td></tr> <tr> <td>Bearbeitete Busausschlüsse</td><td>10</td></tr> <tr> <td>Elterngespräche aufgrund von Gewaltvorfällen</td><td>18</td></tr> <tr> <td>Durchgeführte Eltern-Cafés</td><td>30</td></tr> <tr> <td>Austauschtreffen mit Schulleitungen</td><td>1</td></tr> <tr> <td>Kooperation mit der FH Dortmund</td><td>1</td></tr> </tbody> </table> Schwerpunkt des Schuljahres war die Entwicklung eines Konzeptes für die pädagogische Busbegleitung. Aufgrund fehlender Finanzierungsmöglichkeiten konnte diese nicht umgesetzt werden. Als alternative präventive Maßnahme wurde das Konzept ‚Save Bus – gemeinsam sicher ankommen – Busheld*innen‘ entwickelt.	Bereich	Anzahl	Erstellte Konzepte und Schulungsunterlagen	3	Begleitete Busfahrten durch die Projektleitung	18	Eingegangene Beschwerden	15	Bearbeitete Busausschlüsse	10	Elterngespräche aufgrund von Gewaltvorfällen	18	Durchgeführte Eltern-Cafés	30	Austauschtreffen mit Schulleitungen	1	Kooperation mit der FH Dortmund	1
Bereich	Anzahl																		
Erstellte Konzepte und Schulungsunterlagen	3																		
Begleitete Busfahrten durch die Projektleitung	18																		
Eingegangene Beschwerden	15																		
Bearbeitete Busausschlüsse	10																		
Elterngespräche aufgrund von Gewaltvorfällen	18																		
Durchgeführte Eltern-Cafés	30																		
Austauschtreffen mit Schulleitungen	1																		
Kooperation mit der FH Dortmund	1																		

5.3.4 Unterricht außerhalb des Stammschulgeländes – Kinder und Jugendliche von 10 bis unter 16 Jahren

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, FB Schule, Dienstleistungszentrum Bildung, in enger Abstimmung mit dem Schulamt für Dortmund und den weiterführenden Stammschulen
Umsetzung	Oktober 2022 bis 31.07.2026
Finanzierung	Städtische Mittel, ergänzt durch Lehrerstellen der Bezirksregierung Arnsberg

Konzeptioneller Ansatz	Neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler des Stadtgymnasiums, das Käthe-Kollwitz-Gymnasiums und der Marie-Reinders-Realschule werden außerhalb ihres jeweiligen Stammschulgebäudes beschult. Standorte dieses Unterrichtsformats sind das Heinrich-Schmitz-Bildungszentrum, Möllerstraße 3, und die ehemalige Frenzelschule am Entenpoth. Die Umsetzung ist in den pädagogischen Konzepten der beteiligten Schulen dargelegt. Regelmäßige Begegnungen mit den anderen Schülerinnen und Schüler des jeweiligen Hauptstandortes zur Förderung der Integration sind sichergestellt.
Erfolge	Besonders positiv an der Beschulung an einem Teilstandort ist der Schutzraum, der den Schülerinnen und Schüler in den ersten zwei Jahren in ihrer neuen Umgebung zur Verfügung steht. Hervorzuheben ist auch die sehr engagierte und individuelle Betreuung durch die Mitarbeitenden vor Ort. Neben der schulischen Unterstützung haben die Schülerinnen und Schüler ein zusätzliches Integrationsangebot durch Projekte in den Bereichen Sport, Kunst, Sprach- und Lernförderung, Kochen und durch Stadttealführungen.
Herausforderungen	Der Übergang von der Sprachförderung in die Regelklasse ist für Schülerinnen und Schüler mit großen sprachlichen und sozialen Herausforderungen verbunden. Anders als die Beschulung an Schulen, die eine sukzessive Integration in den Regelunterricht durch ‚kurze Absprachen und kurze Wege‘ leichter möglich macht, ist die Beschulung an außerschulischen Standorten im Hinblick auf Integration mehr gefordert.
Daten und Fakten 2025	▪ Beteiligt sind 3 Schulen, die an zwei Standorten außerhalb ihres Stammgebäudes unterrichten. ▪ Insgesamt werden an den beiden Standorten etwa 160 Schüler*innen unterrichtet.

5.3.5 Überbrückungsangebote für schulpflichtige, neu aus dem Ausland zugewanderte Kinder und Jugendliche bis zur Vermittlung von Schulplätzen – Kinder und Jugendliche von 6 bis unter 18 Jahren

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, FB Schule, Dienstleistungszentrum Bildung, Volkshochschule der Stadt Dortmund, GrünBau gGmbH und dobeq GmbH
Umsetzung	seit März 2022; Erweiterung (VHS) seit: 01.08.2023 – 31.12.2027
Finanzierung	Städtische Mittel (Ratsbeschluss Juni 2023)
Konzeptioneller Ansatz	Neu zugewanderte Kinder und Jugendliche mit Deutschförderbedarf im Sinne des Erlasses BASS 13.63 Nr.3 zur ‚Integration von neu zugewanderten Kindern und Jugendlichen‘, die im Dienstleistungszentrum Bildung für die Schulplatzsuche angemeldet sind, werden bis zur Schulplatzvermittlung mit sogenannten Überbrückungsangeboten versorgt. Die Umsetzung erfolgt stadtweit und schulstufenübergreifend in Kooperation mit der Volkshochschule Dortmund. Zwei weitere Angebote für Kinder im Grundschulalter werden gemeinsam mit der GrünBau gGmbH und der dobeq GmbH umgesetzt.
Erfolge	Die Wartezeit bis zur Schulplatzvermittlung konnte durch ein pädagogisch konzipiertes Bildungs- und Förderangebot sinnvoll genutzt werden. Die Teilnehmenden wurden gezielt auf den anschließenden Schulbesuch vorbereitet, indem grundlegende Lern- und Arbeitstechniken, Sprachkompetenzen sowie soziale und personale Kompetenzen gestärkt wurden. Durch das Einüben schulischer Routinen und Strukturen konnten wichtige Voraussetzungen für einen gelingenden Übergang in den Regelunterricht geschaffen werden.

	Darüber hinaus erweiterten die Teilnehmenden im Rahmen von Ausflügen ihre alltagspraktischen Orientierungs- und Handlungskompetenzen, lernten die Stadt Dortmund so wie ihre Bildungs-, Freizeit- und Unterstützungsangebote kennen und gewannen zunehmend Sicherheit, sich selbstständig im Stadtgebiet zu bewegen.
Daten und Fakten 2025	▪ Insgesamt wurden im Kalenderjahr 2025 während der Wartezeit auf einen Schulplatz 530 Kinder und Jugendliche in Überbrückungsangebote vermittelt. ▪ Alternativ: Im Schuljahr 25/26 waren es: 426 Kinder und Jugendliche

5.3.6 **„Integration durch Bildung“: Bildungsmaßnahmen und -projekte – Kinder und Jugendliche bis 16 Jahren sowie deren Eltern**

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, MIA-DO-KI in Kooperation u.a. mit FB Schule, FB Jugend, Koordinierungsstelle Vielfalt, Toleranz und Demokratie, Aktionsplan Soziale Stadt, etc.
Umsetzung	Dauerhaft
Finanzierung	Dauerhaft aus städtischen Mitteln
Konzeptioneller Ansatz	Zielgruppen der Bildungsmaßnahmen und -projekte sind Kinder und Jugendliche von 0 bis 16 Jahren sowie deren Eltern. Ziel der Bildungsmaßnahmen ist die Stärkung und Förderung der Bildungssituation von Kindern und Jugendlichen sowie die Einbindung ihrer Eltern und die Kooperation mit ihnen. Zu den Projekten zur Sprachbildung und Elternkompetenz gehören Griffbereit-Mini, Griffbereit, Rucksack Kita, Sprache verbindet und Vorlesepatinnen und -parten. Daran partizipieren auch Kinder und Eltern mit südosteuropäischer Herkunft, insbesondere in den Kindertageseinrichtungen und Grundschulen in der Nordstadt. Die Organisation erfolgt in enger Kooperation mit den Fachbereichen Schule und Jugend (frühe Hilfen, Netzwerk IN-Familie). Grundsätzlich sind in allen Bildungsprojekten (Projekt ‚Schule ohne Rassismus/Schule mit Courage‘, Förderung der Mehrsprachigkeit, Seiteneinstiegsberatung/Sprach- und Integrationsprojekte im DLZB und MIA-DO-KI), Beratung zu Fragen der interkulturellen Unterrichts- und Schulentwicklung auch Kinder und Jugendliche aus der Zielgruppe Südosteuropa berücksichtigt. DIE ANGEBOTE SIND AUF ALLE ZIELGRUPPEN INNERHALB DER MIGRANT*INNEN-COMMUNITIES AUSGERICHTET!
Erfolge	Die aufgeführten Projekte und Programme wurden 2025 erfolgreich durchgeführt und werden auch weiterhin fortgesetzt. Allgemein ist zu erwähnen, dass die Erfolge und die Herausforderungen sich immer auf die gesamte Zielgruppe der Zugewanderten beziehen. Eine Erhebung speziell für die Gruppe der Zugewanderten aus Südosteuropa erfolgt nicht.
Herausforderungen	Der Bereich der Elternpartizipation ist derzeit mit einigen Hürden verbunden und muss in Zukunft weiterentwickelt und ausgebaut werden.
Daten und Fakten 2025	Aus dem Aktionsplan wurden in diesem Themenfeld über alle Aktionsräume verteilt insgesamt 31 Projekte gefördert.

5.3.7 **„Mittendrin in...“: Quartiersbezogene Bildungs- und Beteiligungsangebote für Kinder und Jugendliche**

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Strategische Sozialplanung/Aktionsplan Soziale Stadt, Schulen, freie Träger und lokale Partner
Umsetzung	Laufend und projektbezogen
Finanzierung	Kommunale Mittel (Projektmittel Aktionsplan Soziale Stadt)
Konzeptioneller Ansatz	Im Rahmen des Zielfeldes ‚Kinder und ihre Eltern stärken‘ des Aktionsplans Soziale Stadt Dortmund setzen unterschiedliche Träger quartiersbezogene Bildungs- und Beteiligungsangebote um. Akteure sind das Projektbüro Aktionsplan Soziale Stadt als koordinierende Stelle und die jeweiligen Aktionsraumbeauftragten in Kooperation mit Schulen, freien Trägern und weiteren lokalen Partnern. Der Ansatz zielt auf die Verknüpfung von Bildung, sozialer Teilhabe und Beteiligung im Quartier und richtet sich insbesondere an Kinder und Jugendliche aus zugewanderten Familien, die an unterschiedlichen Orten des täglichen Lebens erreicht werden. Im Fokus steht die Schaffung niedrigschwelliger Zugänge zu Bildungs- und Beteiligungsformaten, um bestehende Barrieren nachhaltig abzubauen. Durch die enge Zusammenarbeit mit Schulen und Einrichtungen vor Ort werden Angebote direkt im Lebensumfeld der jungen Menschen verankert und Zugänge nachhaltig gestärkt.
Erfolge	Zu den erzielten Erfolgen zählen insbesondere eine nachhaltige Stärkung der sozialen Teilhabe der erreichten Kinder und Jugendlichen sowie eine spürbare Verbesserung zentraler bildungsrelevanter Kompetenzen. Darüber hinaus leisten die Angebote einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Selbstwirksamkeit, Eigeninitiative und gesellschaftlichem Engagement. Die Maßnahmen tragen damit nicht nur zur individuellen Entwicklung bei, sondern unterstützen zugleich die Integration in bestehende Bildungs- und Sozialstrukturen im Quartier.
Herausforderungen	Gleichzeitig bestehen weiterhin Herausforderungen, insbesondere in der Ansprache und Erreichbarkeit besonders benachteiligter Zielgruppen. Auch die Sicherstellung verlässlicher und kontinuierlicher Angebotsstrukturen sowie die aktive Einbindung von Familien erfordern einen erhöhten konzeptionellen und personellen Aufwand.
Daten und Fakten 2025	▪ Im Jahr 2025 wurden insgesamt 24 quartiersbezogene Bildungs- und Beteiligungsangebote in 12 der 13 Aktionsräume und -quartiere des Aktionsplan Soziale Stadt mit einem konkreten Bezug zu 9 Schulen erfolgreich umgesetzt und weiterentwickelt. ▪ Die Angebote sind eng mit Schulen und weiteren lokalen Einrichtungen vernetzt. Sie sind im Sozialraum verankert. ▪ Die Nachfrage ist anhaltend hoch. Das unterstreicht sowohl den bestehenden Bedarf als auch die Relevanz des Ansatzes.

5.4 **HANDLUNGSFELD ERSTBERATUNG UND ERSTINTEGRATION**

Daten und Fakten aus den einzelnen Handlungsfeldern und die Einschätzungen von Expertinnen und Experten aus den Beratungsangeboten zeigen, dass ein erheblicher Teil der zugewanderten Familien in komplexe Notlagen und Ausbeutung gerät. Selbst wenn Integrationsschritte erfolgreich umgesetzt werden und individuelle Teilhabeerfolge erzielt werden, sind diese Verbesserungen oft fragil und nicht von Dauer. Fällt ein ‚Baustein‘ weg, kann die gesamte Familie in Schieflage geraten. Häufige Ursachen sind wiederkehrende Arbeitslosigkeit und der damit verbundene Einkommensverlust, was zu Rückschritten, Erfahrungen des persönlichen Scheiterns, Ängsten und

Sorgen führt – darunter auch die Sorge vor ausländerrechtlichen Konsequenzen. Grund können auch Abmeldungen von Amts wegen sein. Fachkräfte sehen sich daher bei der Arbeit mit aus der EU zugewanderten Menschen sehr komplexen Situationen gegenüber.

Teils extreme Armut und prekäre Wohn- und Lebensverhältnisse führen zu einer hohen Belastung der gesamten Familie, die sich durch zusätzliche erschwerende Lebenssituationen wie Schwangerschaft, Obdachlosigkeit oder gesundheitliche Beeinträchtigungen weiter verstärken kann. Besonders belastet sind Alleinerziehende.

Die beschriebenen Problemlagen erfordern ein frühzeitiges, koordiniertes und niedrigschwelliges Unterstützungsangebot. Bereits 2012 hat der Dortmunder Trägerverbund aus Stadt, Arbeitsverwaltung und freien Trägern deshalb ein Unterstützungsangebot für neuzugewanderte EU-Bürgerinnen und -Bürger aufgebaut und in der Folge kontinuierlich weiterentwickelt. Einen entscheidenden Impuls für diese Weiterentwicklung gab ein ESF-gefördertes Landesprogramm, das ab 2014 insbesondere Personen ohne Zugang zum SGB II umfassende Hilfen bot, darunter aufsuchende, muttersprachliche Beratung, soziale Begleitung und ein ganzheitliches Clearing der Lebenslagen. Damit konnte das Unterstützungsangebot erheblich ausgeweitet und fachlich weiterentwickelt werden. Mit dem Auslaufen der ESF-Förderung Ende 2020 brach dieses Angebot weitgehend weg; ein Großteil des im Trägerverbund über Jahre aufgebauten Fachwissens ging verloren. Kleinere Förderungen in den Folgejahren konnten nur in sehr begrenztem Umfang an das zuvor bestehende, umfassende Unterstützungsangebot anknüpfen.

Im Februar 2022 wurde das städtische Dienstleistungszentrum Migration Integration – MigraDo eingerichtet. Hier erhalten alle nach Dortmund zuwandernden Menschen erste Informationen und Orientierung, erledigen ihre Anmeldung und werden zu Fragen des Aufenthaltsrechts, zu Sprachkursen, Wohnen, Bildung und Leistungen beraten. Zudem durchlaufen sie ein Erstclearing ihrer Familiensituation. MigraDo bündelt als One-Stop-Agency zuvor fragmentierte Angebotsstrukturen, erleichtert Zugänge und ermöglicht eine frühzeitige Orientierung im Hilfesystem. Besonders die Lotsenfunktion und gezielte Weitervermittlung in Fachangebote stellen einen wesentlichen Fortschritt gegenüber den vorherigen, teilweise unverbundenen Unterstützungsangeboten dar.

Für aus der EU zugewanderte Menschen reicht dieses Angebot wegen der komplexen Herausforderungen einerseits und der fehlenden Angebote im Regelsystem auf der anderen Seite meist nicht aus. Hier ist die Weiterleitung in intensive Beratung, insbesondere die vernetzte Beratungsstruktur des Trägerverbundes ‚Willkommen Europa‘ unerlässlich.

5.4.1 Anmeldung und Willkommensberatung für EU-Bürgerin*innen im MigraDO – Dienstleistungszentrum Migration und Integration

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Dezernat 5, in Kooperation mit Bürgerdiensten, VHS, Sozialamt, Jobcenter, Agentur für Arbeit, MBE/JMD, Kommunalem Integrationsmanagement, Amt für Migration
Umsetzung	Dauerhaft seit 2022
Finanzierung	Städtische Mittel

Konzeptioneller Ansatz	Mit dem Dienstleistungszentrum Migration und Integration (MigraDo) hat die Stadt Dortmund eine zentrale Anlaufstelle für Neuzugewanderte Menschen geschaffen. Das Angebot findet sich zentral im Innenstadtbereich wieder, in Laufweite der Bürgerdienste und des Amtes für Migration. Seit Februar 2025 wird das MigraDo als One-Stop-Agency durch einen zweiten Standort in der Berswordt-Halle ergänzt. Ergänzend bietet der zweite Standort mit dem Self-Service-Center Neuzugezogenen Bürger*innen Unterstützung bei der selbstständigen Bearbeitung von Anliegen und Behördengängen sowie bei der Nutzung digitaler Verwaltungsangebote. Das MigraDo richtet sich grundsätzlich an alle Neuzugezogenen Menschen in Dortmund und wird auch von Zugewanderten aus Staaten Südosteuropas in Anspruch genommen. Ziel ist es, den Zugang zu kommunalen Dienstleistungen zu erleichtern und den Ankommensprozess durch frühzeitige Orientierung und Beratung zu strukturieren. MigraDo arbeitet als ressortübergreifende Struktur. Verschiedene Fachbereiche der Stadtverwaltung sowie Kooperationspartner bündeln ihre Angebote und ermöglichen damit eine niedrigschwellige Erstberatung zu zentralen Themen wie Aufenthalt, Arbeit und Qualifizierung, Schule und Bildung, Wohnen sowie sozialen Leistungen. Ausgehend von der melderechtlichen Erfassung (zentral) kann an dezentrale Beratungsstrukturen (öffentlich, verbandlich, ehrenamtlich) oder Case Management (bei komplexen Fällen) weitergeleitet werden. Themenschwerpunkte der Beratung sind der Erwerb deutscher Sprachkenntnisse, Arbeitsmarktintegration, Zugang zu (schulischer) Bildung und zum Gesundheitssystem. Die Beratung erfolgt mehrsprachig und wird bei Bedarf durch Videodolmetscher unterstützt. Durch die Bündelung unterschiedlicher Beratungs- und Informationsangebote an den beiden MigraDo-Standorten können Anliegen schneller geklärt und Zugänge zu Unterstützungsleistungen erleichtert werden. Die Verzahnung der Akteure und Angebote erfolgt in Teamsitzungen und Fallkonferenzen. Der Ablauf des ‚Ankommens‘ kann so gestaltet werden, dass Reibungsverluste für die Zielgruppe, für die mit ihr befassten Ämter, aber auch für die begleitenden Ehrenamtlichen – z.B. Patinnen und Paten – so gering wie möglich gehalten und von Anfang an Weichen für weitere notwendige Integrations-schritte gestellt werden. Das MigraDo wirkt maßgeblich an der Entwicklung und Umsetzung der Strategie gegen Zuwanderung zum Zwecke des strukturierten Leistungsmissbrauchs mit.
Erfolge	Erfolge sind ▪ die Erweiterung des MigraDo um einen zweiten Standort in der Berswordt-Halle mit Self-Service-Center im Februar 2025, ▪ unterschiedliche Internationale Austausche mit guten Erkenntnissen für die Arbeit in Dortmund ▪ die Implementierung eines akteursübergreifenden Dokumentationssystems in Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Integrationsmanagements und ▪ die Implementierung eines Videodolmetschers ▪ Etablierung einer zentralen kommunalen Erstberatungsstruktur für Neuzugewanderte ▪ Bündelung verschiedener Beratungsangebote an einem Standort ▪ Verbesserung der Orientierung im kommunalen Hilfesystem, ▪ Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und freien Trägern
Herausforderungen	▪ Teilweise komplexe Beratungsbedarfe neu zugewanderter Familien ▪ Hoher Koordinationsaufwand zwischen unterschiedlichen beteiligten Stellen – Ziel ist es, durch die Einrichtung einer One-Stop-Agency (OSA) die Schnittstellen zu vereinfachen, Prozesse zu bündeln und den Zugang für alle Beteiligten übersichtlicher und effizienter zu gestalten. Dafür müssen alle beteiligten Stellen „mitgenommen“ werden ▪ Für 2026 ist eine weitere Stärkung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit vorgesehen: Ab September 2026 erfolgt die Anmeldung von EU-Bürgerinnen beim Amt für

	Migration im MigraDo. Dadurch sollen bestehende Zugänge weiter gebündelt und der Ankommensprozess für EU-Bürger*innen erleichtert und fairer gestaltet werden. ▪ Anpassung der Ausrichtung des MigraDo an die Sozialstaatsreform ▪ Aufrechterhaltung der befristeten Angebote in der One-Stop-Agency
Daten und Fakten	▪ 2025 wurden insgesamt 9.652 Beratungen durchgeführt. ▪ Davon entfielen 1.715 Beratungen auf EU-Staatsangehörige.

5.4.2 EhAP-Plus-Projekt ,Hilfen zum Ankommen, Leben und Teilhaben – HALT‘

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	Diakonisches Werk Dortmund und Lünen gGmbH – Soziale Dienste (Federführung) in Kooperation mit dem Caritasverband Dortmund e.V., Planerladen gGmbH, GrünBau gGmbH
Umsetzung	Seit 01.01.2016 („ACASA“); aktueller Durchführungszeitraum 01.10.2022 bis 30.06.2028
Finanzierung	Bundesmittel BMAS, EU-Fördermittel, Kommunalmittel
Konzeptioneller Ansatz	Ziel des EhAP Plus-Programms ‚Eingliederung hilft gegen Ausgrenzung der am stärksten benachteiligten Personen‘ sind das ‚Aufschließen‘ und die Stabilisierung von besonders benachteiligten, neu zugewanderten und noch nicht erwerbstätigen Unionsbürgerinnen und -bürgern und deren Kindern unter 18 Jahren sowie von Wohnungslosen oder von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen und deren Kindern unter 18 Jahren. Dieses Ziel wird durch Ansprache und Beratung und durch die Begleitung zu lokal oder regional vorhandenen Hilfsangeboten erreicht. Das EhAP-Angebot in Dortmund begann 2016 mit ACASA, wurde laufend fortentwickelt und läuft seit 2022 unter dem Projektnamen ‚HALT‘. In der jetzigen Förderphase gehören in kleineren Umfang auch Wohnungslose aus Drittstaaten zur Zielgruppe. Das Angebot ist sozialraumübergreifend ausgerichtet. Es erhebt die Bedarfe und begleitet die Teilnehmenden aktiv zu allen relevanten Behörden, Institutionen, Angeboten und Projekten, die für die Erstintegration notwendig sind. 2025 wurde muttersprachliche Begleitung in den Sprachen Bulgarisch, Englisch, Französisch, Rumänisch, Ungarisch, Italienisch, Spanisch, Türkisch und Polnisch angeboten. Durch die konzeptionelle Erweiterung der Zielgruppe und den neuen Fokus der verdeckten Wohnungslosigkeit wird an den von der Stadt Dortmund formulierten Bedarf angeknüpft, das Dunkelfeld im Bereich verdeckter Wohnungslosigkeit für oben genannten Zielgruppen zu erhellen und Zugänge zu vorhandenen Hilfe- und Beratungsangeboten zu öffnen. Außergewöhnlich vulnerable Personen (Frauen, Kinder, psychisch Erkrankte) werden besonders in den Blick genommen.
Erfolge	Es konnten gute Erfolge in der operativen Arbeit erzielt werden (vgl. Daten und Fakten 2025). Bei MigraDo, Bahnhofsmision, Gast-Haus und Raum vor Ort konnte jeweils eine feste Präsenz der Mitarbeitenden realisiert werden. Zu den Erfolgen in der Netzwerkarbeit zählt die Vernetzung mit Fachstellen für Antidiskriminierungstatbestände und mit dem Modellvorhaben der Agentur für Arbeit, des Jobcenters und der Stadt Dortmund zur Arbeitsmarktintegration von EU-Staatsangehörigen. Die Verlängerung des Projekts wurde bis zum 30.06.2028 bewilligt.
Herausforderungen	Der Ansatz ist auf aufnehmende Angebote und Projekte angewiesen. Fehlen dort Kapazitäten oder sind entsprechende mehrsprachige Strukturen nicht vorhanden, können Überleitungen nicht oder nicht zeitnah erfolgen.
Daten und Fakten 2025	▪ 2025 hat das Team 541 Personen (493 aus EU-, 48 aus Drittstaaten) erreicht und in Angebote begleitet, 155 Personen davon im Alter von 18- 29 Jahren. ▪ 70 % der Teilnehmenden waren bei Projektaufnahme verdeckt wohnungslos oder von Ausgrenzung auf dem Wohnungsmarkt bedroht.

▪ **Projektteilnehmende nach Herkunft:**

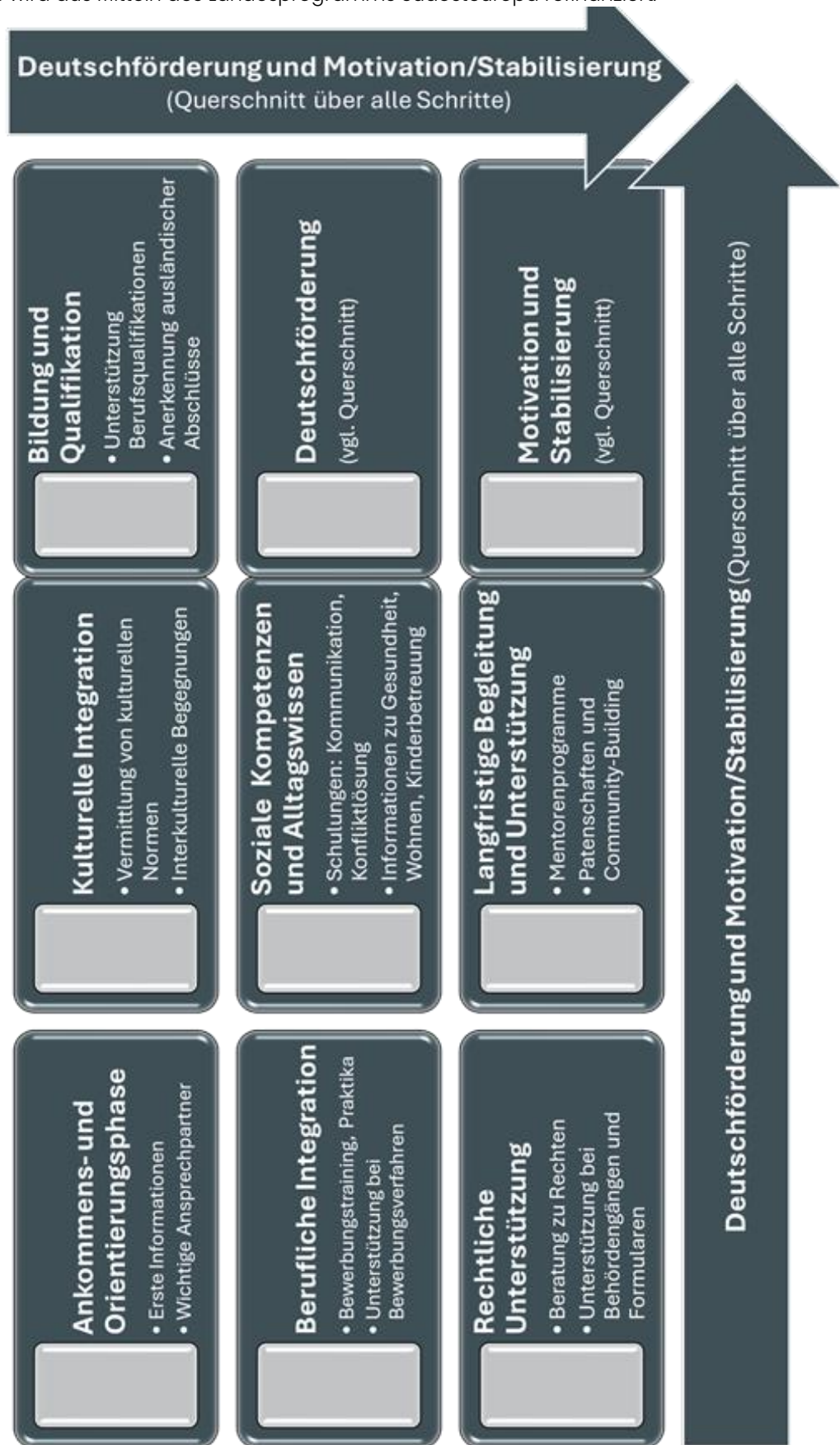
Staatsangehörigkeit	Zahl der TN	In % an allen TN
Bulgarien	180	33,3
Rumänien	115	21,2
Polen	72	13,3
Spanien	44	8,1

Erläuterung: Alle anderen Zuwanderungsgruppen machen jeweils 5 % und weniger aus.

5.4.3 **Aufsuchende Arbeit, Lebenslagenclaring und Unterstützung bei komplexen Problemlagen: Infopoint und Backoffice der Anlaufstruktur ‚Willkommen Europa‘**

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	Dezentraler Kernverbund aus Caritasverband Dortmund e.V., Diakonisches Werk Dortmund und Lünen, dobeq GmbH, GrünBau gGmbH in Kooperation mit weiteren Akteuren
Umsetzung	seit 2014
Finanzierung	Mischfinanzierung aus städtischen, Träger- Landes-, Bundes- und EU-Mitteln
Konzeptioneller Ansatz	Ziel der Anlaufstruktur ist es, die nachhaltige und aktivierende gesellschaftliche Integration von EU-Staatsangehörigen zu fördern. Hintergrund ist, dass ein erheblicher Teil der zugewanderten Familien mit komplexen Notlagen und teilweise auch Ausbeutung konfrontiert ist. Ihre individuelle Lebenslage soll daher differenziert geklärt und der Zugang zu passgenauen Unterstützungsangeboten verbessert werden. Gleichzeitig werden bestehende Unterstützungsstrukturen systematisch weiterentwickelt, miteinander verzahnt und in ihrer Wirksamkeit gestärkt. So soll auch die kommunale Steuerungsfähigkeit erhöht und fragmentierte Ansätze zu einem kohärenten Gesamtsystem weiterentwickelt werden. Im Mittelpunkt stehen dabei ▪ präventive, bedarfsgerechte, niedrigschwellig erreichbare Ansätze des Trägerverbundes zur ○ Verbesserung von Zugängen der Menschen zu Regelsystemen, ○ Stabilisierung von Lebenslagen und Aktivierung der Menschen, ○ Förderung nachhaltiger Qualifizierung, Bildungs- und Arbeitsmarktintegration und ○ Stärkung von Teilhabe, Empowerment und sozialem Zusammenhalt sowie ▪ der optimierte Wissenstransfer als Grundlage effizient ausgerichteter Angebote durch ○ stärkere Vernetzung der Akteure und ihrer Angebote, ○ besseren Transfer der in den Fachgruppen gewonnenen Erkenntnisse und deren Analyse – übergreifend durch die Akteure der Gesamtstrategie. Die Umsetzung erfolgt in den bestehenden Anlaufpunkten der Anlaufstruktur ‚Willkommen Europa‘, die in den Sozialräumen der Dortmunder Nordstadt – Nordmarkt, Borsigplatz, Hafen – liegen. Sie knüpft unmittelbar an vorhandene sozialräumliche Netzwerke und Zugänge zur Zielgruppe an. Seit Juni 2014 bietet der Trägerverbund ‚Willkommen Europa‘ umfassende Beratungsangebote für Unionsbürgerinnen und -bürger. Im Rahmen des seit 2016 fortentwickelten ‚9-Schritte-Verfahrens zur Erwerbsintegration‘ bietet er muttersprachliche Beratung, Hilfe und Begleitung in den Bereichen Arbeitsmarktintegration, soziale Integration oder in familiären Fragen an. Mittlerweile hat sich das Angebot von einer zentralen Anlaufstelle zu einem zentralen Frontoffice mit dezentralen Backoffice-Strukturen für (neu) aus der EU zugewanderte

Menschen entwickelt. Dabei werden auch sozialraumübergreifend Orte und Institutionen aufgesucht, an denen sich Unionsbürgerinnen und -bürger aufhalten. Ein Teil des Angebotes wird aus Mitteln des Landesprogramms Südosteuropa refinanziert.



Erfolge	Der Trägerverbund gehört zu den Mitinitiatoren der ‚Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung‘ und ist in die Fachgruppen der Strategie aktiv eingebunden. Er bringt regelmäßig Fachwissen aus der Praxis, z.B. in den Themenfeldern Kinder und Jugendliche, Erwerbsintegration, Erstintegration, transnationale Zusammenarbeit, schulische und außerschulische Bildung, Bekämpfung von Ausbeutungsstrukturen ein. Werden Lücken in der Angebotsstruktur erkannt, ist es das Bestreben aller Beteiligten, diese zu schließen. ‚Willkommen Europa‘ teilt erfolgreiche Ansätze mit der breiten (Fach-)Öffentlichkeit und verbessert durch seine Arbeit die Teilhabechancen von neuzugewanderten Unionsbürger*innen im Alltag. In der Gewissheit, dass es für komplexe Probleme keine einfachen Lösungen gibt und es nur mit einem gemeinschaftlichen Miteinander gelingen kann, Teilhabe für Neuzugewanderte langfristig zu ermöglichen, ist eine organisationenübergreifende Hilfestruktur entstanden. Alle Träger bringen erfahrene und engagierte Kräfte ein, die gemeinsam an Lösungen für Strukturdefizite arbeiten, um besonders benachteiligten Menschen Partizipation am Stadtleben zu ermöglichen und sie bei ihren aktiven Integrationsschritten zu begleiten und zu unterstützen.
Herausforderungen	Regelungsdefizite und gesetzliche Rahmenbedingungen schränken die Aktivierungsmöglichkeiten für EU-Staatsangehörige und ihre Kinder ein. Teils haben die Menschen keinen Zugang zu Arbeits-/Wohnungsmarkt oder zum Gesundheitssystem, erhalten keine staatliche Hilfe und können ihre Existenz nicht mehr sichern. Damit sie nicht in ausbeuterische Strukturen geraten, sind verlässliche präventive muttersprachliche Angebote sinnvoll. Immer wieder wegbrechende Landesförderungen verhindern die Umsetzung nachhaltiger Ansätze, die aus Kommunalen Mitteln nicht zu finanzieren sind.
Daten und Fakten 2025	- Die Gesamtzahl der Kontakte von Ratsuchenden in der Anlaufstelle ‚Willkommen Europa!‘ am Standort Braunschweiger Straße lag im Jahr 2015 bei rund 4.000. - Hinzu kommen die anderen Standorte des Trägerverbundes Willkommen Europa. Auch hier lag die Zahl der Beratungskontakte zusammen bei etwa 4.000.

5.4.4 ‚Kommunales Integrationsmanagement‘ (KIM) – MIA-DO-KI und Strategische Sozialplanung

Art	Landesprogramm
Umsetzende Akteure	MIA-DO-KI und Strategische Sozialplanung (Federführung) in Kooperation mit: Sozialamt, Ausländerbehörde, Träger der freien Wohlfahrtspflege (Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Diakonie, GrünBau gGmbH, Planerladen, Stadtteilschule)
Umsetzung	Seit 2020
Finanzierung	Landesmittel und städtische Mittel
Konzeptioneller Ansatz	Aufgrund des Erfolges des Modellprojektes ‚Einwanderung gestalten NRW‘ hat das Land Nordrhein-Westfalen unter dem Titel ‚Kommunales Integrationsmanagement‘ (KIM) eine landesweite Ausweitung ab 2020 beschlossen. Die zentralen Ziele der nordrhein-westfälischen Integrationsstrategie bestehen darin, die Teilhabechancen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte – und insbesondere von neuzugewanderten Menschen – weiter zu verbessern, die staatlichen Institutionen und Strukturen zu öffnen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. ⁶ Das Integrationsmanagement verfolgt die Zielsetzung, kommunale Integrationsprozesse zu optimieren und Menschen

⁶ Zur strategischen Ausrichtung und zur organisatorischen Anbindung in Dortmund wird auf die städtische Berichterstattung 2021 und 2022 verwiesen. Weitere Informationen finden sich im Onlineportal des Landes NRW – Kommunales Integrationsmanagement NRW | Chancen NRW (mkjgfi.nrw) -

	mit Einwanderungsgeschichte bei Bedarf ganzheitlich zu unterstützen. Dafür sollen die Teilhabechancen von Menschen mit Einwanderungsgeschichte verbessert, staatliche Institutionen und Strukturen geöffnet und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden. Im Mittelpunkt stehen insbesondere Anpassungen, Ausbau und Vernetzung vorhandener Strukturen sowie zielgruppenspezifischere Ansprachen und Angebote. Das Programm wird in Dortmund vom Kommunalen Integrationszentrum MIA-DO-KI und dem Dezernat für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Sport geleitet. Es besteht aus drei Bausteinen: ▪ Baustein 1: Strategische Steuerung und Koordination ▪ Baustein 2: Beratungs- und Unterstützungsangebote (Case Management) ▪ Baustein 3: Zusätzliches Personal bei den Ausländer- und Einbürgerungsbehörden zur rechtlichen Verstetigung der Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte mit besonderen Integrationsleistungen. Das Case Management berät und unterstützt Menschen mit komplexen Problemlagen unabhängig von Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit oder Aufenthaltsstatus individuell. Es wird gemeinsam von der Stadt Dortmund und den Trägern der freien Wohlfahrtspflege (AWO, Caritas, Diakonie, der GrünBau gGmbH, Planerladen und Stadtteilschule) umgesetzt. In Zusammenarbeit mit den beteiligten Ämtern, Organisationen und Akteuren der Zivilgesellschaft werden Öffnungs- und Veränderungsprozesse angestoßen, um Barrieren abzubauen und bestehende Strukturen zu optimieren.
Erfolge	Das Jahr 2025 war für das Kommunale Integrationsmanagement Dortmund geprägt durch die Reflexion und Rekonstruktion von systemrelevanten Fällen, der Weiterentwicklung der städtischen Integrationsstrukturen sowie der fortlaufenden Vernetzung mit lokalen Akteur*innen und Strukturen. <i>Fallrekonstruktionen und Projektarbeitsgruppen</i> Hinsichtlich der Analyse von Fällen im Rahmen von Fallrekonstruktionen und deren weitergehenden Bearbeitung wurden in Projektarbeitsgruppen folgende Themen behandelt: 1. Zusammenarbeit mit der Unterhaltsvorschusskasse und angrenzenden Themenkomplexen 2. Anmeldeverfahren/Wohnungslosigkeit in Dortmund 3. Schulabsentismus und Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfediensten 4. Zugangswege zum Jobcenter Dortmund – ‚Kommunikation‘ und ‚Erreichbarkeit‘ <i>Vernetzung</i> Durch die Vernetzung des Case Managements mit der Wohngeldstelle erfolgte eine intensive Auseinandersetzung mit dem Thema ‚Wohnen‘. Ergebnis sind die intensivere und verbesserte Zusammenarbeit und verbesserte Bearbeitungszeiten. Gleichzeitig war das KIM Case Management auch im Jahr 2025 aktiv an der Fachgruppe ‚Wohnen und Zusammenleben im Quartier‘ der Gesamtstrategie Neuzuwanderung beteiligt. Im Bereich der gesundheitlichen Versorgung wurden Kontakte zum Kinder- und Jugendgesundheitsdienst (Familienhebammen) sowie dem Gesundheitskiosk hergestellt. Im Rahmen der KIM-Prozesse wurden zudem sehr lange Wartezeiten für eine Autismus-Diagnostik als Problematik identifiziert. 2026 wird es darum gehen, hier zu verbesserten Lösungsansätzen zu kommen. Im Bereich ‚Partizipation‘ konnte die Vernetzung und Kooperation mit dem VMDO e.V. – einem Dachverband für mehr als 60 Migranteninnenvereinen – und der Fachstelle ‚Bildung und Teilhabe‘ des Sozialamts Dortmund erreicht werden. Auch in diesem Themenfeld nimmt das KIM an der Fachgruppe der Gesamtstrategie Neuzuwanderung teil. <i>Weiterentwicklung städtischer Integrationsstrukturen</i> Das Thema ‚Wohnen‘ war 2025 nicht nur Arbeitsschwerpunkt des Case Managements, sondern auch der strategischen Steuerung. Im Rahmen des Eurocities Projekts CONSOLIDATE hat die Koordination an einem europäischen Städteaustausch mit den Städten Göteborg und Wien teilgenommen, um die unterschiedlichen Ansätze hinsichtlich der

	Unterbringung und Versorgung geflüchteter Menschen mit Wohnraum zu vergleichen und kritisch zu reflektieren. Die Erkenntnisse waren Grundlage einer Maßnahmenentwicklung durch die Fachgruppe ‚Wohnen und Zusammenleben im Quartier‘ der Gesamtstrategie Neuzuwanderung, die 2026 umgesetzt werden sollen.										
Herausforderungen	Herausfordernd stellt sich insbesondere die Einbindung und Zusammenarbeit mit Akteur*innen der Schullandschaft dar.										
Daten und Fakten 2025	- Im Case Managements wurden 2025 insgesamt folgende Beratungen durchgeführt: <table border="1"> <tr> <td>Anzahl CM-Beratungen</td><td>9.245</td></tr> <tr> <td>Beratung pro Monat im Casemanagement im Durchschnitt</td><td>404</td></tr> <tr> <td>Anzahl Kurz- und Verweisberatungen</td><td>2.085</td></tr> <tr> <td>Anzahl Beratungen zu §104c</td><td>278</td></tr> <tr> <td>Vermittlung in Arbeit und Ausbildung</td><td>105</td></tr> </table> - Rund 5 % der Ratsuchenden waren EU-Bürger*innen.	Anzahl CM-Beratungen	9.245	Beratung pro Monat im Casemanagement im Durchschnitt	404	Anzahl Kurz- und Verweisberatungen	2.085	Anzahl Beratungen zu §104c	278	Vermittlung in Arbeit und Ausbildung	105
Anzahl CM-Beratungen	9.245										
Beratung pro Monat im Casemanagement im Durchschnitt	404										
Anzahl Kurz- und Verweisberatungen	2.085										
Anzahl Beratungen zu §104c	278										
Vermittlung in Arbeit und Ausbildung	105										

5.4.5 Städtisches Integrationsnetzwerk ‚lokal willkommen‘

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Sozialamt, in Kooperation mit Caritas, AWO UB Dortmund, DRK e.V., Diakonie, Projekt Ankommen e.V. und VMDO e.V.
Umsetzung	Dauerhaft seit 2016
Finanzierung	Städtische Mittel, ergänzende Bundes- AMIF-Mittel (Erweiterung aller Standorte)
Konzeptioneller Ansatz	Zentrale Bestandteile des konzeptionellen Ansatzes sind - Beratung in 7 etablierten „lokal willkommen“-Büros und weiteren temporären Dependancen - Netzwerkarbeit in den jeweiligen Dortmunder Stadtbezirken/Quartieren - Mitwirkung an bezirksübergreifenden Netzwerken. Mit dem Angebot von ‚lokal willkommen‘ sollen die folgenden Ziele erreicht werden: - Beseitigung von Integrationshindernissen durch eine dezentrale und ganzheitliche Unterstützung von ‚Geflüchteten in eigener Wohnung‘, einschließlich der passgenauen Vermittlung an stadtweite Netzwerkpartner*innen (aus der EU zugewanderte Menschen gehören nicht zur Zielgruppe), - Ausbau und Pflege von lokalen Netzwerken, - Öffnung und Sensibilisierung der Aufnahmegesellschaft für Geflüchtete und ihre Bedarfe, - Initiierung von div. integrationsfördernden Angeboten/Veranstaltungen. Die ‚lokal willkommen‘-Standorte sind daher nicht nur Anlaufstellen für Flüchtlinge, sondern gleichermaßen Kontaktpunkt für die Nachbarschaft, für Vermietende und andere Akteure vor Ort.
Erfolge	Als besonderes Beispiel kommunaler Europa-Arbeit wurde ‚lokal willkommen‘ 2017 von der Staatskanzlei NRW als ‚Europaaktive Kommune in Nordrhein-Westfalen‘ ausgezeichnet. 2018 folgte eine Auszeichnung im Bundeswettbewerb ‚Zusammenleben Hand in Hand – Kommunen gestalten‘.
Herausforderungen	Die Auswertungen der letzten Jahre und die deutlich gewachsene Zahl an Beratungskontakten macht den hohen Beratungsbedarf deutlich, sowohl der neu zugezogenen Menschen mit Fluchthintergrund als auch derjenigen, die schon einige Jahre in Dortmund leben. Die Erfahrungen zeigen, dass es multiple Integrationshindernisse gibt, die einer wirksamen Integration im Wege stehen. Dazu gehören unter anderem mangelnde Deutschkurse mit Kinderbetreuung, Berührungssängste gegenüber behördlichen Strukturen, erschwerte Zugänge zu den Behörden/Ämtern seit Corona-Epidemie und durch die

	wachsende Digitalisierung sowie mangelnde Kontaktmöglichkeiten mit den Einheimischen. Im Rahmen eines 3-jährigen Projektes, gefördert durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds – AMIF (90% Finanzierung), konnte das Angebot von ‚lokal willkommen‘ seit dem 01.06.2024 erweitert werden. Ziel war die Weiterentwicklung und Ausweitung der bereits aufgebauten Beratungs- und Hilfsstruktur für Drittstaatsangehörige in Dortmund durch eine stärkere Dezentralisierung von ‚lokal willkommen‘ in Richtung eines quartiersbezogenen Beratungsangebotes und kleinräumigerer Netzwerkarbeit.
Daten und Fakten 2025	▪ Von Oktober 2016 bis Dezember 2025 wurden über 6.500 Haushalte mit über 20.000 Personen informiert und beraten. Es entstanden über 110.000 Kontakte zu den Haushalten mit über 180.000 Beratungsanlässen in den ‚lokal willkommen‘-Standorten bis Ende 2025. ▪ Der weit überwiegende Teil der Ratsuchenden stammt aus Nicht-EU-Staat, insb. aus Syrien. Es wurden aber auch Menschen aus Spanien, Rumänien, Bulgarien sowie aus Staaten der Westbalkanerweiterung beraten (u.a. aus Serbien, Nordmazedonien und Kosovo) ▪ Mehr als 350 Angebote/Veranstaltungen wurden konzipiert, organisiert und durchgeführt.

5.4.6 **‚Clearing für gestrandete Unionsbürgerinnen und -bürger‘ in der ‚Anlaufstelle Willkommen Europa!‘**

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	Diakonisches Werk Dortmund und Lünen gGmbH-Soziale Dienste, Caritasverband Dortmund e.V.
Umsetzung	Seit 01.05.2022
Finanzierung	Städtische Finanzierung einer Personalstelle (0,5 Diakonie; 0,5 Caritas); ab 2026 Ausbau auf zwei Personalstellen (1,0 Diakonie; 1,0 Caritas)
Konzeptioneller Ansatz	Im Rahmen der Anlaufstruktur ‚Willkommen Europa!‘ besteht seit Mai 2022 das herkunftssprachliche Clearing für ‚gestrandete‘ Unionsbürger*innen. Unter dem Begriff ‚gestrandete‘ Personen werden Menschen verstanden, die sich erst seit kurzem in Dortmund befinden und zum Zeitpunkt der Projektaufnahme kein Deutsch sprechen, keine Leistungsansprüche abrufen können, keine Finanzmittel mehr haben, um sich selbst zu helfen, keine privaten Unterstützungsnetzwerke aktivieren können und/oder ggf. weder einen Ausweis noch notwendige Unterlagen und Kommunikationsmittel bei sich haben. Sie können aus eigenen Kräften nicht mehr mit Hilfesystemen kommunizieren, in das Herkunftsland ausreisen oder dort Hilfe ersuchen, ggf. Ansprüche gelten machen und/oder für sich ausreichend Lebensmittel und eine sichere Unterkunft organisieren. Gestrandete sind von obdachlosen/wohnungslosen Personen zu differenzieren, die sich schon seit vielen Jahren in Dortmund aufhalten. Hier greifen andere Hilfestrukturen, Zeiträume und Beratungsformate. Das Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, für die Zielgruppe der Gestrandeten eine professionelle Beratung anzubieten, auf Netzwerkebene Lücken aufzuzeigen und Handlungsabläufe zu erarbeiten. Es wird von der Stadt Dortmund, vertreten durch das Sozialamt, finanziert. Das trägerübergreifende Team spricht Spanisch, Türkisch und Englisch. Durch Synergiebildung mit dem Projekt H.A.L.T. (Hilfen zum Arbeiten, Leben und Teilhaben, vgl. 5.4.2), das sich an verdeckt wohnungslose aus der EU neu zugewanderte Menschen und ihre Familien richtet, können noch weitere wesentliche Sprachen vorgehalten werden (Bulgarisch, Polnisch, Rumänisch, Italienisch).
Erfolge	In Fällen von Versorgungslücken in der Rückkehrbegleitung und im Falle von Menschenhandel wurden erste Abläufe zwischen den Akteuren vereinbart. Die Versorgungslücken bei der

	Beschaffung von Passpapieren bei Rückkehrwilligen und deren Auszahlung eines Tagegel-des bis zum Tag der Rückkehr wurde geschlossen. Ein träger- und institutionsübergreifender Ablauf bei der Identifizierung und Versorgung für Opfer von Menschenhandel wurde mit kommunalen Akteuren und Kooperationsprojekten auf Landesebene erarbeitet. Dadurch gehört Dortmund zu den wenigen Kommunen in Deutschland, die für von Menschenhandel betroffene EU-Bürger*innen empfohlene Maßnahmen in die Praxis umsetzen.
Herausforde-rungen	Trotz dieser ersten positiven Entwicklungen bestehen weiterhin Herausforderungen in Bezug auf Versorgungslücken (z.B. Fahrtkosten, Gesundheit, Zuständigkeiten, Bearbeitungszeiten) und das für eine Klärung benötigte Zeitfenster. Das Tempo wird momentan durch die Er-reichbarkeit von Behörden, Institutionen und Botschaften wesentlich mitbestimmt.
Daten und Fakten 2025	▪ 2025 wurden insgesamt 61 Personen (11 weiblich, 50 männlich) in das Projekt aufgenom-men. Wie in den Vorjahren kam auch 2025 mit insgesamt 52 der Großteil der beratenen Menschen aus Rumänien, Polen und Bulgarien. ▪ Von den insgesamt 61 ins Projekt aufgenommenen Klient*innen wurden 55 zu Rückkehr-möglichkeiten beraten, 50 wurden bei der Rückkehr begleitet. ▪ Mit der Kooperation zur Stiftung ‚Dom Ojca‘ konnte ein wichtiger Baustein für eine nach-haltige Reintegration im Herkunftsland geschaffen werden. ▪ Im Jahr 2026 sollen weitere Kooperationspartner*innen in anderen Zuwanderungsländern gewonnen werden, um möglichst allen Rückkehrenden eine gute Wiedereingliederung im Herkunftsland und nachhaltige Perspektiven bieten zu können.

5.4.7 **‚Raum zum Austausch – Kleidung und mehr‘ (ehemalige Kleiderkammer)**

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Koordinierungsstelle Frühe Hilfen und Kita Leopoldstraße
Umsetzung	Kontinuierliche Umsetzung seit 2023
Finanzierung	Städtische Mittel (FABIDO) und Bundesstiftung Frühe Hilfen
Konzeptionel-ler Ansatz	Das Angebot ‚Raum zum Austausch- Kleidung und mehr‘ findet seit Oktober 2023 konti-nuierlich in Kooperation mit der FABIDO Kita Leopoldstraße 60 statt. (Werdende) Familien und Fachkräfte, die Familien betreuen, können vor Ort kostenfreie Baby- und Kindeklei-dung, Schuhe und Spielzeug für Kinder erhalten. Das Angebot im ‚Raum zum Austausch‘ richtet sich hauptsächlich an Eltern und deren Kinder, die in psychosozialen und benach-teiligten Lebenslagen leben. Gerade (werdende) Familien mit Zuwanderungsgeschichte kommen gezielt hierher. Auf Wunsch erhalten die Eltern parallel zum Ausgabetermin ein Beratungsangebot über Angebote der Frühen Hilfen und weiterführende Leistungserbrin-ger. Zusätzlich finden Beratungen für (werdende) Familien und Fachkräfte außerhalb der Öffnungszeiten des ‚Raum zum Austausch‘ statt. Diese, durch die Fachkräfte der Frühen Hilfen aus dem Jugendamt angebotene Beratungen, umfassen schwerpunktmäßig die Bereiche Schwangerschaftsberatung, Hebammenhilfe, Unterstützung durch Gesund-heitsfachkräfte, Asylverfahren, Wege zu den Geburtsurkunden von Neugeborenen, Vater-schaftsanerkennung und Unterhaltsvorschuss. Ziel des Angebots ist es primär, Eltern und Kinder im Rahmen von Armutsbekämpfung und Chancengerechtigkeit, mit Kleidung zu unterstützen. Weiterführende Ziele sind die Überleitung der Familien zu Angeboten und Maßnahmen der Frühen Hilfen (Lotsenfunktion). Das Angebot ‚Raum zum Austausch‘ wird stadtweit von Eltern in herausfordernden Lebenssituationen wahrgenommen, insbeson-dere von Eltern aus dem Dortmunder Norden. Besonders Familien, die der Gruppe der

	Zuwanderten aus Südosteuropa angehören, nutzen das Angebot regelmäßig, da es niederschwellig und ohne Bürokratie erreichbar ist.
Erfolge	Gerade die Ausgabe der zusätzlich vorhandenen Schultornister wird gut angenommen. Fachkräfte aus Dortmund wissen um das Angebot; sie bauen die Brücken zwischen Eltern und dem ‚Raum zum Austausch‘. Die dazu durchgeführten Beratungen für Familien und Fachkräfte verbessern die Zugänge in Angebote und Maßnahmen der Frühen Hilfen, auch im Sinne einer Türöffner-Funktion. Über den Jugendhilfe-Träger ‚Train of Hope‘ Dortmund sind ehrenamtliche Helferinnen eingesetzt. Sie leiten bei weiterführenden Fragen an das Team der Frühen Hilfen im Jugendamt weiter. Der ‚Raum zum Austausch‘ hat durch sein Alleinstellungsmerkmal in Dortmund einen hohen Stellenwert und zentraler Baustein in der Angebotslandschaft der Frühen Hilfen.
Herausforderungen	Gerade, wenn ein hoher Bedarf von (werdenden) Familien an Kleidung für deren Kinder besteht, ist ein wöchentlicher Öffnungstag oftmals nicht ausreichend. Daher kommt es in akuten Situationen vor, dass die Fachkräfte der Frühen Hilfen im Jugendamt zusätzlich durch sie begleitete Termine kurzfristig durchführen. Da das Angebot von Spenden (Familien und Fachkräfte) lebt und die Aufarbeitung der Spenden zeitintensiv ist, ist die Herausgabe von Kleidung auch manchmal begrenzt. Dies wird durch gezielte Spendenaufrufe kompensiert.
Daten und Fakten 2025	▪ Jährlich werden rd. 330 Familien versorgt. ▪ Wöchentlich finden 6 Ausgabetermine statt. Bei akuten Bedarfen werden spezielle Sonderausgabetermine durch das Team der Frühen Hilfen vergeben, sodass das Angebot jährlich ca. 50 Familien zusätzlich erreicht. ▪ Durch das dauerhaft stattfindende Angebot ist es gelungen, jährlich ca. 350 Familien mit Kleidung, Schuhen und Spielzeug zu unterstützen. ▪ Jährlich stehen auch ca. 50 Schultornister zur unkomplizierten Ausgabe bereit. Diese werden dem Jugendamt gespendet.

5.4.8 Herkunftssprachliche Familienbegleitung

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Diakonie -Soziale Dienste gGmbH, Caritasverband Dortmund, GrünBau gGmbH
Umsetzung	Dauerhaft
Finanzierung	Städtische Mittel
Konzeptioneller Ansatz	Das Angebot bietet die herkunftssprachliche Beratung von rumänischen und bulgarischen Familien mit dem Ziel, Kindeswohlgefährdung zu verhindern. Dazu ist der Einsatz der bulgarischen Familienbegleitung stadtweit gesichert, rumänische Familienbegleitung findet nur in Innenstadt-Nord statt. Belange der Eltern und Kinder werden systemisch bearbeitet (lebensphasenübergreifend). Zudem werden Bildungsangebote für Eltern und Kinder gemacht, Aufklärungsarbeit und ein gemeinsames Mobilitätstraining geleistet. Themen zur Existenzsicherung und finanzielle Notlagen dominieren in beiden Zielgruppen. Die Absicherung der Gesundheitsversorgung ist im Arbeitskontext der Familienbegleitung in rumänischen Familien weniger abgesichert als bei bulgarischen Familien. Für rumänische Familie ist die Sicherung ihres Wohnraums ein weiteres zentrales Thema, was sie von den bulgarischen Familien deutlich unterscheidet. Die Ursache dafür ist, dass viele der kinderreichen Familien nur in sogenannten ‚Problemhäusern‘ eine Wohnung finden. Unklare Mietverhältnisse, unklare Verordnungsverhältnisse mit Strom und Gas sowie undurchsichtige und teilweise

	bedrohliche Verwalterverhältnisse, verhindern ein stabiles, transparentes Mietverhältnis. Die Familienbegleitung hat daher 2025 aktiv an den Hilfeketten mitgearbeitet.																												
Erfolge	Das Angebot wurde 2025 gut angenommen (vgl. Zahlen unter ‚Daten und Fakten‘). Daneben wird auch für andere Angebote im Sozialraum geworben. Dazu gehören weitere Beratungen, aber auch Angebote im Bereich Sport und Freizeit. Kosten für solche Aktivitäten werden aus dem Stabilisierungsfond des Landes finanziert. An Familien in besonderen Notlagen wurden Gutscheine weitergegeben (Nahrungsmittel). Dies war vor allem für Familien von großer Bedeutung, die keine Sozialleistungsansprüche realisieren konnten oder während der Bearbeitungszeiten der Antragstellung unversorgt waren.																												
Herausforderungen	Projekte und Regelangebote, die in Rumänisch und Bulgarisch beraten, sind aus unterschiedlichen Gründen nicht mehr in dem Maße verfügbar, wie in den Vorjahren. Resultat ist, dass viele Familien immer wieder bei der Familienbegleitung vorsprechen. Die Hilferessource Begleitung in Arbeit ist ein knappes Gut geworden und wird auch im Kontext der Existenzsicherung von Familien angefragt. Familien aus Rumänien und Bulgarien konkurrieren in den vorhandenen Angeboten mit anderen Unionsbürger*innen, um die wenigen freien Plätze in den aktiven Projekten. Eine Verbesserung der Situation ist vorerst nicht zu erwarten. Die Ressourcen der Familienbegleitung reichen nicht aus, um die Begleitung in Arbeit für alle Teilnehmenden realisieren zu können. Der Einsatz von Nothilfen aus Spendenmitteln gewinnt immer mehr Bedeutung. Spenden für existenzielle Hilfen für diese Zielgruppe einzusetzen, entspricht allerdings nicht immer den Vorstellungen der Spendenden.																												
Daten und Fakten 2025	▪ Die herkunftssprachliche Familienbegleitung hatte 2025 mit 3,64 VZ-Stellen operativer Arbeit 1.584 Beratungskontakte. ▪ Insgesamt wurden 117 Familien mit 345 Kindern begleitet. 74 Familien haben selbstständig um Unterstützung gebeten, 44 Familien wurden vom Jugendhilfedienst an die Beratung verwiesen. ▪ Außerdem wurden 103 Hausbesuche auf Initiative der Mitarbeitenden des Jugendhilfedienstes durchgeführt. Die hohe Zahl an Hausbesuchen zeigt die Notwendigkeit intensiver, aufsuchender Unterstützung. ▪ Bei bulgarischen Familien standen 2025 erneut Existenzsicherung, Schuldenregulierung und finanzielle Leistungen im Fokus. Rumänische Familien waren besonders häufig von unsicheren Wohnsituationen, intransparenten Mietverhältnissen und Energieversorgungsproblemen betroffen. Weitere Themen waren Zugänge zu Bildungsangeboten, Nachweispflichten und gesundheitliche Fragen. ▪ Die Zahl der Kontakte zeigt, dass viele Familien eine längerfristige und intensive Betreuung benötigten, insbesondere bei Leistungsanträgen sowie im Umgang mit digitalen Behördenportalen. <i>Herkunftssprachliche Familienbegleitung für zugewanderte Familien 2025 in Zahlen</i> <table><tr><th>Staatsangehörigkeit</th><th>Familien</th><th>Kinder</th><th>vom JHD zugewiesen</th><th>Selbstmeldungen</th><th>Hausbesuche</th><th>Kontakte</th></tr><tr><td>Bulgarisch</td><td>65</td><td>137</td><td>17</td><td>48</td><td>15</td><td>838</td></tr><tr><td>Rumänisch</td><td>52</td><td>208</td><td>27</td><td>26</td><td>88</td><td>746</td></tr><tr><td>EU2 gesamt</td><td>117</td><td>345</td><td>44</td><td>74</td><td>103</td><td>1.584</td></tr></table>	Staatsangehörigkeit	Familien	Kinder	vom JHD zugewiesen	Selbstmeldungen	Hausbesuche	Kontakte	Bulgarisch	65	137	17	48	15	838	Rumänisch	52	208	27	26	88	746	EU2 gesamt	117	345	44	74	103	1.584
Staatsangehörigkeit	Familien	Kinder	vom JHD zugewiesen	Selbstmeldungen	Hausbesuche	Kontakte																							
Bulgarisch	65	137	17	48	15	838																							
Rumänisch	52	208	27	26	88	746																							
EU2 gesamt	117	345	44	74	103	1.584																							

5.4.9 ‚Raum vor Ort‘ – Familien und Kinder von 0 bis 6 Jahre

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Katholische Erwachsenen- und Familienbildungsstätte an der Ruhr (in Kooperation mit dem Jugendamt im Bereich der Frühen Hilfen)
Umsetzung	Kontinuierliche Umsetzung seit dem Jahr 2014

Finanzierung	Eigenmittel KEFB und Fördermittel der Stadt Dortmund („nordwärts“)
Konzeptioneller Ansatz	Das Bildungsangebot ‚Raum vor Ort‘ erreicht insbesondere (werdende) Familien, die neu in Dortmund ankommen. Diese Familien haben oftmals keinen zeitnahen Zugang zu Strukturen wie Integrationskurse, ihre Kinder haben keinen Kita- oder Schulplatz, es fehlt an geeignetem Wohnraum oder einer Krankenversicherung. Diese Umstände belasten die neuzugewanderten Eltern und Kinder zusätzlich und behindern die soziale Teilhabe und Integration. In solchen herausfordernden Lebenslagen benötigen die zugewanderten Familien verlässliche, niederschwellig erreichbare und gut gelingende Zugänge zu ersten Beratungs- und Bildungsangeboten. Im Raum vor Ort sind diese Gegebenheiten vorhanden und Familien werden im Sinne einer Brückenfunktion auch zu weiterführenden Sozialleistungssystemen geleitet. Als täglich erreichbarer Anlaufpunkt im Dortmunder Norden garantiert der Raum vor Ort einen engen Austausch im Quartier. Beteiligt sind (werdende) Familien, ehrenamtlich Tätige (Peer-to-Peer Beratung), Dolmetschende und engagierte Multiplikator*innen im Sozialraum. Dabei spielen Angebote und Maßnahmen der Frühen Hilfen eine zentrale Rolle. Neuzugewanderte Familien werden beispielsweise von Mitarbeitenden der Familienbüros beraten, können gesundheitsfördernde Maßnahmen durch Gesundheitsfachkräften nutzen, Austauschformate wie die FIP (Familien-Info-Point), Elterncafés besuchen oder Kleidung und Schultornister im Raum zum Austausch der Frühen Hilfen kostenfrei erhalten.
Erfolge	Im Rahmen einer Bedarfsermittlung mit Familien und Multiplikator*innen im Dortmunder Norden wurden im Jahr 2025 neue Bedürfnisse der neuzugewanderten Familien ermittelt. Es wurde deutlich, dass beispielsweise Eltern-Kind-Deutschkurse für Familien ohne Schulplatz der Kinder fehlten. Auf diesen Bedarf wurde im Raum vor Ort reagiert mit dem Erfolg, dass ein möglicher Schulbesuch bei (Roma)Familien erhöht wurde. Das Angebot führte ebenfalls dazu, dass Familien an den Fachbereich Schule besser angebunden wurden. Durch die Kooperation mit dem Gesundheitskiosk in der Westhoffstraße verbesserte sich auch der Zugang zu gesundheitsbezogenen Leistungen für Neuzugewanderte.
Herausforderungen	Durch den Wegfall der Förderkulissee „nordwärts“ stehen dem Raum vor Ort für 2026 keine zusätzlichen städtischen Mittel zur Verfügung. Es bleibt daher abzuwarten, ob dieses niederschwellige Beratungs- und Bildungsangebot, gerade für neuzugewanderte (werdende) Familien, weiter so durchgeführt werden kann.
Daten und Fakten 2025	▪ Wöchentlich werden im Raum vor Ort ca. 30 Angebote durchgeführt. ▪ Der Schwerpunkt liegt im Bildungsbereich. ▪ Die Fördermittel wurden im Jahr 2025 überwiegend für ein Straßenfest vor Ort, für Honorare der Dozierenden und für Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit ausgegeben.

5.5 HANDLUNGSFELD ARBEITSMARKTINTEGRATION

Die Zuwanderung von EU-Bürgerinnen und -Bürgern wird in den Zielstädten Deutschlands differenziert beobachtet. Studien, darunter solche zu Nordrhein-Westfalen, bestätigen das in Dortmund wahrgenommene heterogene Bild: Neben gut qualifizierten Erwerbstätigen, die schnell eine Beschäftigung finden, zieht ein erheblicher Teil der Menschen mit schwierigen Ausgangsbedingungen, eingeschränktem Bildungszugang oder fehlenden formalen Qualifikationen zu – teilweise auch ohne Alphabetisierung.

Diese Ausgangslagen führen häufig zu prekären Lebensverhältnissen in den Zuzugsstädten. Trotz des Wunsches nach legaler Erwerbstätigkeit scheitern viele Zugewanderte an der mangelnden Übereinstimmung ihrer Qualifikationen mit den Anforderungen des deutschen Arbeitsmarktes.

Die Konsequenzen sind vielfältig: fehlendes geregeltes Einkommen, eingeschränkter Anspruch auf staatliche Leistungen, problematische Krankenversicherung und erschwelter Zugang zu regulären Mietverträgen. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen stehen EU-Staatsangehörigen nur begrenzt offen, was die Integration zusätzlich erschwert. Häufig existieren auch keine bedarfsgerechten Angebote, die an der Lebensrealität und den mitgebrachten Potenzialen der Menschen ansetzen. Die vielfältigen non-formalen Qualifikationen, beruflichen Erfahrungen und persönlichen Fähigkeiten bleiben so oft unerkannt und ungenutzt.

Besonders betroffen sind junge Menschen, die vom Bildungs- und Ausbildungssystem entkoppelt sind, darunter auch junge EU2-Bürgerinnen und -Bürger. Sie erleben teils in der Familie, teils als Alleinstehende schwierige Lebensverhältnisse wie Armut, Wohnungslosigkeit, Ausgrenzung, Gewalterfahrungen, psychische Erkrankungen und belastete Biografien und sind häufig nicht in der Lage, Unterstützungsangebote der Regelsysteme in Anspruch zu nehmen.

Nach den EU-Beitritten Rumäniens und Bulgariens haben sich diese Problemlagen deutlich verschärft. Viele Zugewanderte werden durch vermeintliche Unterstützungsangebote ins Land gelockt oder reisen mit fragwürdigen Arbeits- oder Mietverträgen an, was sie in ausbeuterische Arbeits- und Wohnverhältnisse führt. Branchen wie die Fleischwirtschaft sowie das Hotel- und Gastgewerbe nutzen teilweise informelle Strukturen, die Mindestlohn, Arbeitsschutz und Sozialversicherungsrechte verletzen.

Der Sachverständigenrat für Integration und Migration bestätigt, dass diese Strukturen Abhängigkeiten, Niedriglöhne und befristete Beschäftigungen begünstigen und eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration erheblich erschweren.⁷

5.5.1 Jobcenter Dortmund: Spezialisierung auf die Zielgruppe der EU-Zugewanderten

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Jobcenter Dortmund
Umsetzung	unbegrenzt
Finanzierung	BA-Mittel
Konzeptioneller Ansatz	Das gesamte EU-Team war 2025 organisatorisch in den Bereichen 300/350 verortet, das wird auch 2026 fortgesetzt. Besonders an diesen Bereichen ist – neben der regionalen Zuständigkeit – die Spezialisierung auf Menschen, die aus der EU zugewandert sind, sich weniger als fünf Jahre in Deutschland aufhalten und in Dortmund leben. Sie werden durch zwei spezialisierte Teams der Arbeitsvermittlung und Leistungssachbearbeitung am Standort Schützenstraße betreut. Diese gebündelte Betreuung geht mit unterschiedlichen Synergien einher. So kann der Ankommens-Prozess der Ratsuchenden in unterschiedlichen Strukturen und Netzwerken begleitet und spezifische Fragen zielgerichtet angegangen werden. Zentrale Themen sind zielgruppenorientierte Qualifizierungsmaßnahmen ebenso wie der Spracherwerb und die Unterstützung beim erstmaligen Zugang zum Dortmunder Arbeitsmarkt. Ziel der Arbeit im EU-Team ist, neben der nachhaltigen Integration in den Dortmunder

⁷ SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2021): Prekäre Beschäftigung – prekäre Teilhabe. Ausländische Arbeitskräfte im deutschen Niedriglohnsektor. SVR-Studie 2023-1. Berlin.

	Arbeitsmarkt, auch die Unterstützung der Menschen, die die Anspruchsvoraussetzungen zur Inanspruchnahme von Leistungen nach dem SGB II erfüllen. Das beschäftigungsorientierte Fallmanagement wurde nach interner Umorganisation für diesen Personenkreis wieder direkt an das EU-Team angedockt. Menschen ohne ausreichende Sprachkenntnisse werden im EU-Team mit Unterstützung von Sprachmittler*innen beraten. Das Angebot wurde durch das Jobcenter Dortmund eingekauft. Die Sprachmittler*innen verfügen über Sprachkompetenzen in insgesamt drei Sprachen. Das Jobcenter ist auch in die Planungen und die Arbeit des MigraDO – Dienstleistungszentrum Migration & Integration aktiv eingebunden und steht für erste Informationsgespräche für zugewanderte Kundinnen und Kunden vor Ort zur Verfügung. Das 2021 eingeführte und bewährte Format der digitalen Netzwerktreffen wurde 2025 weiter anlassbezogen fortgesetzt. In diesem Austauschformat werden aktuelle Themen und Entwicklungen zur Zielgruppe der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ausgetauscht. Ausrichter dieser Netzwerktreffen ist der Geschäftsbereich 300 des Jobcenters Dortmund.
Erfolge	Die Arbeit im örtlichen Trägerverbund trägt zur ‚Schärfung‘ zentraler Fragestellungen bei. So wird es, auch auf der Grundlage des ‚Handlungsrahmen Neuzuwanderung‘ und des Modellvorhabens zur Erwerbsintegration, 2026 darum gehen, innovative Arbeitsmarktintegrationsstrategien für die Zielgruppe der Zugewanderten mit Sprachbarrieren zu entwickeln und dabei neben der Maßnahmen- und Projektplanung zur Verbesserung der Erwerbsbeteiligung von EU-Bürger*innen auch die Arbeitgeberseite mehr in den Fokus zu rücken. Themen sind Ansätze wie die Sprachförderung während der Arbeitszeit. Anliegen ist auch die Stabilisierung der aufenthaltsrechtlichen Situation (AN-Status) zwecks Initiierung der nachhaltigen gesellschaftlichen und beruflichen Integration. Das Jobcenter Dortmund bietet 2026 weitere arbeitsmarktliche Instrumente für die Zielgruppe der Neuzugewanderten an, z.B. Maßnahmen §45er SGB II ‚Jobcoaching International‘, ‚KOMMIT‘. Auch die punktuelle Begleitung der Anerkennungsberatung wird im Rahmen des Projekts ‚WorkCompass‘ berücksichtigt. Regelförderinstrumente werden mit sprachlicher Unterstützung flankiert.
Daten und Fakten 2025	▪ Aktuell werden in der Leistungsgewährung 1.220 Bedarfsgemeinschaften und in der Arbeitsvermittlung (inkl. Fallmanagement) 1.851 Personen betreut. ▪ Anlassbezogen finden digitale Netzwerktreffen statt. ▪ Im Team EU Nord werden weiterhin persönliche Beratungen mit Unterstützung von Dolmetschenden angeboten. Auch Telefondolmetschen wird in die Beratungspraxis eingebunden

5.5.2 Bundesmodellvorhaben zur Verbesserung der Erwerbsteilhabe von Unionsbürgerinnen und -bürgern

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	Agentur für Arbeit, Jobcenter, Stadt Dortmund/Strategische Sozialplanung, in Kooperation mit Trägern
Umsetzung	seit September 2023
Finanzierung	Mittel der Bundesagentur, städtische Mittel
Konzeptioneller Ansatz	Auf Basis der Forderungen der AG Zuwanderung des Deutschen Städtetages (DST, vgl. 5.13.2) wurde in einem mehrjährigen Aushandlungsprozess der DST-AG mit dem BMAS die Umsetzung des ‚Modellvorhabens zur Verbesserung der Erwerbsteilhabe von Unionsbürgerinnen und -bürgern‘ vereinbart, das in fünf Modellstädten (Dortmund, Frankfurt/Main, Hamburg, Mannheim, München) umgesetzt wird. In Dortmund wird das Vorhaben in

	enger Kooperation von Agentur, Jobcenter und Sozialdezernat sowie gemeinsam mit Netzwerkakteuren umgesetzt. Zielgruppe sind Menschen aus der EU, die seit weniger als 5 Jahren in Deutschland leben, aus diversen Gründen nicht in der Betreuung der Agentur und des Jobcenters ankommen oder dort kein Angebot finden, das an ihren konkreten Bedarfen ansetzt. Zur Zielgruppe gehören auch nichtleistungsberechtigte Menschen. Ziel ist es, Arbeits- und Fachkräfte früh identifizieren, ihnen Zugang zu Beratung, Integrationsleistungen und Arbeitsvermittlung zu erleichtern, auf dieser Basis ihre Arbeitsmarktintegration zu ermöglichen und schließlich Ausbeutung den Nährboden zu entziehen. Dafür sollen alle vorhandenen Regelstrukturen der genannten Akteure und ihrer Angebote, vor allem des SGB III, aber auch des SGB II, genutzt und bedarfsgerecht weiterentwickelt und ein Lösungsansatz entwickelt und erprobt werden, der die systematische und dauerhafte Erwerbsintegration der Zielgruppe ermöglicht. Erfolgreich erprobte Lösungsansätze sollen gemäß Vereinbarung zwischen BMAS, BA und DST, über die Anpassung der Rahmenbedingungen verstetigt werden. Das Modellvorhaben schließt dabei an vorhandene Ansätze an, nutzt diese zur Akquise von Teilnehmenden und zur Vorabklärung deren Lebenssituation (MigraDO, EhAP Plus-Projekt HALT), zur Übernahme bewährter Verfahren (ESF/Akti[F] Plus-Projekt TAfF), zur Lösung konkreter Problemlagen (KIM, Angebote des Trägerverbundes) und zielt über SGB III-Maßnahmen auf die direkte Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Wo die Voraussetzungen erfüllt sind, erfolgt eine Überleitung ins SGB II als Brücke in den Arbeitsmarkt und in diesem Kontext eine ‚warme Übergabe‘ an das Jobcenter. Ziel ist dabei NICHT der Verbleib im SGB II. Insgesamt werden auf diesem Wege Lücken in Angeboten, Abläufen, Zuständigkeiten und Schnittstellen erkannt, die über bisherige Angebote und Verfahrensroutinen nicht abgedeckt sind. Innovationen werden erprobt und Wege konzipiert, wie diese im ‚Regelbetrieb‘ zu verstetigen sind. Die Koordinierung, Steuerung und Lenkung laufen über die Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung und die Kommunale Arbeitsmarktstrategie (KAS). Das Vorhaben wird wissenschaftlich von Zentrum für Evaluation und Politikberatung – ZEP begleitet.
Erfolge	Die Zahl der Teilnehmenden ist höher als geplant, die Beratung wird gut angenommen. Sobald die Teilnehmende in das Projekt aufgenommen werden, haben sie Zugang zu Beratung, mit einem besonderen Schwerpunkt auf der assistierten Vermittlung. Darüber hinaus haben die Teilnehmende Zugang zu Förderinstrumente der Agentur für Arbeit, darunter Maßnahmen bei Trägern und Arbeitgebern, um eine schnelle und nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Die Teilnehmende werden intensiv dabei begleitet, um Herausforderungen zu identifizieren und zu überwinden, die ihnen den Zugang zum Arbeitsmarkt erschweren. Die Vermittlungsquote in Arbeit ist überdurchschnittlich hoch.
Herausforderungen	Vermittlungshemmnisse wie mangelnde Sprachkenntnisse oder fehlende Berufserfahrung sowie bürokratische Schwierigkeiten wie fehlende Steuer-IDs, Schwierigkeiten beim Zugang zum Wohnungsmarkt, finanzielle Instabilität, fehlende Informationen über den Zugang zum Arbeitsmarkt in Deutschland und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt stellen die Herausforderungen bei der Arbeitsvermittlung dar. Zudem sind zeitintensivere und häufigere Termine mit den Teilnehmenden in den meisten Fällen dringend erforderlich.
Daten und Fakten	- Seit September 2023 wurden 230 Teilnehmende in das Modellvorhaben aufgenommen, davon 75,2% (173 von 230) über die One-Stop-Agency aus MigraDo und ‚Willkommen Europa‘, das ist Beleg für die gut funktionierende Steuerungsarchitektur. - Die Teilnehmenden kamen aus 17 Staaten, der Großteil aus den EU2-Staaten (49%), Polen (19%) und Spanien (16%; sonstige: 16%⁸).

⁸ Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Kroatien, Litauen, Portugal, Schweden, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Zypern

	▪ 84,8% (195 von 230) haben das Vorhaben abgeschlossen, davon 35% (68 von 195 TN) wegen direkter Arbeitsmarktintegration ⁹, darunter 90% sv-pflichtig, 10% geringfügig beschäftigt ▪ 51% wurden im Bereich Logistik vermittelt, 16% in der Gebäudereinigung ▪ 55% der TN waren gering qualifiziert, hatten im besten Fall Haupt- oder Realschule besucht; nur 7% hatten eine Hochschulausbildung.
--	--

5.5.3 **JOBWINNER DORTMUND: schrittweise zu gesellschaftlicher Teilhabe und in den Beruf – junge Erwachsene von 16 bis 27 Jahren**

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	GrünBau gGmbH in Koop. mit Stadt Dortmund, Jugendamt
Umsetzung	seit 2020, aktueller Durchführungszeitraum 01.01.2026 – 31.12.2030
Finanzierung	Städtische Mittel, Jugendamt Dortmund
Konzeptioneller Ansatz	Zielgruppe sind junge, von Bildungs- und Ausbildungssystemen entkoppelte Menschen, die schwierige Lebenslagen (Armut, Wohnungslosigkeit, Ausgrenzung, Gewalterfahrungen, psychische Erkrankungen, ...) erleben und nicht in der Lage sind, Unterstützungsangebote der Regelsysteme anzunehmen. Anders als in anderen Projekten werden sie an praxisbezogene Arbeitsfelder herangeführt und hierfür entlohnt. Mit dem Verdienst aus geringfügiger Beschäftigung sichern sie ihren Lebensunterhalt ab, bauen Tagesstruktur auf und gewinnen Selbstbewusstsein. Zielgruppengerechte Ansprache und Beschäftigungsangebote holen die jungen Menschen ‚von der Straße‘. Sozialpädagogische Begleitung, Qualifizierungs- und Sprachförderangebote stabilisieren die Teilnehmenden und ihre Lebenssituation. Die Beschäftigung der Zielgruppe wird im Quartier positiv wahrgenommen. Die jungen Menschen erfahren oft erstmals Anerkennung und Selbstwirksamkeit. Zu den Zielen des Angebots gehören ▪ Aktivierung; Stabilisierung, Selbstwirksamkeit, kurzfristige, grundlegende Verdienstmöglichkeiten zur akuten Existenzsicherung – als Alternative zu Kriminalität ▪ nachhaltige berufliche Perspektiven, Integration in faire Beschäftigung, Anbindung an Integrations-/Bildungsangebote, Regel-/Hilfesystem; soziale/berufliche Teilhabe ▪ junge Arbeitskräfteressourcen für die Kommune, ▪ nachhaltige Arbeitsplätze für Neuzugewanderte im sozialen Sektor ▪ soziale Verantwortungsgemeinschaft, Zusammenhalt und sozialen Friedens stärken
Erfolge	Das Angebot war auch 2025 erfolgreich und führte zu deutlichen Verbesserungen: ▪ Intensivierung der pädagogischen und arbeitsfachlichen Begleitung ▪ Verbesserung der Regelmäßigkeit der Teilnahme am Projekt (Tagesstruktur), Erlangen von Qualifizierungen/beruflich relevanten Fähigkeiten/Kenntnissen, gesteigerte Selbsthilfe-Kompetenz und Sichern einer eigenen Wohnung ▪ Existenzsicherung durch regelmäßiges Einkommen – Loslösen aus ausbeuterischen, kriminellen Strukturen, Anbindung an das Leistungsportfolio des Jobcenters und weitere Beratungsangebote (Jugendberufshaus, Migrationsdienste, Wohnungszugangsprojekte, Jugendhilfeleistungen, Sprachkurse, psychologische Betreuung) ▪ mehr Eingliederungen in Qualifizierungen, Sprachkurse, Minijobs und sozialversicherungspflichtige Arbeit nach Projektaustritt

⁹ Offizielle Vermittlungsquote (enge Definition der BA): ca. 5–6 % insgesamt → struktureller Wirkungsnachweis des Dortmunder Vorhabens

Herausforderungen	▪ verwaltungsseitige Entscheidungen, etwa vermehrte Androhung von Abschiebung und Wohnungskontrollen/Wohnungsdurchsuchungen, die teils zur Abmeldung von real in Dortmund wohnhaften Teilnehmenden führen; das löst – eigentlich bereits bewältigte – Problemlagen erneut aus und führt erneut zu Misstrauen gegenüber den Behörden ▪ Verfahrenswege: lange Bearbeitungszeiten von Sozialleistungsanträgen und keine Kulanz bei nicht existierenden oder nicht aufzutreibenden Unterlagen. Dazu gehören z.B. die Eltern betreffende Unterlagen, zu denen die TN keinen Kontakt mehr haben; das blockiert nächste Schritte (z.B. keine Krankenversicherung ohne Leistungsbezug, folglich Notlagen bzgl. medizinischer Versorgung) ▪ Sprachkursanbindung: zu wenige (passende) Sprachkursesressourcen; Folge: manche Teilnehmende haben bei Austritt aus dem Projekt immer noch wenig Deutschkenntnisse, was den Zugang zum Arbeitsmarkt massiv erschwert ▪ Diskriminierungserfahrungen: Misstrauen der Zielgruppe in fremde Personen, Folge: Verweisberatung/Anbindung an andere Angebote nur kleinschrittig möglich; erschwerte Ablöseprozesse von vertrauten Fachkräften ▪ knapper Wohnungsmarkt in Dortmund und prekäre Wohnverhältnisse der Teilnehmenden, u. a. Wohnungslosigkeit ▪ patriarchale familiäre Strukturen, die die Integration von jungen Müttern in den Arbeitsmarkt erschweren
Daten und Fakten 2025	2025 nahmen 51 junge, entkoppelte Menschen teil, für die folgende Vermittlungen organisiert und fachlich begleitet werden konnten (Mehrfachvermittlungen): ▪ 8 TN in Beschäftigung, 5 TN in ein Praktikum, 1 TN in Qualifizierung, 28 TN in SGB II-Maßnahmen; 12 TN – in externe Sprachkurse, 2 TN starteten einen erneuten Schulbesuch. Bei 32 TN erfolgte eine Vermittlung in weiterführende Beratungsangebote. ▪ Für 17 TN wurde eine eigene Wohnung gefunden. ▪ Bei 39 TN wurde die eigene Handlungs- und Sozialkompetenz verbessert, bei 30 TN die Motivation zur Integration in den Arbeitsmarkt, bei 34 TN die Sprachkenntnisse.

5.5.4 ESF Plus/Akti(F) Plus-Projekt ,Teilhabe und Arbeit für Familien – TAfF Plus‘

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	GrünBau gGmbH (Antrag/Koordination) in Kooperation mit dobeq, Diakonie, Caritas (Umsetzung)
Umsetzung	Seit 01.10.2020; aktuelle Förderphase: 01.09.23 bis 28.02.2027
Finanzierung	01-08/23: Städtische und Stiftungsmittel; seit 09/23: Bundesmittel ESF Plus Bundesprogramm ,Akti(F) Plus – Aktiv für Familien und ihre Kinder‘
Konzeptioneller Ansatz	Akti(F) Plus zielt auf die Verbesserung der Lebenssituation und gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen, die von sozialer Ausgrenzung und Armut bedroht sind. Zielgruppe in Dortmund sind aus der EU zugewanderte Familien im Bezug von oder mit Anspruch auf Kindergeld, Leistungen nach SGB II, SGB XII und/oder Kinderzuschlag. Ziele im Dortmunder Projekt sind die Unterstützung bei der Aufnahme oder Ausweitung nachhaltiger, bedarfsdeckender Erwerbstätigkeit für erwerbsfähige Familienmitglieder, Stabilisierung der Familie durch zielgerichtete Nutzung des Regelsystems, Teilhabe aller Familienmitglieder, Auf- und Ausbau rechtskreisübergreifender Kooperationen. Eckpunkte des Coachings: ▪ Ganzheitlich, familienorientiert: Lebens- und Teilhabesituation, Themen und Bedarfe jedes einzelnen Mitglieds des gesamten Haushalts bzw. Familiensystems. ▪ Aktivierung, Selbstbestimmung, Bemächtigung: Themen und Ziele für das Coaching gemeinsam festlegen, Teilnehmende aktivierend beteiligen.

	▪ Lotsen: Teilnehmende an relevante Stellen andocken, bei Bedarf zu externen Terminen begleiten (z.B. Jobcenter, Sprachschulen, spezialisierte Beratungsstellen) ▪ Missverständnisse vermeiden, Beratung in u.a. Rumänisch, Bulgarisch, Spanisch ▪ Langfristigkeit: Ziel sind nachhaltige Perspektiven (Coaching bis zu 18 Monate). Durch die verschiedenen Standorte im Projektverbund werden weite Teile der Dortmund der Nordstadt bis in die Innenstadt hinein abgedeckt.
Erfolge	Die fortschreitende Vernetzung mit anderen Trägern und Projekten führt zu einem konstruktiven Austausch und einer besser angepassten Hilfestruktur für die Teilnehmenden. Die Zusammenarbeit mit Jobcenter, Stadt Dortmund und weiteren Stellen konnte ausgebaut und intensiviert werden, unter anderem durch eine regelmäßige Sprechstunde mit einem Mitarbeiter des Jobcenters vor Ort. Der Zugang zur Zielgruppe wurde kontinuierlich gepflegt und ausgebaut, u.a. durch die Einrichtung eines Frauencafés.
Herausforderungen	Sehr komplexe und auch nach Jahren in Dortmund oft noch existenziell bedrohliche Problemlagen wirken stark auf den Entwicklungsprozess des familienorientierten Coachings, vor allem auf die berufliche Perspektiventwicklung der erwerbsfähigen Familienmitglieder und der Heranwachsenden. Vor allem fehlender angemessener Wohnraum und finanzielle Instabilität sind belastende Faktoren. Das familienorientierte Beratungskonzept verlangt Verlässlichkeit und verbindliche, regelmäßige Coachingtermine. Diese Verbindlichkeit ist für einen Teil der Ratsuchenden, die oft eher kurzfristige Hilfen und/oder Unterstützung in Krisensituationen erwarten, eine ungewohnte und hohe Anforderung. Es besteht die Gefahr, dass der Kontakt nach der ersten Krisenbearbeitung abbricht. Viele Teilnehmende haben nur geringe Deutschkenntnisse. Dabei ist muttersprachliche Beratung aufgrund der hohen Nachfrage nicht immer möglich, da entsprechende Fachkräfte (insbesondere mehrsprachige) fehlen. Die zunehmende Digitalisierung stellt insbesondere die Zielgruppe von TAfF Plus vor Herausforderungen. Plattformen sind oft zu komplex, verpflichtende Zweifaktorauthentifizierungen stellen für Nutzende teils hohe Hürden dar. Die Erfahrungen zeigen, dass Teilnehmende teils aus Kommunikationswegen ausgeschlossen sind. Beim Jobcenter kann die Zielgruppe auf die klassischen Kommunikationswege zurückgreifen z.B. InfoPoint, Aktionsbüro oder Servicecenter. Es besteht auch die Möglichkeit, bei in Beratungsgesprächen aufkommenden Fragen eine Hotline des Jobcenters zu kontaktieren, die durch Leistungsberater*innen des Jobcenters besetzt ist. Für Notsituationen wie z.B. Mittellosigkeit, verfügt das Jobcenter über ein eigenes Konzept für den Umgang mit Notfallvorsprachen. Trotz umfassender Unterstützungsangebote lässt sich nicht jeder Notlage optimal begegnen.
Daten und Fakten 2025	▪ In der Gesamtlaufzeit seit 2020 wurden 547 Projekteintritte verzeichnet; in der aktuellen Förderphase liegt die Zahl der beratenen Familien bei insgesamt 374 und übertrifft bereits das Gesamt-Soll (350 bis 02/2027). Auch die Teilnehmendenzahl inkl. Kinder bis zum 31.12.2025 übersteigt mit 540 das Soll (476). ▪ Insgesamt waren 271 TN (von insgesamt 547 Projekteintritten bis Ende 2025) im bisherigen Projektverlauf in Arbeit. 141 davon konnten durch TaAfF in Arbeit vermittelt werden, davon 100 in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung (47 in Vollzeit, 53 in Teilzeit) und 41 in Minijobs. ▪ Bei weiteren 65 Teilnehmenden wurde das bestehende Arbeitsverhältnis stabilisiert, unter anderem konnten 35 entfristete Arbeitsverträge erreicht werden. ▪ Bei weiteren 65 TN blieb der Erwerbsstatus unverändert, die Familiensituation wurde aber ebenso stabilisiert, wie bei den anderen Teilnehmenden. ▪ 8 TN wurden in Ausbildung vermittelt. ▪ 90 TN wurden in weitere berufsbezogene Qualifizierungsangebote übergeleitet. ▪ Insgesamt wurden 16 Kompetenzfeststellungen umgesetzt.

5.5.5 BIWAQ V-Projekt ,FC Nordstadt – faire Chance durch Teilhabe und Integration in Arbeit‘ im ESF Plus-Bundesprogramm BIWAQ – junge Erwachsene ab 18 Jahre

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Zentrum für ethnische Ökonomie (Verantwortlicher Antragsteller) mit GrünBau gGmbH und dobeq GmbH
Umsetzung	01.04.23 bis 31.03.2026
Finanzierung	Bundes-ESF-Plus-Mittel ,Bildung, Wirtschaft und Arbeit im Quartier – BIWAQ‘ Städtischer Eigenanteil
Konzeptioneller Ansatz	Vorrangiges Ziel des Dortmunder BIWAQ-Projektes ist es, die soziale Situation, die Qualifikation und die Perspektiven von aus der EU zugewanderten Menschen in der Dortmunder Nordstadt zu verbessern. Die bei Bedarf muttersprachliche Beratungsarbeit umfasst ▪ Klären der individuellen, finanziellen und persönlichen Ausgangslage, ▪ das Unterstützen der Überwindung existenzieller Krisen und Notlagen ▪ Kompetenzfeststellung, Jobcoaching, arbeitsmarktnahe, niedrigschwellige Qualifizierung ▪ Akquise fairer Arbeits-/Beschäftigungsmöglichkeiten, Vermitteln in faire, nachhaltige Beschäftigung ▪ Zugänge zum Wohnungsmarkt, Hilfen zur Überwindung prekärer Wohnverhältnisse (Kooperation mit lokalen Wohnungszugangsprojekten) ▪ familiäre Gesamtsituation einbeziehen/stabilisieren ▪ Zugänge zu Hilfesystem und gesellschaftlicher/sozialer Teilhabe öffnen/entwickeln ▪ Skillsharing und Angebote zur Selbstbemächtigung in Kooperation mit MSO Die Arbeit findet vor Ort in der Nordstraße 23-25 und in der Hansastraße 20 statt.
Erfolge	Nach wie vor ist das BIWAQ-Projekt neben dem Bundesmodellvorhaben eines der wenigen Projekte, das EU-Zugewanderte auch ohne Leistungsbezug aufnehmen kann. Die durch den Wegfall der landesgeförderten Projekte zur Arbeitsmarktintegration für geringqualifizierte EU-Bürger*innen, insb. aus SOE, entstandene Förderlücke konnte durch das BIWAQ V Projekt zumindest teilweise geschlossen werden. Niedrigschwellige Kurzzeitqualifizierungen im Bereich Gebäudereinigung und zielgruppengerechte Lernmodule in Kooperation mit der Digitalwerkstatt wurden erfolgreich durchgeführt. Das Projekt ist inzwischen bei vielen Netzwerkpartner*innen bekannt und wurde mit dem Bundesmodellvorhaben zur Arbeitsmarktintegration von EU-Bürger*innen‘ vernetzt (5.5.2). Eine gute Kooperation mit dem Jobcenter erfolgt über das EU-Team in der Schützenstraße und einen Fallmanager, der für das Projekt eigene Sprechstunden vor Ort anbietet. Die Potenzialanalysen (Kompetenzfeststellungen) des Projektes werden gut angenommen.
Herausforderungen	Die multiplen Problemlagen der Teilnehmenden stellen die Akteure des Projekts vor große Herausforderungen. Hinzu kommen häufig Problemlagen in Bezug auf das Thema Wohnen: zum einen ist zu wenig geeigneter Wohnraum vorhanden, zum anderen ist es in bestehenden Mietverhältnissen zu vielfältigen Problemlagen gekommen. Der Verbleib im Projekt ist länger als in früheren Projekten mit ähnlichen Zielgruppen, da die Unterstützungsbedarfe komplexer und umfangreicher sind. Immer häufiger droht Wohnraumverlust oder das Abstellen der Energieversorgung aufgrund von Überschuldung. Teilnehmende leben unter menschenunwürdigen Bedingungen in Wohnungen, die eigentlich unbewohnbar sind; Vermieter nutzen die aktuelle Wohnungsknappheit aus. Die Vermittlung in nachhaltige faire Beschäftigung ist häufig erst möglich, wenn belastende existenziellen Problemlagen gelöst sind. Nach wie vor waren viele Teilnehmende im Projekt bereits in ihrem Heimatland von Ausgrenzung betroffen. Das betrifft vor allem aus Südosteuropa Zugewanderte. Diese Diskriminierungserfahrungen wirken nach und werden akut,

	wenn die Menschen auch hier – etwa bei der Arbeits- oder Wohnungssuche – Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren. Auf dem Arbeitsmarkt können die Qualifikationserwartungen der Arbeitgebenden auf Grund von brüchigen Bildungsbiografien und Bildungssegregation im Herkunftsland häufig nicht erfüllt werden, viele sind daher auf ausbeuterische Arbeit und Wohnen angewiesen. Das Herauslösen aus diesen Strukturen stellt die Projektakteure vor komplexe Herausforderungen. Teils fehlen Schutzstrukturen.
Daten und Fakten 2025	Die Kennzahlen für 2025 wurden knapp unterschritten, da viele Teilnehmende aufgrund der zunehmenden Multiproblemlagen länger im Projekt verbleiben und erst später neue Teilnehmende aufgenommen werden konnten. ▪ 2025 wurden insgesamt 280 Teilnehmende (Plan: 300 TN) erreicht und begleitet. ▪ Davon waren 138 weiblich und 142 männlich. ▪ Nationalitäten waren insb. rumänisch, bulgarisch, spanisch, italienisch und somalisch.

5.5.6 Nähmanufaktur ‚Amen Juvlja Mundial‘

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	GrünBau gGmbH
Umsetzung	seit 2018 laufend
Finanzierung	Wechselnd: Jugendamt, LWL-Einzelprojektförderung Landesjugendplan, Eigenmittel GrünBau
Konzeptioneller Ansatz	‚Amen Juvlja Mundial‘ bietet niederschwellige und sozialpädagogisch begleitete Arbeitsmöglichkeiten auf geringfügiger Basis für aus der EU zugewanderte Frauen, insbesondere Rom*nja. In einem ‚Safe Space‘ können die Frauen ihre Kreativität leben, sich entfalten, austauschen und ihre vielfältigen Kompetenzen teilen. Seit 2018 hat sich das kreative, kompetenzorientierte Projekt stetig weiterentwickelt und seit Februar 2023 einen eigenen Standort in der Nordstraße 43 in unmittelbarer Nähe zum Nordmarkt. Die Teilnahme an Veranstaltungen und stadtweiten Kooperationen soll die vielfältige Kultur der Rom*nja auch über die Nordstadt hinaus sichtbar und bekannt machen. Gleichzeitig soll sich der Bewegungsradius der Mitarbeiterinnen aus der Zielgruppe erweitern. So können Begegnung gelebt und Berührungängste beidseitig abgebaut werden. Viele erleben erstmals die positive Wahrnehmung ihrer Kultur. Die Näherinnen werden sozialpädagogisch begleitet, Problemlagen präventiv erkannt und verhindert, vermeintlich mit der Zielgruppe zusammenhängende Schwierigkeiten abgebaut. Die konsequente ressourcenorientierte Einbindung sichert und stabilisiert ihr familiäres System und stärkt die Wahrnehmung kultureller Eigenheiten, Kompetenzen und Selbstwirksamkeit. Langfristiges Ziel ist das Empowerment der Frauen – innerhalb der Community und mit Blick auf die Mehrheitsgesellschaft. Die als stark, kreativ und selbstbewusst wahrgenommenen Frauen der Nähmanufaktur sind generationsübergreifende positive Rollenvorbilder. Der Ansatz kann auch außerhalb der Rom*nja-Community Denkanstoß zu unabhängigen Lebensentwürfen sein, die sich mit einengenden und geschlechtsgebundenen Strukturen auseinandersetzen.
Erfolge	2025 wurden zahlreiche bereits bestehende Kooperationen weitergeführt neue begründet. Beispielhaft zu nennen sind hier DASA, Hoesch Museum, EMAF – European Media Art Festival, Welthaus e. V., Anne Frank Gesamtschule, LWL Museum Zeche Zollern, Quartiersmanagement Nordmarkt, Oikos Institut für Mission und Ökumene, Roma Center und Dortmunder Kunstverein. Die Vernetzung mit den Akteuren der Dortmunder Stadtgesellschaft stärkt das Projekt, das Selbstbewusstsein und die Integration der Frauen. Die Teilnahme an ‚Djelem Djelem‘ mit der Eröffnungsfeier des Standortes Nordstraße stärkt die Sichtbarkeit der Romani-Kultur im Stadtbild. Das Projekt ist auch an anderen Orten der Stadt präsent, z.B. beim Münsterstraßenfest, Hoeschparkfest, Nordmarktfest, Hafenspaziergang

	usw. 2025 wurde der Werkbereich ‚Kreatives Gestalten mit Stoffen‘ im Rahmen des Projekts JOBWINNER weiter ausgebaut. Durch die Möglichkeit, Kleinkinder mitzubringen, sowie die Anpassung der Arbeitsbedingungen an die Bedürfnisse von Schwangeren, unterstützt die Nähmanufaktur gezielt die Arbeitsmarktintegration junger Mütter und schafft ihnen einen geschützten Raum. Die Rom*nja-Mitarbeiterinnen der Nähmanufaktur geben ihr Wissen und ihre Erfahrungen an andere Frauen weiter, erweitern ihre Rolle und teilen ihre vielfältigen Kompetenzen. Einfluss und die Reichweite der positiven Effekte des Projektes haben sich damit signifikant erhöht.
Herausforderungen	Um die positiven Effekte zu intensivieren, muss sichergestellt sein, dass die Lohnkosten der Arbeitsgelegenheiten und die Regiekosten der Manufaktur gedeckt sind. Dafür müssen immer wieder neue Projektmittel akquiriert, Eigenmittel bereitgestellt werden – die Finanzierung ist so oft nur sehr kurzfristig und schrittweise abgesichert. Das bedeutet Planungsunsicherheit für Projekt und Frauen. Gleichzeitig ist die Nachfrage so hoch, dass das Projekt aus dem Stand erweitert werden könnte, wenn die Finanzierung gesichert wäre. Einen Einfluss auf die Familiensysteme und der Rollenvorbild-Effekt kann das Projekt nur ‚auf Strecke‘ erzielen. Bildungsferne oder bildungsunerfahrene und familiär stark eingebundene Frauen in prekären Lebenslagen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu vermitteln, um eine Weiterentwicklung und eine höhere finanzielle Unabhängigkeit zu erreichen, ist ein länger- bis langwieriger und schrittweiser Prozess. Ein sinnvoller Zwischenschritt, mit kurzfristiger zu erwartender Erfolgsaussicht, wäre der Ausbau der Beschäftigung im Rahmen der Nähmanufaktur und etwaiger Erweiterungsangebote. Dadurch könnte eine schrittweise Weiterentwicklung und Qualifizierung in einem sicheren und niederschweligen Rahmen erfolgen. Die Herausforderung liegt aber auch hier in der verlässlichen Finanzierbarkeit.
Daten und Fakten 2025	▪ Nach der Erweiterung der Nähmanufaktur um ein Frauencafé am Vormittag (2024), wurde 2025 ein ‚After Work Café‘ am Nachmittag eingerichtet. Zwanglose Treffen bieten die Gelegenheit, sich auszutauschen und zu vernetzen. Beide Cafés bieten kreative Angebote für Frauen und Kinder, Sozialberatungen zu kleineren Anliegen und Verweisberatungen. ▪ In der Nähmanufaktur arbeiten 7 langjährige Mitarbeiterinnen aus dem Rom*nja-Kulturkreis sowie junge Frauen in prekären Lebenslagen, die im Rahmen des Jobwinner-Projektes der GrünBau gGmbH Dortmund und des Jugendamts der Stadt Dortmund dort beschäftigt sind. ▪ Die Plätze im Werkbereich ‚Kreatives Gestalten mit Stoffen‘ werden wechselnd besetzt und waren 2025 durchgehend belegt.

5.5.7 ‚Jugend Stärken: Brücken in die Eigenständigkeit‘

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	GrünBau gGmbH und Jugendamt Dortmund
Umsetzung	Seit 2015, aktuelle Förderphase: 01.08.2022 – 31.12.2027
Finanzierung	Bundes-ESF-Mittel und städtische Mittel (Jugendamt)
Konzeptioneller Ansatz	‚JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit‘ ist ein ESF Plus-Förderprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Die sozialpädagogischen Angebote richten sich an junge Menschen im Alter zwischen 14 bis einschließlich 26 Jahren, die das Jugendhilfesystem verlassen (Careleaver) und/oder keinen oder nur einen unzureichenden Zugang zu lokalen oder regional vorhandenen Hilfsangeboten haben. Das betrifft vor allem Jugendliche, die noch nicht zu einer eigenen Lebensführung in der Lage sind. Teils sind sie von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen.

	Das Angebot gliedert sich in drei Unterprojekte, die beratend und aufsuchend arbeiten: 1. Im Unterprojekt Just@home erhalten junge Wohnungslose Unterstützung beim Aufbau von sicher(er)en Wohnverhältnissen. 2. Im Unterprojekt ‚Just get ready‘ bekommen Careleaver Unterstützung im Übergangsmanagement, vor allem mittels peer-to-peer Beratungen. 3. Bei Just Rat&Tat gibt es kurzfristige, niederschwellige Beratung und Unterstützung in Kooperation mit aufsuchenden lokalen Angeboten, um kurzfristig verfügbare Hilfen einzuleiten.
Erfolge	An die Erfolge der Vorjahre (vgl. Vorgängerberichte) konnte gut angeknüpft werden. Die Angebote wurden auch 2025 sehr gut angenommen.
Herausforderungen	Im Projekt Jugend Stärken ist es eine Herausforderung, dass auf dem Weg in die Eigenständigkeit verschiedene Problemlagen immer wieder kumulieren. In allen drei Schwerpunkt-Handlungsfeldern – Careleaver, Wohnungslose und kurzfristige niederschwellige Beratungsleistungen – zeigen sich multiple Herausforderungen, die sich gegenseitig bedingen und das Ziel der selbstbestimmten Lebensführung mit sicheren Wohnverhältnissen auf die Probe stellen.
Daten und Fakten 2025	Im Jahr 2025 konnten folgende Teilnehmendenzahlen erreicht werden: ▪ Teilnehmendenzahl insgesamt: 132 davon ▪ Just@home: 21 ▪ Just Rat&Tat: 66 ▪ Just get ready: 45

5.6 HANDLUNGSFELD GESUNDHEIT

Auch 2025 bestätigte sich, dass ein Großteil der aus den EU2-Staaten zugewanderten Menschen faktisch über keinen ausreichenden Krankenversicherungsschutz verfügt. Die Überleitung in eine deutsche Krankenversicherung erfordert regelmäßig die aufwendige Klärung individueller Voraussetzungen für den Zugang zur gesetzlichen oder privaten Krankenversicherung. Vor allem für Personen, die weder erwerbstätig noch im Leistungsbezug sind, stellen die damit verbundenen Beiträge eine erhebliche Hürde dar. Hinzu kommen oftmals fehlende Kenntnisse über das deutsche Gesundheits- und Sozialversicherungssystem sowie über die administrativen Anforderungen und Verfahren. Bereits der Abschlussbericht des Staatssekretärsausschusses von 2014 fasst zusammen:

„Gesetzliche Regelungen der Gesundheitsversorgung und der medizinischen Notfallversorgung liegen [...] in der Gesetzgebungskompetenz der Länder. Die Bundeskompetenz für die öffentliche Fürsorge (Artikel 74 Absatz 1 Nummer 7 GG) schließt Regelungen zur Gewährung von finanziellen Hilfen bei Krankheit mit ein. Die Bundeskompetenz für die Sozialversicherung umfasst auch die gesetzliche Krankenversicherung (Artikel 74 Absatz 1 Nummer 12 GG).“¹⁰

¹⁰ BMI, BMAS (2014): Abschlussbericht des Staatssekretärsausschusses zu „Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“. S. 70.

An der praktischen Aufgabenwahrnehmung auf Bundesebene hat sich seit dieser Feststellung aber nur wenig geändert. Auf kommunaler Ebene besteht nach wie vor die Sorge, dass die Clearingstelle Gesundheit – obwohl sie Aufgaben übernimmt, die originär im Verantwortungsbereich der gesetzlichen Krankenversicherung liegen – dauerhaft außerhalb des Regelsystems finanziert werden muss.

Diese Finanzierung wurde bis März 2025 durch das Land Nordrhein-Westfalen sichergestellt, das seit 2016 den Betrieb von Clearingstellen Gesundheit in fünf nordrhein-westfälischen Städten aus Landesmitteln förderte. Den geförderten Standorten wurde im September 2024 durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS NRW) mitgeteilt, dass die bisherige Landesförderung ab April 2025 eingestellt und stattdessen ein Förderprogramm über Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) aufgelegt werden soll, das allen Kommunen in Nordrhein-Westfalen offenstehe. Zwar konnte das Soziale Zentrum Dortmund e.V. als Träger der Dortmunder Clearingstelle erfolgreich Fördermittel für den Zeitraum von April 2025 bis Dezember 2026 einwerben. Ob darüber hinaus eine Weiterförderung erfolgen wird, ist derzeit jedoch völlig offen. Dies steht zugleich im Spannungsverhältnis zum Koalitionsvertrag von CDU und Grünen in Nordrhein-Westfalen für die Legislaturperiode 2022–2027. Dort wurde ausdrücklich vereinbart, die bestehenden Beratungsangebote der Clearingstellen „zu verstetigen“ und das vorhandene Know-how landesweit auszubauen.¹¹ ESF-Förderungen sind dagegen grundsätzlich zeitlich befristete Projektförderungen, die eine dauerhafte strukturelle Absicherung der Clearingstellen im Sinne einer nachhaltigen Verstetigung nicht gewährleisten. Insgesamt besteht daher die Gefahr, dass die etablierten und funktionierenden Strukturen künftig nicht verlässlich fortgeführt werden können.

5.6.1 Überleitung in den Krankenversicherungsschutz – Clearingstelle Gesundheit

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	Soziales Zentrum Dortmund e.V. – Beratungsstelle Westhoffstraße
Umsetzung	Seit 2016; aktuelle Förderphase seit 1.4.2025 befristet bis zum 31.12.2026
Finanzierung	Zuwendung über ESF-Projektfinanzmittel und kommunale Mittel in Kooperation mit dem Gesundheitsamt
Konzeptioneller Ansatz	Zum Team der Clearingstelle Gesundheit gehören 2025 insgesamt drei muttersprachliche Mitarbeitende, die Beratung in rumänischer, bulgarischer, türkischer, arabischer, englischer und deutscher Sprache anbieten. Zwischenzeitlich konnten erneut Studierende der Sozialen Arbeit eingesetzt werden (vgl. 5.12.10), so dass phasenweise weitere Sprachen abgedeckt wurden. Die Expertise der Belegschaft ist multiprofessionell angelegt: Das Team hat Erfahrung im Bereich der Sozialen Arbeit, des Sozialrechts sowie in der Sprach- und Integrationsvermittlung und kann der Klientel somit in niedrigschwelliger Form begegnen.

¹¹ CDU NRW / Bündnis 90/Die Grünen NRW (2022): Zukunftsvertrag für Nordrhein-Westfalen. Koalitionsvereinbarung von CDU und GRÜNEN 2022–2027. Düsseldorf. S. 96, 4704-4707.

	Das virtuelle Kompetenzteam sechs großer gesetzlicher Krankenkassen in Deutschland (AOK, BKK, KKH, KBS, IKK, Continentale Krankenversicherung) steht für kollegiale Beratungen zur Verfügung. Aber auch über das virtuelle Kompetenzteam hinaus hat sich eine enge Zusammenarbeit mit den Krankenkassen aufgebaut. Diese Kooperation musste sich 2024/2025 neu sortieren, weil der vdek durch den Wegfall einer vermittelnden Fachkraft diese Funktion nicht mehr übernehmen konnte. Das Soziale Zentrum hat die Zusammenarbeit mit den Krankenkassen neu initiiert und startete im Jahr 2025 einen Kooperationsprozess, um die Strukturen der Zusammenarbeit stabil und verlässlich zu entwickeln.
Erfolge	Im Erhebungszeitraum Januar bis Dezember 2025 konnte die Clearingstelle Gesundheit ihre Arbeit erfolgreich fortsetzen und dabei beeindruckende Zahlen erzielen, auch 2025 konnte an die Erfolge der Vorjahre angeknüpft werden. Nach wie vor hat die Clearingstelle nur Projekt-Status, jedoch wird eine Verstetigung der Hilfe angestrebt. Die auf Grundlage der Erfolgsbilanz vom MAGS eingerichtete Arbeitsgruppe, in der gemeinsam mit den weiteren NRW-Clearingstellen Wege zur Verstetigung erarbeitet werden, hat 2025 ihre Arbeit fortgesetzt. Es gelang der Clearingstelle auch im Jahr 2025, einen Großteil der Ratsuchenden in eine Krankenversicherung überzuleiten, die Vermittlungsquote in einen Krankenversicherungsschutz konnte weiter gesteigert werden.
Herausforderungen	Die Bearbeitung der Fälle ist zeitintensiv und erfordert den bedarfsgerechten Umgang mit der häufig in prekären Lebensverhältnissen lebenden Klientel. Da der niedrigschwellige Zugang zu den Menschen durch die Krankenkassen nicht geleistet wird, sind die systematische Strukturierung der Kooperation zwischen Krankenkasse und der Clearingstelle Gesundheit, die Zusammenarbeit mit weiteren Krankenkassen und eine klare Struktur, auch über andere Kommunen hinweg, sinnvoll. Darüber hinaus sind Gespräche und verbindliche Vereinbarungen mit den Herkunftsländern, z.B. über verbesserte Möglichkeiten der Datenrecherche, zentral, da die Ratsuchenden häufig keine Auskunft über den bisherigen Versicherungsstatus im Herkunftsland geben können. Grundsätzlich ist an den bewährten Strukturen, die sich über die vergangenen zehn Jahre entwickelt haben, festzuhalten. Dafür ist die verlässliche Fortführung der Zusammenarbeit zwischen Clearingstelle Gesundheit und Krankenkassen, auch über das virtuelle Kompetenzteam hinweg, ein zentrales Erfordernis. Der ständige Projektstatus und die zum Jahresende 2026 auslaufende Förderphase stehen dem entgegen und schaffen Unsicherheit für Mitarbeitende und Klient*innen. Auch 2025 wurde deutlich, wie wichtig der persönliche Zugang zu Ämtern und Behörden ist, denn viele Klient*innen sind durch einen ausschließlich digitalen Zugang überfordert und faktisch ausgeschlossen. 2025 suchten Menschen aus verschiedenen südosteuropäischen Ländern die Clearingstelle Gesundheit auf. Die Differenzierung der Herkunftsländer wurde entsprechend dokumentiert. Trotz anhaltender Zuzüge aus der Ukraine wurde die Clearingstelle weiterhin nur von wenigen Menschen mit ukrainischem Pass aufgesucht.
Daten und Fakten 2025	▪ Seit Bestehen der Clearingstelle Gesundheit wurden 10.536 Beratungskontakte durchgeführt. Von diesen Beratungen waren 8.316 Kinder betroffen, was insbesondere die Bedeutung der Clearingstelle für Familien mit Kindern verdeutlicht. ▪ In 4.127 Fällen konnte ein Krankenversicherungsschutz direkt nach der Beratung hergestellt werden. Das entspricht einer Erfolgsquote von knapp 40 % und zeigt die hohe Effektivität der Beratungsarbeit. ▪ Mit 50 % bildeten Rumän*innen die größte Gruppe der Ratsuchenden. An zweiter Stelle folgten Menschen aus Bulgarien mit 30 %. ▪ Der Anteil der spanischen Ratsuchenden lag 2025 bei lediglich 1 %. ▪ Deutsche Staatsangehörige machten 4 % der Beratungen aus (unverändert).

	▪ Unter "Sonstige" sind mit 15 % Menschen aus verschiedenen anderen Ländern zusammengefasst. ▪ Trotz anhaltender Zuzüge aus der Ukraine wurde die Clearingstelle weiterhin nur von wenigen ukrainischen Klient*innen besucht.
--	--

5.6.2 Gesundheitskiosk

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Gesundheitsamt (Koordinierungsstelle im Gesundheitsbereich, Gesundheitskiosk)
Umsetzung	Pilot-Projekt seit 01.03.2025 bis 31.12.2026 befristet
Finanzierung	Fördermittel des ‚Pakt für den Öffentlichen Gesundheitsdienst‘ (Bund)
Konzeptioneller Ansatz	Die Mitarbeiter*innen im Gesundheitskiosk, angesiedelt im Sozialen Zentrum an der Westhoffstraße 8-12, bieten niederschwellig Zugang zu gesundheitlichen und sozialen Leistungen für Familien mit Zugangshürden zum Gesundheitssystem (mit und ohne Zuwanderungsgeschichte). In komplexen Fällen beraten und begleiten sie Familien durch das (gesundheitliche) Versorgungssystem. Der Gesundheitskiosk ist darüber hinaus ein Knotenpunkt in einem sektorübergreifenden Netzwerk zum Thema Gesundheit und vernetzt die handelnden Akteur*innen. Konkrete Angebote der Prävention und Gesundheitsförderung vervollständigen das Konzept. Der Kiosk bietet kurze, leicht zugängliche Wege, über die die Menschen möglichst direkt Zugang zu gesundheitlichen und sozialen (Dienst-)Leistungen und Präventionsangeboten erhalten. Kinder stehen dabei gemäß dem vom Rat beschlossenen Dortmunder Kindergesundheitsziel (vgl. DS-Nr. 07617-17) im Mittelpunkt.
Erfolge	Der Gesundheitskiosk schließt eine wichtige Lücke in der gesundheitlichen Versorgung und erzielt zählbare Effekte für Patient*innen und Akteure. Die Auswertung der Fallzahlenstatistik sowie die Auswertung der Datenbank des Dortmunder Gesundheitskiosks zeigen, dass vom 01.03.2025 bis einschließlich 22.01.2026 rund 1.600 Menschen erreicht wurden. Dieser Wert schließt alle Menschen ein, die in rund 120 offenen Sprechstunden bei Partnerorganisationen und vor Ort im Gesundheitskiosk, bei rund 30 Fachvorträgen zu spezifischen gesundheitlichen Themen, bei Fachveranstaltungen, Messen, Straßenfesten und zu gesonderten Beratungsterminen erreicht wurden. 329 Klient*innen wurden intensiv im Rahmen des Casemanagements beraten. Etwa 67 % aller Klient*innen wohnen im Stadtbezirk Innenstadt- Nord. Der Standort im Sozialen Zentrum am Nordmarkt trägt entscheidend dazu bei, die adressierten Zielgruppen zu erreichen. Partner*innen aus dem Netzwerk sehen bei ihren Klient*innen großen Bedarf für die gesundheitsbezogene Beratung durch den Gesundheitskiosk. Die Evaluation zeigt auf, dass der Gesundheitskiosk entscheidend dazu beiträgt, die kinderärztliche Anbindung der Familien zu verbessern: Von 102 erreichten Kindern konnten 100 Kindern erfolgreich in kinderärztliche Versorgung vermittelt werden (Betrachtungszeitraum 01.03.2025 bis einschließlich 22.01.2026).
Herausforderungen	Größte Herausforderung für das Angebot ist die bislang befristete Finanzierung durch Fördermittel des Bundes aus dem Pakt ÖGD bis 31.12.2026.
Daten und Fakten 2025	Siehe Evaluationsbericht: Evaluation Dortmunder Pilot Gesundheitskiosk (Drucksache Nr. 01426-26) https://sessionnet.owl-it.de/dortmund/BI/info.asp

5.6.3 Sprechstunde für nicht krankenversicherte (schwangere) Frauen – Schwangerschaft und Geburt

Art	Regelangebot								
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Gesundheitsamt (Kinder- und Jugendärztlicher Dienst)								
Umsetzung	dauerhaft seit 2012								
Finanzierung	Städtische Mittel								
Konzeptioneller Ansatz	Häufig haben Menschen aus Süd-Ost Europa keinen Krankenversicherungsschutz (vgl. 0). Daher bietet das Gesundheitsamt für schwangere Dortmunderinnen ohne Versicherungsschutz eine medizinische Grundversorgung an. Teil des Angebotes sind: ▪ Untersuchung und Behandlung bei sexuell übertragbaren Erkrankungen ▪ Basis-Schwangerschaftsvorsorgeuntersuchungen (Anlehnung an Mutterschaftsrichtlinien) ▪ Ausstellung von Privatrezepten für die Antibabypille und kostenlose Ausstellung von Privatrezepten für die Spirale (Untersuchung, Einsetzen) ▪ Vergabe Verordnung von Medikamenten ▪ Impfungen nach den Empfehlungen der STIKO ▪ Beratung und Vermittlung in weitere Angebote.								
Erfolge	Durch die Betreuung der Schwangerschaft können Erkrankungen erkannt und die Gesundheitssituation der werdenden Mütter und damit der Kinder signifikant verbessert werden. Die Vernetzung mit weiteren Unterstützungsangeboten ermöglicht gemeinsame Einschätzungen der Lebenslagen. Eine Kooperation mit unterschiedlichen Angeboten, Beratungsstellen, Kliniken und zum Jugendhilfedienst wird gepflegt. Das Angebot leistet einen Beitrag zur Vermeidung impfpräventabler Erkrankungen, zur Gesundheitsvorsorge und -fürsorge in den betroffenen Familien, es ermöglicht das Erkennen und Behandeln sexuell übertragener Erkrankungen.								
Herausforderungen	Das Angebot ermöglicht lediglich eine Basisversorgung. Bei Risikoschwangerschaften (Vielgebärende, sehr junge, teils minderjährige Mütter, untergewichtige Frauen etc.) sind keine Überweisung an weitergehende medizinische Fachbereiche bzw. an die Perinatalzentren möglich. Auch eine Verordnung von Heil- und Hilfsmitteln, Dauermedikationen oder Therapieverordnungen ist nicht möglich, solche Verordnungen oder Überweisungen können nur für Selbstzahler*innen erfolgen. Auffällig ist ein hoher Anteil minderjähriger Schwangerer aus Süd-Ost-Europa. Im Zusammenhang mit der Überprüfung der Zugangsvoraussetzungen zum Krankenversicherungssystem besteht eine enge Kooperation mit der Clearingstelle Gesundheit. Teilweise finden die Menschen aber trotz vorhandenen Krankenversicherungsschutzes keinen Zugang zu haus- oder fachärztlicher Versorgung. Hier wird über die Anbindung an andere Kooperationspartner, wie z.B. den Gesundheitskiosk, versucht, eine Versorgung zu erreichen.								
Daten und Fakten 2024/2025	<table><tr><td></td><td>2024</td><td>2025</td></tr><tr><td>Kontakte gesamt</td><td>728</td><td>846</td></tr></table> Sprechzeiten: Montag 09:00-13:00 – Mittwoch 09:00-12:00 12:30-15:00 – Donnerstag 09:00-13:00 Erreichbarkeit: Tel 0231 50-23211 – Fax 0231 50-10102 – g53nkv@stadtdo.de				2024	2025	Kontakte gesamt	728	846
	2024	2025							
Kontakte gesamt	728	846							

5.6.4 Hebammen-Zentrum im Gesundheitsamt und aufsuchende Hebammenbetreuung für nicht krankenversicherte (schwangere) Frauen – Schwangerschaft und Geburt

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Gesundheitsamt in Kooperation mit dem Jugendamt
Umsetzung	17.06.2019 bis zum 31.12.2025.
Finanzierung	Städtische „nordwärts“-Mittel, Krankenkassen
Konzeptioneller Ansatz	Das Angebot wurde in Kooperation des Gesundheits- und des Jugendamtes der Stadt Dortmund im Rahmen der Maßnahme ‚Werdende Eltern – informiert von Anfang an‘ durchgeführt und war im Handlungsfeld der Frühen Hilfen verortet. Freiberuflich tätigen Hebammen wurde kostenfrei ein Raum im Gesundheitsamt zur Verfügung gestellt, den sie zur Beratung und Begleitung von (werdenden) Eltern nutzen konnten. Obwohl krankenversicherte Frauen laut § 24d SGB V Anspruch auf ärztliche Betreuung und Hebammenhilfe haben, fanden aufgrund des anhaltenden Hebammenmangels nicht alle (werdenden) Eltern eine aufsuchend tätige Hebamme. An dieser Stelle setzte das Hebammen-Zentrum an und verfolgte das Ziel, einen Beitrag zur Entschärfung dieser Versorgungslücke zu leisten. Durch die Bündelung der Betreuung im Gesundheitsamt entfielen mögliche Fahrzeiten der Hebammen zu den Familien, so dass mehr Zeit für die eigentliche Tätigkeit blieb. Darüber hinaus bestand im Rahmen des Hebammen-Zentrums die Möglichkeit, auch (werdende) Mütter ohne Krankenversicherungsschutz (aufsuchend) zu betreuen, die keinen rechtlichen Anspruch auf Hebammenhilfe haben. Die gynäkologische Sprechstunde für nicht krankenversicherte Frauen im Gesundheitsamt stellte hierbei einen wichtigen Zugang zu ihnen dar. Die Betreuung von (werdenden) Müttern ohne Krankenversicherungsschutz wurde über Fördermittel des Dortmunder Projektes „nordwärts“ realisiert. Abrechnungen von Leistungen, die für Frauen mit Krankenversicherungsschutz erbracht wurden, erfolgten über die jeweilige Krankenkasse.
Erfolge	Um den Zugang zum Hebammen-Zentrum zu erleichtern, die Koordination der Terminplanung zu optimieren und das Angebot zwecks Mitarbeit weiterer freiberuflicher Hebammen attraktiver zu gestalten, wurde eine Umstrukturierung des Projekts geplant und im Frühjahr 2024 umgesetzt. Ein zentrales Element hierbei war die strukturelle Anbindung des Hebammen-Zentrums an die ‚Hebammen-Hotline‘, die von einer freiberuflich tätigen Hebamme besetzt ist, (werdende) Eltern oder auch Fachkräfte bei Fragen zur Hebammenversorgung berät und bei der Hebammensuche unterstützt. Sofern (werdenden) Familien, die sich telefonisch oder über das Online-Kontaktformular der Hebammen-Hotline meldeten, keine freiberuflich tätige Hebamme vermittelt werden konnte, waren über diesen Weg eine Weitervermittlung an das Hebammen-Zentrum und die Koordinierung eines entsprechenden Termins zur vor- oder nachgeburtlichen Betreuung im Gesundheitsamt möglich.
Herausforderungen	Obwohl das Hebammen-Zentrum einer aufsuchenden Beratung und Betreuung durch freiberuflich tätige Hebammen (verankert in SGB V) nicht vorgezogen werden konnte bzw. durfte, bestand Bedarf für eine Ersatzleistung, insbesondere für Frauen ohne Krankenversicherungsschutz, die keinen rechtlichen Anspruch auf Hebammenbetreuung haben. Dabei musste das Alternativangebot niederschwellig genug sein, um von (werdenden) Eltern akzeptiert und in Anspruch genommen zu werden. Trotz der günstigen Anbindung an die gynäkologische Sprechstunde für nicht krankenversicherte Frauen war der

	Standort des Hebammen-Zentrums im Gesundheitsamt mitunter ein Hindernis, das teils dazu geführt hat, dass vereinbarte Termine nicht eingehalten wurden, z.B. aufgrund einer zu weiten Entfernung vom direkten Lebensumfeld. Die geplante Einrichtung von ‚Zweigstellen‘ des Hebammen-Zentrums im Jahr 2020 scheiterte unter anderem aufgrund der Corona-Pandemie. Die Motivation, freiberuflich tätige Hebammen für eine Beteiligung am Angebot zu gewinnen, beruhte immer maßgeblich darauf, dass es in Dortmund projektbeteiligte Hebammen gibt, die sich der Arbeit für Familien in psychosozialen Belastungslagen sowie den Aktivitäten und Tätigkeiten der Frühen Hilfen in Dortmund besonders verbunden fühlen. Gleichzeitig wurde eine Beteiligung von vielen Hebammen als wenig attraktiv wahrgenommen. Ursächlich hierfür war insbesondere der hohe zusätzliche organisatorische und zeitliche Aufwand: Familien benötigen häufig mehrere Anläufe, um Angebote der Frühen Hilfen tatsächlich wahrzunehmen, und bis zur Einführung der neuen Struktur lag auch die gesamte Terminkoordination bei den Hebammen selbst.
Daten und Fakten 2024/2025	Die Evaluation des Angebots im Jahr 2024 und die verstärkte Anbindung an die Hebammen-Hotline von Juni bis Dezember 2024 haben ergeben, dass die allermeisten (werdenden) Familien über die Hebammen-Hotline in eine regulär Hebammenbetreuung überführt werden konnten. ▪ Von 15 Telefonaten über die Telefonnummer des Hebammen-Zentrums wurden 12 (werdende) Familien zur Hebammen-Hotline weitervermittelt und in eine reguläre Hebammenbetreuung überführt. ▪ Lediglich ein Anruf führte zu einer Betreuung im Hebammen-Zentrum, vor Ort im Gesundheitsamt. ▪ Auf Grundlage dieser Erkenntnisse ruhte das Angebot der individuellen Terminvereinbarung und Hebammenbetreuung über das Hebammen-Zentrum seit Anfang 2025. ▪ Bis die Projektförderung am 31.12.2025 ausgelaufen ist, hat weiterhin einmal wöchentlich eine freiberuflich tätige Hebamme parallel zur gynäkologischen Sprechstunde für nicht krankenversicherte Frauen Beratungsleistungen erbracht, da sich dies durchgängig als wertvolle Ergänzung für das Angebot vor Ort erwiesen hat.

5.6.5 Familienstrukturen stärken – Aufsuchende Elternberatung (AEB)

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Gesundheitsamt, in Kooperation mit Hebammen und Kinderkrankenschwestern, Ärzt*innen, Kliniken, Fördereinrichtungen und Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen
Umsetzung	dauerhaft
Finanzierung	aus städtischen und Bundesfördermitteln
Konzeptioneller Ansatz	Die Aufsuchende Elternberatung – AEB ist ein freiwilliges Angebot des Gesundheitsamtes ausgeübt durch Familienhebammen, Familien-Kinder- und Jugendgesundheitspflegende, Hebammen und Kinder- und Jugendgesundheitspflegende des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes. Ziel ist es, Familien in belasteten Lebenssituationen so früh wie möglich, am besten schon zu Beginn der Schwangerschaft, zu erreichen und Unterstützung anzubieten. Grundvoraussetzung ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Familien. Durch das multikulturelle Team gibt es verschiedene Sprachkenntnisse und kulturelle Hintergründe, was den Zugang insbesondere zu zugewanderten Familien erleichtert.

	Wesentlicher Bestandteil der Begleitung sind die Bindungsförderung zwischen Eltern und Kindern, sowie eine gute und enge Kooperation mit Ärzt*innen, Kliniken, unterschiedlichen Fördereinrichtungen, Schwangerschaftsberatungsstellen, Willkommen Europa, dem kommunalen Integrationsmanagement um nur einige Beispiele zu nennen. Das Angebot steht allen Dortmunder Familien unabhängig von Herkunft und sozialem Status zur Verfügung, es ist kostenlos, niederschwellig und freiwillig. Eine Begleitung ist maximal bis zum 3. Lebensjahr des Kindes möglich.	
Erfolge	Durch die Förderung des Gesundheitsbewusstseins in den Familien, die Bindung zum Kind und die Schaffung eines individuellen Netzwerkes ist eine Verbesserung der kindlichen Lebenswelt und eine Entlastung des familiären Systems erreichbar, welche in der Folge zu einer verbesserten Lebenssituation aller führt.	
Herausforderungen	Die Arbeit mit den Familien erfordert ein besonderes Vertrauensverhältnis, das nur durch eine wertschätzende und intensive Begleitung möglich ist. Der Aufwand rund um den Hausbesuch ist sehr hoch. Gründe sind u.a. Multi-Problemlagen in den Familien. Es fehlen teilweise grundlegende Dinge zum Leben, dazu gehören Nahrung, Kleidung und Hygieneartikel, oder aber auch passender Wohnraum. Chronische oder psychische Erkrankungen von Eltern oder Kindern, Behinderungen oder zu früh geborene Kinder sind eine weitere große Herausforderung. Anderes Verständnis von Gesundheit, Unkenntnis über das Gesundheits- und Sozialsystem, mangelnde Bildung z.T. Analphabetismus verschlechtern die Lebenssituation zusätzlich. Eine große Herausforderung ist die Anbindung an einen Kinderarzt bei bestehendem Versicherungsschutz, da eine Vermittlung in die reguläre Betreuung häufig nicht oder nur unter erheblichem Aufwand und zum Teil nur unter Inkaufnahme langer Anfahrtswege gelingt.	
Daten und Fakten 2025	In 2025 neu angenommene Familien	96
	Hausbesuche gesamt	2503
	Familien aus Aktionsräumen	126
	davon Betreuung in Aktionsräumen der Nordstadt (Nordmarkt, Borsigplatz, Hafen)	37

5.6.6 **Gesundheitliche Versorgung: Sprechstunde für nicht krankenversicherte Kinder und Jugendliche – 0 bis unter 6 Jahren**

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Gesundheitsamt Dortmund, Kinder- und Jugendärztlicher Dienst
Umsetzung	Dauerhaft seit 2011
Finanzierung	Städtische Mittel
Konzeptioneller Ansatz	Häufig besteht für Menschen aus Süd-Ost Europa kein Krankenversicherungsschutz. Daher bietet das Gesundheitsamt für alle Dortmunder Einwohner ohne Versicherungsschutz eine medizinische Grundversorgung für Kinder und Jugendliche an. Unterstützt wird die Arbeit des medizinischen Teams durch Sprachkenntnisse des medizinischen Teams sowie Sprachmittler mit unterschiedlichen Sprachkompetenzen, unter anderem rumänisch, bulgarisch, russisch, arabisch, türkisch, spanisch, polnisch und englisch. Teil des Angebotes sind: Vorsorgeuntersuchungen, Regelimpfungen nach STIKO Empfehlung, symptombezogene Untersuchung, Behandlung akuter Erkrankungen inklusive Verordnung von notwendigen Medikamenten, Beratung und Vermittlung in weitere Angebote.

Erfolge	Das Angebot ermöglicht die Behandlung akuter Erkrankungen, die sonst unbehandelt blieben. Des Weiteren werden die regulären Vorsorgeuntersuchungen und eine allgemeine Gesundheitsberatung sowie Impfungen angeboten. Das Angebot trägt zur Vermeidung impfpräventabler Erkrankungen bei und unterstützt die Gesundheitsvorsorge und -fürsorge in den betroffenen Familien. Die Vermittlung an weitere Hilfsangebote, insbesondere die Clearingstelle Gesundheit, funktioniert gut. So gelingt häufig die Überleitung in einen Krankenversicherungsschutz bzw. das deutsche Krankenversicherungssystem.		
Herausforderungen	Lediglich eine Basisversorgung kann vorgehalten werden, Überweisungen an weitergehende medizinische Fachbereiche sind nicht möglich, ebenso keine Verordnung von Heil- und Hilfsmitteln, Dauermedikationen oder Therapieverordnungen. Solche Leistungen können nur von Selbstzahler*innen in Anspruch genommen werden. Nach wie vor gibt es viele Anfragen versicherter Familien, bzw. Familien aus unserer Sprechstunde, die erfolgreich eine Versicherung erhalten haben, da sie trotz vorhandener Krankenversicherung keine Anbindung an einen niedergelassenen Kinderarzt/ärztin finden. Der KV-Sondersitz zur Niederlassung als Pädiater in der Nordstadt ist derzeit noch unbesetzt.		
Daten und Fakten 2024/2025		2024	2025
	Kontakte gesamt	1.045	892
	Sprechstunden: Montag 09:00-12:00 12:30-15:00 – Dienstag 09:00-13:00 – Donnerstag 09:00-13:00 Erreichbarkeit: Tel 0231 50-23211 – Fax 0231 50-10102 – g53nkv@stadtdo.de		

5.6.7 Schuleingangs- und Seiteneinstiegs-Untersuchung

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Kinder- und Jugend- Gesundheitsdienst
Umsetzung	dauerhaft
Finanzierung	Städtische Mittel
Konzeptioneller Ansatz	Die Schuleingangsuntersuchung vor Beginn des regulären Besuches der Grundschule ist eine Pflichtuntersuchung aller kommenden Einzuschulenden durch den Öffentlichen Gesundheitsdienst, ÖGD. Mittels standardisierten Screenings (SOPESS) werden die schulischen Vorläuferfähigkeiten erfasst und bewertet. Auch die Seiteneinsteigenden-Untersuchung ist eine Pflichtuntersuchung für alle schulpflichtigen neuzugewanderten Kinder und Jugendlichen. Hier stehen die gesundheitliche Situation der Kinder und Jugendlichen und die Einschätzung der aktuellen Bildungssituation im Vordergrund. Ein standardisiertes Entwicklungsscreening steht hier nicht zur Verfügung.
Erfolge	Ziele der Schuleingangsuntersuchung sind die Einordnung der individuellen Leistungsfähigkeit vor dem Hintergrund der gesundheitlichen und sozialen Lebenssituation, die Erhebung etwaiger Unterstützungsbedarfe, die ausführliche Beratung zu gesundheitlichen Fragestellungen inklusive Impfberatung und die ausführliche Beratung zur allgemeinen psychosozialen Entwicklung. Außerdem dient sie der Erhebung von Entwicklungsdaten der entsprechenden Jahrgänge zur Erstellung von Gesundheitsberichten und daraus ableitbaren Förder- oder Entwicklungsbedarfen innerhalb der Gesellschaft. Die Seiteneinsteiger*innen- Untersuchung zielt auf die Erhebung der gesundheitlichen Situation inklusive Impfstatus und psychischer Gesundheit. Zum deutschen Gesundheitssystem inklusive Impfungen und Impfpflicht wird ausführlich beraten. Bei Bedarf erfolgt die Vermittlung in weitere Hilfsangebote. Auch andere Angebote, z.B. Sportvereine, Sprachkurse für Eltern etc., werden vorgestellt. Die Anzahl der untersuchten Seiteneinsteigenden Kinder und Jugendlichen ist stark abhängig von der allgemeinen geopolitischen Lage und der

	damit zusammenhängenden Migrationsbewegung, daher liegen hier über die Jahre stark schwankende Zahlen vor.		
Herausforderungen	Eine sprachliche Barriere ist für reguläre Schulanfängerinnen und -anfänger mit Migrationshintergrund wie auch für Seiteneinsteigende eine große Hürde. Die Abgrenzung von Sprachentwicklungsstörungen, insbesondere im Vorschulalter, zu mangelnden Sprachkenntnissen ist häufig schwierig. Die vorschulische Förderung neuzugewanderter Kinder ist oft eingeschränkt (fehlender Kindergartenplatz, nur unregelmäßiger Kindergartenbesuch, fehlende Vorsorgen bei fehlendem Versicherungsschutz oder fehlendem Kinderarzt, Unkenntnis über das deutsche Bildungs- und Gesundheitssystem usw.). Bei den Kindern und Jugendlichen liegen häufig durch Flucht oder mehrfache Umzüge abgebrochene Bildungsketten vor. Erschwerend kommen teils ausgrenzende Bildungsbedingungen und -erfahrungen hinzu. Der erschwerte Zugang zum Gesundheitssystem ist auch im Kontext der Schuluntersuchungen spürbar, vor allem wenn es um die Umsetzung der Masernimpfpflicht oder eventuell erforderliche medizinische Weiterversorgung, therapeutische Begleitung oder Hilfsmittel geht. Bezüglich der Masern-Impfung ist für sowohl versicherte als auch nichtversicherte Kinder und Jugendliche eine Impfung durch das Gesundheitsamt im Rahmen der Sprechstunde für Nicht-Krankenversicherte Kinder möglich.		
Daten und Fakten 2024/2025	Seiteneinsteigende	2024	2025
	• Anzahl Meldungen	1.426	1.071
	• Untersuchungen Meldungen	1.003	815
	davon Seiteneinsteigende aus Rumänien und Bulgarien	38	137

5.6.8 Behandlung von an Tuberkulose erkrankten Menschen – lebensphasenübergreifend

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Gesundheitsamt; Infektionsschutz und Umweltmedizin, Team Umweltmedizin/Tuberkulosefürsorge
Umsetzung	dauerhaft
Finanzierung	städtische Mittel
Konzeptioneller Ansatz	Tuberkulose tritt gehäuft bei Menschen in prekären Lebensverhältnissen auf. Armut, beengte Lebensverhältnisse, schlechte Ernährung, Suchterkrankungen und weitere Begleiterkrankungen begünstigen die Erkrankung. Tuberkulose wird häufig bei Personengruppen diagnostiziert, die aus Ländern stammen, in denen die Erkrankung in der Bevölkerung stärker als in Deutschland vertreten ist. Ursache ist oft eine im Herkunftsland bereits in der Kindheit erworbene, lange Zeit ‚verborgene‘ Tuberkulose, die unter belastenden Lebensbedingungen wieder ‚aktiv‘ werden kann. Aufgabe des Dortmunder Gesundheitsamtes ist es, zum Schutz der Allgemeinbevölkerung und der betroffenen Menschen, krankheitsverdächtige Personen zu ermitteln sowie die Überwachung der ausreichenden Behandlung zu übernehmen und sicherzustellen. Bei zugewanderten, nicht sprachkundigen Personen, aber auch bei Obdachlosen, erfordern Kommunikation und Kontrolle einen hohen Betreuungsaufwand im Gesundheitsamt und in weiteren städtischen Ämtern, den Obdachlosenhilfen, bei Übersetzern und sozialen Hilfen.
Erfolge	Besonders hervorzuheben ist die sehr gute Zusammenarbeit mit dem kinder- und jugendärztlichen Dienst, speziell der Ambulanz für die Basisversorgung nicht krankenversicherter Kinder. Ohne diese personelle Unterstützung wären auch 2025 eine Reihe von Maßnahmen nicht so reibungslos und unkompliziert für alle Beteiligten plan- und umsetzbar gewesen. Gemeinsam konnten so z.B. nicht nur Lösungen für notwendige medizinische

	Untersuchungen und Begleitkontrollen bei TBC verdächtigen Kindern aus Familien mit Indexpatienten gefunden werden, sondern auch die notwendigen kinderärztlichen Untersuchungen in Schulen und KITAs für die Kinder und Eltern in angenehmer und unkomplizierter Weise erfolgen. Darüber hinaus besteht eine enge Kooperation mit dem mobilen medizinischen Dienst, gemeinsam mit dem Fachdienst soziale Gesundheitsversorgung, sodass auch für Menschen in besonderen Lebenslagen die nötige Unterstützung und Begleitung sichergestellt werden konnte.
Herausforderungen	Wie in den vergangenen Jahren gibt es zahlreiche Barrieren und Herausforderungen in der Behandlung und Begleitung TBC-Erkrankter aus Südosteuropa, wobei die möglichen Gründe vielfältig sind. Häufig fehlt ein Krankenversicherungsschutz oder dieser ist zunächst unklar, sodass die Übernahme der Kosten zu prüfen und nach § 19.2 (IfSG) ggf. von der Kommune zu übernehmen sind. Die Klärung möglicher Kostenträger ist in der Regel zeitintensiv und erfordert die Einbindung weiterer Stellen, z.B. des Sozialamtes. Zur Sicherstellung der Ermittlung von Kontakten und möglicher weiterer Infektionen stellen die Mitarbeitenden Ermittlungen an (§ 25 IfSG). Diese können aus verschiedenen Gründen erschwert sein, insbesondere aber durch hohe sprachliche Barrieren und schwierige Lebenslagen der Betroffenen, z.B. durch Erwerbs-, bzw. Mittellosigkeit, Unterkunft in überbelegten Wohnräumen und/oder Obdachlosigkeit sowie bestehende Begleiterkrankungen, insbesondere aus dem Bereich der Suchterkrankungen. In einigen Fällen fehlt darüber hinaus die aktive Mitarbeit der Erkrankten, sodass sich der Aufwand zur Sicherstellung einer effektiven medizinischen Versorgung, die wiederum als Grundlage für den Schutz der Allgemeinheit notwendig ist, weiter erhöht. Gleichzeitig ist neben sprachlichen Barrieren in vielen Fällen auch das Wissen über das Krankheitsbild Tuberkulose gering, sodass die Vermittlung der Bedeutung der verschiedenen Maßnahmen mit deutlich erhöhtem Aufwand einhergeht und zum Teil erfolglos bleibt, sodass bei einigen Personen die Sicherstellung der täglichen Medikamenteneinnahme z.B. durch einen ambulanten Pflegedienst erforderlich ist. Im Falle von Obdachlosigkeit ist es darüber hinaus häufig erforderlich auch entsprechenden Wohnraum zu organisieren, was i. d. R. in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt erfolgt. Im Jahr 2025 waren für sieben Personen aus dem Herkunftsbereich „EU2“ Maßnahmen erforderlich. Bei vier dieser Personen mussten intensivisierte Maßnahmen wie bspw. die Überwachung der täglichen Medikamenteneinnahme (daily observed therapy) erfolgen. Zur Sicherstellung des Schutzes der Allgemeinbevölkerung sieht das IfSG die Möglichkeit der zwangsweisen Absonderung in einer geeigneten Einrichtung vor. Diese Maßnahme stellt die letzte Option dar und geht mit hohem Aufwand einher, da neben organisatorischen und fachlichen, auch die juristischen Fragestellungen zu berücksichtigen sind. Für den hier genannten Personenkreis musste im Jahr 2025 keine zwangsweise Absonderung erfolgen. Durch die Zusammenarbeit der beteiligten Stellen konnte die Versorgung jeweils im ambulanten Setting erfolgen. Eine Person entschied sich entgegen der bestehenden Auflagen für die Ausreise und Therapie im Heimatland.
Daten und Fakten 2025	▪ Die Nachverfolgung und -betreuung der an Tuberkulose erkrankten Personen umfasst i.d.R. einen Zeitraum von 24 Monaten. Somit wurden auch 2025 noch Personen mit Ersterkrankung 2023 und 2024 weiter betreut. ▪ Aus 75 an das Gesundheitsamt neu gemeldeten Tuberkulose Verdachtsfällen ergaben sich in Dortmund 47 meldepflichtige Erkrankungen nach dem Infektionsschutzgesetz. 33 der an Tuberkulose Erkrankten stammten aus unterschiedlichsten Ländern weltweit (Afghanistan, Albanien, Angola, Aserbaidshan, Äthiopien, Bangladesch, Bulgarien, Demokratische Republik Kongo, Griechenland, Guinea, Indien, Iran, Italien, Kamerun, Kasachstan, Kenia, Laos, Marokko, Mongolei, Nigeria, Polen, Rumänien, Serbien, Slowenien, Somalia, Spanien, Sri Lanka, Syrien, Türkei, Ukraine). Hierunter waren 11 Erkrankte aus Südosteuropa, davon 7 mit Staatsangehörigkeit EU2 (vgl. Tabelle). ▪ Die gemeldeten Fälle führten zur Nachverfolgung und -kontrolle bei insgesamt 275 Personen, hierunter z.B. auch Schüler*innen einer Grund- und einer Berufsschule.

- 2025 wurden insgesamt sechs Wohnungslose mit Tuberkulose betreut. Insgesamt verstarben 2025 drei der hier gemeldeten Erkrankten. In neun Fällen war die Einschaltung eines Dolmetschers zur Verständigung notwendig.

Jahr	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2025
Tuberkulose-Erkrankte	45	59	71	66	74	63	58	57	43	61	44	40	47
davon mit EU2-Staatsangehörigkeit	6	6	15	5	11	7	8	5	5	6	5	6	7

5.7 HANDLUNGSFELD WOHNEN UND ZUSAMMENLEBEN: NACHBARSCHAFTEN UND QUARTIERE STABILISIEREN

Nach wie vor befindet sich der Dortmunder Wohnungsmarkt in der Gesamtbetrachtung in einem deutlichen Anspannungsprozess. Die strukturelle Wohnungsleerstandsquote bewegt sich auf sehr niedrigem Niveau, so dass für Wohnungssuchende ein geringes Angebot mit wenigen Wahlmöglichkeiten zur Verfügung steht. Gleichzeitig steigen die Mieten immer weiter an. In der Folge sind das untere und das mittlere Mietpreissegment seit Jahren als angespannt zu bezeichnen.

Der Zugang zu angemessenem und bezahlbarem Wohnraum ist vor allem dann erschwert, wenn mehrere Merkmale zusammenwirken. So sind Menschen ohne ausreichende sprach- und gesellschaftskulturelle Kenntnisse und ohne ein regelmäßiges, auskömmliches Einkommen häufig bei der Wohnungssuche benachteiligt. Haushalte, die sich mit multiplen Problemlagen konfrontiert sehen, sind oftmals mit dem komplexen Thema der Wohnungssuche überfordert und benötigen Unterstützung. Auch die Haushaltsgröße kann sich als Barriere erweisen. Das Angebot an bezahlbarem Wohnraum ist vor allem für Singlehaushalte und Familien knapp. Insbesondere kinderreiche Familien konkurrieren immer häufiger mit anderen zahlungskräftigeren Haushaltstypen um große (familiengerechte) Wohnungen.

Die Zuwanderung von Geflüchteten 2015/2016 und seit März 2022 aus der Ukraine, aber auch von Menschen aus anderen Regionen Europas, erhöht den Nachfragedruck im unteren Preissegment. Im Ergebnis ist es für die aus den EU2-Staaten nach Dortmund zugewanderten Menschen, die zu rund 50 Prozent in der Dortmunder Nordstadt leben, mit besonderen Herausforderungen verbunden, eine Wohnung zu finden. Hier spielen auch vorurteilsbelastete Einstellungen von Vermietenden, die in Beratungssituationen insbesondere gegenüber der Roma-Community teils offen diskriminierend oder auf subtile Weise geäußert werden, eine Rolle. Über die bereits seit Jahren in den Sachstandsberichten beschriebenen ausbeuterischen Strukturen zahlen die Menschen über-
teuerte Mieten für verwahrloste Wohnungen und sind nicht selten ohne Versorgung mit Strom, Wasser etc.

Zuwanderung in hoher Quantität ist weiter zu erwarten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass auch schon länger hier lebende Menschen und Einheimische, die an oder unterhalb der Armutsgrenze leben, einen Bedarf an adäquatem, preiswertem Wohnraum haben. Gestiegene Lebenshaltungskosten werden die angespannte Situation im Themenbereich Wohnen weiter verstärken. Es ist zu vermuten, dass sich eine Verschärfung von Problemen manifestieren wird.

Die Stadt Dortmund geht auf mehreren Ebenen gegen diese Missstände vor.

5.7.1 **Übergreifende Reaktivierung von Problemimmobilien in der Nordstadt: Stadterneuerung, Fallmanagement Problemhäuser und Viertelwerk gGmbH**

Bei der Reaktivierung von Problemimmobilien unterscheidet die Stadt Dortmund zwischen städtebaulichen und ordnungsrechtlichen Problemimmobilien, die sich – je nach vorliegenden Mängeln, Missständen und Problemlagen – teilweise überschneiden. Die Maßnahmen der Stadterneuerung sind Teil einer gesamtstädtischen Strategie zum Umgang mit Problemimmobilien, dem sogenannten ‚Stufenmodell Problemimmobilien in der Dortmunder Nordstadt‘. Ziel der Stadterneuerung ist es, Eigentümer*innen städtebaulich problematischer Immobilien mit unterschiedlichen Instrumenten zum Handeln zu bewegen. Diese reichen von Beratung über Förderung bis hin zu Zwangsmaßnahmen. Mit städtebaulichen Geboten und der Ausübung des Vorkaufsrechts bietet das Baugesetzbuch entsprechende Möglichkeiten beim Vorliegen städtebaulicher Missstände. Das Amt für Stadterneuerung arbeitet dabei eng mit dem Quartiersmanagement Nordstadt (Team Immobilien) und verschiedensten Fachbereichen der Stadt Dortmund zusammen.

5.7.1.1 **Maßnahmen der Stadterneuerung**

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Amt für Stadterneuerung unterstützt durch das Quartiersmanagement Nordstadt (Team Immobilien) in Kooperation mit weiteren städtischen Fachbereichen (Liegenschaften, Ordnungs-, Wohnungs-, Stadtplanungs- und Bauordnungs-, Rechts-, Gesundheits-, Umwelt-, Jugend- und Sozialamt, Stadtkasse, Strategische Sozialplanung) sowie externen Akteuren
Umsetzung	Dauerhaft, fördermittelgebunden
Finanzierung	Fördermittel für den Erwerb und die Weiterveräußerung von Problemimmobilien per Konzeptvergabe (Kommunaler Entwicklungsfonds) und städtische Mittel (Umsetzung)
Konzeptioneller Ansatz	Vor allem in der Dortmunder Nordstadt stehen sogenannte Problemimmobilien im Fokus der Stadt. Es handelt sich dabei in der Regel um baulich verwahrloste Gebäude, die negativ auf ihr Umfeld ausstrahlen. Sie entfalten auf Grund von Leerstand, baulichen Schäden und/oder ungesunden Wohn- und Lebensverhältnissen negative Auswirkungen auf das städtebauliche, wohnungswirtschaftliche und soziale Gefüge des unmittelbaren und weiteren Umfeldes. Mit dem von der Stadterneuerung beauftragten Quartiersmanagement Nordstadt, dem Hof- und Fassadenprogramm sowie der Möglichkeit besonderer steuerlicher Abschreibungen, stehen Immobilieneigentümer*innen im Stadterneuerungsgebiet Nordstadt Beratungsangebote und finanzielle Anreize zur Verfügung, um Immobilien zu modernisieren. Die Mittel sind nicht auf Problemimmobilien beschränkt, gleichwohl wurden in den letzten Jahren zahlreiche ehemalige Problemimmobilien im Nachgang einer Beratung durch das Quartiersmanagement mit oder ohne Fördermittel modernisiert. Trotz des erfolgreichen Engagements privater Investor*innen sowie Wohnungsunternehmen bei der In-Wert-Setzung von Problemimmobilien und des sich daraus ergebenden Nachahmungseffektes, sind Förderanreize nicht bei allen Problemimmobilien ausreichend, um eine positive Entwicklung anzustoßen. Bei erheblichen Problemlagen sieht sich die Stadt Dortmund in besonderem Maße in der Pflicht, sich um derartige Immobilien zu kümmern. Um die Eigentümerin bzw. den Eigentümer einer verwahrlosten Immobilie zum

	Handeln zu verpflichten, kann das Amt für Stadterneuerung den Erlass eines Modernisierungs- und Instandsetzungsgebots bzw. eines Rückbaugebots prüfen und anordnen. Darüber hinaus kann die Stadt in bestimmten Fällen das Vorkaufsrecht ausüben oder mit Käufer*innen verwahrloster Immobilien Abwendungsverträge abschließen, um sicherzustellen, dass die Objekte zeitnah entsprechend den Zielen des Stadterneuerungs- bzw. Sanierungsgebietes entwickelt werden.
Erfolge	Anhand der gesamtstädtischen Strategie (Stufenmodell Umgang mit Problemimmobilien der Stadterneuerung) konnte die Zahl der Problemimmobilien in der Nordstadt bereits deutlich verringert werden. Dies ist zu einem wesentlichen Anteil durch Forcierung von Verkäufen bzw. Eigentümer*innenwechsel durch das Amt für Stadterneuerung zurückzuführen. Die im Anschluss erfolgte Beratung durch die Stadt selbst oder durch das vor Ort tätige Quartiersmanagement führte in den meisten Fällen zu Sanierungs- und Instandsetzungsmaßnahmen. Überwiegend handelt es sich um private Einzel- und Mehrfacheigentümer*innen, die intensiv in ihre Immobilien investieren. Ergänzend konnten in der Vergangenheit und sollen zukünftig durch den gezielten Erwerb von Problemimmobilien durch die Stadt Dortmund negative Entwicklungen aufgehalten und positive Impulse gesetzt werden. Hierzu hat das Amt für Stadterneuerung kürzlich Fördermittel eingeworben. Das Projekt ‚Kommunaler Entwicklungsfonds‘ verfolgt dabei das Ziel, die problematischen Grundstücke zu sichern und über eine Konzeptvergabe ‚in gute Hände‘ weiterzugeben.
Herausforderungen	Besondere Härtefälle stellen Problemimmobilien dar, bei denen die Eigentumsverhältnisse unklar sind (z.B. durch Sterbefälle mit ungeklärten Nachfolgeregelungen oder Betrugsfälle). Zudem gibt es Eigentümer*innen, die sich der Beratung verschließen und nicht verkaufswillig sind. Hier muss mit sehr langwierigen und ressourcenintensiven Instrumenten gearbeitet werden.
Daten und Fakten 2025	▪ Von insgesamt 156 seit 2016 erfassten Problemimmobilien wurden Ende 2025 noch 56 als problematisch eingeschätzt. ▪ 100 städtebauliche Problemimmobilien wurden durch die o.g. Maßnahmen und Projekte bereits auf einen positiven Weg gebracht, davon mussten lediglich 2 Problemimmobilien durch die Stadt Dortmund zurückgebaut werden.

5.7.1.2 Fallmanagement Problemhäuser 12

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund: Ordnungsamt
Umsetzung	Dauerhaft
Finanzierung	Städtische Mittel
Konzeptioneller Ansatz	Die im Fallmanagement Problemhäuser gebündelten Maßnahmen zur Bekämpfung von Problemimmobilien werden kontinuierlich weitergeführt und optimiert. Die Task Force Nordstadt, der Kommunale Ordnungsdienst und die Anlaufstellen bei ordnungsrechtlichen Fragen setzen ihre Aktivitäten weiter fort.

¹² Die Maßnahmen im ordnungsrechtlichen Bereich werden im vorliegenden Bericht lediglich skizziert, eine vertiefte Darstellung erfolgt, wie bisher, mit gesonderter Berichterstattung.

	Durch die koordinierten, regelmäßigen Kontrollen auffälliger Immobilien seitens des Fallmanagements und die systematische Bearbeitung aller festgestellten Missstände durch die beteiligten Fachbereiche und externen Partner, tragen die Maßnahmen der Stadterneuerung zur Wieder-In-Wert-Setzung von Problemimmobilien zu einer sichtbaren, positiven und nachhaltigen Veränderung des Immobilienbestandes, gerade in der Nordstadt, bei.
Erfolge	Die Arbeit des Amtes für Wohnen, des Amtes für Stadterneuerung und des Quartiersmanagements Nordstadt sowie die Aufkäufe von Problemimmobilien durch das Liegenschaftsamt der Stadt Dortmund und das Engagement engagierter Hauseigentümer*innen und Wohnungsgesellschaften in Verbindung mit der Wohnungszugangsstrategie haben auch im Jahr 2025 sichtbare Erfolge gezeigt.
Daten und Fakten 2025	- Im Jahr 2025 wurden durch das Fallmanagement Problemhäuser 119 Hauskontrollen in 113 Immobilien durchgeführt. 11 dieser Kontrollen wurden dabei im größeren Rahmen unter Beteiligung von drei oder mehr Fachbereichen organisiert und durchgeführt. Im Rahmen solcher Kontrollen mit Beteiligung einer größeren Anzahl von Einsatzkräften fanden auch umfängliche Personenkontrollen statt. - Es wurden 485 Missstände verschiedener Zuständigkeiten aufgenommen und zur weiteren Bearbeitung in die zuständigen Fachbereiche übermittelt.

5.7.1.3 Maßnahmen der Viertelwerk gGmbH

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Viertelwerk gGmbH in Kooperation mit Stadt Dortmund, Sozialamt und Sozialdezernat (Strategische Sozialplanung)
Umsetzung	Dauerhaft
Finanzierung	Wohnraumförderung der NRW.Bank sowie freifinanzierte Eigenmittel Viertelwerk
Konzeptioneller Ansatz	Gemeinsam mit der städtischen Strategischen Sozialplanung hat die GrünBau gGmbH 2018 eine Wohnungszugangsstrategie entwickelt (vgl. 5.7.2), die im weiteren Verlauf in Kooperation mit weiteren städtischen Bereichen um eine Strategie zum Ankauf und zur Inwertsetzung von ‚Problemimmobilien‘ ergänzt wurde. Sie wird operativ und koordinatorisch bei der Viertelwerk gGmbH umgesetzt, wiederum in Kooperation mit den Bereichen der Stadt Dortmund. Ziel ist es, für von Armut bedrohte oder betroffene Menschen Wohnungszugänge zum regulären Wohnungsmarkt im gesamten Stadtgebiet zu schaffen und diese nachhaltig zu sichern. Grundlage dafür ist es, ausreichend bedarfsgerechte Wohnungen für zugewanderte Menschen zu generieren, die ohne Unterstützung kaum Chancen auf dem Wohnungsmarkt haben. In diesem Zusammenhang erfolgte im Juni 2019 die Gründung der Viertelwerk gGmbH, die seit dem 01.01.2020 als neuer Dienstleister am Dortmunder Wohnungsmarkt auftritt. Aufgabe der Viertelwerk gGmbH ist es, verwahrloste Bestände in der Dortmunder Nordstadt zu erwerben, beschäftigungswirksam zu sanieren und dabei Wohnraum für am Wohnungsmarkt benachteiligte Personengruppen zu schaffen. Der so aufgewertete und instandgesetzte Wohnraum wird an einkommensschwache Haushalte mit Zugangsschwierigkeiten am Wohnungsmarkt zu Bedingungen des sozialen Wohnungsbaus vermietet. Wenn möglich wird im Erdgeschoss Raum für soziale Infrastruktur eingerichtet und bedarfsgerecht vermietet.
Erfolge	Die Ankauf- und Inwertsetzungsstrategie trägt in der Nordstadt, wo sie erprobt wurde und seitdem umgesetzt wird, spürbar zur Verbesserung und zur Aufwertung des

	Wohnungsbestandes und der Quartiere und damit zur Verbesserung der Wohn- und Lebenssituation der Menschen in der Nordstadt bei.
Daten und Fakten 2025	▪ Zum Stichtag 31.12.2025 waren 4 Mehrfamilienhäuser komplett saniert und mit insgesamt 38 Wohneinheiten voll vermietet. Zudem konnte ein Büro für die anhängige Soziale Wohnraumbegleitung und -Vermittlung der GrünBau gGmbH zur Verfügung gestellt werden. Neben der für die Mieter*innen und die Nachbarschaft wichtige Beratungsmöglichkeit konnte eine zweizügige Kindertagesstätte in Trägerschaft der kommunalen FABIDO sowie ein Standort des Ordnungsamtes der Stadt Dortmund eingerichtet werden. ▪ So entsteht neben dringend benötigtem angemessenem Wohnraum auch soziale Infrastruktur dort, wo sie benötigt wird. ▪ Ende des Jahres 2025 wurde eine weitere leerstehende Problemimmobilie erworben, um die o.g. beschriebenen Maßnahmen in der nächsten Zeit umzusetzen und somit weiteren Wohnraum sowie Infrastrukturmöglichkeiten zu schaffen.

5.7.2 Soziale Wohnraumbegleitung und -vermittlung als Wohnungszugangsstrategie für zugewanderte Familien – ab 18 Jahren

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	GrünBau gGmbH in Kooperation mit Viertelwerk gGmbH und Romano Than e.V.
Umsetzung	Dauerhaft
Finanzierung	Städtische Mittel, insb. Sozialamt
Konzeptioneller Ansatz	Die Wohnungszugangsstrategie wurde in der Dortmunder Nordstadt im Durchführungszeitraum April 2018 bis März 2021 aus dem Aktionsprogramm ‚Obdachlosigkeit verhindern – Weiterentwicklung der Hilfen in Wohnungsnotfällen‘ des Landes NRW gefördert. Der Bedarf an Unterstützung, Begleitung und Beratung war auch nach dem Laufzeitende ungebrochen hoch, die Weiterführung des Projekts wurde daher von allen Beteiligten als dringend notwendig eingeschätzt. Allerdings hat das zuständige Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales einer Weiterfinanzierung aus Landesmitteln nicht zugestimmt. Die Arbeit wurde daher bis Ende 2021 zunächst aus Eigenmitteln des Trägers und kleineren Überbrückungsförderungen sichergestellt. Seit Januar 2022 ist für die Beratungseinrichtung eine Sockel-Finanzierung aus dem städtischen Haushalt sichergestellt. Die restlichen Beträge steuert der Träger GrünBau gGmbH aus Eigenmitteln bei. Zielgruppe des Angebots sind zugewanderte (große) Familien, insbesondere aus der EU, in oft prekären, hoch belasteten Lebenslagen. Vorrangiges Ziel der Beratung ist die Unterstützung der Familien auf dem Dortmunder Wohnungsmarkt über ein Zusammenwirken von Angeboten in den Bereichen Arbeit, Wohnen und Teilhabe. Unterstützt wird unter anderem beim ▪ Finden einer Wohnung ▪ Erstellen von Mieterselbstauskünften und Bewerbungsmappen zur Wohnungssuche ▪ Beantragen eines Wohnberechtigungsscheins (WBS) ▪ Erhalt einer Wohnung bei drohender oder bereits zugestellter fristloser Kündigung ▪ Klären der finanziellen Ressourcen ▪ Zugang zu Sozialleistungen zur Sicherstellung der Mietzahlungsfähigkeit ▪ Beratung und Unterstützung bei belasteten und prekären Mietverhältnissen ▪ Vorbereiten auf die eigene Wohnung (Hausordnung, Mieterpflichten, Umzug vorbereiten etc.)

	Behördengängen, Terminvereinbarungen und Vertragsangelegenheiten (Strom, Gas). Die Hilfen zielen darauf ab, die Menschen zu aktivieren und ihr Selbstvertrauen in die eigene Problemlösungskompetenz zu stärken. Dabei wird die stabilisierende, aufsuchende Beratung und Begleitung so lange und intensiv aufrechterhalten wie nötig. Die sozialpädagogische Begleitung der Familien wird auch nach dem Einzug weiter fortgesetzt. In erster Linie findet die Arbeit vor Ort am Nordmarkt 3 statt, bei Bedarf wird aber auch aufsuchend und stadtweit gearbeitet. Dabei unterstützen die Mitarbeitenden auch muttersprachlich in Rumänisch, Ungarisch, , Russisch, Englisch und Romanes. Der Ansatz ist über die Gesamtstrategie Neuzuwanderung mit weiteren Ansätzen verzahnt, insbesondere mit der Inwertsetzung ehemaliger Problemimmobilien der Viertelwerk gGmbH.
Erfolge	Die soziale Wohnraumbegleitung und -vermittlung konnte durch die Gewinnung einer sozialpädagogischen Fachkraft 2023 neu strukturiert und ausgeweitet werden. So war es möglich, Wohnraum für Familien zu akquirieren und neue tragfähige Kontakte zu weiteren Vermietenden aufzubauen. Die Bereitschaft einiger Familien aus den bisher gewohnten Strukturen in andere Stadtteile zu ziehen, ist angestiegen. Das trägt zu Vermittlungserfolgen bei. Aufgrund der positiven Effekte ist es das Ziel, den erprobten Pilotansatz perspektivisch stadtweit auszurollen. Im Fall von Zwangsverwaltungen oder drohenden Energiesperrungen arbeitete das Team eng mit anderen Akteuren wie dem Mieterverein Dortmund und der Wohnungsaufsicht der Stadt Dortmund, um Mieter*innen der betroffenen Immobilien über ihre Rechte und Pflichten aufzuklären und die prekären Zustände nachhaltig zu verbessern. Die Kooperation mit den unterschiedlichen Akteuren des Hilfenetzwerks ermöglicht eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Angebote für die ratsuchenden Familien.
Herausforderungen	Weiterhin gibt es großen Bedarf angemessenen Wohnraum für (zugewanderte) große Familien. Auf der Wohnungsmarktseite fehlt es an bedarfsgerechtem, in Größe und Preis angemessenem Wohnraum. Die Familien sind außerdem von Diskriminierung betroffen und stehen bei der Wohnungsvergabe in der Regel ‚ganz hinten‘. Viele Familien, die bereits in einer Wohnung leben, berichten von schlechten baulichen Zuständen (Schimmel, keine Heizung, Haustür nicht abschließbar, etc.). Die Kontaktaufnahme mit den Vermietenden (Hausverwaltungen, private Vermieter o.ä.) gestaltet sich schwierig, oft gibt es kaum Entgegenkommen. Die Not der Familien ist in solchen Situationen groß. Zusätzlich ist der vorhandene Wohnraum oft beengt. Unangemessen hohe Mieten sowie ausbeuterische Vermietungspraxen stellen die Familien vor zusätzliche Hürden, denen gegenüber sie sich durch fehlende Sicherheit und Wissen oft hilflos ausgeliefert sehen. Mietzahlungen, die in bar gefordert werden, stellen nach wie vor ein Problem dar. Familien mit hohem Unterstützungsbedarf (z.B. beim Thema Jobsuche & Qualifizierung) können nur schwer an andere Angebote weitervermittelt werden, da entsprechende ausgerichtete Projekte häufig stark nachgefragt sind und insbesondere die benötigte rumänische Sprachmittlung nicht oder nur unzureichend abgedeckt werden kann.
Daten und Fakten 2025	- Über die ‚Wohnraumzugangsstrategie‘ konnten 25 große Familien bei der Vermittlung in Wohnraum unterstützt werden. - Bei weiteren 40 Familien konnten bestehende Mietverhältnisse stabilisiert werden.

5.7.3 Straßensozialarbeit auf und rund um den Nordmarkt

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	Diakonisches Werk Dortmund und Lünen gGmbH- Soziale Dienste
Umsetzung	seit 01.04.2019, aktuelle Förderphase 01.01.2020 bis 31.12.2025

Finanzierung	Städtische Mittel (Verbändeförderung der Stadt Dortmund)
Konzeptioneller Ansatz	Zielgruppe der muttersprachlichen, genderakzeptierenden Straßensozialarbeit auf und rund um den Nordmarkt sind Menschen aus Südosteuropa. Systemisch aufgebaute Netzwerke und Angebote haben das Ziel, die Menschen in Fragen rund ums Wohnen und Arbeiten in Dortmund zu begleiten. Dabei geht es um Menschen, denen notwendige sprachliche und berufliche Voraussetzungen fehlen, häufig mit sehr geringem Bildungsstand und ohne Krankenversicherung. Der Nordmarkt war und ist Treffpunkt und Aufenthaltsort dieser Gruppe, was dort zu Veränderungen geführt hat. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden, wurde das bereits bestehende Konzept/Angebot der Straßensozialarbeit am und rund um den Nordmarkt erweitert, um den sprachlichen und kulturellen Anforderungen bedarfsgerecht begegnen zu können. Zu den Zielsetzungen gehören: ▪ verbindlicher Zugang zu schwer zu erreichenden Menschen (Merkmale z.B. Wohnungslosigkeit, Drogenkonsum), Beziehungsarbeit und allgemeine Aufklärungsarbeit, ▪ Erstberatung und ggf. bedarfsgerechte Anbindung an vorhandene Hilfesysteme, ▪ Finden und Gestalten von passenden Angeboten (Beschäftigung, Freizeitgestaltung, Aufbau sozialer Kontakte). Die muttersprachliche Begleitung wird in den Sprachen rumänisch, bulgarisch, englisch, russisch und italienisch angeboten.
Erfolge	Vgl. auch Daten und Fakten 2025. Im Kontext der operativen Ziele: Mit der Etablierung der Straßensozialarbeiter konnten ‚illegale‘ Beratungsangebote verdrängt werden. Das Angebot der Ableistung gemeinnütziger Arbeit im Arbeitsgebiet Passgenau wurde für EU-Bürger*innen geöffnet und von der Gruppe gut angenommen. Des Weiteren konnten weitere EU-Bürger*innen in den Zuverdienst aufgenommen werden, da die entsprechenden Voraussetzungen (vorrangig eine Krankenversicherung) durch vorherige sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten vorlagen. Die Akzeptanz zwischen den verschiedenen Nutzenden-Gruppen des Nordmarktes konnte durch die muttersprachlichen Straßensozialarbeiter deutlich erhöht werden. Im Kontext der strategischen Ziele: Rund um die Arbeit auf und um den Nordmarkt konnte ein Fachnetzwerk Straßensozialarbeit etabliert werden. Es finden regelmäßig fachspezifische Fortbildungen (insbesondere im Zusammenhang Glücksspielsucht) und regelmäßige Teilnahmen an Veranstaltungen/Festen (u. a. Münsterstraßenfest) statt. Die Mitgliedschaft in zielgruppen- und sozialraumspezifischen Arbeitsgruppen/Gremienarbeit ist gesichert (vgl. Jahresbericht 2025).
Herausforderungen	Unterschiedliche Rahmenbedingungen (Ausschluss SGB II, Freizügigkeitsgesetz, fehlende Krankenversicherung, Sprachbarrieren, Wohnraumknappheit usw.) grenzen die notwendigen Hilfeleistungen und Unterstützungen ein. Die zunehmende Digitalisierung der leistungsgebenden Behörden stellt die Zielgruppe vor weitere Herausforderungen.
Daten und Fakten 2025	Von 296 erreichten Personen kamen 201 aus einem EU-Land (v.a. Rumänien/Bulgarien).

5.7.4 ‚Mittendrin in...‘ – Begegnung, Beratung und Beteiligung im Quartier

Art	Kommunales, quartiersbezogenes Regel- und Projektangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund (Aktionsplan Soziale Stadt / Sozialdezernat), lokale Träger und Netzwerkpartner
Umsetzung	Seit 2022 fortlaufend

Finanzierung	Kommunale Mittel (Projektmittel Aktionsplan Soziale Stadt), standortabhängiger Beitrag Kooperationspartner (Mietfreie Räume, Personalstellen etc.)
Konzeptioneller Ansatz	Erkenntnisse aus der trägerübergreifenden Arbeit in den Aktionsräumen zeigen, dass niedrigschwellige, physisch präsente Orte im Quartier eine zentrale Bedeutung für die sozialräumliche Arbeit haben. Sie ermöglichen Begegnung im Quartier, wohnortnahe Beratung, Unterstützung, Beteiligung und Engagement und tragen zugleich dazu bei, Bedarfe und Entwicklungen vor Ort frühzeitig sichtbar zu machen. Der Ansatz „Mittendrin in ...“ setzt genau dort an, wo entsprechende Räume und Angebote bislang fehlen oder nicht ausreichend vorhanden sind. „Mittendrin in ...“-Orte sind niedrigschwellige Anlaufstellen im Quartier, die Begegnung, Beratung, Beteiligung und Unterstützung ermöglichen und zugleich als Brücke zu gesamtstädtischen Informationen, Angeboten und Entwicklungen fungieren. Darüber hinaus übernehmen sie eine wichtige Schnittstellenfunktion zwischen Quartier und Gesamtstadt. Ziel ist es insbesondere, auch neuzugewanderten Menschen einen unmittelbaren und niedrigschwelligen Zugang zu Informationen, Unterstützungsangeboten und sozialen Kontakten im Quartier zu eröffnen. Die Angebote sind flexibel, bedarfsorientiert und sozialräumlich ausgerichtet. Handlungsleitender Rahmen ist der in die Strategische Sozialplanung eingebettete ‚Aktionsplan Soziale Stadt Dortmund‘. Dieser greift sozialräumliche Besonderheiten und Entwicklungen in den Quartieren auf, speist entsprechende Erkenntnisse in die gesamtstädtischen Sozialplanungsprozesse ein und unterstützt zugleich die Entwicklung konkreter Handlungsansätze vor Ort.
Erfolge	Zu den wesentlichen Erfolgen des Ansatzes zählt insbesondere die Verbesserung des Zugangs zu Beratungs- und Unterstützungsangeboten im Quartier. Durch die niedrigschwellige und wohnortnahe Ausrichtung konnten Menschen erreicht werden, die bestehende Regelangebote bislang nur eingeschränkt oder gar nicht in Anspruch genommen haben. Insbesondere die persönliche Ansprache und die sozialräumliche Verankerung der Angebote haben dazu beigetragen, die Erreichbarkeit von Zielgruppen zu erhöhen, die im Hilfesystem häufig schwer zugänglich sind. Darüber hinaus konnten Orientierung und Selbstständigkeit im Alltag gestärkt werden, indem Informationen, Unterstützungsangebote und soziale Kontakte niedrigschwellig vermittelt und Zugänge zu weiterführenden Hilfen erleichtert wurden.
Herausforderungen	Gleichzeitig bestehen weiterhin verschiedene Herausforderungen. Hierzu zählt insbesondere die Sicherung einer langfristigen und verlässlichen Finanzierung der Angebote, um die aufgebauten Strukturen nachhaltig fortführen zu können. Zudem bedarf es einer kontinuierlichen Abstimmung mit bestehenden Regelangeboten, um Doppelstrukturen zu vermeiden und eine sinnvolle Verzahnung im Hilfesystem sicherzustellen. Eine besondere Herausforderung bleibt darüber hinaus die Erreichung besonders vulnerabler Zielgruppen, beispielsweise alleinerziehender Menschen, die aufgrund ihrer Lebenssituation bestehende Unterstützungsangebote häufig nur eingeschränkt wahrnehmen können.
Daten und Fakten 2025	▪ Das ‚Mittendrin in...‘-Konzept wird mittlerweile in 5 Aktionsräumen – Nette, Eving Lindenhorst, Eving Kemminghausen, Hörde und Meylantviertel – umgesetzt. ▪ Ein weiterer Standort in der Nordstadt befindet sich in Planung. ▪ Eine kontinuierlich steigende Nutzung der Angebote verdeutlicht den bestehenden Bedarf an niedrigschwelligen Anlaufstellen im Quartier und die zunehmende Akzeptanz der Angebote bei den Bewohner*innen. ▪ Durch die enge Verzahnung mit bestehenden Strukturen vor Ort werden vorhandene Ressourcen sinnvoll ergänzt und sozialräumliche Unterstützungsstrukturen gestärkt.

5.7.5 **‚Sport vor Ort‘ – Niedrigschwellige Zugänge zu Bewegung, Begegnung und Teilhabe im Quartier**

Art	Niederschwelliges Freizeit- und Bewegungsangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund (Aktionsplan Soziale Stadt / Sozialdezernat), StadtSportBund, Netzwerk InFamilie, lokale Sportvereine
Umsetzung	Seit 2018, fortlaufend
Finanzierung	Kommunale Mittel (Projektmittel Aktionsplan Soziale Stadt, Netzwerk InFamilie), standortabhängiger Beitrag Kooperationspartner (Wohnungsunternehmen, Bezirksvertretungen)
Konzeptioneller Ansatz	Der Dortmunder Ansatz ‚Sport vor Ort‘ zielt auf niedrigschwellige Zugänge zu Bewegung, Begegnung und gesellschaftlicher Teilhabe. Vor allem in sozial benachteiligten Quartieren bestehen häufig finanzielle, sprachliche oder organisatorische Hürden, die den Zugang zu bestehenden Sport- und Vereinsangeboten erschweren. ‚Sport vor Ort‘ setzt hier an und bringt Bewegungsangebote unmittelbar in die Lebenswelt der Menschen. Die Angebote finden wohnortnah und häufig im öffentlichen Raum statt – etwa auf Schulhöfen, Spielplätzen oder Quartiersplätzen – und können ohne Mitgliedschaft oder formale Voraussetzungen genutzt werden. Ziel ist es insbesondere, Kinder, Jugendliche und Familien zu erreichen, die bislang keinen Zugang zu organisierten Sportstrukturen gefunden haben. Dies gilt in besonderem Maße auch für neu zugewanderte Familien, denen häufig Informationen, Zugänge oder Berührungspunkte mit Vereinsstrukturen fehlen. Durch die offene Gestaltung der Angebote werden Hemmschwellen abgebaut und Begegnung, soziale Kontakte sowie Teilhabe im Quartier gefördert. Gleichzeitig übernimmt ‚Sport vor Ort‘ eine Brückenfunktion in bestehende Sportvereinsstrukturen, indem erste Zugänge geschaffen und Übergänge in weiterführende Angebote unterstützt werden. Kennzeichnend für den Ansatz ist zudem die enge sozialräumliche Vernetzung mit Schulen, Kitas, Jugendfreizeitstätten, Sportvereinen und weiteren Akteur*innen vor Ort.
Erfolge	Der Ansatz ‚Sport vor Ort‘ erreicht insbesondere Kinder und Familien in den Quartieren in hohem Maße und leistet einen wichtigen Beitrag zur Förderung von Begegnung, sozialem Zusammenhalt und gesellschaftlicher Teilhabe. Durch die niedrigschwellige Ausgestaltung der Angebote gelingt es zudem, Zielgruppen anzusprechen, die durch klassische Vereins- und Freizeitstrukturen häufig nur schwer erreicht werden. Gleichzeitig tragen die Bewegungsangebote zur Förderung gesundheitlicher Entwicklung und eines aktiven Freizeitverhaltens bei.
Herausforderungen	Zu den zentralen Herausforderungen zählen die Sicherung einer langfristigen und verlässlichen Finanzierung sowie die Gewährleistung kontinuierlicher Angebotsstrukturen. Darüber hinaus bleibt die Gewinnung von Sportvereinen und Übungsleitungen für die Umsetzung der Angebote eine wichtige Aufgabe. Da zahlreiche Angebote im öffentlichen Raum stattfinden, wirkt sich zudem die Witterungsabhängigkeit unmittelbar auf die Durchführung aus.
Daten und Fakten 2025	- Im Jahr 2025 wurde ‚Sport vor Ort‘ an mehr als 26 Standorten umgesetzt. - Insgesamt konnten rund 10.000 Teilnahmen verzeichnet werden. - Ergänzt wurden die regelmäßigen Angebote durch 44 Sonderformate und besondere Aktionen im Quartier.

5.7.6 **Waschcafé ‚Saubere Sache‘ für Frauen und Kinder**

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	Diakonisches Werk Dortmund und Lünen gGmbH-Soziale Dienste im Wichern-Wohnungslosenzentrum, Stollenstr. 36, 44145 Dortmund

Umsetzung	Seit Januar 2023
Finanzierung	Städtische Mittel, Spendenmittel
Konzeptioneller Ansatz	Zielgruppe sind Frauen und Kinder aus Dortmund, die von Armut betroffen sind und ohne oder nur mit eingeschränkten Dusch- und Waschmöglichkeiten auskommen müssen. Für sie wurde ein begleitetes Frauencafé etabliert, das die Möglichkeit zum Austausch und zur kostenlosen Körper- und Wäschehygiene bietet. Es ist ein sicherer Raum, in dem ein angstfreier Aufenthalt möglich ist. Das Waschcafé bietet seit 2025 zusätzlich zu den Wasch- und Duschzeiten für Frauen 1x/Woche eine Nähwerkstatt an. In Verbindung mit Kaffee und Gebäck besteht hier regelmäßig eine hohe Nachfrage. Das Angebot richtet sich an Frauen mit und ohne Migrationshintergrund. Zur Zielgruppe gehören auch Frauen und Kinder aus Südosteuropa.
Erfolge	Neben längerfristigen Kontakten (vgl. Daten und Fakten 2025) kommen Frauen, um Wohnungsnotlagen zu überwinden (kein Strom, kein Wasser, verdeckte oder offenen Wohnungslosigkeit). Da eine behindertengerechte Dusche vorhanden ist, wird das Angebot auch von Frauen genutzt, die bewegungseingeschränkt und auf Hilfsmittel angewiesen sind. Die Waschmaschinen und Trockner sind dauerhaft belegt. Das Angebot der kostenlosen Ausgabe von sauberer Kleidung für Frauen und Kinder und die Nutzung von Leihhandtüchern wird sehr gut angenommen. Die Nutzerinnen schätzen insbesondere den sicheren gewaltfreien Raum. Sie würden Settings, in denen sie mit Männern um Dusch- und Waschmöglichkeiten konkurrieren müssten, nicht in Anspruch nehmen. Das hauswirtschaftliche Team leitet Hilfesuchende zur Fachberatungsstellen im Wohnungslosenzentrum und zu externen spezialisierten Angeboten weiter. Die Zielgruppe fragt auch die kostenlose Ausgabe von sauberer Kleidung für Frauen und Kinder an.
Herausforderungen	Der Bedarf an Wasch- und Trocknergängen liegt im möglichen Zeitfenster über den Kapazitäten. Es wird daher mit Terminen gearbeitet, was ein spontanes Duschen und gleichzeitiges Waschen/Trocknen der Wäsche erschwert. Die Anfrage nach einer Ausweitung an den Wochenenden ist hoch, kann aber personell mit den vorhandenen Ressourcen nicht umgesetzt werden.
Daten und Fakten 2023	▪ Montags, mittwochs und freitags in der Zeit von 14:00 – 18:00 Uhr öffnet das Waschcafé ‚Saubere Sache‘ seine Räume nur für Frauen und Kinder. ▪ 39 Frauen und 6 Kinder unter 12 Jahren nutzen das Angebot regelmäßig. ▪ Die Zusammensetzung der Gruppe ist divers. Der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund macht ca. 70% aus.

5.7.7 Task Force Nordstadt, Kommunalen Ordnungsdienst

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund: Ordnungsamt
Umsetzung	Dauerhaft
Finanzierung	Städtische Mittel
Konzeptioneller Ansatz	Die Einhaltung der am 16.05.2011 geänderten Sperrbezirksverordnung wird durch die ‚Task Force Nordstadt‘ und vor allem durch die Einsatzkräfte des Kommunalen Ordnungsdienstes (KOD) durch eine große Zahl von Kontrollen weiterhin überwacht. Dabei wurden auch im Jahr 2025 lageangepasst örtliche und zeitliche Schwerpunkte gesetzt. Die Mitarbeitenden des Kommunalen Ordnungsdienstes – KOD stellen darüber hinaus im Rahmen ihrer täglichen Kontrollen auch andere ordnungswidrige Zustände fest, verfolgen diese konsequent – etwa durch die Erhebung von Verwarngeldern oder das Fertigen von Anzeigen – und ergreifen im Rahmen der Gefahrenabwehr weitere

	ordnungsrechtliche Maßnahmen. Hierdurch tragen sie zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bei.
Daten und Fakten 2025	▪ Im Jahr 2025 wurden durch den KOD wegen verschiedenster ordnungsrechtlicher Verstöße in der Dortmunder Nordstadt (dazu gehören unerlaubte Abfallablagerung, Verrichten der Notdurft, verbotswidriger Drogenkonsum, Maßnahmen nach dem Jugendschutzgesetz) 7.198 Personalien festgestellt, 2.255 Platzverweise ausgesprochen sowie 5.061 Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet. ▪ Durch den KOD wurden unter anderem 76 Maßnahmen gegen Prostituierte wegen Verstoßes gegen die Sperrbezirksverordnung getroffen (45 Straf- und 23 Ordnungswidrigkeitenanzeigen, 8 Belehrungen); ▪ Gegen potenzielle Freier ergingen in diesem Zusammenhang insgesamt 191 Ordnungswidrigkeitenanzeigen.

5.7.8 Anlaufstellen bei ordnungsrechtlichen Fragen

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund: Ordnungsamt
Umsetzung	Dauerhaft
Finanzierung	Städtische Mittel
Konzeptioneller Ansatz	In der Dortmunder Nordstadt bietet das Ordnungsamt mit dem Nordstadtbüro in der Bornstraße 124 eine Anlaufstelle zur Klärung ordnungsrechtlicher Fragen und steht dabei den Bürger*innen für Anregungen oder Hinweisen im Zusammenhang mit den Themen Sicherheit, Sauberkeit und Ordnung zur Verfügung. Die dort tätigen Mitarbeitenden des Ordnungsamtes können direkt vor Ort angesprochen oder telefonisch, schriftlich oder per E-Mail kontaktiert werden.
Erfolge	Auch im Jahr 2025 hat der abseits hoheitlicher Befugnisse handelnde Service- und Präsenzdienst (SuPD) im gesamten Stadtgebiet dazu beigetragen, das subjektive Sicherheitsgefühl von Bürgerinnen und Bürger vor allem in öffentlichen Grünanlagen, Parks und auf Friedhöfen zu stärken.
Daten und Fakten 2025	▪ Durch den SuPD wurden im Jahr 2025 stadtweit über 19.500 Bürgergespräche geführt. ▪ Über 10.500 Hinweise und Beobachtungen zu unterschiedlichsten Missständen wurden an die zuständigen Ansprechpartner*innen in der Stadtverwaltung weitergeleitet.

5.8 HANDLUNGSFELD SPRACHFÖRDERMAßNAHMEN

Die Bundesregierung stellt 2014 fest: „Der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration ist das Beherrschen der deutschen Sprache“.¹³ Gleichzeitig bestehen weiterhin strukturelle und rechtliche Zugangshürden. Die schwarz-rote Bundesregierung hat 2026 die staatlich finanzierte Sprach- und Integrationsförderung neu ausgerichtet. Der Zugang zu Integrationskursen wurde stärker nach Zielgruppen und Voraussetzungen differenziert; auch für EU-Bürgerinnen und EU-Bürger erfolgt

¹³ BMI und BMAS (2014): Abschlussbericht des Staatssekretärsausschusses zu ‚Rechtsfragen und Herausforderungen bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten‘. S. 7.

die Zulassung im Rahmen der verfügbaren Kursplätze. Zugleich sollen niedrigschwellige Erstorientierungsangebote insbesondere für neu zugewanderte Menschen gestärkt werden. Für die Unterstützung von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern gewinnt damit die Frage an Bedeutung, wie fehlende oder nicht unmittelbar zugängliche staatliche Sprach- und Integrationsangebote vor Ort aufgefangen werden können.

Für EU-Staatsangehörige bleibt der Zugang zu Integrationskursen formal möglich, die Teilnahme ist jedoch an eine Zulassung und die Verfügbarkeit von Kursplätzen gebunden und grundsätzlich kostenpflichtig. Eine Kostenbefreiung ist unter bestimmten sozialrechtlichen und finanziellen Voraussetzungen möglich. Der Kostenbeitrag beträgt derzeit 2,29 Euro je Unterrichtsstunde und beläuft sich bei einem vollständigen allgemeinen Integrationskurs mit 700 Unterrichtseinheiten auf rund 1.600 Euro. Für Menschen, die die Voraussetzungen für eine Kostenbefreiung nicht erfüllen und zugleich nicht über ausreichende finanzielle Mittel verfügen, kann damit eine erhebliche Zugangshürde entstehen. Auch für Kinder und Jugendliche reichen die bestehenden Regel- und Förderstrukturen der Sprachbildung häufig nicht aus, um bestehende sprachliche Defizite systematisch auszugleichen. Insgesamt führt die zunehmende Differenzierung der Zugangsvoraussetzungen zu Sprachförderangeboten dazu, dass die Erreichbarkeit einzelner Zuwanderungsgruppen unterschiedlich ausgeprägt ist und bestehende Unterstützungsbedarfe nicht in allen Fällen vollständig abgedeckt werden können.

5.8.1 FerienIntensivTraining – FIT in Deutsch‘ – Schulpflichtige von 6 bis 16 Jahren

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Fachbereich Schule, Dienstleistungszentrum Bildung, und Volkshochschule
Umsetzung	seit 2018
Finanzierung	80 % Landesmittel und 20 % städtische Mittel
Konzeptioneller Ansatz	Das Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen (MSB) fördert seit 2018 die Durchführung von ‚FerienIntensivTrainings – FIT in Deutsch‘. Bei dem Angebot handelt es sich um Sprachlernferien für neu aus dem Ausland zugewanderte Schüler*innen aller Schulstufen, die bereits in Schulen angemeldet sind. Zielsetzungen der Angebote sind ein individueller Lernzuwachs in der deutschen Sprache und eine Steigerung der Alltagskompetenzen. Das Angebot findet in den Sommer-, Herbst- und Osterferien in ausgewählten Räumen an Dortmunder Schulen statt. Teilweise unternehmen die Schülerinnen und Schüler Ausflüge. Über einen Caterer erhalten sie Verpflegung. Begleitet werden sie von Lernbegleiterinnen und -begleitern.
Erfolge	Das Programm bietet neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, ihre Deutschkenntnisse auch in den Ferien weiter zu vertiefen und immer sicherer dabei zu werden, sie im Alltag anzuwenden. Dabei lernen sie auch die Stadt Dortmund kennen.
Daten und Fakten 2025	Das Angebot umfasst: ▪ 3 Maßnahmen à 15 bis 25 Grundschülerinnen und -schüler, ▪ 5 Maßnahmen für Schülerinnen und Schüler der Sek. I und ▪ 2 Maßnahmen für Jugendliche in der Sek. II angeboten.

5.8.2 Kommunales Handlungsprogramm Spracherwerb für Zugewanderte und Geduldete ohne Anspruch auf Integrationskurse – ab 18 Jahren

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Volkshochschule (Federführung) in Kooperation mit WIR e.V., Westfalia Bildungszentrum e.V., Bildungskreis Handwerk e.V., Sprachschule Dr. Juno
Umsetzung	Mitte 2022 bis Ende 2024
Finanzierung	Städtische Mittel
Konzeptioneller Ansatz	Die sprachliche Qualifizierung von Zugewanderten gilt als eine der zentralen Voraussetzungen zur gesellschaftlichen, politischen, beruflichen und sozialen Teilhabe. Ein Großteil der Zugewanderten hat die Möglichkeit, kostenfrei an geförderten Sprachkursen (z.B. Integrationskurse, Berufssprachkurse und weitere) teilzunehmen. Speziell die Zielgruppen der Zugewanderten aus (Südost)Europa sowie geduldete Geflüchtete haben durch unterschiedliche Gegebenheiten keinen oder einen erschwerten Zugang zur kostenfreien Sprachförderung im Regelsystem. Ziel dieses Projekts ist es, den genannten Zielgruppen in Dortmund eine weitere Möglichkeit zu bieten, Sprachförderung kostenfrei unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Lebenslagen in Anspruch zu nehmen. Die Konzeption der Sprachkurse (Inhalt, Umfang, Auswahl der Lehrwerke) umfasst die sprachliche Entwicklung von den Niveaustufen A1 bis B1 bzw. Alphabetisierung bis B1 nach GER (Gemeinsamer Europäischer Referenzrahmen) und bereitet auf eine anerkannte Zertifikatsprüfung, die Bestandteil dieses Projekts ist, vor. Somit wird neben der Sprachförderung auch die Tatsache berücksichtigt, dass die erworbenen Sprachkenntnisse in Form eines offiziellen Nachweises bestätigt werden (notwendig etwa für die weitere berufliche Qualifikation). Die Lebensumstände der Zielgruppen finden bei der zeitlichen Durchführung Berücksichtigung (z.B. Schichtdienst, fehlende Kinderbetreuung). Die Sprachkurse werden von allen durchführenden Kooperationspartnerinnen und Partnern in Dortmund, verteilt über unterschiedliche Stadtteile, durchgeführt. Einige Kurse sind bereits beendet, einige enden im Laufe des Jahres 2024.
Erfolge	Insgesamt wurde das Angebot sehr positiv angenommen und greift bei der betroffenen Zielgruppe den notwendigen Bedarf auf.
Herausforderungen	Die Zielgruppen haben aufgrund ihrer Lebensumstände enorme Herausforderungen gleichzeitig zu bewältigen. Die Erfahrung in der Umsetzung dieses Angebots hat erneut deutlich aufgezeigt, dass neben der reinen Sprachförderung eine intensive (sozial)pädagogische Betreuung notwendig ist. Dort, wo diese flankierende Betreuung/Begleitung vorhanden ist, sind weit weniger Abbrüche und deutlich höhere Abschlussquoten zu verzeichnen.
Daten und Fakten 2023	2025 fanden 9 Kurse mit insgesamt 5.400 Unterrichtseinheiten statt. - Das Angebot wurde von insgesamt 153 Personen in Anspruch genommen. - Herkunftsländer waren Bulgarien, Ukraine, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Armenien, Aserbaidschan, Serbien, Marokko, Nigeria, Guinea.

5.9 HANDLUNGSFELD PARTIZIPATION, KULTUR UND EHRENAME

Die bedarfsgerechte Beteiligung von Zugewanderten aus Südosteuropa ist zentraler Baustein kommunaler Steuerungsfähigkeit. Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass Integrationsprozesse insbesondere dort erfolgreich verlaufen, wo Menschen frühzeitig in gesellschaftliche Strukturen

eingebunden werden und Verantwortung übernehmen können. Fehlende Beteiligungsmöglichkeiten hingegen erhöhen das Risiko sozialer Isolation, informeller Parallelstrukturen sowie langfristiger Abhängigkeiten von Unterstützungsleistungen. Menschen, die ihre Lebenssituation aktiv mitgestalten können und institutionelle Zugänge verstehen, entwickeln dagegen Vertrauen in staatliche Strukturen, Selbstverantwortung und Bereitschaft zur Mitwirkung im Gemeinwesen. Dabei ist insbesondere die Förderung von Selbstwirksamkeit bedeutsam. Wer erlebt, dass eigenes Handeln Wirkung entfaltet, nutzt Unterstützungsangebote zielgerichteter, integriert sich nachhaltiger in Arbeitsmarkt- und Bildungssysteme und beteiligt sich häufiger an nachbarschaftlichen oder zivilgesellschaftlichen Strukturen. Unterstützungsangebote dienen daher nicht primär der dauerhaften Versorgung, sondern der Befähigung zur eigenständigen Lebensführung.

Nach wie vor ist es Grundsatz der in der Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung kooperierenden Träger, in inkludierende Ansätze zu investieren. Daneben gibt es Angebote, die sich an Angehörige spezifischer Minderheiten richten. Im Zusammenhang mit der Zuwanderung aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ist das insbesondere die Gruppe der Rom*nja. In der Regel handelt es sich um Angebote, die auf Selbstorganisation oder auf die Förderung der kulturellen Identität zielen. Beispiele hierfür sind die Selbstorganisation Romano Than e.V., Kulturfeste wie ‚Djelem Djelem‘ oder der offene Kinder- und Jugendtreff ‚Arakasamen‘. Auch Brückenprojekte sind vereinzelt auf die Zielgruppe der Rom*nja ausgerichtet. Sie zielen darauf, Handlungswissen und -kompetenzen zu Strukturen und deren Nutzung zu vermitteln, Wege in Regelangebote aufzuzeigen und Zugangshürden abzubauen. Beispiele dafür sind die Bildungsmediator*innen (vgl. 5.3.2), die darauf zielen, bessere Bildungswege und -perspektiven zu öffnen. Weiteres Beispiel ist die Wohnungszugangsstrategie (vgl. 5.7.2), bei der es nicht nur um verbesserte Zugänge geht, sondern auch darum, Ausgrenzung zu erkennen und Wege zu erarbeiten, dagegen vorzugehen.

5.9.1 Fachgruppe Partizipation: ‚Meine Stadt – Meine Stimme‘

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	Federführung: Unternehmen.Bilden.Vielfalt e.V. (UBV e.V.). Kooperationspartner: Hauptpartner VKII Dortmund e.V. (Verein kamerunischer Ingenieure und Informatiker), Dietrich-Keuning-Haus, Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration (ACI) sowie MIA-DO-KI und Strategische Sozialplanung/Innovationsraum Nord im Rahmen der Gesamtstrategie Neuzuwanderung- Fachgruppe Partizipation.
Umsetzung	01.07.2025 – 31.12.2025
Finanzierung	Land NRW (Förderrichtlinie: Armut bekämpfen-Beteiligung stärken-Sozialplanung gestalten“)
Konzeptioneller Ansatz	Unter dem Motto ‚Meine Stadt – Meine Stimme‘ war das Ziel des Projektes die Stärkung /Förderung der politischen Partizipation junger Menschen ab 15 Jahren – mit und ohne Zuwanderungsgeschichte und/oder Armutserfahrung in Dortmund. Eingebunden in das Projekt waren auch Jugendliche mit EU-Staatsangehörigkeit. Ausgehend von diesem Ziel sind in dem genannten Zeitraum Maßnahmen und Workshops initiiert worden, die die Jugendlichen zum Wählen ermutigen, politische Inhalte mehrsprachig und kreativ vermitteln, politische Bildung mit Empowerment verbinden (u.a. durch Demokratiewerkshops) und eine Kampagne von Jugendlichen für Jugendliche umsetzen. Letzteres wurde u.a. vor dem Hintergrund der bevorstehenden Kommunalwahl und Integrationsratswahl durch mehrsprachige Videos durch die Jugendlichen verwirklicht und über Social-

	Media-Kanäle veröffentlicht. Zeitgleich wurden gezielte Informationen insbesondere zu den Integrationsratswahlen und Wahlberechtigte erstellt. Darüber hinaus wurde ein Young-Talk-Format mit den OB-Kandidat*innen durchgeführt, im Rahmen dessen die Jugendlichen ihre Fragen und Erwartungen an die Kandidat*innen formuliert haben. In einer Abschlussveranstaltung des Projektes wurden diese Erwartungen, die die Jugendlichen im Verlauf des Projektes definiert haben, erneut aufgegriffen (u.a. Sicherheit & Schutz, Soziale Infrastruktur und Unterstützung, Freizeit/Räume/Lebensqualität, Bildung/Schule, Mobilität/Kosten, Wohnen/Studium, Digitalisierung). Diese Themen werden über den Projektzeitraum hinaus im Rahmen der Fachgruppe Partizipation der Dortmund der Gesamtstrategie Neuzuwanderung weiterhin behandelt (Stichwort: Nachhaltigkeit, Notwendigkeit der Kommunikation der Ergebnisse mit Ausschüssen und der Politik; Blick auf Weiterentwicklung des Formats im Rahmen der Landtagswahlen 2027).
Erfolge	Das Projekt hat erfolgreich gezeigt, dass politische Bildung dann wirksam ist, wenn sie partizipativ gestaltet ist, lebensnah und kreativ vermittelt wird und die Zielgruppe aktiv einbindet. Die Kombination aus Medienarbeit, Mehrsprachigkeit und Peer-Ansatz erwies sich als besonders geeignet, um Jugendliche nachhaltig zu erreichen und zur politischen Beteiligung zu motivieren. Das Projekt leistet somit einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der demokratischen Teilhabe in Dortmund.
Herausforderungen	Eine Herausforderung bei der Akquise von Jugendlichen für die mehrsprachigen Videos war, dass nicht alle gewünschten Sprachen abgedeckt werden konnten, was auch an der kurzen Laufzeit des Projektes gelegen hat. Bei der Wahl der Sprachen ist man vor allem auf jene eingegangen, die in Dortmund weit verbreitet sind. Eine weitere Herausforderung bei den Workshops waren die sehr starken Unterschiede, was das politische Vorwissen der Jugendlichen angeht. Daher war es wichtig, die Jugendlichen dort abzuholen, wo sie stehen und sie auf verschiedene Weisen in die Diskussion einzubinden.
Daten und Fakten 2025	▪ Insgesamt wurden Videos in 14 verschiedenen Sprachen (Deutsch, Türkisch, Englisch, Französisch, Romanes, Somali, Tamilisch, Tamazight, Kurdisch, Italienisch, Arabisch, Russisch, Albanisch und Serbisch) produziert, die als eine wichtige Informationsquelle zu Wahlmotivationen aber auch zu Wahlmöglichkeiten liefern. ▪ Die mehrsprachigen Videos erreichten auf Instagram durchschnittlich rund 3.000 Personen pro Video. Auf YouTube variierten die Aufrufzahlen je nach Video zwischen etwa 70 und 800 Aufrufen. Insgesamt konnten über beide Plattformen hinweg rund 50.000 Personen erreicht werden. ▪ Im Rahmen des Projekts wurden zudem insgesamt 200 Jugendliche aktiv eingebunden.

5.9.2 Städtische Begegnungszentren für Menschen ab 50 Jahren

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Fachdienst für Seniorinnen und Senioren
Umsetzung	Dauerhaft
Finanzierung	Städtische Mittel
Konzeptioneller Ansatz	Dem Grundsatz nach stehen die Dortmunder Angebote für Senior*innen auch allen Neuzugewanderten zur Verfügung, insbesondere die Angebote in den Dortmunder Begegnungszentren. Außerhalb der eigenen Angebotszeiten stehen die Räume und Infrastruktur gemeinnützigen Vereinen und Initiativen kostenfrei zur Verfügung.

Erfolge	Mittlerweile gibt es regelmäßig Anfragen von rumänischen Tanz- und Musikgruppen zu Probemöglichkeiten im Wilhelm-Hansmann-Haus. Um die Selbstorganisation der Zielgruppe zu stärken, werden diesen Gruppen nach Möglichkeit Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt.
Daten und Fakten 2025	Zum Stichtag 31.12.2025 lebten 290 Menschen aus Rumänien bzw. Bulgarien in Dortmund, die 65 Jahre und älter waren. Entsprechend werden die Angebote der Begegnungszentren noch nicht im großen Maße nachgefragt. Es ist zu erwarten, dass sich dies ändern wird.

5.9.3 Seniorenbüros

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Fachdienst für Senioren
Umsetzung	Dauerhaft
Finanzierung	Städtische Mittel
Konzeptioneller Ansatz	Die Seniorenbüros sind ein zentrales, stadtbezirksorientiertes Angebot der Stadt Dortmund in Kooperation mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege und den Städtischen Seniorenheimen Dortmund gGmbH. Das Angebot umfasst vier konzeptionelle, eng verzahnte Säulen: ▪ Auskunft, Information und Beratung zur Lebenslage ‚Alter und Pflege‘, bei Bedarf auch zugehend in der eigenen Häuslichkeit ▪ Passgenaue Hilfe bei der Organisation von Unterstützungsangeboten im Einzelfall bzw. im Bedarfsfall – ebenfalls als zugehendes Angebot ▪ Netzwerkarbeit mit dem Ziel des Aufbaus und der Unterstützung von Kooperations- und Koordinationsstrukturen im sozialen, pflegerischen und gesundheitlichen Versorgungsumfeld mit Akteuren der Senior*innenarbeit, Leistungserbringenden aus dem Gesundheitswesen, der Pflege und weiteren Netzwerkpartner*innen ▪ Förderung und Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in den Stadtbezirken
Erfolge	Mit der konsequenten Sozialraumorientierung kann auf die unterschiedlichen sozioökonomischen und -kulturellen Voraussetzungen und damit auf die ausdifferenzierten Bedarfe der Zielgruppe in den Dortmunder Stadtbezirken reagiert werden. Für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wurden zur vereinfachten Ansprache Informationsflyer in den jeweiligen Landessprachen entwickelt, so auch Bulgarisch, Rumänisch und Romanes. Mit diesem mehrsprachigen Angebot soll im Rahmen der interkulturellen Arbeit der Zugang zu Informationen über das Angebot der Seniorenbüros für Menschen mit unterschiedlichen Sprachkenntnissen erleichtert werden. Darüber hinaus wurde ein Informationsfilm über die Dortmunder Seniorenbüros gedreht, Untertitelt und im YouTube Kanal der Stadt Dortmund veröffentlicht. Die Untertitel werden ebenfalls in Bulgarisch und Rumänisch angeboten. Sofern innerhalb von Beratungssituationen Sprachbarrieren bestehen, ziehen die Seniorenbüros neben An- und Zugehörigen ehrenamtliche Sprachmittler des kommunalen Integrationsdienstes Dortmund hinzu. Videodolmetscher*innen, welche geplant und ad hoc für datenschutzkonforme Übersetzungen in 8 unterschiedlichen Sprachen in Beratungssituationen unterstützen, werden derzeit im Rahmen eines Pilotprojektes getestet.
Herausforderungen	Zum Stichtag 31.12.2025 lebten 290 Menschen aus Rumänien und Bulgarien in Dortmund, die 65 Jahre und älter waren. Ein Großteil der insgesamt in Dortmund gemeldeten Menschen aus Bulgarien und Rumänien in Dortmund lebt in den Innenstadtbezirken, vor allem im Stadtbezirk Innenstadt-Nord.

	Der Fachdienst für Senioren erfasst in seinem Beratungskontext nicht systematisch Daten zur Staatsbürgerschaft und Migrationshintergrund. Vor diesem Hintergrund können nur qualitative Aussagen zur Nutzung des Angebots getroffen werden. Angesichts der zahlenmäßig kleinen Gruppe und des eingeschränkten Zugangs existiert auch nur begrenztes Wissen über die spezifischen Bedarfe von EU2-Zugewanderten.
Daten und Fakten 2025	▪ Vor dem Hintergrund der zahlenmäßig kleinen Gruppe von Menschen über 65 Jahre aus Südosteuropa existieren bisher nur wenige Berührungspunkte mit dem Sozialamt, Fachdienst für Senior*innen. ▪ Im Beratungskontext der Seniorenbüros sind in unterschiedlichen Stadtbezirken vereinzelte, beispielsweise im Stadtbezirk Innenstadt-Nord auch regelmäßige, Anfragen zu verzeichnen. Die Möglichkeit, im Seniorenbüro Innenstadt-Nord Beratung durch türkischsprachige Mitarbeiter*innen zu erhalten – viele zugewanderte Menschen aus Bulgarien sprechen und/oder verstehen türkisch – erleichtert den Zugang. ▪ Mit einem leichten Anstieg in den kommenden Jahren wird gerechnet, da die Gruppe der 50–65-Jährigen mit 1480 Personen deutlich stärker aufgestellt ist (Stand 31.12.2025).

5.9.4 ,Haus der europäischen Roma – Romano Than e.V.‘

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Romano Than
Umsetzung	Dauerhaft
Finanzierung	Städtische Mittel und Förderer
Konzeptioneller Ansatz	Romano Than – Haus der europäischen Roma e.V. ist eine Selbstorganisation von Romnja und Sintezze in Dortmund. Der Verein engagiert sich in den Bereichen soziale Beratung, Kultur, Bildung, Gesundheit, Gedenken sowie Jugend- und Empowerment-Arbeit. Entstanden ist Romano Than 2016 aus dem Engagement der in Dortmund lebenden Rom*inja. Ziel des Vereins ist es, strukturelle Hürden für die gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in allen Bereichen abzubauen. Besonderer Fokus liegt dabei auf ▪ sozialer und schulischer Teilhabe, ▪ Teilhabe an Sport, Kultur und Freizeit, ▪ Förderung von Familien, Kindern und Jugendlichen Parallel dazu fördert der Verein die Demokratiebildung, insbesondere im Kontext der deutschen Geschichte, zur Prävention von Rechtsextremismus, zum Schutz vor Diskriminierung und zur Stärkung des Empowerments. Auf diese Weise werden Dialog- und Begegnungsräume zwischen Minderheits- und Mehrheitsgesellschaft eröffnet. Für die Gemeinschaften der Romnja und Sintezze in Dortmund sind insbesondere die Aktivitäten des Vereins in den Bereichen Spracherwerbsförderung, Arbeitsmarktintegration und Bildungsteilhabe zentral. Dazu zählen ▪ die Vermittlung in Ausbildungs- und Arbeitsplätze, unter anderem durch die Kooperation mit den Arbeitsmarktakeuren und den Dialog mit der Dortmunder Wirtschaft, ▪ die Organisation und Unterstützung von Kursen zum Erwerb der deutschen Sprache, ▪ die Hilfestellung bei der Wohnungssuche in Kooperation mit der Wohnraumzugangsstrategie, ▪ die Förderung kostenfreier Nachhilfeangebote für Kinder und Jugendliche aus Roma-Familien, unter anderem in Kooperation mit Vast Vasteste in Dortmund ▪ aber auch die Aufarbeitung unterschiedlicher Diskriminierungstatbestände quer durch die Stadtgesellschaft.

	Erkenntnisse aus diesen Handlungsfeldern werden auch in der Gesamtstrategie Neuzuwanderung mit dem Ziel aufgegriffen, die gesellschaftliche Teilhabe und Chancengleichheit nachhaltig zu stärken. Insgesamt ist Romano Than ein zentraler Kooperationsakteur auf örtlicher Ebene in unterschiedlichen Prozessen. Im Rahmen seiner Beratungsarbeit unterstützt der Verein den Trägerverbund Neuzuwanderung und leistet hier fachlich fundierte Beratung. In der Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung ist er – gemeinsam mit dem Kommunalen Integrationszentrum und der Strategischen Sozialplanung/Innovationsraum Nord – im Handlungsfeld ‚Partizipation – Migrant*innen beteiligen‘ aktiv und arbeitet an der Entwicklung von Handlungsansätzen zur Stärkung der politischen und gesellschaftlichen Aktivierung und Mitbestimmung mit. Darüber hinaus bringt Romano Than sein Wissen in weiteren Handlungsfeldern ein, insbesondere im Kontext von Bildung und Arbeitsmarktintegration.
Erfolge	2024 und 2025 wurden die Aktivitäten des Romano Than mit 40.000 Euro jährlich unterstützt. Für den Zeitraum 2026 bis 2029 werden dem Verein 90.000 Euro pro Jahr zur Verfügung gestellt, woraus die Geschäftsführung und der Ausbau der wissenschaftlichen Arbeit kofinanziert werden. 2026 feiert ‚Romano Than e.V.‘ sein zehnjähriges Bestehen und ist unverzichtbarer Partner in der Gesamtstrategie Neuzuwanderung geworden.
Daten und Fakten 2025	▪ Romano Than vertritt rund 6.000 Mitglieder der Roma- und Sinti-Community und führt jährlich 4.500 Beratungen durch. Im Verein sind rd. 60 Ehrenamtliche aktiv. ▪ Romano Than war maßgeblicher Mitveranstalter von Djelem Dejelem und hat Veranstaltungen wie Nordstadt together, Dortbunt und 0+1 Festival für Diversität+Komplexität mitorganisiert. ▪ 2025 war die Jugendorganisation des Romano Than an der Gründung des Bundesverbandes junger Sinti und Roma beteiligt. ▪ Im Rahmen der Gesamtstrategie Neuzuwanderung lag der Schwerpunkt in der Stärkung der Erwerbsteilhabe durch verbesserte Arbeitsmarktzugänge und der Weiterentwicklung des Handlungsrahmens Neuzuwanderung, ▪ Anfang 2026 bezog Romano Than Büroräume in der ersten Etage der Braunschweiger Straße 31, wo seitdem unter anderem die Beratungsstelle und neue Mehrzweckräume für Workshops, Fortbildungs- und Kulturangebote untergebracht sind.

5.9.5 **‚Djelem Djelem‘ – Kulturfestival der Sinte*zze und Rom*nja**

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Romano Than e.V. und AWO UB Dortmund in Kooperation mit regionalen und überregionalen Partnerinnen und Partnern
Umsetzung	Dauerhaft
Finanzierung	Städtische Mittel und Förderer
Konzeptioneller Ansatz	Das Djelem-Djelem-Festival ist eine Gemeinschaftsveranstaltung vieler demokratischer, zivilgesellschaftlicher Akteure. Dazu zählen neben Romano Than und der Stadt Dortmund (Dietrich-Keuning-Haus, Schauspielhaus, Fritz-Hüser-Institut, Schauraum Comic+Cartoon/Stadtbibliothek u.a.) auch die freie Wohlfahrt und unterschiedlichste weitere Organisationen (Auslandsgesellschaft, AWO UB Dortmund, GrünBau gGmbH, Planerladen gGmbH, dobeq, Amen Juvjla Mundial, Roma Center/Roma Antidiscrimination Network, save space e.V., Romaniphen e.V., Frauenfilmfest Köln-Dortmund, Schauburg, Depot, FABRIC!, Nordtreff Arakasamen und viele andere).

	Die Djelem Djelem-Akteure verstehen das Festival als Statement gegen Diskriminierung und Marginalisierung von Sinte*zze und Rom*nja. Unter dem Motto ‚Existence is Resistance‘ fördert es Selbstrepräsentation, Empowerment und den interkulturellen Austausch, setzt aber auch Impulse zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensumstände der Sinte*zze und Rom*nja. Ziel ist es auch, Schutzräume zu schaffen, in denen insbesondere vulnerable Gruppen wie Frauen, FLINTA*, queere Personen, Kinder und Jugendliche gestärkt werden. Das Festival kombiniert kulturelle, bildungs- und sozialpolitische Ansätze und arbeitet mit den methodischen Säulen Visibility-Building, Agency-Building, Capacity-Building und Networking, um nachhaltige Wirkung und kollektive Selbstermächtigung zu erzielen.
Erfolge	Djelem-Djelem ist nach wie vor das größte Festival der Roma- und Sinti-Kulturen in Deutschland, das 2025 zum 12. Mal stattfand. Als partizipative Gemeinschaftsveranstaltung wird die Finanzierung gemeinsam getragen. Die Teilnehmenden unterstützen sich gegenseitig in der Umsetzung. Jährlich wiederkehrende Djelem Djelem-Bausteine sind das ‚Familienfest am Nordmarkt‘ und ‚Mari Gilia – Nacht der Sinti-Kultur‘. Verschiedene Veranstaltungsformate bieten die Möglichkeit, gemeinsam zu feiern, sich zu informieren, in den Austausch zu gehen und zu diskutieren. Das Festival will damit bewusst einen Gegenpol zu aktuellen politischen Entwicklungen setzen, die viele Menschen verunsichern. Anliegen ist es Räume zu schaffen, in denen Vielfalt und Gemeinsames sowie demokratisches und friedliches Miteinander erfahrbar waren.
Daten und Fakten 2025	▪ In der Zeit vom 01. bis 15. September 2025 wurden 12 Veranstaltungen mit insgesamt 12.246 Teilnehmenden umgesetzt. ▪ Zu den Veranstaltungen gehörten unter anderem die dritte städtische Veranstaltung zum Gedenken an die im Nationalsozialismus ermordeten Sinte*zze und Rom*nja Europas, unterschiedliche Lesungen, Workshops, Diskussionsrunden ebenso wie das Familienfest am Nordmarkt, Balkan Beatz! und Mari Gilia – die Nacht der Sinti.

5.9.6 Aktivitäten der FreiwilligenAgentur

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Fachgruppe Ehrenamt der Gesamtstrategie Neuzuwanderung (Stadt Dortmund, Träger, Ehrenamtliche)
Umsetzung	Dauerhaft
Finanzierung	Städtische Mittel, Förderfonds Anerkennungskultur
Konzeptioneller Ansatz	Die Fachgruppe Ehrenamt ist ein Bestandteil des Handlungsstrangs Ehrenamt innerhalb der Gesamtstrategie Neuzuwanderung. Ihr Fokus liegt auf der strukturierten Organisation, fachlichen Weiterentwicklung sowie nachhaltigen Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in den Bereichen EU-Zuwanderung und Arbeit mit Geflüchteten. Ein wesentliches Ziel der Fachgruppe besteht darin, die Bedarfe der unterschiedlichen Zielgruppen systematisch zu erfassen und sichtbar zu machen. Auf dieser Grundlage werden transparente Austausch- und Abstimmungsprozesse zwischen den beteiligten Akteurinnen und Akteuren etabliert und kontinuierlich weiterentwickelt. Gleichzeitig hat die Fachgruppe die Übertragbarkeit bewährter Angebotsformate aus der Flüchtlingshilfe auf andere Bereiche der Zuwanderungsarbeit überprüft, leider konnten diesbezüglich keine Erfolge erzielt werden. Die Fachgruppe fungiert zudem als wichtiges Bindeglied zwischen Ehrenamtlichen, Organisationen und Verwaltung. Rückmeldungen und Problemanzeigen aus der Praxis werden systematisch aufgenommen, gebündelt und in die fachliche Arbeit integriert. Ziel ist es, konkrete Verbesserungen anzustoßen und strukturelle Herausforderungen lösungsorientiert zu bearbeiten. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der

	Gewinnung neuer Ehrenamtlicher. Hierfür wurden innovative Formate wie die sogenannten Ehrenamtsspaziergänge angeboten, die insbesondere in der Dortmunder Nordstadt umgesetzt werden. Diese niedrigschwelligen Angebote ermöglichen Interessierten einen direkten Einblick in verschiedene Einrichtungen und Tätigkeitsfelder. Im Rahmen eines Spaziergangs werden mehrere Organisationen besucht, die ihre Arbeit, Räumlichkeiten und Engagementmöglichkeiten vorstellen. Gleichzeitig fördern diese Formate die Vernetzung zwischen den Trägern und werden von diesen selbst als gewinnbringend wahrgenommen. Die FreiwilligenAgentur übernimmt in diesem Kontext eine zentrale Rolle. Sie bietet stadtweit Beratungs- und Vermittlungsangebote für Engagementinteressierte, Organisationen und weitere Akteurinnen und Akteure an. Darüber hinaus unterstützt sie die Träger durch den „Förderfonds zur Anerkennungskultur“, über den Maßnahmen zur Wertschätzung des Ehrenamts finanziert werden können. Dazu zählen insbesondere Qualifizierungsangebote, Fortbildungen, „Dankeschön -Veranstaltungen“ sowie Austauschformate für Ehrenamtliche. Die Perspektive der Ehrenamtlichen ist auch strukturell in die Gesamtstrategie eingebunden: Eine Vertretung der Ehrenamtlichen ist festes Mitglied der Koordinierungsgruppe Neuzuwanderung sowie in der Fachgruppe Ehrenamt und trägt so zur direkten Einbringung praktischer Erfahrungen in strategische Entscheidungsprozesse bei
Erfolge	Insgesamt leistet die Fachgruppe Ehrenamt einen wesentlichen Beitrag zur Qualitätssicherung, Weiterentwicklung und Sichtbarmachung des bürgerschaftlichen Engagements im Kontext von Zuwanderung. Durch die enge Verzahnung von Praxis, Koordination und strategischer Steuerung stärkt sie nachhaltig die Engagementstrukturen und fördert eine integrationsfördernde Infrastruktur in der Stadt.
Herausforderungen	Die ehrenamtliche Arbeit im Kontext der Zuwanderung, insbesondere mit Zielgruppen aus Südosteuropa, ist mit spezifischen strukturellen und sozialen Herausforderungen konfrontiert. Ein zentrales Hemmnis stellt das teilweise fehlende interkulturelle Verständnis in der Bevölkerung dar. In Kombination mit den häufig prekären und komplexen Lebenslagen der Zielgruppen erschwert dies den Aufbau von Vertrauen sowie die Gestaltung niedrigschwelliger Zugänge zum Engagement. Hinzu kommt, dass gesellschaftliche Vorbehalte und Diskriminierungserfahrungen die Ausgangsbedingungen zusätzlich belasten. Diese spiegeln sich nicht nur in den Lebensrealitäten der Zugewanderten wider, sondern beeinflussen mitunter auch die Haltung potenzieller Ehrenamtlicher. Dadurch entstehen zusätzliche Barrieren für die Gewinnung und nachhaltige Bindung von freiwillig Engagierten in diesem Handlungsfeld. Gleichzeitig ist festzuhalten, dass ehrenamtliches Engagement keine kostenneutrale Ressource darstellt. Es bedarf einer gezielten strukturellen Einbindung, fachlichen Begleitung und kontinuierlichen Koordination durch hauptamtliche Strukturen. Diese Anforderungen gehen mit einem entsprechenden Ressourcenbedarf bei den Trägern einher, insbesondere in Bezug auf Personal, Qualifizierung und Organisation.
Daten und Fakten 2025	▪ Über den Förderfonds stehen Gelder in Höhe von 50.000 Euro für den Bereich ‚Anerkennungskultur‘ und 20.000 Euro für den Bereich ‚Neugewinnung von Ehrenamtlichen‘ zur Verfügung. ▪ Insgesamt wurden im Jahr 2025 über 130 Anträge gestellt und bewilligt.

5.9.7 **„Ehrenamt im Kontext Prävention“**

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund (MIA-DO-Kommunales Integrationszentrum)

Umsetzung	Förderprogramm ‚Ehrenamt im Kontext Prävention‘: Über jährliche Beantragung beim Land NRW.
Finanzierung	Landes NRW
Konzeptioneller Ansatz	Das Förderprogramm „Ehrenamt im Kontext Prävention“ unterstützt lokale Träger bei der Umsetzung präventiver Maßnahmen zur Förderung von Integration und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Im Mittelpunkt stehen die Stärkung und Qualifizierung ehrenamtlich engagierter Menschen sowie präventive Ansätze zur Vermeidung von Ausgrenzung, Diskriminierung und Radikalisierung. Gefördert werden niederschwellige Angebote in den Bereichen Begegnung, Orientierung, Informationsvermittlung, Demokratieförderung sowie Qualifizierung von Ehrenamtlichen mit dem Ziel, gesellschaftliche Teilhabe zu stärken und präventive Ansätze nachhaltig im lokalen Umfeld zu verankern. DIE FÖRDERMITTEL SIND AUF ALLE ZIELGRUPPEN INNERHALB DER COMMUNITIES AUSGERICHTET!
Erfolge	Das Förderprogramm ‚Ehrenamt im Kontext Prävention‘ knüpft an die erfolgreiche Umsetzung des Landesprogramms ‚KOMM-AN NRW‘ an und führt die Unterstützung des ehrenamtlichen Engagements im Integrationsbereich in Dortmund fort.
Herausforderungen	Problematisch ist grundsätzliche projektbezogene und befristete Förderung, die nachhaltige Ansätze nicht zulässt. sowie potenziell hohe Nachfrage nach Fördermitteln bei begrenzten Ressourcen.
Daten und Fakten 2025	▪ Das Förderprogramm wird in Dortmund im Förderjahr 2026 erstmals durchgeführt. ▪ Im Rahmen des Programms stehen Fördermittel in Höhe von 58.000,00 € zur Weiterleitung an Integrationsakteur*innen zur Verfügung. ▪ Daten zu Vorjahren liegen aufgrund des Programmstarts nicht vor.

5.10 HANDLUNGSFELD BEKÄMPFUNG VON AUSBEUTUNGS-STRUKTUREN

Die Hürden im Integrationsprozess von EU-Bürger*innen und die daraus resultierenden Risiken, in Abhängigkeits- und Ausbeutungsstrukturen zu geraten, sind nach wie vor präsent und wurden bereits im Kapitel ‚Handlungsfeld Erstberatung und Erstintegration‘ beschrieben (vgl. 0). Meist spielt sich Ausbeutung in mehreren Bereichen ab und wird unter anderem in unfairen Arbeitsverhältnissen und prekären Wohnsituationen sichtbar. Teils wohnen die Menschen in einem geschlossenen System bei den Arbeitgeberinnen oder Arbeitgebern zu Wuchermieten. Ausbeutung geht dabei meist mit radikalen und menschenverachtenden Einstellungen einher, von konkreten Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen wird regelmäßig berichtet. Zielpersonen ausbeuterischer Strukturen sind Menschen in prekären Lebensverhältnissen, die mangels legaler Alternative keinen anderen Ausweg sehen als die Erduldung von Ausbeutung. Grund ist oft, dass die Menschen schon im Herkunftsland in vermeintliche Helferstrukturen geraten und dabei finanzielle Verpflichtungen eingegangen sind, die sie anschließend erheblich belasten. Dazu gehören unter anderem das Zahlen überteuerter Mieten, das Erbringen von Arbeitsleistungen zu unfairen Bedingungen und das ‚Abtreten‘ von Kindergeld- oder Sozialleistungen, die dann geschäftemachenden kriminellen Strukturen zugutekommen. Nicht selten sind Familien betroffen, in denen die Kinder ihre Eltern als Opfer skrupelloser Krimineller erleben.

5.10.1 Fachgruppe ‚Bekämpfung von Menschenhandel‘ – U-FG Kinder und Jugendliche und U-FG Erwachsene

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	U-FG Kinder und Jugendliche: Stadt Dortmund, Jugendamt, Fachreferat Beratung und Hilfen bei sexualisierter Gewalt, gemeinsam mit dem Sozialen Zentrum; U-FG Erwachsene: Stadt Dortmund, Ordnungsamt, gemeinsam mit Mitternachtsmission
Umsetzung	Dauerhaft
Finanzierung	Städtische und Trägerressourcen
Konzeptioneller Ansatz	Mit dem Ziel der bedarfs- und zielgruppenspezifischen Bearbeitung der komplexen Thematik wurde die Fachgruppe ‚Bekämpfung von Ausbeutungsstrukturen/Menschenhandel‘ in zwei Unterarbeitsgruppen (U-AG Kinder/Jugendliche und U-AG Erwachsene) aufgeteilt. Für Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung und Zwangsprostitution ist die Dortmunder Mitternachtsmission die zuständig handelnde Organisation und koordiniert den Runden Tisch Menschenhandel und Minderjährige in der Prostitution. In der U-AG Erwachsene bestätigt sich, dass die Gefahr, in Abhängigkeits- und Ausbeutungsstrukturen zu geraten, in der Gruppe der EU-Bürgerinnen und Bürger besonders hoch ist. Es ist das Ziel, auf mindestens drei Ebenen aktiv zu werden: ▪ Mit Blick auf betroffene und potenziell betroffene Menschen müssen umfassende Informationen verfügbar gemacht werden, die – präventiv – auf die Gefahren hinweisen und die bekannten ‚Maschen‘ der dahinterliegenden Strukturen möglichst klar beschreiben. Hier kann es sinnvoll sein, Menschen aus den Communities zu gewinnen, die entsprechende Aufklärungsarbeit bieten. Es braucht aber auch Schutzstrukturen, insbesondere sichere Unterkünfte, und bedarfsgerechte Angebote für Menschen, die in Ausbeutung geraten sind und Unterstützung und Schutz brauchen. ▪ Mit Blick auf die Strukturen der Täterinnen und Täter ist es notwendig, dass alle Beteiligten – Polizei, Zoll, Ordnungsverwaltung, aber auch die Hilfeseite vertrauensvoll miteinander und mit den Menschen arbeiten. Bisher reicht der Stand der Kooperation noch nicht aus, um die Strukturen effektiv zu bekämpfen. ▪ Mit Blick auf die Hilfeseite ist es notwendig, die Zusammenarbeit der einzelnen Beteiligten so zu verbessern, dass in ‚Akteursgemeinschaften‘ das Wissen gebündelt, Handlungssicherheit entwickelt und effektive, gemeinsame Schutzkonzepte erprobt werden können. Hierfür bedarf es auch eine finanzielle Stärkung der Akteure, da für den Schutz und die Unterstützung der Betroffenen zusätzliche personelle und finanzielle notwendig sind. In der U-AG Kinder/Jugendliche ist es das Ziel, bedarfs- und zielgruppenspezifische Angebote sowie Handlungs- und Beratungsstrukturen für Fachkräfte zu schaffen. Im Rahmen des Kinderschutzes soll ein entsprechender Handlungsleitfaden entwickelt werden, der Akteure und Hilfestrukturen im Feld benennt. Dazu besteht eine Kooperation mit ECPAT e.V. Es ist geplant, eine Kooperationsvereinbarung zu schließen und Akteure zu benennen. Davon ausgehend sind entsprechende weitere Bedarfe zu erheben und Strukturen weiterführend zu schaffen oder zu verbessern. Hierzu gehören beispielsweise: ▪ die Benennung von beratenden Fachstellen, ▪ geeignete Unterbringungsmöglichkeiten für Betroffene und weitere Hilfen und die Sensibilisierung und Aufklärungsarbeit zum Thema.
Erfolge	Trotz immer noch unzureichender Rahmenbedingungen konnten im Rahmen kollegialer Beratung und Unterstützung einige Fälle erfolgreich gelöst werden. Um diese grundsätzlich vorhandene Kooperationsbereitschaft durch verbesserte Strukturen zu stützen, wurden 2024 und 2025 Workshops zum Thema Menschenhandel mit

	den Fachkräften in Dortmund und beteiligten Akteuren durchgeführt. Die Umsetzung fand unter Beteiligung von ECPAT Deutschland e.V. und der Gesamt-Fachgruppe Menschenhandel statt. Ergebnis war u.a. der erste Entwurf eines Handlungsleitfadens zum Schutz vor Menschenhandel.
Herausforderungen	Eine größere Aufmerksamkeit muss dringend den Ausbeutungsformen „erzwungene Straftaten“ und „erzwungene Bettelei“ gewidmet werden. Hier gibt es keine Organisation, die ein Mandat für diesen Bereich haben. Die Betroffenen sind schwer zu identifizieren und massiven Bedrohungen und Gewalt ausgesetzt. Um das Thema effektiv entwickeln zu können, ist eine entsprechende Mittelausstattung in naher Zukunft unbedingt notwendig. Bereits jetzt ist es eine Herausforderung, wenn in jedem Einzelfall – etwa für die Durchführung von Veranstaltungen oder Öffentlichkeitsarbeit – finanzielle Mittel eingeworben werden müssen. Auch die Finanzierung für notwendige Angebote ist nicht geklärt; wünschenswert wäre die dauerhafte Regelförderung (Förderung KiJu). Wenn es perspektivisch um die Beratung und um spezialisierte Unterbringungsmöglichkeiten psychotherapeutischer Hilfe für Betroffene im Feld gehen wird, wird die Ausstattung mit entsprechenden finanziellen Mitteln verstärkt Thema sein. Eine weitere Herausforderung ist die Identifizierung Betroffener durch die Fachkräfte und der Aussagewille von Betroffenen, die sowohl Sicherheit als auch eine hohe Unterstützung brauchen, um den psychodynamischen Verpflichtungen, denen sie in der Regel unterliegen, zu entkommen. Die Justiz und die ordnungsrechtlichen Behörden sind relevante Akteure innerhalb des Prozesses, es bedarf einer stetigen Präsenz, weswegen eine verzahnte und verlässliche Kooperation unabdingbar ist, die jedoch noch weiter gestärkt werden muss.
Daten und Fakten 2025	▪ 2025 konnten Ansprechpartner*innen bei der Polizei und beim Zoll gewonnen werden. Weitere Möglichkeiten und Kooperationen (z.B. mit der Staatsanwaltschaft) müssen noch entwickelt und umgesetzt werden. ▪ In den 2024 und 2025 mit Dortmunder Akteuren durchgeführten Workshops konnten wichtige und grundlegende Ergebnisse erarbeitet werden. Handlungsnotwendigkeiten wurden identifiziert, erste Schritte initiiert und eine breite Fachkräfteschaft für das Thema sensibilisiert. ▪ In einer Arbeitsgruppe wurde der Entwurf eines Handlungsleitfadens zum Schutz vor Menschenhandel entwickelt und den Akteuren vorgestellt. Der Leitfaden soll 2026 verabschiedet werden und Eingang in den Basisordner Kinderschutz in Dortmund finden.

5.10.2 Weiterentwicklung des NRW-Modellprojekt MISSIMO (Leistungsmissbrauch in Problemimmobilien) für Dortmund

Art	Behördenübergreifendes Projekt
Umsetzende Akteure	Jobcenter, Bürgerdienste, Ordnungsamt, Wohnungsamt, Familienkasse und Polizei
Umsetzung	Dauerhaft seit 2025
Finanzierung	Städtische Mittel
Konzeptioneller Ansatz	Das NRW-Modellprojekt MISSIMO wurde in bzw. für Dortmund weiterentwickelt. Die Objektprüfungen erfolgen mit Beteiligung weiterer Akteure und verschiedenen fachlichen Fragestellungen (Melderecht, Leistungsrecht, Gefahrenabwehr).
Erfolge	Prüfungen der an den Kontrollen beteiligten Fachbereiche haben in Dortmund zahlreiche konkrete Ergebnisse erreicht. Dazu gehören die Abmeldung von Amtswegen, Erkenntnisse

	zu Mietwucher, die Einstellung der Leistungsgewährung durch Leistungsträger, Hinweise auf Steuerhinterziehung oder die Vollstreckung von Haftbefehlen
Herausforderungen	Im Rahmen der Reflexion dieser Einsätze durch die beteiligten Fachbereiche wurde außerdem festgestellt, dass die gewonnenen Erkenntnisse auf größere Herausforderungen im Zusammenspiel von Zuwanderung, sozialer Sicherung, Wohnen, Schulabsentismus bis hin zu organisierten Strukturen zum Leistungsmissbrauch schließen lassen. Um hier möglichen oder weiteren Fehlentwicklungen in Dortmund rechtzeitig begegnen können und mögliche Verdrängungseffekte aus anderen Städten nach Dortmund zu verhindern, werden die behördenübergreifenden Objektprüfungen als konkrete Maßnahme auch 2026 fortgeführt. Perspektivisch sollen rechtliche Prüfungen und ordnungsrechtliche Einzelmaßnahmen in den Fachbereichen besser vernetzt, aufeinander abgestimmt und auf ein Zielsystem ausgerichtet werden. Auch die Daten- und Informationslage soll unter Beachtung des gesetzlichen Datenschutzes weiter ausgeweitet und verbessert werden. Dies kann aufgrund der Komplexität und der Vielzahl der erforderlichen Fachbereiche nur durch zentrale Steuerung erfolgen. Geplant ist sowohl koordinierende Aufgaben als auch Aufgaben der strategischen Steuerung im Kommunalen Lagezentrum im Dezernat 3 zu verorten. Die Objektprüfungen werden auch genutzt, ein Bild individueller familiärer Rahmenbedingungen zu gewinnen, etwa zum Schulbesuch der Kinder oder zu arbeits- oder mietvertraglichen Gegebenheiten. Die damit einhergehenden Befragungen werden von den Familien – unabhängig davon, ob gegen Regeln verstoßen wurde oder nicht – unterschiedlich wahrgenommen. Während ein Großteil den Kontakt nutzt, um über Auffälligkeiten zu berichten, sind andere verunsichert.
Daten und Fakten 2025	▪ 2025 wurden – u.a. vom Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKDB) initiiert – 4 Immobilien in Dortmund behördenübergreifend kontrolliert. ▪ Grundlage für die Auswahl ist die Datenbank ‚Problemhäuser‘ des Ordnungsamtes, ergänzt um Informationen des Jobcenters, der Bürgerdienste zu Scheinadressen oder den Hinweisen aus der Ankommensberatung des MigraDo zu auffälligem Anmeldeverhalten oder auffälligen Rahmenbedingungen bei der Anmeldung von Unionsbürger*innen. ▪ Bei einem Teil der kontrollierten Haushalte ergaben sich Hinweise auf Unregelmäßigkeiten, konkrete, konkrete Zahlen liegen nicht vor.

5.11 HANDLUNGSFELD TRANSNATIONALE KOOPERATION

Unter den TOP 25 Staatsangehörigkeiten in Dortmund hatten zum Stichtag 31.12.2025 44.290 der insgesamt 136.815 Nichtdeutschen eine EU-Staatsangehörigkeit. Die meisten darunter hatten einen polnischen (8.700), spanischen (7.460), rumänischen (6.710), bulgarischen (4.975), italienischen (3.975) oder griechischen Pass (3.700).

Vor diesem Hintergrund ist es ein Ziel der Fachgruppe Transnationale Kooperation der Gesamtstrategie Neuzuwanderung, sukzessiv Kontakte in die unterschiedlichen Herkunftsstaaten, aber auch in andere Zielstaaten der EU-Binnenmigration aufzubauen und zu halten. So gelingt es, Andockpunkte für Remigrant*innen in den Rückkehrstaaten herauszuarbeiten, aber auch Hinweise auf mögliche Wanderungsphänomene zu erhalten und im Rahmen gemeinsamer Projekte einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunftsstaaten zu leisten.

Thema ist auch die Vermeidung von Ausbeutungsstrukturen und ein Beitrag zur Entwicklung effektiver Schutzkonzepte, die bereits in den Herkunftsländern beginnen müssen.

5.11.1 Fachgruppe Transnationale Kooperation

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Caritasverband und Stadt Dortmund – Sozialdezernat/Strategische Sozialplanung in Kooperation mit unterschiedlichen Trägern und städtischen Fachbereichen
Umsetzung	Seit 2022
Finanzierung	Städtische und Trägermittel
Konzeptioneller Ansatz	Ein Schwerpunkt der Fachgruppe bleiben der Aufbau von Andockpunkten für rückkehrwillige bzw. rückkehrende Migrant*innen in ihren Herkunftsstaaten der EU und der Beitrittskandidaten sowie der Wissensaufbau über Strukturen und Lebensbedingungen der Menschen dort. Dazu beigetragen hat der von der Fachgruppe organisierte Fachtag Westbalkanerweiterung am 10.12.2024 im Rathaus der Stadt, an dem neben einer Vielzahl an Akteuren in Dortmund, darunter Romano Than, auch interessierte Akteure aus anderen Bundesländern teilgenommen haben. Geladen waren drei Referent*innen von Nichtregierungsorganisationen aus Albanien, Nordmazedonien und Serbien, die einen Einblick in die Lebenslagen der Menschen in ihren Ländern sowie die Perspektive auf und Hürden für den EU-Beitritt gegeben haben. Auch kritische Themen, wie die Diskriminierung von Minderheiten, insb. der Roma, Korruption und mangelnder Wille zur Demokratisierung kamen zur Sprache. Der Fachtag diente dazu, Wissen über diese Länder aus erster Hand zu erlangen und zu erweitern mit dem Ziel, die sozialen Strukturen in Dortmund frühzeitig auf mögliche Herausforderungen auszurichten. Die Fachgruppe hat außerdem gestrandete EU-Zugewanderte und -Haftentlassene im Blick, die keine Lebensperspektive mehr in Dortmund haben. Hier ist es gelungen, mit der Stiftung Zastopuj in Polen einen Kontakt anzubahnen. Diese betreibt in Koszalin (Köslin) das Dom Ojca (fundacijadomojca.pl). Die Einrichtung bietet Menschen in schwierigen Lebenslagen, die keine familiären Netzwerke haben, eine Wohn- und Lebensgemeinschaft mit sozialpädagogischer Begleitung, (sucht-)therapeutischer Unterstützung und Arbeitsmöglichkeiten. 2026/27 sollen bestehende Kontakte nach Spanien ausgebaut werden.
Herausforderungen	Seit Ende 2024 standen für die Aktivitäten der Fachgruppe Transnationale Zusammenarbeit zunächst keine Landesfördermittel mehr zur Verfügung. Die Akteure haben ihre Arbeit dennoch fortgesetzt, um an die aus dem og. Fachtag 2024 gewonnenen Erkenntnisse anzuknüpfen und die aufgebauten Kontakte nicht abbrechen zu lassen. Es hat sich gezeigt, dass der Aufbau von staatlich-staatlichen Kooperationen schwierig und nicht nachhaltig ist. Deshalb setzt die Fachgruppe zunehmend auf den Aufbau von Kooperationen mit und zwischen nicht-staatlichen Organisationen (NGO).
Erfolge	Seit 2026 steht aus EhAP PLUS-Mitteln (Projekt H.A.L.T.) wieder ein begrenztes Budget für die Anbahnung von transnationalen Kontakten zur Verfügung.
Daten und Fakten 2025	Die aus dem Fachtag 2024 gewonnenen Erkenntnisse und Kontakte sollten 2025 auf einer Studienreise nach Serbien vertieft werden. Diese musste wegen der unsicheren Lage nach Massenprotesten gegen die Regierung abgesagt werden. Die als Ersatz geplante Studienreise nach Tirana (Albanien) musste nach langwierigen Krankheitsfällen ebenso abgesagt werden wie die weitere Arbeit der Fachgruppe in 2025. Dennoch konnten einige Planungen umgesetzt werden:

	▪ Zwischen der Mitternachtsmission und der Organisation Different and Equal in Tirana (differentandequal.org), die sich um Opfer von Ausbeutung und Menschenhandel kümmert, konnte ein erster Kontakt hergestellt werden. Eine Kooperation ist geplant. ▪ Das Diakonische Werk, der mobile medizinische Dienst des sozialpsychiatrischen Dienstes des Gesundheitsamtes, das Sozialamt und die Clearingstelle für gestrandete EU-Bürger*innen haben vom 08. – 11.12.2025 Dom Ojca besucht, um zu prüfen, ob die Einrichtung für polnische Menschen ohne Leistungsansprüche, insb. mit körperlichen und seelischen Beeinträchtigungen, Suchterkrankungen, Gewalterfahrungen) geeignet ist. Drei wohnungslose, suchtkranke Personen konnten 2025 dorthin weitergeleitet werden. Es finden weitere digitale Austausche statt, um zu eruieren, wie transnationale Hilfefketten entwickelt und nachhaltig gestaltet werden können. ▪ Darüber hinaus hat ein digitaler Austausch mit der regionalen Bildungsdirektion der Stadt Ruse (Bulgarien) dazu beigetragen, ein häufig auftretendes Problem von Rückkehrer*innen oder zirkulär wandernden Bulgar*innen bei Schulanmeldungen in Bulgarien zu lösen: Deutsche Schulzeugnisse bedürfen zur Anerkennung einer beglaubigten Apostille. Der Kontakt nach Ruse soll vertieft werden, um weitere offene administrative Fragen zu klären. ▪ Die transnationalen Erfahrungen in Dortmund waren Thema auf dem 3. EhAP-Vernetzungstreffen am 28.01.2026 in Berlin.
--	---

5.11.2 Neue Naturen – Transforming Neighbourhoods – für Jugendliche und junge Erwachsene

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	GrünBau gGmbH in Kooperation mit Romano Than e.V. und der Plovdiver NGO (Verein) Youth Club Roma Stolipinovo und dem Roma Education Fund, Romania
Umsetzung	01.05.2025 bis 30.04.2026
Finanzierung	Städtische Mittel (Jugendamt Dortmund) und KJP-NRW
Konzeptioneller Ansatz	„Neue Naturen – Transforming Neighbourhoods“ ist ein trinationales Austausch- und Beteiligungsprojekt für benachteiligte und von gesellschaftlicher Ausgrenzung bedrohte Jugendliche und junge Erwachsene aus Deutschland, Bulgarien und Rumänien. Im Mittelpunkt steht die aktive Auseinandersetzung mit ökologischen Herausforderungen im urbanen Raum sowie die Frage, wie junge Menschen ihre Nachbarschaften selbstwirksam, nachhaltig und gemeinschaftlich gestalten können. Das Projekt verbindet internationale Begegnung, ökologische Bildung und Empowerment und versteht Jugendliche nicht als Zielgruppe, sondern als Akteur*innen gesellschaftlicher Transformation. Ausgehend von den Lebensrealitäten junger Menschen aus sozial benachteiligten Quartieren – insbesondere aus der Dortmunder Nordstadt und der Clarenberg-Siedlung sowie aus Roma-Communities in Plovdiv (Stolipinovo) und Rumänien – werden ökologische Interventionen als niedrigschwelliger Zugang zu Teilhabe, Bildung und internationalem Austausch genutzt. Dabei werden ökologische Fragestellungen mit sozialen Themen wie Ausgrenzung, Diskriminierung und fehlenden Beteiligungsmöglichkeiten verknüpft. Durch gemeinsames Arbeiten auf Augenhöhe entstehen Lern- und Begegnungsräume, die Vorurteile abbauen und europäische Solidarität stärken.
Erfolge	Im Projektverlauf entwickeln die Teilnehmenden in internationalen Gruppen konkrete ökologische Projekte in ihren jeweiligen Stadtteilen. Dazu zählen unter anderem Urban-Gardening-Ansätze, gemeinschaftliche Begrünungsmaßnahmen sowie kreative Recycling- und Upcycling-Formate. Eine vorbereitende Recherchereise nach Dortmund ermöglicht es den Jugendlichen, bestehende ökologische Initiativen kennenzulernen und

	praxisnahe Erfahrungen zu sammeln. In mehrtägigen Länderworkshops in Deutschland, Bulgarien und Rumänien werden die Jugendlichen fachlich begleitet und qualifiziert, eigene Projektideen weiterzuentwickeln und umzusetzen. Die regelmäßigen digitalen Austauschformate fördern den kontinuierlichen internationalen Dialog und das Skill Sharing zwischen den Teilnehmenden. Durch die eigenständige Planung, Umsetzung und Dokumentation der Projekte sammeln die Jugendlichen Selbstwirksamkeitserfahrungen und stärken ihre sozialen, fachlichen und interkulturellen Kompetenzen. Das Projekt schafft sichtbare ökologische Verbesserungen im Stadtraum und trägt gleichzeitig zur Stärkung von Selbstorganisation, Verantwortungsübernahme und europäischem Bewusstsein bei.
Herausforderungen	Herausforderungen ergeben sich insbesondere aus unterschiedlichen strukturellen Rahmenbedingungen in den Partnerländern, sprachlichen Barrieren sowie variierenden Vorerfahrungen der Teilnehmenden im Bereich ökologischer Bildung und Projektarbeit. Diese werden durch mehrsprachige Begleitung, flexible Projektgestaltung und einen hohen Grad an pädagogischer Unterstützung aufgefangen.
Daten und Fakten 2025	▪ Das Projekt wurde 2025 sehr erfolgreich umgesetzt; ▪ Für den Zeitraum 17. bis 23.04.2026 ist ein transnationaler Austausch im Rahmen einer Reise nach Plovdiv geplant, Teilnehmende sind 45 Jugendliche und junge Erwachsene

5.11.3 **Wissenschaftliche Studie ‚Zuwanderung aus Südosteuropa – Teilhabe und Zusammenhalt auf kommunaler Ebene ermöglichen‘ (ZuSudo)**

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	Studie: Ruhr Universität Bochum (Federführung); Dortmunder Beteiligung: Strategische Sozialplanung (Mitglied im Beirat); Fachgruppe Transnationale Zusammenarbeit (Projektpartnerin) Operationalisierung: Strategische Sozialplanung und MigraDo, Kommunales Integrationszentrum; Fachgruppen der Gesamtstrategie Neuzuwanderung
Umsetzung	Studie: April 2021 – Juni 2024; praktische Ableitungen in Dortmund: 2025ff
Finanzierung	Studie: Stiftung Mercator; Operationalisierung Dortmund: städtische Ressourcen
Konzeptioneller Ansatz	Die RUB-Studie ZuSudo (Zuwanderung und soziale Dynamiken in Kommunen), an der auch die Stadt Dortmund beteiligt war, sowie der darauf aufbauende KOSMATI-Ansatz verstehen Kommunen als zentrale Orte des Ankommens, der Aushandlung von Teilhabe und der sozialräumlichen Integration. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie kommunale Integrationsarbeit stärker an den tatsächlichen Lebenslagen, Orientierungen und Mobilitätsmustern von Zugewanderten ausgerichtet werden kann. Für Dortmund ergibt sich daraus insbesondere die Zielsetzung, kommunale Angebote konsequent mit den vielfältigen Erfahrungen und Bedarfen der Zielgruppen abzugleichen. Dazu gehören die Stärkung der Kooperation zwischen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteuren, die Verbesserung von Argumentations- und Steuerungsgrundlagen für die kommunale Integrationsarbeit sowie die gezielte Weiterentwicklung von Teilhabechancen im Sozialraum. Ebenso wird die Bedeutung von Migrant*innenorganisationen für Teilhabeprozesse und soziale Vernetzung hervorgehoben.

	Die Studie zeigt, dass Migration und Teilhabe stark von unterschiedlichen Mobilitätsmustern geprägt sind. Unterschieden wird nach dauerhafter Migration, Rückkehrmigration, transnationaler sowie zirkulärer Mobilität. Für Dortmund ist dabei besonders relevant, dass sich Migrationsentscheidungen über den Lebensverlauf verändern: Während die Erstmigration häufig existenzsichernd motiviert ist, stehen spätere Wanderungsbewegungen häufiger im Zusammenhang mit Ausbildung, Studium oder familiären Bezügen. Diese Erkenntnisse verdeutlichen für die Dortmunder Gesamtstrategie die Notwendigkeit, bestehende Angebote stärker an dynamische Lebensverläufe und hohe Mobilität anzupassen und kontinuierlich weiterzuentwickeln. Im Sinne des KOSMATI-Ansatzes werden sie in die Weiterentwicklung des kommunalen Handlungsrahmens Neuzuwanderung sowie in sozialräumliche Planungs- und Steuerungsprozesse eingebunden.
Daten und Fakten 2025	▪ 2025 wurden die Erkenntnisse aus der Studie im Abgleich mit dem Handlungsrahmen Neuzuwanderung aufgearbeitet mit dem Ergebnis, die kommunalen Integrations- und Teilhabeangebote mit Blick auf die unterschiedlichen Lebens- und Mobilitätsverläufe stärker prospektiv, wissenschaftlich begründet, sozialräumlich und flexibel auszurichten. ▪ Die Ergebnisse werden systematisch in die kommunale Steuerung einfließen, um Angebote kontinuierlich bedarfsorientiert weiterzuentwickeln und besser auf dynamische Entwicklungen vorbereitet zu sein.

5.11.4 Projekt ‚CONSOLIDATE‘

Art	Projekt
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund – Strategische Sozialplanung in Kooperation mit der GrünBau gGmbH
Umsetzung	01.03.2024 bis 28.02.2027
Finanzierung	EU-Mittel
Konzeptioneller Ansatz	Das Sozialdezernat, Strategische Sozialplanung, hat 2023 bei der Europäischen Kommission Mittel für das Projekt ‚COSOLIDATE‘ (Consolidating, innovating and disseminating effective integration practices in Europe) beantragt. Die Bewerbung zur Teilnahme an dem europäischen Projekt wurde positiv beschieden. Die Stadt hat im Februar 2024 den Zuwendungsbescheid erhalten. Das Projekt zielt darauf ab, lokale Behörden dabei zu unterstützen, ihre Integrationsstrategien durch den Austausch mit anderen europäischen Städten effektiver zu gestalten. Die Strategische Sozialplanung hat sich um den Baustein ‚Lokale Instrumente zur Unterstützung der Wohnungssuche‘ beworben. Im Dezember 2024 fand hierzu ein erster Austausch mit den beteiligten Städte Wien und Göteborg in Dortmund statt.
Daten und Fakten 2025	▪ Im Rahmen des ersten Austausches der beteiligten Städte führten die europäischen Gäste intensive Gespräche mit Dortmunder Akteur*innen, die im Themenfeld „Wohnen“ und „Flucht“ aktiv sind. ▪ Die daraus formulierten Handlungsempfehlungen wurden im Juli 2025 gemeinsam mit der Fachgruppe Wohnen der Gesamtstrategie Neuzuwanderung in einen Maßnahmenkatalog überführt, welcher 2026 umgesetzt wird.

5.12 HANDLUNGSFELD GESAMTKOORDINIERUNG, PROFESSIONALISIERUNG UND KOMMUNIKATION: ÖRTLICHE EBENE

Dortmund ist eine vielfältige, lebendige und weltoffene Stadt. „Menschen, egal welcher Geschichte und Herkunft, sind willkommen. Ihnen werden Perspektiven für ein stabiles Alltagsleben hin zur Integration in eine vielfältige Gesellschaft aufgezeigt.“¹⁴ Ende 2025 hatten rund 43 Prozent der Dortmunderinnen und Dortmunder einen Migrationshintergrund. Die damit einhergehende Vielfalt ist fester Bestandteil des städtischen Zusammenlebens und prägt die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung der Stadt nachhaltig. Dabei verläuft Zuwanderung nicht linear. Unterschiedliche Zuwanderungsprozesse verlaufen parallel – von der Zuwanderung im Rahmen der europäischen Freizügigkeit über die Fluchtmigration 2015/2016 bis hin zur Aufnahme Schutzsuchender aus der Ukraine seit 2022. Unterschiedliche Formen von Migration – etwa temporäre, zirkuläre oder dauerhafte Migration – gehen mit unterschiedlichen Voraussetzungen, Bedarfen und Möglichkeiten gesellschaftlicher Integration und Teilhabe einher. Sie stellen auch unterschiedliche Anforderungen an Konzepte, Maßnahmen und institutionelle Rahmenbedingungen.

Die Entwicklung der Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung startete 2012 und wird seitdem schrittweise entwickelt. Sie bündelt Wissen und Ressourcen, konzeptionelle Ansätze und Instrumente zu deren Umsetzung in einem integrierten Handlungsrahmen. Dabei berücksichtigt sie die unterschiedlichen Formen der Zuwanderungen, etwa im Kontext der EU-Freizügigkeit und der Flucht- und Arbeitsmigration.

Ihr wesentlicher Vorteil liegt in der hohen Steuerungs- und Umsetzungsfähigkeit. Kern der Strategie ist die integrierte, sozialräumlich ausgerichtete Struktur, die unterschiedliche Zielgruppen parallel adressiert und Integration nicht sektoral, sondern als gesamtstädtische Querschnittsaufgabe versteht. Maßnahmen werden dort verankert, wo Teilhabe konkret stattfindet: im Quartier. Strukturelles Ziel sind die bessere Koordination bestehender Angebote, das Ineinandergreifen der Wissens- und Handlungsressourcen von städtischer Verwaltung und Arbeitsverwaltung, freien Trägern und zivilgesellschaftlichen Akteuren bis hin zu den Zugewanderten selbst, der Abbau von Doppelstrukturen und das Erkennen von Angebotslücken. Inhaltlich verfolgt sie einen ressourcenorientierten Ansatz, der die Kompetenzen, Erfahrungen und Potenziale Zugewanderter stärker in den Mittelpunkt stellt und ihre Aktivierung hin zu Selbstwirksamkeit und gesellschaftlicher Teilhabe unterstützt. Dafür werden Übergänge in Regelangebote in Bereichen wie Deutschförderung, Arbeitsmarktintegration, Zugänge zu Wohnraum, Bildung, Krankenversorgung und sozialer Sicherung priorisiert. Wenn diese Regelstrukturen nicht zugänglich oder nicht ausreichend ausgestattet sind, sind die kommunalen Handlungsmöglichkeiten oft begrenzt.

Die Vorzüge dieser systematischen Verknüpfung von Strategie, Praxis und Steuerung sind der – im Vergleich zu anderen Kommunen – sehr hohe Kooperationsgrad unter den unterschiedlichen Akteuren, die gute Erreichbarkeit der Zielgruppen und die Anschlussfähigkeit an unterschiedliche Förder- und Verwaltungsebenen.

Zugleich basiert moderne Integrationspolitik auf einer stärkeren Evidenzorientierung durch Monitoring, Sozialberichterstattung und wissenschaftliche Begleitung. Ziel ist eine kontinuierliche Weiterentwicklung der Angebote entlang realer Bedarfe sowie der Abbau struktureller Zugangsbarrieren zu Regelsystemen. Integration wird damit als dynamischer, ressourcenorientierter und

¹⁴ [International, vielfältig, integrativ - Die Nordstadt | dortmund.de](https://www.dortmund.de/de/1234567890/international-vielfaeltig-integrativ-die-nordstadt)

zugleich steuerungsbedürftiger Prozess verstanden, der sowohl Teilhabechancen stärkt als auch präventive und ordnungsbezogene Aspekte integriert.

5.12.1 Konzeptionierung und Beantragung fördermittelfinanzierter Projekte

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Strategische Sozialplanung (Koordinierungsstelle gesellschaftliche Teilhabe im Quartier und am Arbeitsmarkt) in Kooperation mit dem Trägerverbund
Umsetzung	Seit 2014
Finanzierung	Städtische und Landesmittel (SOE-Programm, bis Ende 2026)
Konzeptioneller Ansatz	Die Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung ist auf die Lösung multikomplexer und sich überlagernder Herausforderungen und Problemlagen ausgerichtet. Dies gelingt durch breit aufgestellte, interdisziplinäre Ansätze und erfordert außerordentliche Fachexpertise an unterschiedlichsten Stellen. Hinzu kommt, dass der Ansatz auf diverse Zuwanderungsphänomene zu reagieren und diese zu koordinieren und zu gestalten hat. Dabei geht es nicht um Kategorien wie EU- oder Flüchtlingszuwanderung, sondern um teils kaum sichtbare Veränderungen in der Struktur der zuwandernden Menschen, die – mit dem Ziel konkreter Lösungen – eine spezifische, bedarfsgerechte Anpassung der Angebotsstruktur erfordern (etwa Sprach-, Kultur- und gesellschaftspolitische Kenntnisse der Beratenden). Um die Wirkungen eines derart ausgerichteten Konstrukts nutzbar zu machen, muss dies auskömmlich ausgestattet sein. Das ist allein aus städtischen Mittel nicht möglich. Im Rahmen der Gesamtkoordinierung geht es deshalb auch darum, Finanzierungsnotwendigkeiten zu erkennen und zu beschreiben, Projektverbünde zu konstruieren und mit Projektzielen, Aufgabenwahrnehmungen, Meilensteinen, Ressourcenansätzen und Zielzahlen zu hinterlegen. Für Projektansätze, in denen die Strategische Sozialplanung die federführende Antragstellung und Projektabwicklung übernimmt, erarbeitet die in der Stabsstelle eingerichtete ‚Koordinierungsstelle gesellschaftliche Teilhabe im Quartier und am Arbeitsmarkt‘ Finanzierungslösungen für städtische Arbeitsbereiche und für die Arbeit der Träger. Dabei kooperiert sie eng mit der ‚Stabsstelle Fördermittelmanagement‘.
Erfolge	Seit 2012 wurde unter Federführung oder Beteiligung der Stadt Dortmund eine Vielzahl an Förderprojekten konzeptioniert und Mittel dafür beantragt. Die bewilligten Mittel ergänzen die städtischen Aufwendungen. Auch im diesjährigen Sachstandsbericht wird an vielen Stellen auf Vorhaben hingewiesen, die aus unterschiedlichen Förderprogrammen des Landes oder des Bundes finanziert sind. Diese Vorhaben werden grundsätzlich in Trägerverbünden und in enger Kooperation mit der Stadt Dortmund geplant und umgesetzt. Bisher wurden alle aus dem Dezernat 5, strategische Sozialplanung, gestellten Anträge bewilligt. Wie bisher wird das Gesamtangebot durch gute, zielgerichtete Maßnahmen ergänzt, an denen die Stadt nicht beteiligt ist. Diese weiteren Projekte unterschiedlicher Träger erhöhen das Fördervolumen zusätzlich. Auf die Zahlen unter ‚Daten und Fakten 2025‘ wird verwiesen.
Herausforderungen	In den letzten Jahren sind mehrere Finanzierungen weggebrochen, teils waren Förderlücken zu überbrücken. In jeder dieser Notlagen haben alle Beteiligten einen Beitrag zur Kompensation geleistet: die Träger, die ihre Umsetzungsbedingungen auf ein Minimum reduziert und eigene Mittel eingebracht haben, die Stadt, die einen Teil der weggebrochenen Finanzierung übernommen hat, die Stadtgesellschaft, weil ein sozialengagiertes Unternehmen mit Finanzmitteln geholfen hat und Ehrenamtliche eingesprungen sind. Ausdrücklich sind die in den Projekten Beschäftigten zu nennen, die enormen Einsatz

	zeigen, um trotz schwieriger Personalausstattung möglichst vielen Ratsuchenden Unterstützung zu bieten. Das ist einerseits Zeugnis hochengagierter Akteure. Andererseits stellt sich die Frage nach den Folgen, wenn solche Kompensationen nicht mehr möglich sind.	
Daten und Fakten 2025	- Seit der letzten Berichterstattung konnten fast 6,6 Mio. Euro eingeworben werden. - Seit 2012 summieren sich damit die im Trägerverbund eingeworbenen Fördermittelauf insgesamt auf knapp 46,3 Mio. Euro. - Davon wurden 20,7 Mio. Euro unter Federführung des Sozialdezernats und 24,1 Mio. Euro mit maßgeblichem Beitrag der Gesamtkoordinierung der Gesamtstrategie Neuzuwanderung eingeworben. 2026 sind weitere Antragstellungen geplant.	
	Eingeworbene Fördermittel 2012 – 2025	46.267.561,78 Euro
	davon Eingeworbene Fördermittel 2023 – 2025	6.574.027,88 Euro

5.12.2 Koordinierung von Fördervorhaben

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Strategische Sozialplanung (Koordinierungsstelle gesellschaftliche Teilhabe im Quartier und am Arbeitsmarkt)
Umsetzung	Seit 2012
Finanzierung	städtische und Landesmittel (SOE-Programm)
Konzeptioneller Ansatz	Für einige Vorhaben, die aufgrund der trägerübergreifenden Umsetzung sehr komplex sind, leistet die im Sozialdezernat/Strategische Sozialplanung angedockte ‚Koordinierungsstelle gesellschaftliche Teilhabe im Quartier und am Arbeitsmarkt‘ neben der kompletten Beantragung und Abwicklung der Fördermittel auch die koordinierende Leitung. Dazu gehören seit 2014 - Einsatz der studentischen Integrationshelfer*innen 2014–2015 - Stärkung der Erwerbsteilhabe von EU-Bürger*innen 2014–20 - Pilotprogramm Integrationslots*innen 2014–15 und Arbeitsmarktlots*innen 2015 - Wohnungszugangsstrategie: Vorbereitungs- und Entwicklungsphase 2015–16; Koordinierung: seit 2015 dauerhaft - Einwanderung gestalten – Entwickeln bedarfslagenorientierte Gesamtstrategie 2017–19 - Förderprogramm Südosteuropa / EU2-Zuwanderungsstädte: Entwickeln, Koordinieren, Steuern der Zielgruppen-Angebote 2017–24, erneut 2026 –(voraussichtlich) 2027 - Unterstützung zum Erhalt der Anlaufstelle Willkommen Europa durch Mittel aus „nordwärts“ 2020–25 - Stabilisierungsfonds der Stadt 2023 + 2024 - EhAP-Projekte mit kommunaler Beteiligung und Begleitung: - ACASA –Brücken bauen in weiterführende Hilfen für EU Zugewanderte – 2016–18; - G.I.V.E. – Gesundheit, Integration, Vielfalt, Empowerment – 2019–22; - H.A.L.T. – Hilfen zum Ankommen, Leben und Teilhaben – seit 2022 – 2028 ‚AKTI(F) – Aktiv für Familien und ihre Kinder‘: Projekt ‚TAfF‘ – Teilhabe und Arbeit für Familien seit 2020 - KIM – Kommunales Integrationsmanagement seit 2020 dauerhaft (mit MIA-DO-KI) - ESF-REACT – ‚InfADo‘– Integration in faire Arbeit 2021–2023
Erfolge	Bei der Unterstützung von Projekten konnten diverse Erfolge erarbeitet werden, u.a.: - Umsetzung einer qualifizierten (sozialen) Wohnungsvermittlung und -begleitung (Wohnungszugangsstrategie); Beitrag Team ESF: - Finanzierung - Konzeptionierung, Koordinierung und Einbindung in die Gesamtstrategie

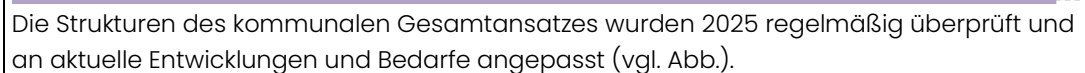
	▪ Kooperation Sozialdezernat/Strategische Sozialplanung Dortmund – Deutsch-Bulgarisches Bildungszentrum DP BGCPÖ, Umsetzung seit 2020, Mittelbeantragung über DP BGCPÖ in Kooperation mit dem Sozialdezernat/Strategische Sozialplanung Dortmund; Beitrag Team ESF: ○ Antragstellung ○ Kooperationsvereinbarung ▪ Fachgruppe Transnationale Kooperation unter Federführung der Caritas bis 2024, seit 2025 Sozialdezernat ○ Fachgruppe ○ Konzeptionieren transnationaler Konzepte für rückkehrende Zugewanderte (Polen, Bulgarien) zur Entwicklung besserer Andockpunkte in den Herkunftsländern ▪ Einsatz Studentischer Integrationshelfer*innen, Mittelbeantragung über Stadt Dortmund und ISB; Laufzeit: fortlaufend; Beitrag Team ESF: ○ Geschäftsführung der interkommunalen Planungsrunde Dualer Studiengang ○ Aushandeln von Finanzierungsoptionen für den Praxiseinsatz der Studierenden ○ Konzeptionierung und Antragstellungen ○ Koordinierung und Einbindung in die Gesamtstrategie ▪ Interkommunaler Austausch mit den EU-Zuwanderungsstädten in NRW ○ Geschäftsführung und Programmentwicklung ○ Interkommunale Workshops ▪ Auffangen nicht geförderter Leistungen der Träger durch Mittel aus dem Stabilisierungsfonds 2023+2024 ▪ Verstärkte Einbindung von Romano Than in die Gesamtstrategie seit 2025 ▪ Regelmäßige Austauschformate mit dem Trägerverbund der Anlaufstelle Willkommen Europa zur Umsetzung der Förderprojekte seit 2014
Herausforderungen 2025	Zu den Herausforderungen wird auf die unter ‚Konzeptionierung, Beantragung und Koordinierung fördermittelfinanzierter Projekte‘ genannten verwiesen. Weggebrochene und immer wieder unterbrochene oder reduzierte Mittelansätze und Förderungen führen zu einer Unterfinanzierung sämtlicher Arbeitsbereiche, für die städtische Finanzierungen nicht leistbar sind. Eine verlässliche Finanzierung ist aber gerade Voraussetzung für vorausschauende Planung und verstetigte Hilfeangebote.

5.12.3 **Koordinierung und Steuerung der Strukturen in der ‚Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung‘**

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Strategische Sozialplanung in Kooperation mit MIA-DO-KI, Dezernat für Schule, Jugend und Familie, Dezernat für Recht und Ordnung (seit 2026) und dem Diakonischen Werk (für die AGV),
Umsetzung	Seit 2012
Finanzierung	städtische und Landesmittel (SOE-Programm)
Konzeptioneller Ansatz	Dortmund steht vor der Aufgabe, unterschiedliche Zuwanderungsprozesse parallel zu bewältigen – von EU-Freizügigkeit über Fluchtmigration bis hin zu weiteren internationalen Migrationsbewegungen. Sie verlaufen mit jeweils eigenen Dynamiken, rechtlichen Rahmenbedingungen und Unterstützungsbedarfen, greifen in der kommunalen Praxis aber unmittelbar ineinander. Die Bewältigung der integrations- und sozialpolitischen Handlungserfordernisse braucht leistungsfähige kommunale Strukturen. Die seit 2011 in Regie der Strategischen Sozialplanung gemeinsam mit weiteren Verwaltungsbereichen, freien Trägern, Ehrenamt und Selbstorganisationen stetig optimierte ‚Gesamtstrategie

	Neuzuwanderung' zielt darauf, diesen Bedingungen gerecht zu werden und Integration ressortübergreifend und gesamtgesellschaftlich zu gestalten. Durch ein bedarfsgerechtes Gesamtangebot sollen Neuzugewanderte zu gesellschaftlicher Orientierung und eigenständiger Lebensführung befähigt und zur Entwicklung langfristiger Perspektiven aktiviert werden. Die Strategie verbindet dafür die kontinuierliche Beobachtung von Zuwanderungsentwicklungen und Unterstützungsbedarfen mit der Anpassung der Maßnahmenpalette und der Schaffung struktureller und institutioneller Gelingensbedingungen. Dazu zählen Integrationsangebote und ordnungsrechtliche Maßnahmen gegen missbräuchliche oder ausbeuterische Strukturen. Damit verbindet die Strategie unterschiedliche Handlungsebenen – von operativ sozialräumlich bis zu überregionaler Governance – in einem mehrstufigen, rechtskreisübergreifenden Steuerungsansatz. Dazu gehören ▪ zehn thematische Fachgruppen, jeweils unter Federführung eines Teams, das immer paritätisch mit Fachleuten aus Verwaltung und freien Trägern besetzt ist; gemeinsam mit Fachakteuren aus Verwaltung, Wohlfahrt, Zivilgesellschaft und migrantischer Selbstorganisation verantworten und entwickeln sie das jeweilige Handlungsfeld, bündeln Prozesse und steuern Schnittstellen ▪ die Koordinierungsgruppe Neuzuwanderung unter Leitung der Strategischen Sozialplanung; sie ist strategische Plattform, auf der Informationen gebündelt, an alle Koordinator*innen weitergegeben und von dort in die Netzwerke (Regeldienste, Fachgruppen und sonstige Arbeitsgruppen) implementiert werden. Falls notwendig, optimiert die Koordinierungsgruppe vorhandene Angebote oder ihr Zusammenwirken oder entwickelt passgenaue neue Lösungsansätze. ▪ die Gesamtkoordination in Regie der Strategischen Sozialplanung gemeinsam mit MI-ADOKI, Dezernat 3, Dezernat 4 und der Arbeitsgemeinschaft der Träger der freien Wohlfahrtspflege; sie verbindet die unterschiedlichen Ebenen, sichert den Wissenstransfer, identifiziert Handlungsbedarfe, stößt fachliche Weiterentwicklungen an, gewährleistet Abstimmungsprozesse, transferiert lokale Erkenntnisse in überörtliche Prozesse und externes Wissen in die lokale Praxis. ▪ der AK Prozesssteuerung unter Leitung der Sozialdezernentin in Kooperation mit der Jugenddezernentin; hier entscheiden die beteiligten Akteure aus Stadtverwaltung, Agentur für Arbeit, Jobcenter, Wohlfahrtsverbänden und FH Dortmund auf Leitungsgremium über Kooperationen, Ziele und Entwicklungen. Die Prozesslenkung lag bis Oktober 2025 weiterhin beim Verwaltungsvorstand.
Erfolge	Trotz erheblicher Einschnitte durch den Wegfall von Fördermitteln konnte die Strategische Sozialplanung die zentralen Koordinierungsaufgaben 2025 weiterhin aufrechterhalten. Damit blieb vor allem der notwendige Informations- und Wissenstransfer zwischen Projekt- und Regelstrukturen der Verwaltung und den freien Trägern gesichert. Der Trägerverbund aus Stadt, Arbeitsverwaltung, Fachhochschule Dortmund, Migrant*innen-Vertretungen, freien Trägern und Ehrenamt ermöglichte dabei das Ineinandergreifen von strategischer Steuerung, wissenschaftlicher Begleitung und operativer Praxis.
Herausforderungen	Herausfordernd für die Gesamtkoordination war 2025 der Wegfall von Fördermitteln aus dem NRW-Förderprogramm Südosteuropa, über die zuvor Personal- und Sachkosten im Trägerverbund der Anlaufstruktur Willkommen Europa wie auch städtische Personalkosten zur Koordinierung der Gesamtstrategie refinanziert wurden. Auf beiden Ebenen hat dieser Einschnitt zu deutlicher Arbeitsverdichtung und letztendlich zu einer Reduzierung der Beratungsleistungen im Trägerverbund geführt. Nach Dortmunder Intervention gemeinsam mit weiteren NRW-Städten stellt das Land die Fördermittel 2026 letztmalig zur Verfügung. 2025 wurden Strukturierung, Moderation und Nachbereitung der Koordinierungsgruppe, die Beteiligung der Gesamtkoordination an den monatlichen Steuerungssitzungen des Trägerverbundes und anlassbezogene Fachgespräche, Abstimmungen und Workshops auf örtlicher und überörtlicher Ebene fortgeführt werden.

Daten und Fakten 2025



- 121

5.12.4 ,Innovationsteam Nord' in der Strategischen Sozialplanung

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Strategische Sozialplanung, Sozialplanung Nord
Umsetzung	Seit 2025
Finanzierung	Städtische Mittel
Konzeptioneller Ansatz	Das Innovationsteam Nord verbindet direkte Beteiligungsarbeit im Quartier mit den Planungsprozessen der Strategischen Sozialplanung. Ziel ist es, insbesondere Menschen zu erreichen, die durch bestehende Beteiligungsangebote bislang wenig erreicht werden. Sie werden darin gestärkt, eigene Perspektiven und Ideen zu entwickeln, diese einzubringen und ihr Lebensumfeld aktiv mitzugestalten. Die Beteiligung findet aktuell möglichst dort statt, wo Menschen ihren Alltag verbringen und bestehende Begegnungsorte nutzen. Niedrigschwellige Dialog- und Beteiligungsformate ermöglichen es, Perspektiven, Erfahrungen und Themen aus dem Quartier unmittelbar aufzunehmen. Unterschiedliche fachliche, sprachliche und lebensweltliche Kompetenzen im Team unterstützen dabei eine zielgruppensensible Ansprache und den Aufbau vertrauensvoller Zugänge. Community- und Peer-Perspektiven werden bewusst in die Beteiligungsarbeit einbezogen. Die gewonnenen qualitativen Erkenntnisse werden systematisch ausgewertet und in die Strategische Sozialplanung zurückgeführt. Der Ansatz verbindet damit Aktivierung, Selbstwirksamkeit und Beteiligung in sozialräumlichen Entwicklungsprozessen mit der ohnehin verwaltungs- und akteursübergreifend ausgerichteten strategischen Planung. Über das ,Innovationsteam Nord' wird diese um die direkte Beteiligung der Dortmunderinnen und Dortmunder erweitert.
Erfolge	Mit dem Aufbau des Innovationsteams Nord wurden 2025 die personellen und strukturellen Voraussetzungen für eine dauerhafte Beteiligungsarbeit in der Nordstadt geschaffen. Erste niedrigschwellige Dialog- und Beteiligungsformate wurden unmittelbar im Sozialraum umgesetzt und erprobt. Dabei zeigt sich bereits, dass der direkte und niedrigschwellige Zugang zu den Bewohner*innen einen Austausch ermöglicht, in dem auch bislang wenig erreichte Menschen ihre Perspektiven und Anliegen einbringen. Im weiteren Kontakt entstehen zunehmend vertrauensvolle Gesprächssituationen, in denen sich Menschen öffnen und auch persönliche Erfahrungen und Bedarfe ansprechen. Bei Straßen/ und -Stadtteilstellen wurden Bewohner*innen und Interessierte zu quartiersbezogenen Handlungsfeldern angesprochen. Aus den Gesprächen konnten erste Handlungsfelder und konkrete Bedarfe aus Sicht der Beteiligten herausgearbeitet und für die weitere Arbeit priorisiert werden. Zugleich konnten unterschiedliche Beteiligungsformate erstmals praktisch erprobt und Erkenntnisse darüber gewonnen werden, welche Zugänge und Formate gut funktionieren und an welchen Stellen Anpassungen erforderlich sind. Damit liegen erste qualitative Erkenntnisse vor, die in die weitere Beteiligungsarbeit und die Strategische Sozialplanung einfließen. Das Innovationsteam ist multilingual und multiprofessionell aufgestellt und vereint unterschiedliche sprachliche, fachliche und lebensweltliche Zugänge. Durch Mitarbeitende mit unterschiedlichen Migrationsbiografien und Community-Bezügen verfügt das Team über vielfältige Perspektiven und kann Zugänge zu unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen erleichtern. Seine fachlichen, sprachlichen und lebensweltlichen Kompetenzen unterstützen eine zielgruppensensible Ansprache und tragen dazu bei, Vertrauen aufzubauen und auch dort Zugänge zu schaffen und Menschen zu erreichen, wo klassische

	Beteiligungsangebote bislang nicht erfolgreich waren. Dabei gelingt es einem Teammitglied mit enger Verbindung zur Roma-Community, insbesondere hier gute und vertrauensvolle Kontakte aufzubauen, Perspektiven und Erfahrungen aus der Community unmittelbar in die Arbeit des Innovationsteams einzubeziehen und daraus bedarfsorientierte und aktivierende Beteiligungsstrukturen zu entwickeln. Der Ansatz knüpft damit zugleich an die Dortmunder Gesamtstrategie Neuzuwanderung an, in deren Rahmen die Roma-Community bereits über die aktive Rolle von Romano Than an Planungsprozessen mitwirkt, und erweitert diese Beteiligungsstruktur um einen direkten, sozialräumlich ausgerichteten Zugang.
Herausforderungen	Eine zentrale Herausforderung bleibt, insbesondere Menschen zu erreichen und dauerhaft einzubinden, die bislang wenig Zugang zu formellen Beteiligungsprozessen haben. Unterschiedliche Sprachen, Lebenslagen, Informationszugänge und Erfahrungen mit kommunalen Strukturen erfordern flexible und zielgruppengerechte Formen der Ansprache. Erste Erfahrungen zeigen, dass niedrigschwellige und direkte Zugänge den Austausch erleichtern und Vertrauen schaffen können. Gleichzeitig benötigt der Aufbau tragfähiger Beziehungen Zeit, kontinuierliche Präsenz und verlässliche Ansprechpartner*innen im Sozialraum. Eine weitere Herausforderung besteht darin, die in offenen und niedrigschwelligen Dialogprozessen gewonnenen qualitativen Erkenntnisse systematisch auszuwerten, zu bündeln und für sozialplanerische Prozesse nutzbar zu machen. Dabei gilt es, geeignete Verfahren zu entwickeln, mit denen die unterschiedlichen Perspektiven aus dem Sozialraum in die Strategische Sozialplanung zurückgeführt und für die weitere Planung und Beteiligung nutzbar gemacht werden können.
Daten und Fakten 2025	▪ Strukturelle Verstetigung des ursprünglichen Projekts ‚Sozialplanung+Nord‘ zu einem dauerhaften Arbeitsbereich der Strategischen Sozialplanung. ▪ Konzeptionelle Entwicklung des Aufgabenprofils des ‚Innovationsteam Nord‘ im Rahmen des Zielsystems des Sozialdezernats ▪ Konzeptionelle und finanzielle Unterstützung des im September 2025 eröffneten Anne-Frank-Café.

5.12.5 Entwicklung des Handlungsrahmen Neuzuwanderung 2021+

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Strategische Sozialplanung (Koordinierungsstelle gesellschaftliche Teilhabe im Quartier und am Arbeitsmarkt) in Kooperation mit dem Trägerverbund
Umsetzung	2021 – 2023
Finanzierung	Städtische und Landesmittel (SOE-Programm)
Konzeptioneller Ansatz	Die Koordinationsteams der Gesamtstrategie Neuzuwanderung haben im Zeitraum 2021/2022 den Entwurf für einen aktualisierten ‚Handlungsrahmen Neuzuwanderung‘ erarbeitet. Die Federführung lag bei der Gesamtkoordination (Sozialdezernat, Strategische Sozialplanung, gemeinsam mit MIA-DO-KI, Dezernat für Schule, Jugend, Familie, und GF Diakonisches Werk für die AG-V). In Regie der Koordinationsteams wurden im ersten Schritt die Ausgangs- und Bedarfslagen, zukünftige Herausforderungen in den einzelnen Handlungsfeldern und die Strukturen der Fachgruppen analysiert. Hinzu kamen Vorüberlegungen zu einem Zielsystem, Handlungserfordernissen und ersten Schritten, Verantwortlichen und Finanzierungsmöglichkeiten. Auf dieser Basis hat die Gesamtkoordination in einem zweiten Schritt den Entwurf für ein umfassendes Zielsystem mit 13 strategischen Zielen entwickelt, das alle zentralen Handlungsfelder – von Arbeit, Bildung, Wohnen und

	Gesundheit bis hin zu Partizipation, Diversität und der Bekämpfung von Ausbeutung – integriert. Der Entwurf wurde im Rahmen eines Workshops von den Koordinationsteams und den Fachgruppen überprüft, geändert und ergänzt und – wiederum unter der Fragestellung nach konkreten Handlungserfordernissen, ersten Schritten, Verantwortlichen und Finanzierungsmöglichkeiten – konkretisiert. Die vorläufigen Ergebnisse des Prozesses wurden in einer Matrix dokumentiert, Ziele und Lösungsansätze den fachspezifischen Themenbereichen den Fachgruppen zugeordnet, übergreifende Querschnittsthemen gesondert zusammengestellt. Das Gesamtergebnis wurde im Januar 2023, zehn Jahre nach Veröffentlichung des ersten „Handlungsrahmen Zuwanderung Südosteuropa“, dem AK Prozesssteuerung (vgl. Ziff. 5.12.3) vorgelegt.														
Erfolge	Die Ergebnisse wurden im AK Prozesssteuerung am 1. Februar 2023 abgestimmt. In der anschließenden Arbeitsphase haben die Koordinationsteams 2023 begonnen, aus den übergreifend erarbeiteten Ergebnissen Handlungsprogramme ihrer spezifischen Handlungsfelder zu erarbeiten und die Ansätze zu vereinbaren, die prioritär in Trägerverbünden umzusetzen sind. Die operative Umsetzung erfolgt seit 2024 über die Fachgruppen in Form einer kontinuierlichen, strukturierten Weiterentwicklung. Die Matrixstruktur ist zentrale Arbeitsgrundlage und ermöglicht eine systematische Steuerung entlang von Bedarfslagen, Zielen, Lücken und konkreten Umsetzungsschritten. Der Handlungsrahmen Neuzuwanderung wird jährlich zum 31.12. aktualisiert. Die Implementierung in das Kommunale Integrationsmanagement ist abgeschlossen, die Verschneidung mit dessen Zielsystem und operativer Umsetzung ist 2025 gestartet.														
Daten und Fakten 2025	Abgestimmtes Zielsystem in den Feldern <table border="0"> <tr> <td>1. Konsens über die Ebenen</td><td>8. Diversität ermöglichen</td></tr> <tr> <td>2. Über die Ebenen kooperieren</td><td>9. Ausbeutung bekämpfen</td></tr> <tr> <td>3. Aus Erkenntnissen lernen</td><td>10. Zugang zu Wohnen</td></tr> <tr> <td>4. Konsens für Partizipation</td><td>11. Zugang zu Arbeit</td></tr> <tr> <td>5. Ressourcen gezielt einsetzen</td><td>12. Bildung voranbringen</td></tr> <tr> <td>6. Regelstrukturen professionalisieren</td><td>13. Zugang zu Gesundheit</td></tr> <tr> <td>7. Empowerment stärken</td><td>(vgl. Sachstandsbericht 2023)</td></tr> </table> und Handlungsprogramme in Regie der Gesamtkoordination und der Fachgruppen.	1. Konsens über die Ebenen	8. Diversität ermöglichen	2. Über die Ebenen kooperieren	9. Ausbeutung bekämpfen	3. Aus Erkenntnissen lernen	10. Zugang zu Wohnen	4. Konsens für Partizipation	11. Zugang zu Arbeit	5. Ressourcen gezielt einsetzen	12. Bildung voranbringen	6. Regelstrukturen professionalisieren	13. Zugang zu Gesundheit	7. Empowerment stärken	(vgl. Sachstandsbericht 2023)
1. Konsens über die Ebenen	8. Diversität ermöglichen														
2. Über die Ebenen kooperieren	9. Ausbeutung bekämpfen														
3. Aus Erkenntnissen lernen	10. Zugang zu Wohnen														
4. Konsens für Partizipation	11. Zugang zu Arbeit														
5. Ressourcen gezielt einsetzen	12. Bildung voranbringen														
6. Regelstrukturen professionalisieren	13. Zugang zu Gesundheit														
7. Empowerment stärken	(vgl. Sachstandsbericht 2023)														

5.12.6 Neuorganisation der Anlaufstruktur Willkommen Europa

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Strategische Sozialplanung (Kordinierungsstelle gesellschaftliche Teilhabe im Quartier und am Arbeitsmarkt) in Kooperation mit dem Trägerverbund
Umsetzung	2023 – 2025
Finanzierung	Städtische und Landesmittel (SOE-Programm)
Konzeptioneller Ansatz	Hohe EU-Zuzüge, auch infolge der Westbalkanerweiterung, sind weiter zu erwarten. In diesem Kontext wird in der Anlaufstruktur Willkommen Europa die Umsetzung des ‚9-Schritte-Verfahrens zur verbesserten gesellschaftlichen Teilhabe‘ aus kommunalen und Fördermitteln seit 2014 erfolgreich geleistet. Das mehrfach thematisierte faktische Wegbrechen von Finanzierungen hat die Ressourcenausstattung aber derart verringert, dass ein ausreichendes Unterstützungsangebot nicht mehr möglich ist. Fakt ist, dass eine von Projektmitteln abhängige Anlaufstelle kein Modell der Zukunft ist. Ein 2023 gestarteter Organisationsprozess hat Möglichkeiten und Grenzen eines zukunftsfähigen Strukturmodells verdeutlicht. Perspektivisch geht es darum, vor allem die Regelberatungsangebote (MigraDo, lokal willkommen, ‚Mieter*innen-Büro‘, aufsuchende Soziale Arbeit rund um den Nordmarkt, ...) zu ‚sortieren‘, welches dieser Angebote welche

	konkrete Unterstützung leisten kann, um Teilhabe passgenau zu fördern und eine integrierte Struktur zu entwickeln. Zudem ist zu klären, welche komplexeren Fragestellungen und Anliegen durch Synergien mit weiteren Angeboten zu lösen sind (Braunschweiger Str. als Backoffice, Aufgabe: Klären komplexer Angelegenheiten, die aus dem Frontoffice weitergeleitet werden und spezifisches Wissen, Kontakte, Routinen brauchen; Synergien mit Bildungs- und Kulturangeboten für Kinder und Erwachsene in Kooperation mit weiteren Akteuren, u.a. Romano Than). Es geht auch um die Frage, welche verlässlichen Regel-Angebote mit einem Teil ihrer Ressource in der Anlaufstelle präsent sein können (werktäglich geöffnete Anlaufstelle mit offener Sprechstunde am Nordmarkt als Frontoffice, besetzt mit soz.-päd. Fachkräften, ergänzt durch Stundenanteile aus Projekten; Aufgabe: Interventionsnotwendigkeiten erfassen, sortieren und, soweit möglich, klären). Orientierung bieten das ‚9-Schritte-Verfahren‘ und der Handlungsrahmen Neuzuwanderung. Die Koordination soll dauerhaft aus dem Kommunalen Integrationsmanagement erfolgen.
Erfolge	Der Entwicklungsprozess konnte 2025 abgeschlossen werden. Die erarbeitete Lösung ist deutlich entschlackt. Im Ergebnis wurde die ehemalige Anlaufstelle, in der Know-how für intensives Clearing, vertiefende Beratung und Spezialwissen zur Lösung unterschiedlichster Fallkonstellationen vorgehalten wurde, zu einer Anlaufstruktur aus Front- und Backoffice entwickelt. Die Anlaufstruktur ermöglicht im Infopoint „Willkommen Europa“ (Frontoffice) unkomplizierte Erstkontakte im Sinne von ‚Tür- und Angelgesprächen‘ und basiert auf den Prinzipien Sichtbarkeit und Verlässlichkeit, Offenheit und Niedrigschwelligkeit, Freiwilligkeit der Inanspruchnahme, Partizipation anderer Akteure, lebenswelt- und sozialraumorientierter Ausrichtung sowie sprachlicher und kultureller Vielfalt. Das Kernteam wird trägerübergreifend durch Caritas, Diakonie und GrünBau gestellt. Ziel ist es, Vertrauen aufzubauen, erste Anliegen aufzunehmen und eine Weiterleitung in spezialisierte Unterstützungsstrukturen des Backoffice zu ermöglichen. Im dezentralen Backoffice aus vorhandenen, spezialisierten Fachangeboten und Projekten der beteiligten Träger und kommunalen Partner werden nach ‚warmer Übergabe‘ weiterführende Beratungs- und Unterstützungsbedarfe durch fachlich differenzierte Akteure bearbeitet und Lösungen im Rahmen eines flexiblen, bedarfsorientierten Netzwerks entwickelt.
Herausforderung	Es werden sich voraussichtlich Interventionsbedarfe herauskristallisieren, die aus den vorhandenen Ressourcen nicht gedeckt werden können. Es wird nach wie vor darum gehen, Finanzierungsmöglichkeiten zu finden. Hier gemeinsam mit dem Trägerverbund zu weiteren Vereinbarungen auf örtlicher Ebene zu kommen, aber auch das Land und den Bund nicht aus der Verantwortung zu entlassen, ist weiterhin eine der vorrangigen Aufgaben.
Daten und Fakten 2025	• 2025 wurde das Konzept für den Infopoint „Willkommen Europa“ abgestimmt, der am 01.04.2026 am Nordmarkt 3 als niedrigschwellige Anlaufstelle für (neu-)zugewanderte EU-Bürger*innen (zentrales Frontoffice) eröffnet wurde. • Die Koordination erfolgt im Rahmen des Kommunalen Integrationsmanagements.

5.12.7 Fördermittel des Ausschusses für Chancengerechtigkeit und Integration (ACI) für Vereine, Verbände, Migrantenorganisationen und Initiativen in Dortmund

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration (Budgetmanagement erfolgt durch GF)

Umsetzung	Dauerhaft
Finanzierung	Dauerhafte städtische Finanzierung.
Konzeptioneller Ansatz	Viele Vereine, Verbände, Migrant*innenorganisationen und Initiativen in Dortmund setzen sich aktiv und engagiert für die Themen Integration und Teilhabe ein und engagieren sich in der interkulturellen Arbeit. Viele sind ehrenamtlich aktiv und haben kaum oder wenige eigene finanzielle Mittel. Der ACI wertschätzt das Engagement der Vereine, Verbände, Migrant*innenorganisationen und Initiativen, die die vorhandenen Potenziale von Zugewanderten stärken, einen Beitrag zur interkulturellen und interreligiösen Verständigung zwischen allen Menschen in Dortmund leisten und erkennt sie als wichtige Partner*innen für die kommunale Integrations- und Teilhabearbeit an. Daher werden im Rahmen der Fördermittel, die dem ACI der Stadt Dortmund zur Verfügung stehen, ausgewählte Projekte, Aktivitäten und Veranstaltungen mit integrativen Zielen finanziell unterstützt. Die Fördermittel sind auf alle Zielgruppen innerhalb der Communities ausgerichtet.
Erfolge	Die Fördermittel des ACI haben sich in der Vereinslandschaft in Dortmund etabliert und werden intensiv nachgefragt. Seit Beginn der Vergabe 2022 hat der ACI Fördermittel in Höhe von rund 700.000,00 € für insgesamt 137 Projekte zur Verfügung gestellt.
Herausforderungen	Projektanträge, die sich spezifisch an die Zielgruppe SOE richten, sind noch zu wenig. Gezielte Bekanntmachung und Werbung in der jeweiligen Community ist wünschenswert und notwendig.
Daten und Fakten 2025	Im Jahr 2025 hat der ACI Fördermittel in Höhe von rund 156.000,00 € für 28 Projekte (Veranstaltungen, Fachtagungen, Workshops, Kultur- und Sportveranstaltungen) zur Verfügung gestellt.

5.12.8 Aktivitäten von MIA-DO-KI/Integration als Querschnittsaufgabe: Fördermittelvergabe

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund (MIA-DO-Kommunales Integrationszentrum)
Umsetzung	Dauerhaft.
Finanzierung	Dauerhafte städtische Finanzierung
Konzeptioneller Ansatz	Zielgruppen sind Vereine, Organisationen und Verbände, die Integrations- und Teilhabeprojekte (Veranstaltungen, Workshops, Fachtagungen, Kulturveranstaltungen etc.) für alle Zielgruppen und Communities in Bereichen wie Sport, bürgerschaftliches Engagement, Kultur, Antirassismus, interreligiöser Dialog, Übergang Schule-Ausbildung, etc. umsetzen. Dazu gehören auch Projekte für die Zielgruppe SOE. Die Projekte sind stadtweit ausgelegt und finden in unterschiedlichen Sozialräumen statt. DIE FÖRDERMITTEL SIND AUF ALLE ZIELGRUPPEN INNERHALB DER COMMUNITIES AUSGERICHTET!
Erfolge	Die Stadt Dortmund hat mit der Gründung von MIA-DO bzw. MIA-DO-KI kommunale Fördermittel zur Verfügung gestellt, die von Seiten der Zivilgesellschaft intensiv nachgefragt und genutzt wurden und werden. Seit 2013 sind ca. 425.000 € für die Durchführung von insgesamt 142 Projekten von zivilgesellschaftlichen Trägern zur Verfügung gestellt worden.
Herausforderungen	Neben den begrenzten Mitteln, die zur Verfügung stehen, ist der Ansatz der kommunalen Förderung naturgemäß projektorientiert. Dabei wird darauf geachtet, dass ein entsprechendes Empowerment sowie eine Vernetzung mit regionalen und überregionalen Strukturen stattfinden, um weitere Mittel zu akquirieren.
Daten und Fakten 2025	2025 wurden insgesamt fünf Projekte im Rahmen des Masterplans Migration/Integration gefördert.

5.12.9 Aktivitäten von MIA-DO-KI/Integration als Querschnittsaufgabe: Koordinierung des Sprachmittlungspools

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund (MIA-DO-Kommunales Integrationszentrum)
Umsetzung	Sprachmittlungspool: Über jährliche Beantragung beim Land NRW.
Finanzierung	Land NRW.
Konzeptioneller Ansatz	Der ehrenamtliche Sprachmittlungspool hat das Ziel, Menschen und Organisationen, die mit der Zielgruppe Neuzugewanderte arbeiten, zu unterstützen. Er dient der Begleitung von niedrigschwelligen Gesprächen bei Behörden, Vereinen, freien Trägern, Schulen und Kindertagesstätten, um vorhandene Sprachbarrieren zu überwinden. DIE FÖRDERMITTEL SIND AUF ALLE ZIELGRUPPEN INNERHALB DER COMMUNITIES AUSGERICHTET!
Erfolge	Seit der Gründung im Jahr 2019 wächst die Nachfrage nach Sprachmittlung kontinuierlich weiter an. Es werden derzeit ca. 1.000 Einsätze im Jahr von den ehrenamtlichen Sprachmittler*innen durchgeführt.
Herausforderungen	Vgl. oben: Herausforderung sind vor allem die begrenzten zur Verfügung stehenden Mittel; der Ansatz der kommunalen Förderung ist naturgemäß projektorientiert. Die Förderung wurde seit 2025 reduziert. Um die Einsätze im gleichen Maße aufrecht zu erhalten ist es nötig, die Differenz aus städtischen Mitteln zu finanzieren.
Daten und Fakten 2025	▪ Jährlich stehen der Stadt Dortmund 30.000 € Fördergelder für dieses Programm zur Verfügung. Bis einschließlich 2024 waren es 50.000 € jedes Jahr. ▪ Im Jahr 2025 wurde das Budget von der Stadt Dortmund auf 50.000 € aufgestockt. ▪ Dabei nahmen knapp 2.500 Menschen die Einsätze der Sprachmittlerinnen und -mittler in Anspruch. ▪ Die 100 eingesetzten Ehrenamtlichen deckten dabei über 35 Sprachen und Dialekte ab.

5.12.10 Dualer Studiengang ‚Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Migration und Diversität‘ – FH Dortmund¹⁵

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	FH Dortmund, FB Angewandte Sozialwissenschaften, in Kooperation mit der Stadt Dortmund und Trägern Sozialer Arbeit sowie weiteren Kommunalverwaltungen NRW-weit
Umsetzung	Dauerhaft seit 2014
Finanzierung	Finanzierung der Anstellung der dual Studierenden (50% der Studienzeit) aus Mitteln der jeweiligen Anstellungsträger, phasenweise kofinanziert aus Landesmitteln
Konzeptioneller Ansatz	Im Kontext der EU- und der Fluchtzuwanderung bestätigt sich immer wieder, dass Fachkräfte der Sozialen Arbeit nicht ausreichend auf die besonderen Bedarfe vorbereitet sind, die Zuwandernde mit Armuts-, Ausgrenzungs- oder Kriegserfahrungen mitbringen. Der Fachbereich Angewandte Sozialwissenschaften hat deshalb in Kooperation mit dem Sozialdezernat und dem Jugenddezernat der Stadt

¹⁵ Im Rahmen der letzten Akkreditierung Ende 2018 erfolgte auf Beschluss des Fachbereichs Angewandte Sozialwissenschaften der FH Dortmund die Umbenennung zum dualen Bachelor ‚Migration und Integration‘.

	Dortmund den dualen Studiengang zum Aufbau kultursensibler Beratungs- und Unterstützungsangebote entwickelt. In dem 8-semesterigen dualen/praxisintegrierten Studiengang Soziale Arbeit mit Schwerpunkt Migration und Integration der FH Dortmund besteht die Studienwoche aus 2,5 Studien- und 2,5 Arbeitstagen. Der BA startet jährlich zum Wintersemester mit einer planmäßigen Kapazität von 35 Studierenden. Studium und Abschluss sind allgemeinqualifizierend, curricular im Kontext der Praxis und des Schwerpunktes sind insbesondere die Vermittlung armutsspezifischer Problemlagen und migrationsspezifischer Kompetenzen im Fokus.
Erfolge	Die Zusammenarbeit aller Beteiligten und die Weiterentwicklung des Studiengangs sind in der ‚Planungsgruppe Dualer Bachelor‘ organisiert. Die Geschäftsführung teilen sich FH Dortmund und Strategische Sozialplanung, die auch die Anbindung an die kommunale ‚Gesamtstrategie Neuzuwanderung‘ gewährleistet. Aktiv in der Planungsgruppe sind auch Gelsenkirchen, Wuppertal und Hamm. Die Beteiligung der Studierenden erfolgt nach Bedarf und vorheriger Abfrage. Die 2018 eingeführten Studienstandsgespräche zwischen FH, Studierenden und Arbeitgebenden sind nach wie vor fester Bestandteil der Qualitätssicherung. Sie werden in jedem Jahr von einem großen Teil der Arbeitgebenden in Anspruch genommen, um sich über das Fortkommen der bei ihnen beschäftigten Studierenden zu informieren. Neben dem konkreten Blick auf den Studienverlauf hilft das Format, Klärungsbedarfe und Themen aller Beteiligten – Studierende, Anstellungsträger und FH – rechtzeitig aufzugreifen. Ein weiteres Austauschformat sind die Anleitungs- und Praxistreffen. Wichtig für Qualitätssicherung und Weiterentwicklung der Inhalte und des Studienangebotes sind zudem regelmäßige Treffen zwischen FH und Arbeitgebenden (mit Fachanleitungen und/oder Personen aus organisatorischen Kontexten der Arbeitgebenden). 2025 war die Zusammenarbeit hier besonders intensiv, da der Studiengang zum Studienstart 2026/2027 re-akkreditiert wird. Seit 2022 hat die FH in enger Absprache mit den Arbeitgebenden das Zulassungsverfahren für den Studiengang neugestaltet. Bisher war der Studiengang zulassungsbeschränkt. Effekt war u.a., dass die Arbeitgebenden erst mit der Einschreibung verbindlich davon ausgehen konnten, dass ihre studentischen Mitarbeitenden einen Zugang ins Studium erhalten und es Quotierungen für bestimmte Personengruppen gab. Seit 2022 ist der Studiengang zulassungsfrei. Damit die Kapazitäten nicht überschritten werden, führt die FH intensive Kapazitätsabsprachen mit den Kooperationspartnern. Dieses Verfahren wird seit dem fortgeführt, so dass Arbeitgebende frühzeitig verbindlich wissen, ob ‚ihre‘ Studieninteressierten einen Studienplatz erhalten. Dazu spielen Quotierungen im Zulassungsverfahren keine Rolle mehr, so dass die Studierendenschaft noch heterogener sein kann. Für die Entwicklung des Bachelor-Studiengangs wurde die Stadt Dortmund 2016 als Europaaktive Kommune in Nordrhein-Westfalen mit einem Sonderpreis für kommunale Integrationsarbeit ausgezeichnet.
Herausforderungen	Die Finanzierung des Praxiseinsatzes der Studierenden erfolgt meist aus Trägermitteln, die Förderung aus NRW-Mitteln wurde für einen Teil der Studierenden letztmalig zum Wintersemester 2018/2019 gewährt. Aus dem SOE-Förderprogramm des MKJFGFI ist in der aktuellen Förderphase eine Finanzierung des Praxisanteils möglich, allerdings nur für Wuppertal und Köln. Für Studieninteressierte war auch 2025 die Praxisstellenakquise die größte Hürde. Für Anstellungsträger ist die Finanzierung des Praxisanteils die größte Herausforderung, die sich im Zuge politischer Sparmaßnahmen zuletzt noch zugespitzt hat. Dabei ist die Finanzierung ein essenzieller Beitrag, um dem Fachkräftemangel in der Sozialen Arbeit zu begegnen, Teilhabe zu ermöglichen, Einwanderung zu gestalten und den Auswirkungen des

demografischen Wandels und dem Risiko von Armut und Ausgrenzung zu begegnen. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Situation in Zukunft darstellt.

Daten und Fakten 2025

Seit Beginn des Studiengangs im Wintersemester 2014/15 bis zum Wintersemester 2025/26 starteten insgesamt 437 Studierende den Bachelor. Davon sind 281 bei Anstellungsträgern in einer der sieben ehemaligen ESF-Pilot-Städte (Hamm, Köln, Duisburg, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Wuppertal) beschäftigt bzw. während des bereits abgeschlossenen Studiums beschäftigt gewesen. 118 Studierende (27 %) sind oder waren während des praxisintegrierten Studiums bei Dortmunder Anstellungsträgern tätig. Das ist der überwiegende Teil der Studierenden des dualen Bachelors.

Studierende „Soziale Arbeit mit Schwerpunkt Migration und Diversität“ (FH DO) in den ehemaligen ESF-Pilotkommunen 2014/15-2025/26

Stadt	Start zum Wintersemester ...												gesamt
	... 2014/15 1. Kohorte	... 2015/16 2. Kohorte	... 2016/17 3. Kohorte	... 2017/18 4. Kohorte	... 2018/19 5. Kohorte	... 2019/20 6. Kohorte	... 2020/21 7. Kohorte	... 2021/22 8. Kohorte	... 2022/23 9. Kohorte	... 2023/24 10. Kohorte	... 2024/25 11. Kohorte	... 2025/26 12. Kohorte	
Dortmund	28	12	6	9	6	5	10	7	7	8	12	8	118
Duisburg	0	1	2	3	0	1	0	0	0	0	1	1	9
Essen	0	1	0	1	2	2	2	1	1	2	0	0	12
Gelsenkirchen	2	6	6	6	6	12	5	5	14	6	3	6	77
Hamm	0	2	1	1	0	1	0	1	0	2	1	2	11
Wuppertal	1	3	4	2	8	7	7	5	3	4	5	5	54
ESF-Pilotstädte	31	25	19	22	22	28	24	19	25	22	22	22	281
weitere Städte	4	11	18	17	13	7	10	17	12	16	15	16	156
Gesamt	35	36	37	39	35	35	34	36	37	38	37	38	437

Weitere Infos: [Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Migration und Diversität, Duales Studium | Fachhochschule Dortmund – Studium, Studiengänge, Bewerbung](#)

5.13 HANDLUNGSFELD GESAMTKOORDINIERUNG, PROFESSIONALISIERUNG UND KOMMUNIKATION: ÜBERÖRTLICHE EBENE¹⁶

Die Herausforderungen im Kontext europäischer Zuwanderung sind nicht lokal verursacht, sondern resultieren zu einem erheblichen Teil aus Regelungsdefiziten während der Beitrittsverhandlungen im EU-Erweiterungsprozess; die damit einhergehenden migrations-, sozial- und integrationspolitischen Rahmenbedingungen wurden maßgeblich auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gesetzt.¹⁷ Die Kommunen haben mit diesen Rahmenbedingungen umzugehen.

Der Dortmunder Trägerverbund hat in diesem Gesamtkontext tragfähige Konzepte erprobt, die in den unterschiedlichen Handlungsfeldern auf die Förderung eigenverantwortlicher gesellschaftlicher Teilhabe zielen. Fast alle Ansätze stoßen da an Grenzen, wo in der Praxis die bedarfsangepasste Umsetzung von Landes- oder Bundesgesetzgebungen nicht gelingt oder EU-Staatsangehörige sogar faktisch ausgeschlossen sind. Zahlreiche kommunale Leistungen unterliegen außerdem engen Ressourcenvorgaben; die sich weiter verschärfende Haushaltslage auf allen Ebenen verstärkt diesen Druck. Kommunale Kompensationsangebote können so nicht finanziert werden.

¹⁶ Zu den Aktivitäten auf transnationaler Ebene wird auf ‚5.10.2 Handlungsfeld Transnationale Kooperation‘ verwiesen

¹⁷ Vgl. Stadt Dortmund (2012): Kommunalisierung der Folgen von Regelungsdefiziten im EU-Erweiterungsprozess.

Insgesamt fehlen den Kommunen damit die notwendigen Steuerungs- und Finanzierungsinstrumente. Nachhaltige Erfolge sind so nicht möglich.

Ziel ist ein dauerhaft angelegter, ressortübergreifender Konzeptions- und Koordinationsrahmen zwischen Kommunen, Land und Bund, der über reinen Austausch hinausgeht und auf gemeinsame Problemanalyse, abgestimmte Zielsetzungen und verbindliche und gemeinsam getragene Lösungsentwicklungen in einer Verantwortungsgemeinschaft ausgerichtet ist. Insbesondere müssen Finanzierungs- und Zuständigkeitsfragen systematisch mitgedacht werden, um die wachsenden Integrations- und Unterstützungsaufgaben nicht de facto in kommunaler Einzelverantwortung zu belassen oder dorthin zu verlagern.

5.13.1 Handeln über mehrere Ebenen: NRW-weite Initiativen

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Strategische Sozialplanung (Koordinierungsstelle gesellschaftliche Teilhabe im Quartier und am Arbeitsmarkt), teils in Kooperation mit dem Trägerverbund
Umsetzung	Seit 2012
Finanzierung	Städtische Mittel
Konzeptioneller Ansatz	Ziel ist es, die auf kommunaler Ebene identifizierten Bedarfe gemeinsam mit der Landesebene zu bewerten, Handlungserfordernisse abzuleiten und Lösungsszenarien zu entwickeln. Die Umsetzung erfolgreicher Ansätze soll in einer Verantwortungsgemeinschaft aus Kommune, Land und Bund erfolgen. Dort, wo eine Zuständigkeit vorhandener Regelstrukturen erkannt wird, geht es um eine Überleitung der gemeinsam entwickelten Ansätze in diese Strukturen. Sofern die Strukturen Bundesregelungen unterliegen, wird erwartet, dass das Land die kommunalen Initiativen Richtung Bund unterstützt und auf den Beitrag des Bundes zu gemeinsamen Lösungen drängt. Solange hier keine Veränderungen erfolgen und eigentlich zuständige Strukturen nicht nutzbar sind, muss das Land sich an den entstehenden Aufwendungen auf kommunaler Ebene beteiligen.
Erfolge	Die Unterstützung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW (MAGS) hat im Bereich Wohnen grundlegend dazu beigetragen, örtlich notwendige, bedarfsgerechte Lösungen zu entwickeln und umzusetzen. So ist die Förderung aus dem NRW-Aktionsprogramm ‚Hilfen in Wohnungsnotfällen‘ des Sozialressorts die Grundlage für die Umsetzung der Dortmunder Wohnungszugangsstrategie, die mittlerweile kommunal finanziert wird (vgl. 5.7.2). Mit dem Programm ‚Endlich ein Zuhause‘ unterstützt das MAGS außerdem den Aufbau und die Erprobung einer qualifizierten sozialen Wohnraumvermittlung mit stabilisierender und aufsuchender Wohnbegleitung für junge Wohnungslose. Die Kooperation mit dem Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration NRW (MKJFGFI) war auch 2025 konstruktiv, die Austausche vom Interesse des Ministeriums an der örtlichen Situation geprägt. Zum Stand der Planungen, dass unterschiedliche Förderlinien im Kommunalen Integrationsmanagement ‚aufgehen‘ sollen (vgl. Sachstandsbericht 2024), ist kein Sachstand bekannt. Die Dortmunder Position dazu ist nach wie vor, dass eine solche Entwicklung die nachhaltige Konsolidierung strategischer Ansätze auf örtlicher Ebene unterstützen kann. Voraussetzung ist unbedingt die entsprechende Anpassung des KIM (vgl. Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden., 5.4.4, 5.12.1 und ‚Herausforderungen‘). Seit 2014 wurde die Stadt für ihr anhaltendes Engagement wiederholt als ‚Europaaktive Kommune‘ ausgezeichnet, unter anderem 2014 in der Kategorie ‚Vernetzen und Interessen vertreten‘ für das europabezogene Engagement beim Deutschen Städtetag und im Städtenetzwerk EUROCITIES und 2016 für die Entwicklung des Bachelor-Studiengangs mit

	einem ‚Sonderpreis für kommunale Integrationsarbeit‘. Seit November 2019 trägt die Stadt Dortmund die unbefristete Auszeichnung ‚Europaaktive Kommune‘ der Landesregierung Nordrhein-Westfalen.
Herausforderungen	Das Gesundheitsressort des MAGS sicherte bisher aus Landesmitteln auch den Betrieb der 2016 in fünf NRW-Städten (Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen, Köln, Münster) eingerichteten Clearingstellen Gesundheit. Die Finanzierung steht seit Jahren auf dem Prüfstand; seit 2026 erfolgt sie aus ESF-Mitteln (vgl. Ziff. 5.6.1). Damit steht die Förderung nun allen NRW-Städten offen, was grundsätzlich zu begrüßen ist. Eine ESF-Finanzierung geht aber für die Städte ‚der ersten Stunde‘ mit dem Risiko einher, über die Jahre professionelle Strukturen aufgebaut, Fachpersonal beschäftigt und Wissen auch anderen Städten zur Verfügung gestellt zu haben, mit der Antragstellung aber zu scheitern. Das würde zum Wegbrechen der Fach- und Wissensstrukturen nicht nur am jeweiligen Standort führen, sondern übergreifend. Seit Jahren zielen kommunale Bemühungen auf die Anpassung und faktische Nutzbarmachung der Regelstrukturen im SGB II und im SGB III, um die Erwerbschancen von Menschen mit EU-Staatsangehörigkeit zu verbessern oder überhaupt erst zu ermöglichen (vgl. 5.5.2. und 5.13.2.) Zwar gehört die Arbeits- und Fachkräfteförderung zu den Top-Themen des MAGS. Dennoch werden von dort die kommunalen Initiativen Richtung Bund nicht nachhaltig unterstützt. Es sind auch keine Fördermöglichkeiten bereit- oder in Aussicht gestellt worden, um über Projektfinanzierungen erfolgreich erprobte Lösungsansätze zumindest temporär zu ermöglichen. Bundes-ESF-Ansätze wie Akti(F) Plus, BIWAQ und EHAP Plus sind auf klar definierte Gruppen und Inhalte begrenzt. Sie reichen auch bei Weitem nicht aus, um die Bedarfe auszugleichen, die daraus resultieren, dass ein Großteil der Menschen von den Leistungen des Regelsystems ausgeschlossen ist, dort nicht ankommt, oder auf ein Hilfeangebot trifft, das nicht an den realen Bedarfen ansetzt. Im Ergebnis fehlen bedarfsgerechte Erwerbsintegrationsangebote für Menschen ohne SGB II-Anschluss. Zu den Ansätzen, die in das KIM überführt werden könnten, gehört das Förderprogramms Südosteuropa, das den Kommunen – anders als in anderen, sehr eng gefassten Programmen – die Umsetzung bedarfsgerechter Angebote ermöglicht. Die Finanzierung des Programms endete 2024. Nach der Förderlücke 2025 wurde bekannt, dass das Programm 2026 ein letztes Mal aufgelegt werden soll. Dortmund hat entsprechende Mittel beantragt, die Bewilligung ist in Aussicht gestellt. Gemeinsam mit weiteren NRW-Kommunen geht es nun darum auszuloten, welche Landesförderungen ab Januar 2027 möglich sind, um das Fortbestehen der aus dem Programm realisierten kommunalen Angebote zu sichern. Der Praxiseinsatz der Studierenden des dualen Studienganges ‚Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Migration und Diversität‘ konnte 2023/24 im Rahmen der SOE-Förderung des MKJFGFI grundsätzlich refinanziert werden. Dies ist in der aktuellen Förderphase 2026 und voraussichtlich auch für 2027 nicht möglich.

5.13.2 Handeln über mehrere Ebenen: Bundesweite Initiativen

Art	Regelangebot
Umsetzende Akteure	Stadt Dortmund, Sozialdezernat/Strategische Sozialplanung, in Kooperation mit weiteren Städten mit hoher EU-Zuwanderung
Umsetzung	Dauerhaft seit 2012
Finanzierung	Dauerhaft aus kommunalen Mitteln
Konzeptioneller Ansatz	Erfolgreich erprobte Lösungsansätze müssen strukturell in übergeordnete Steuerungs- und Förderlogiken überführt werden, Regelungslücken zwischen den Ebenen geschlossen

	und eine kohärente Integrationspolitik entlang der Migrationsrealitäten sichergestellt werden. Dies gelingt nur in einem gesamtstrategischen Ansatz über die Ebenen, in dem überörtliche Koordination die Wirksamkeit, Verlässlichkeit und Nachhaltigkeit der Integrationsstrukturen langfristig gewährleistet. Die 2012 auf Initiative des Dortmunder Sozialdezernats gegründete ‚AG Zuwanderung aus Südosteuropa‘ des Deutschen Städtetags (DST) ist die zentrale Kommunikations-, Arbeits- und Kooperationsstruktur. Sie bündelt die Expertise der bundesdeutschen Städte mit hoher EU-Zuwanderung und entwickelt fachlich-interdisziplinär bedarfsgerechte und umsetzbare Lösungsszenarien. So gelingt es, Entwicklungen früh zu erkennen, punktuelle Einzelphänomene von ‚Regelentwicklungen‘ zu unterscheiden und die Effekte der Regelungsdefizite in den EU2-Beitrittsprozessen auch auf Bundesebene auf der Tagesordnung zu halten. Neben weiteren Austausch- und Arbeitsformaten ist die DST-AG das wichtigste Gremium auf der Bundesebene, wenn es darum geht, effektive nachhaltige und vernetzte Lösungsansätze für die komplexen Herausforderungen zu entwickeln und ihre Umsetzung über mehrere Ebenen zu forcieren. Dafür wurden in der Vergangenheit Strukturen wie Bund-Länder-Arbeitsgruppen und die Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) genutzt. Mit Blick auf die gesamtgesellschaftliche Integration von EU-Staatsangehörigen bleibt es bei der bereits 2013 formulierten Kernforderung der DST-AG, in Verantwortungsgemeinschaft mit EU, Bund und Ländern eine integrierte Gesamtstrategie zu entwickeln. Zu den Hauptzielsetzungen gehört es, ▪ die aus der Erweiterungspolitik der EU und des Bundes entstehenden Sozillastenkommunal entstehende Sozillasten auszugleichen, ▪ ordnungsrechtliche Hebel sowohl gegen Leistungsmissbrauch als auch insbesondere gegen organisierten Ausbeutungsstrukturen zu entwickeln, ▪ Zugänge zu bundeseinheitlichen Regelinstrumenten; dazu gehören ○ Integrationskurse mit dem Ziel der Deutschförderung als Grundlage für jegliche gesellschaftliche Teilhabe ○ SGB III mit dem Ziel der Feststellung von Zugangsvoraussetzungen und passenden Qualifizierungen, der Identifizierung und Aktivierung von Arbeitskräften, der Bekämpfung von Ausbeutung durch faire Arbeit ○ bei Vorliegen der Voraussetzungen: SGB II mit dem Ziel weiterer Qualifizierung und als Brücke in den Arbeitsmarkt, nicht als Zielzustand! ○ SGB V mit dem Ziel, notwendige gesundheitliche Versorgung aus dem zuständigen Regelsystem zu sichern und zu finanzieren. ▪ das Zusammenleben und den sozialen Frieden in den Quartieren zu sichern. Die in der AG Zuwanderung erarbeiteten Ergebnisse und Positionen werden in den Fachausschüssen des DST – insbesondere Schule/Bildung, Soziales/Jugend/Familie und Gesundheit – beraten. Weitere Austausch-, Arbeits- und Entscheidungsebenen sind der EhAP-Begleitausschuss und das 2025 geplante und im Februar 2026 gestartete Strategiedialog ‚Integration von Zugewanderten aus (Süd)Osteuropa in Ballungsräumen‘.
Erfolge	Bundesmodellvorhaben zur Verbesserung der Erwerbsintegration Das Vorhaben ist Ergebnis des Verhandlungsprozesses zwischen BMAS, BA und EU-Zuwanderungsstädten/DST unter Federführung des Sozialdezernats der Stadt Dortmund (Vorsitz bis 2025). Ziel ist es, in Deutschland lebende EU-Staatsangehörige, die nicht in der Betreuung der Agentur und des Jobcenters ankommen oder dort kein Angebot finden, das an ihren konkreten Bedarfen ansetzt, als Arbeits- und Fachkräfte zu identifizieren, ihnen Zugang zu Beratung, Integrationsleistungen und Arbeitsvermittlung zu erleichtern, die Arbeitsmarktintegration zu ermöglichen und letztendlich Ausbeutungsstrukturen die Grundlage entziehen. Dafür wurden den Agenturen in den Modellstädten jeweils 2,0 zusätzliche Personalstellen zugewiesen. Weitere Ressourcen stellt der Bund den

	Modellstädten nicht zur Verfügung. Die in den Städten erzielten Ergebnisse wurden evaluiert, die Erfolge sind wissenschaftlich bestätigt (zur Umsetzung in Dortmund vgl. 5.5.2). Auf Intervention der Städte ist das Vorhaben bis zum 31.12.2026 verlängert. Transnationale Kooperationen Zu den wesentlichen Erfolgen der DST-AG gehört der aus ROMACT-Mitteln initiierte Start in transnationale Austausche der deutschen Zielstädte mit Rumänien und Bulgarien. Aus diesen Initiativen haben sich mittlerweile gefestigte Kooperationen ergeben, die zu einem wertvollen Wissenstransfer rund um Wanderungsmotive, administrative und rechtliche Fragestellungen geführt haben. Zunehmend erfolgreich ist auch der Aufbau von Kooperationen im Zusammenhang mit der Rückkehr von EU-Staatsangehörigen in ihr Herkunftsland und die Zusammenarbeit mit Staaten der zukünftigen Westbalkanerweiterung. Austauschformat des EhAP Plus Wie in den Vorjahren wurde auch 2023 das Austauschformat des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) zur ständigen Auswertung und Optimierung des EHAP fortgesetzt. Als Vorsitzende der AG Zuwanderung des Deutschen Städtetages war die Dortmunder Sozialdezernentin bis 2025 Mitglied des Begleitausschusses und hat dort die Interessen der bundesweit am Programm beteiligten Städte vertreten. Für die neue Förderphase stellt sich die Begleitgruppe aktuell neu auf; es wird angestrebt, dass das Sozialdezernat der Stadt Dortmund wieder in dem Gremium vertreten ist. Auszeichnungen Dortmund wurde 2014 in der Kategorie ‚Vernetzen und Interessen vertreten‘ für das europabezogene Engagement beim Deutschen Städtetag und im Städtenetzwerk EUROCITIES als Europa-aktive Kommune in Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet. Weitere Preise gab es u. a. vom Europäischen Institut für Öffentliche Verwaltung (EIPA) und vom europäischen Städtenetzwerk EUROCITIES (2009 und 2006).
Herausforderungen	Seit 2023 erarbeiten die am og. Bundesmodellvorhaben teilnehmenden Modellkommunen Ansätze für die bessere Arbeitsmarktintegration von EU-Staatsangehörigen. Mittlerweile liegen aus einigen der Modellstädte gut dokumentierte Ergebnisse vor. Gemäß Vereinbarung zwischen DST, BMAS und BA sollen diese Erkenntnisse zu verbesserten Kooperationen vor Ort, aber auch zu Nachsteuerungen in den Systemen führen. Dazu gehören vor allem angepasste Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Regelinstrumenten. Bisher ist die dafür notwendige Reformbereitschaft auf Bundesebene nicht erkennbar. Weitere Entwicklungen bleiben abzuwarten.